

Rotpunktverlag.

RALPH HUG

ST. GALLEN- MOSKAU-ARAGÓN

DAS LEBEN DES SPANIEN-
KÄMPFERS WALTER WAGNER

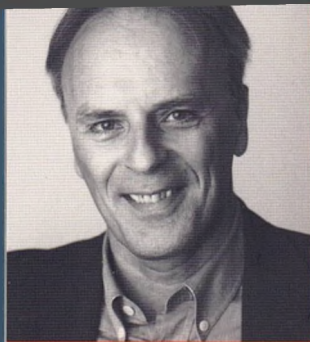
**Im Leben des Spanienkämpfers Walter Wagner
widerspiegeln sich die historischen Umbrüche
der Schweiz von den 1930er- bis in die 1960er-
Jahre.**

ISBN 978-3-85869-345-7

Walter Wagner (1913–2006) wuchs in proletarischen Verhältnissen im sankt-gallischen Flawil auf. Als junger Bauarbeiter trat er 1933 der Kommunistischen Partei der Schweiz bei. In Moskau erlernte er das Handwerk der Revolution. 1936 ging er nach Spanien und kämpfte bis 1939 für die spanische Republik gegen Franco; er war Schweizer Kaderchef bei den Internationalen Brigaden und überlebte die grausamen Schlachten bei Teruel und am Ebro. Im Konflikt mit der Parteielite wandelte er sich anschließend immer mehr vom Kommunisten zum Sozialisten. Vom Ideal eines demokratischen Sozialismus rückte er aber bis ans Lebensende nicht ab.

In Wagners Biografie widerspiegeln sich die großen historischen Umbrüche der Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Exemplarisch wird die schwierige Situation der antifaschistischen Opposition in der Schweiz sichtbar. Antikommunismus, Verfolgung, Gefängnis und jahrelange Überwachung durch die Politische Polizei erfuhr Wagner am eigenen Leib.

Ralph Hug zeichnet das Leben von Walter Wagner anhand von Gesprächen, Dokumenten und teils noch unerschlossenen Quellen nach und erzählt die wenig bekannte Geschichte der radikalen Opposition in der Schweiz während des Kalten Krieges.



Ralph Hug,

geboren 1954, freier Journalist mit Schwerpunkt gewerkschaftliche und historische Themen. Seit einigen Jahren forscht er über die Schweizer Spanienfreiwilligen und ihren Kampf für die spanische Republik. Bisherige Veröffentlichungen: *80 Jahre Generalstreik* (1998), *Streik. Zeichen der Veränderung* (Schweizerischer Gewerkschaftsbund, 2000), *100 Jahre VHTL* (2004) und *100 Jahre SP Kanton St. Gallen* (2005). Lebt in St. Gallen.

Ralph Hug

St. Gallen – Moskau – Aragón

Das Leben
des Spanienkämpfers
Walter Wagner

Vorwort von Peter Huber

Rotpunktverlag

Autor und Verlag danken den folgenden Institutionen für die grosszügige finanzielle Unterstützung:

Kulturförderung Kanton St.Gallen

Stadt St. Gallen

Kanton Luzern



Gemeinde Bätterkinden

Arnold Billwiller Stiftung

Hannelore Fuchs, Rorschach

© 2007 Rotpunktverlag, Zürich

www.rotpunktverlag.ch

Umschlagfotos: Dagmar Wurzbacher (Wagner 1996), Nachlass Wagner
(Wagner 1938 in Aragón)

Lektorat: Tamaris Mayer

Register: Patrick Schär

Karten und Satz: Patrizia Grab

Lithos: Susanne Bobzien, dpi publishing service ag, Zürich

Druck und Bindung: fgb • freiburger graphische betriebe • www.fgb.de

ISBN 978-3-85869-345-7

1. Auflage 2007

Eingelesen mit [ABBYY Fine Reader 16](#)

Inhalt

Übersichtskarten	6
Vorwort	9
Einleitung	17
I Eine proletarische Jugend	27
1 Wagner wird Kommunist	35
2 In Stalins Moskau	69
3 Der antikommunistische Komplex	109
4 Das heimliche Netz	145
5 Im Spanischen Bürgerkrieg	161
Übersichtskarte	190
6 Die Aburteilung	241
7 Vom Kommunisten zum Sozialdemokraten	265
8 Verweigerte Rehabilitierung	281
Anmerkungen	303
Quellenverzeichnis	330
Auswahlbibliografie	332
Abkürzungsverzeichnis	341
Orts-, Personen- und Sachregister	343

Vorwort

Als Walter Wagner nach dem verlorenen Spanienkrieg völlig mittellos in die Schweiz heimkehrte, musste er gleich eine weitere Demütigung einstecken: Ein Militärgericht brummte ihm im Februar 1939 für seinen Einsatz aufseiten der Spanischen Republik eine fünfmonatige Freiheitsstrafe auf, die er in der Strafanstalt Saxerriet absass. 1996 hat das neue, aus der Diktatur hervorgegangene Spanien allen ausländischen Freiwilligen die Ehrenbürgerschaft verliehen – in der Schweiz sind die politischen Widerstände gegen eine symbolisch-politische Wiedergutmachung auch nach elf parlamentarischen Vorstössen immer noch gross. Dabei geht es nicht einmal um Geld – keiner der verurteilten Spanienkämpfer, von denen Walter Wagner als einer der Letzten im Sommer 2006 verstorben ist, hat je materielle Ansprüche erhoben. Man wird den Eindruck nicht los, dass der Bundesrat nach der unter Druck erzwungenen Revision des Geschichtsbildes der Schweiz im Zweiten Weltkrieg nun abblockt, getreu dem Motto «Bis hierher und nicht weiter».

Das vorliegende Buch ist wohl der erste Versuch, den Lebensweg eines Schweizer Freiwilligen in all seinen Facetten auszuleuchten. Vor unseren Augen entsteht das Bild eines engagierten, rebellischen Proletariers, das in vieler Hinsicht repräsentativ für die äusserst prekären sozialen und politischen Zustände der damaligen Schweiz ist: Der junge Walter Wagner war zu «beruflicher Wanderschaft» verurteilt, schlug sich mit Gelegenheitsjobs wie Hausbursche, Portier, Tierpfleger und Küchenbursche auf einem Raddampfer

durch und wuchs in die sozialistische bzw. kommunistische Bewegung hinein, was ihm Arbeitslosigkeit und bald auch Justizverfahren eintrug. Wagner gehörte bereits vor seinem Wegzug in den Spanischen Bürgerkrieg zu jener Schicht von Schweizern, die hier keinen Platz fanden, sich als Parias vorkamen und nach neuen Ufern aufbrechen wollten. Wagner wollte nützlich sein, setzte sein Leben aufs Spiel und kam nur mit viel Glück heil in die Schweiz zurück.

Noch während Wagner in Spanien und mit der Waffe in der Hand den Boden der Freiheit gegen die putschenden Generäle um Francisco Franco verteidigte, formierte sich in der Schweiz eine Bewegung zur Verteidigung der Spanischen Republik, die mit der Waffe der Kritik gegen die bundesrätliche Spanienpolitik Sturm lief. Da der Einsatz dieser politischen Helfer in der Schweiz ähnlich wie jener der weggezogenen militärischen Helfer vom Schlage Walter Wagners in der bisherigen Geschichtsschreibung kaum wahrgenommen wurde, seien hier kurz einige Figuren dieses intellektuellen Widerstandes vorgestellt, allen voran Charles Ferdinand Vaucher und Hans Mühlestein.

C.F. Vaucher war ein äusserst vielfältig begabter Künstler, sozusagen ein Allrounder, der als Kabarettist, Autor, Regisseur und Tänzer brillierte. In dieser Tradition stand auch eine Geheimmission, die er nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs an der französisch-katalanischen Grenze übernahm: Mit gefälschten Papieren lotsete er zwei Eisenbahnwagen voller Fliegerabwehrgeschütze schweizerischer Produktion («Bührle-Kanonen») über die Pyrenäen.¹ Dass ausgerechnet er zum Geheimauftrag herangezogen wurde, dürfte er seinem persönlichen Profil verdankt haben: Dank seinem Juristendiplom kam er mit Papierkram glänzend zurecht, verfügte als Sohn eines Direktors über tadellose Umgangsformen und war mit französischen Gepflogenheiten bestens vertraut. Vor allen Dingen brauchte er sich als Schauspieler nicht mühsam zu verstellen, sondern ging in

der ihm zugewiesenen Rolle völlig auf. Im Juni 1937, als auch Wagner nach Spanien aufbrach, reiste Vaucher im Namen einer Linksgruppe innerhalb des Schweizerischen Schriftsteller-Verbandes an den «Zweiten Internationalen Kongress der Schriftsteller zur Verteidigung der Kultur» (Valencia/Madrid, 1937). Auf der Fahrt nach Madrid sass er im gleichen Wagen wie André Malraux und Ludwig Renn, dem er unlängst zur Flucht in die Schweiz verholphen hatte und der nun als Schriftsteller und Stabschef einer Brigade zur Front aufbrach. Vaucher wollte die Feder nicht mit der Waffe tauschen, kehrte in die Schweiz zurück und ging auf eine landesweite Vortragstournee für kommunistische und sozialdemokratische Organisationen. Er, der bis zu diesem Zeitpunkt die schweizerische Version des «fellow-travellers» symbolisierte, nahm 1938 von der unmittelbaren Agitprop für Spanien Abstand. Grund dafür war seine zunehmende Ernüchterung über die Vorgänge in der Sowjetunion.

Hans Mühlestein, der zweite Schweizer Delegierte am Kongress in Valencia/Madrid, war der bekanntere und zugleich der in bürgerlichen Kreisen berüchtigttere Intellektuelle. Seine flammenden Reden zur Solidarität mit der Spanischen Republik provozierten ab 1936 heftige Reaktionen. Die *Neue Zürcher Zeitung* bezeichnete ihn als «gefürchteten Dauerredner», dessen «spanischer Kreuzzug nur als logische Fortsetzung einer Serie früh begonnener Don Quijoterien» erklärbar sei.² Der wortgewaltige Volkstribun vermochte wie kein Zweiter das Publikum zu begeistern. Die Stärke und Durchschlagskraft seiner Argumentation bestand in der Fähigkeit, die demokratische Tradition des jungen Bundesstaates auf die Ereignisse in Spanien zu übertragen und fruchtbar zu machen. In seiner Eigenschaft als Spezialist der Antike, des schweizerischen Bauernkriegs und der radikaldemokratischen Tradition konnte Mühlestein für die Spanische Republik Kräfte mobilisieren, die der Klassenkampf-Diskurs niemals hätte freisetzen können. Seit November 1936 lief gegen

Mühlestein ein militärgerichtliches Verfahren. Die aufsehenerregende Verurteilung am 22. Dezember 1936 wegen «Anwerbung eines Schweizers für fremden Militärdienst» stützte sich auf ein Zitat von André Malraux, das Mühlestein an einer Versammlung in Zürich verlesen hatte: «Was also die Perspektive angeht, so weiss man, dass die endgültige militärische Entscheidung in den nächsten 14 Tagen fallen wird. Die Freiheitstruppen brauchen Waffen, Flugzeuge, Piloten und Militärtechniker.»³

Spanienkämpfer wie Walter Wagner konnten bei der Rückkehr in die Schweiz mit medizinischer Betreuung durch die Centrale Sanitaire Suisse (CSS) rechnen. Die CSS umfasste rund 150 Ärzte und leistete kostenlos Erste Hilfe, die von Entlassung oder Heilung von Haut- und Infektionskrankheiten bis zu chirurgischen Eingriffen reichte. Das Zentralsekretariat der CSS in Zürich führten der Arzt Hans von Fischer (Präsident) und der Anwalt Ernst Rosenbusch (Sekretär). Rosenbusch war Armeeeoffizier und politisierte vor 1933 im Arbeitsausschuss der Jungliberalen, denen er unter Protest den Rücken kehrte, da er «die Stellung der jungliberalen Bewegung der Schweiz gegenüber den faschistischen Ideologien als nicht entscheidenden genug» betrachtete.

Die CSS wendete bei ihren Sammelkampagnen neue Methoden an, um ihrem Anliegen Gewicht zu verleihen. Die Spendenaufrufe waren begleitet von einer Liste mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Forschung, die der Republik ihre Sympathie aussprachen.

Die zahlenmässig bescheidene Gruppe von Sympathisanten im Lehrkörper der schweizerischen Hochschulen muss vor dem Hintergrund des damaligen politischen Klimas an den Hochschulen gesehen werden, das von einer tiefen antisozialistischen Mentalität geprägt war. Zum Kreis des intellektuellen Widerstandes, der in der Schweiz den in Spanien kämpfenden Brigadisten den Rücken stärkte, gehörte sicher der Zürcher Schriftsteller Albin Zollinger. In der von ihm redigierten Zeitschrift *Die Zeit* nahm er Mühlestein vor den Mi-

litärrichtern in Schutz: «Die Gelegenheit, dem unbequemen Revoltierer, dessen Ausfälle wir gewiss nicht in ihrem ganzen Umfang decken, eins auswischen zu können, ist von unseren Patrioten gerne und bald ergriffen worden. Für meine Person bin ich nicht wie Mühlestein Marxist, sondern ganz unzeitgemässer-, altmodischerweise Demokrat; doch glaube ich nicht an die Demokratie im Heroglas, und wenn ich für meine Sympathie zwischen politischem Pharisäer und der Unruhe des Rebellen zu wählen habe, dann brauche ich mich nicht zu besinnen.»

Im Sommer 1937 brachte Zollinger eine Spanien-Sondernummer von der *Zeit* heraus. Mit Rafael Alberti, Juan Ramon Jimenez, Antonio Machado, Blasco Ibanez und dem ermordeten Federico Garcia Lorca kamen die besten Stimmen zeitgenössischer spanischer Literatur zu Wort. Ein grösseres Publikum als *Die Zeit* erreichte die seit 1937 erscheinende linkssozialistische Wochenzeitung *ABC – Unabhängige schweizerische Tribüne*. *ABC* liess Persönlichkeiten zu Wort kommen, die in der Solidaritätsbewegung aktiv waren, so etwa Clara Ragaz von der «Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit». Nach der Verurteilung von Mühlestein schuf *ABC* einen «Mühlestein-Fonds» und organisierte im Rahmen einer Sammlung einen Kabarett- und Theaterabend, an dem Musiker, Kabarettisten und Schauspieler aus der linken Szene auftraten, so etwa der Schauspieler Robert Trösch, Mitglied des Kabarettts «Cornichon».

Auch Thomas Mann, der damals am Zürichsee lebte und sich sonst mit politischen Kommentaren eher zurückhielt, konnte von *ABC* für eine pro-republikanische Stellungnahme gewonnen werden:

«Längst habe ich meine herzliche Sympathie für den Freiheitskampf des spanischen Volkes bekannt – diesen beispielhaften und ergreifenden Kampf, der moralisch gewonnen ist, selbst wenn er ausgehen sollte, wie die Dinge der Welt auszugehen pflegen: tragisch

und gegen die Wünsche des Geistes und der Menschlichkeit. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass der Verteidigungskampf der Spanischen Republik, in dem das Nationale sich noch einmal, wie in seinen besten Zeiten, mit dem Freiheitlichen vereinigt, durch die Jahrhunderte leuchten und, ganz unabhängig von seinem Ausgang, vor der Geschichte eine Ehrenrettung unserer trüben und moralisch reduzierten Epoche bedeuten wird.» Das klare Wort zu Spanien von Thomas Mann mag überraschen – jenes von Jakob Bührer war zu erwarten, galt er doch zu dieser Zeit als der am meisten gelesenen Arbeiterdichter der Schweiz. Bührer stand seit 1935 an der Spitze der Schweizer Sektion des «Weltbundes der Schriftsteller zur Verteidigung der Kultur» und steuerte 1936 bis 1937 einen stramm moskautreue Kurs, der im Namen einer antifaschistischen Einheit jegliche Kritik an Stalins Sowjetunion ausschloss.

Heimkehrende Spanienkämpfer wie Wagner konnten auf eine kleine Schar von Juristen zählen, die Spanienfreiwillige zu niedrigen Tarifen vor den Gerichten verteidigten, an Solidaritätsveranstaltungen als Redner auftraten oder dem «Amnestiekomitee» ihren Namen zur Verfügung stellten.⁴ Unter ihnen findet man Albert Maag-Socin und Eugen Curti (beide Demokratische Partei), Otto Wyss und Christian Hitz (beide KP) oder die Sozialdemokraten Walther Kronauer, Fritz Schmuziger, Nationalrat David Farbstein, Eduard Zellweger, der spätere Bundesrichter Kurt Düby sowie Adolf Lüchinger, ab 1944 Stadtpräsident von Zürich. Wir werden sehen, wie Walter Wagner in St. Gallen juristischen Beistand vom «Schweizerischen Arbeiterhilfswerk» (SAH) und vom politischen Schwergewicht Johannes Huber, Anwalt und SP-Nationalrat, erhalten wird.

Die bürgerliche Presse schwieg zum intellektuellen Widerstand gegen Francos Truppen und hielt es nicht für nötig, die bemerkenswerte Front von Repräsentanten des kulturellen Lebens zu kommentieren oder mit ihr die Auseinandersetzung zu suchen.

Dieselbe Gleichgültigkeit gegenüber Stimmen aus Intellektuellenkreisen zur Zeit des Spanienkrieges legten auch die Behörden und die politische Elite an den Tag. Wir stossen hier auf einen typisch helvetischen Zug politischer Kultur, der damals vorherrschend war.

Walter Wagner setzte sich in hohem Alter noch an den Computer und überlieferte bruchstückhafte Memoiren seiner Jugendzeit, die im Dreieck St. Gallen-Moskau-Spanien verlief. Wagner reife in der helvetischen Provinz, im stalinisierten Moskau und im Labyrinth des Spanischen Bürgerkriegs – drei Stationen unterschiedlichster Prägung, von denen das vorliegende Buch Zeugnis ablegt.

Peter Huber
Genf, Dezember 2006

- 1 Vaucher, *Aus meiner linken Schublade. Erzählungen eines Lebens*, Zürich 1996, S. 119-125, 146-148.
- 2 «Intelligentsia. Der Gesinnungsheld Mühlestein», *NZZ*, 29. August 1936.
- 3 Näheres in: Huber, *Stalins Schatten in die Schweiz*, Zürich 1994, S. 68-69.
- 4 Huber, «Des intellectuels suisses partisans de la République espagnole», in: Cerutti/Guex/Huber (Hg.), *La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936-1946)*, Lausanne 2001.

Einleitung

Im Frühling 1938 irrte Walter Wagner, damals gerade 25 Jahre alt, mit einem Gewehr in der Hand in der Nähe des Dörfchens Azaila im spanischen Aragón umher. Er hatte mit einigen Kameraden den Anschluss an die Internationalen Brigaden verloren, die vor den anstürmenden Franco-Truppen südwärts geflüchtet waren. Plötzlich kam ihm im freien Feld sein Freund Richard Parvus entgegen. Er hatte die Aufgabe, im Gelände versprengte Kämpfer zu sammeln und in die Stadt Caspe zu führen, wohin sich die republikanischen Truppen zurückgezogen hatten. Parvus nahm Wagner am Arm und raunte ihm mit gedämpfter Stimme zu: «In diesem Land geht eine Elite der internationalen Arbeiterschaft sinnlos zugrunde. Pass auf dich auf!»

Der Spanische Bürgerkrieg markiert die weltgeschichtliche Erfahrung einer Generation, die im Antifaschismus ihre politische Identität fand. Der Schweizer Walter Wagner, geboren 1913, gehörte zu ihr, und von ihm handelt dieses Buch. Aber nicht nur von ihm allein, sondern auch von seiner Zeit, die er mitgeprägt hat. Das Buch ist als politische Monografie angelegt und verknüpft das Leben eines Spanienkämpfers mit dem Zeitgeschehen. Wagner war nicht nur Spanienkämpfer; er durchlebte entscheidende Phasen des frühen 20. Jahrhunderts, nämlich Krise und Arbeitslosigkeit in der Schweiz, den Antikommunismus der 30er-Jahre, den Stalinismus in Moskau und den antifaschistischen Kampf in Spanien. Dies macht ihn zu einem ausserordentlichen Zeugen seiner Zeit.

Wagner wuchs im sanktgallischen Flawil als Sohn eines Textilfärbers in einem proletarischen Haus auf und schloss sich 1933 der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) an. Er machte Parteikarriere und besuchte 1933 bis 1935 die Internationale Leninschule in Moskau, eine Ausbildungsstätte für kommunistische Kader. Wegen kritischer Äusserungen zum Stalinismus wurde er aus der Schule hinauskomplimentiert. Zurück in der Schweiz, war er in der antifaschistischen Emigrationsarbeit und im heimlichen Transfer von Spanienkämpfern aus Mittel- und Südosteuropa tätig, bevor er im Juni 1937 selber nach Spanien zog.

Im Hauptquartier der Internationalen Brigaden in Albacete versah er die Funktion des ersten Chefs des Schweizer Kadernservice. Für diese Aufgabe war er von der KPS als Mitglied des Zentralkomitees nach Spanien geschickt worden. Später kämpfte Wagner in der XI. Brigade an der Front von Teruel und in Aragón gegen die Franco-Truppen. Er nahm schliesslich im Sommer 1938 in der XIV. Brigade an der grossen Schlacht am Ebro teil. Dort erkrankte er an Typhus und Malaria und schied als kriegsuntauglich aus. Nach seiner vorzeitigen Rückkehr in die Ostschweiz im November 1938 erwartete ihn – wie all die anderen rund 800 Schweizer Freiwilligen – die Schweizer Militärjustiz. Wegen fremden Kriegsdienstes wurde er zu einer viermonatigen Gefängnisstrafe samt Aberkennung der bürgerlichen Rechte für zwei Jahre verurteilt. Unmittelbar darauf rückte er als Füsilier in den Aktivdienst der Schweizer Armee ein, wo ihm eine militärische Karriere trotz seiner Kriegserfahrung versagt blieb. Er galt als Kommunist, obwohl er sich von der Partei inzwischen losgesagt hatte.

1945 wurde Wagner auf einer linken Liste ins Stadtparlament von St. Gallen gewählt. Vier Jahre später zog er nach Luzern, wo er als Gewerkschaftssekretär arbeitete. 1955 bis 1959 sass er für die Sozialdemokratische Partei im Luzerner Grossen Rat. Dann verliess er die Gewerkschaft und wechselte als Disponent ins private Trans-

portgewerbe, in dem er bis zu seiner Pensionierung 1978 tätig war. Dies sind die wichtigsten Stationen seiner politischen und beruflichen Biografie. Im Alter von 93 Jahren verstarb er im Juni 2006 an seinem letzten Wohnort im bernischen Bätterkinden.

Mit Wagner hatte ich das erste Mal im November 2003 Kontakt. Als Autor der Jubiläumsschrift *100 Jahre VHTL* war ich auf der Suche nach einem Zeitzeugen, der mir Auskunft über die Geschichte der Handels- und Transportgewerkschaft geben könnte. Ich wurde an den Altfunktionär Walter Wagner verwiesen. Bereitwillig empfing mich der inzwischen 90-jährige Wagner in seiner kleinen Wohnung. Als ich sie nach fünf Stunden wieder verliess, wusste ich wenig über die fragliche VHTL, dafür umso mehr über die Kommunistische Partei, den Antifaschismus, den Stalinismus und den Spanischen Bürgerkrieg – er hatte mir in einem ununterbrochenen Erzählfluss seine ganze politische Lebensgeschichte anvertraut.

Seit jenem Nachmittag wusste ich, dass diese ausserordentliche Geschichte es verdiente, festgehalten und rekonstruiert zu werden. Es lag auf der Hand, dass es hier nicht bloss um das Schicksal eines Individuums ging, sondern um den Bericht einer ganzen Generation, die sich für ein sozialistisches Ideal engagiert und dafür auch ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatte. Erstaunlich war, dass Wagner ein Leben voller Risiken überstanden hatte, an dem Tausende zugrunde gegangen waren. Wäre er beispielsweise nur wenige Monate länger in Moskau geblieben, so wäre er Stalins Grosse Terror ab 1936 kaum entgangen. Und dass er die mörderischen Kämpfe im Spanischen Bürgerkrieg – in Teruel, in Aragón sowie am Ebro – ohne nennenswerte Verletzung überstanden hatte, grenzt an ein Wunder. Ein Viertel der rund 35'000 Brigadisten aus aller Welt, die den Vormarsch des internationalen Faschismus mit der Waffe in der Hand stoppen wollten, kehrte nicht mehr nach Hause zurück.

Wagner war darüber hinaus nie ein stromlinienförmiger Parteigänger. Obwohl von der kommunistischen Sache überzeugt, eckte er doch immer wieder an mit seinem eigensinnigen und sperrigen Charakter. Mehrmals stand er im Verdacht, ein politischer Abweichter, Spion, Anarchistenfreund und Trotzkiist zu sein. Im Gegensatz zu anderen, die es mit der Parteilinie peinlich genau nahmen und später nichts mehr davon wissen wollten, hielt Wagner bis ins hohe Alter an der Idee eines demokratischen Sozialismus fest.

Wagners politische Biografie führte von der sozialistischen Jugendbewegung über die Kommunistische Partei bis zur Sozialdemokratie. Sein Leben ist damit eng mit der Geschichte der schweizerischen Linken und ihrer Entwicklung nach dem Landesstreik von 1918, einem der wichtigsten Ereignisse der Schweizer Geschichte im 20. Jahrhundert, verbunden. Wagners politische Erfahrungen als Jungkommunist und Antifaschist, aber auch als Spanienkämpfer, Gewerkschafter und Sozialdemokrat widerspiegeln ein Stück schweizerische Zeitgeschichte: Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in den 30er-Jahren, die Zeit der Polarisierung zwischen Sozialismus und Faschismus, die Auseinandersetzung mit Frontismus und Antikommunismus sowie die Ära des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Kriegs.

Weil Wagner auch den Stalinismus in der Sowjetunion erlebte und schliesslich Zeuge der ersten militärischen Konfrontation antifaschistischer Kräfte mit dem deutschen und italienischen Faschismus in Spanien war, darf seine Biografie als aussergewöhnlich bezeichnet werden. Nur wenige Schweizer waren als Akteure in herausragende Ereignisse des «kurzen 20. Jahrhunderts» involviert wie er.

Wagner bewahrte dabei eine Erfahrungsperspektive von unten, bekleidete er doch zeit seines Lebens nie eine höhere Führungsfunktion, weder im Beruf noch in der Politik. All die Jahre hindurch war er ein einfacher, bescheidener Teilnehmer und Beobachter geblieben.

Meine Absicht, über seine exemplarischen Erfahrungen ein Buch zu schreiben, quittierte er anfänglich mit Unverständnis. Er hielt sein Leben nie für etwas Besonderes, obwohl er mehr gesehen hatte als so mancher einflussreiche Stubenhocker. Von einem nüchternen Pragmatismus geprägt, sträubte er sich dagegen, zu einem Gegenstand der historischen Forschung zu werden. Gleichwohl stand er in unzähligen Stunden den Fragen und Nachforschungen ohne Murren zur Verfügung und strapazierte dabei das Gedächtnis im Bemühen, die erinnerte Geschichte mit dem objektiven Gang der Ereignisse in Übereinstimmung zu bringen.

Grundlage des vorliegenden Buchs ist ein 76-seitiger Text, den Wagner unter dem Titel *Erinnerungen an meine Jugendzeit – Moskau-Spanien* in zwei Teilen verfasst hat. Das Skript wurde 1991 oder 1992 erstellt. Der Text, vom damals bald 80-Jährigen auf einem Computer angefertigt, blieb unpubliziert und zirkulierte unter Verwandten, Freunden und Bekannten sowie in interessierten Fachkreisen. In bemerkenswerter Offenheit hält Wagner die wichtigsten Stationen seines Lebens in chronologischer Folge fest. Er schildert Ereignisse, Schauplätze, Personen, Zusammenhänge und politische Entwicklungen und bewertet sie aus einer persönlichen Perspektive. Zu berücksichtigen ist, dass der Text aus der Rückschau geschrieben wurde und also kein authentisches Zeitdokument ist. Der Text wies Lücken und Leerstellen auf, die dann mittels Interviews zum grössten Teil gefüllt werden konnten.

In acht mehrstündigen, meist einen halben Tag dauernden Interviews, verteilt über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren, wurde versucht, sämtliche im Skript aufgeführten Fakten und Details zu verifizieren und Zusammenhänge zu klären. Dabei erwies sich Wagners Gedächtnis auch in hohem Alter noch als ausgesprochen leistungsfähig. Nur ganz wenige, untergeordnete Aspekte mussten im

Licht dieser Überprüfung korrigiert werden. Im direkten Gespräch kamen auch Tatsachen und Begebenheiten zum Vorschein, die in der individuellen Erinnerungsarbeit verschüttet geblieben waren.

So weit möglich, wurden alle Fakten in Wagners autobiografischer Erzählung anhand von Quellenmaterial aus verschiedenen Archiven überprüft. Was die Spanienfreiwilligen sowie die Spanienpolitik der Eidgenossenschaft vor dem Zweiten Weltkrieg betrifft, sind die im Bundesarchiv in Bern gelagerten Akten der Militärjustiz, der Bundesanwaltschaft sowie der Departemente des Bundes massgebend. Auch wurde Material aus dem Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte herangezogen, wo die Dokumente der Internationalen Brigaden sowie der Leninschule aufbewahrt sind. Zum ersten Mal überhaupt wurden die im Stadtarchiv St. Gallen lagernden Dokumente betreffend die St. Galler Sektion der Kommunistischen Partei ausgewertet, weiter auch gewisse Personenakten der Politischen Polizei im Staatsarchiv St. Gallen.

In den umfangreichen Recherchen zur zeitgeschichtlichen Einbettung tauchte nach und nach eine zweite, versteckte Biografie Wagners auf: sein Schattenleben in den Karteikarten der Politischen Polizei, der Bundesanwaltschaft, der Militärjustiz, in den Spitzelberichten des Vaterländischen Verbandes sowie in den Akten der Kommunistischen Internationale und der Internationalen Leninschule. Alle diese staatlichen und parastaatlichen Apparate legten über Wagners Person während Jahren Fichen, Dokumente, Rapporte, Charakteristiken, Protokolle und Berichte an, in denen Aussagen über seine politische Identität und Bewertungen seiner Tätigkeit zu finden sind.

Wagners persönliche Fichen bei der Politischen Polizei umfassen elf Seiten und 89 Einträge, verteilt auf einen Zeitraum von 33 Jahren. Sie listen teils minutiös Ereignisse auf und können – mit der nötigen Vorsicht – als Protokolle kommunistischer Tätigkeit gelesen werden.

Über diese Fichen war Wagner im Bild, denn er hatte sie im Zuge der Aufarbeitung des sogenannten Fichenskandals 1989 angefordert und ausgehändigt erhalten, wenn auch mit teilweiser Einschwärzung der Informationsquellen.

Ohne dass der reale Wagner darüber informiert gewesen wäre, fristete er von der Mündigkeit bis weit ins Berufsleben als Gewerkschaftssekretär hinein eine verborgene Doppelexistenz als fiktiver Akten-Wagner, als administratives Double. In diese Kunstfigur sind die politischen Fantasmen, Feindbilder und Vorurteile jener Zeit eingeschrieben. Von ihnen wird im Folgenden ausführlich die Rede sein. Wagner selbst begegnete dem «anderen» Wagner, dem Wagner seiner Verfolger und Beobachter, im Wesentlichen erst durch die Recherchen zu dieser politischen Biografie. Der Zugang zur Textwelt der Archive blieb ihm vorher versperrt oder er kümmerte sich nicht weiter darum.

Aus dem Archivmaterial konnten zum Teil Personen identifiziert werden, deren wahre Identität Wagner aus konspirativen Gründen nie erfahren hatte. Der eingangs erwähnte Richard Parvus, dessen düstere Einschätzung des historischen Schicksals der Arbeiterklasse in der Retrospektive geradezu prophetisch wirken, hiess in Wirklichkeit Willi Glatzer und war ein Kominternmitarbeiter, der von der KPD aus in die Sowjetunion gelangt war.

Wagners Memoiren sind vor allem in Bezug auf den Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) von Bedeutung, schon deshalb, weil es nicht sehr viele solche Zeugnisse aus der Schweiz gibt. Dies obwohl rund 650 bis 800 Schweizer – je nach Zählart – am Bürgerkrieg teilgenommen haben. Wagners Schilderungen reihen sich in Publikationen ein wie Hans Hutters *Spanien im Herzen* (1996), Clara und Paul Thalmanns *Revolution für die Freiheit* (1987), Albert Minnigs *Diario di un volontario svizzero nella guerra di Spagna* (1986), Ernst Stauffers *Erinnerungen eines Freiwilligen aus dem Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939* (1986), Pierre Bavauds und Jean-Marc Béguins *Les oubliés* über die drei Westschweizer Spanienkämpfer Joseph Marba-

cher, Lucien Reymond und Eolo Morenzoni (1998) oder die beiden Sammelbände *Schweizer kämpfen in Spanien* von Max Wullschleger (1939) und «... dass Friede und Glück Europas vom Sieg der Spanischen Republik abhängt», herausgegeben von Heiner Spiess (1986).

Die systematische Erforschung des Phänomens der Schweizer Spanienfreiwilligen durch die wissenschaftliche Forschung ist erst jüngerem Datums. Die grundlegende Arbeit, *Les combattants suisses en Espagne républicaine 1936-1939* von Nic Ulmi und Peter Huber ist 2001 in Lausanne erschienen und bis jetzt noch nicht auf Deutsch übersetzt worden. In diesem Umstand widerspiegeln sich Versäumnisse der deutschschweizerischen historischen Forschung, die auch klare Unterschiede in der kulturellen Sensibilität gegenüber dem antifaschistischen Geschichtserbe anzeigen. Auch diesen Rückstand im kollektiven Gedächtnis will dieses Buch überwinden helfen.

Wagner nimmt im Kontext der Schweizer Spanienliteratur insofern eine Sonderstellung ein, als er nicht als gewöhnlicher Brigadist, sondern als KP-Funktionär mit dem Auftrag nach Spanien reiste, im Hauptquartier der Internationalen Brigaden einen Kaderservice für Schweizer Freiwillige aufzubauen. Er wurde damit zu einem Teil des kommunistischen Kader- und Machtapparates, der unter anderem für die Repression gegen Oppositionelle innerhalb des linken Lagers verantwortlich war. Weil Wagner nach seiner Ankunft in Spanien aus purem Zufall in anarchistischen Kreisen verkehrt hatte, geriet er bei der kommunistischen Brigadeleitung unter Verdacht und fiel später in Ungnade. Es ist geradezu ein Merkmal seiner politischen Biografie, dass er sich der parteikommunistischen Linie nie völlig unterordnete, solange er sich selber als Kommunist begriff. Dies hat ihm später die ideologische Ablösung von der KP gewiss erleichtert.

Wagner teilte das Schicksal jener Antifaschisten, die Ende 1938 mit zerstörten Hoffnungen aus Spanien zurückkamen und denen klar

war, dass ein weiterer Weltkrieg unvermeidlich sein würde. Der Spanienkrieg war daher für viele eine desillusionierende Erfahrung, die auf den sozialistischen Geschichtsoptimismus drückte. Ein bürgerlich dominiertes Parlament, das die Amnestie ablehnte, sowie eine gut funktionierende Schweizer Militärjustiz brachte viele Spanienkämpfer und darunter auch Walter Wagner zuerst hinter Gitter, bevor sie in der Generalmobilmachung nochmals zur Waffe für einen Staat greifen durften, der ihnen eben erst die bürgerlichen Rechte entzogen hatte.

Die Verfolgung und Aburteilung der antifaschistischen Kämpfer gehört zu jenen Kapiteln der Schweizer Geschichte, die im offiziellen Gedächtnis der Schweiz noch nicht ausreichend reflektiert worden sind. Trotz der Fortschritte der Geschichtsforschung sind die Spanienfreiwilligen immer noch die «Vergessenen» des antifaschistischen Widerstands. Dazu hat die bis heute verweigerte Rehabilitierung beigetragen, deren Verlauf im letzten Kapitel nachgezeichnet wird. Zwar gab es durchaus und wiederholt Bekundungen zur moralischen Rehabilitierung, doch diesen hätte, wie im Fall der zivilen Fluchthelfer an der Grenze, eine volle Rehabilitierung durch eine Aufhebung der aus heutiger Sicht ungerechten und, europäisch gesehen, einzigartigen Gerichtsurteile folgen müssen. Doch diese sind immer noch in Kraft. Es handelt sich hier um eine historische Altlast der Schweiz, deren Beseitigung vor allem auch im Licht der Praxis anderer europäischer Länder überfällig ist.

Am Schluss noch einige Bemerkungen zur Textpolitik und zur Darstellungsform. Anmerkungen wurden vergleichsweise sparsam und nur dort angebracht, wo es aus Gründen der Quellenabsicherung unerlässlich schien. In den Anmerkungen werden in der Regel keine inhaltlichen Ausführungen gemacht, sie dienen nur dem Quellen- und Literaturverweis und der Diskussion der Literatur.

Ich danke allen, die in irgendeiner Form am Zustandekommen dieses Buches mitgewirkt haben. Sie können hier nicht alle namentlich aufgezählt werden. Speziell gedankt sei aber Marcel Mayer und Max Lemmenmeier (St. Gallen), Hans Kos (Luzern), Julia Köstenberger (Wien) und Angela Berg (Bremen) für die fachliche Unterstützung in vielerlei Hinsicht sowie Alexandra Stark für die Beschaffung von Akten in Moskau. Weiter danke ich Peter Huber für sein fachkundiges Vorwort und seine Forschungsdaten über die Schweizer Spanienkämpfer. Markus Comba (St. Gallen) danke ich für die Benützung seiner umfangreichen Spanienbibliothek und Hannelore Fuchs (Rorschach) für die grosszügige Unterstützung sowie meiner Frau Margrit Blaser für wertvolle Anregungen.

Danken möchte ich den Angehörigen der Familie Wagner, im Speziellen Blanca und Martin Zogg-Wagner (Oberburg) sowie Niklaus Wagner (Mörschwil), die mir wichtige Auskünfte erteilten und auch sonst jede erdenkliche Hilfe zuteil werden liessen. Beim Rotpunktverlag Zürich wusste ich mich gut aufgehoben. Dieser Verlag hat sich um die Spanienkämpfer verdient gemacht, publizierte er doch mit Hans Hutters Erinnerungen *Spanien im Herzen* das bisher wohl eindrücklichste Schweizer Spanienzeugnis. Ich hoffe, dass es mit diesem Buch einen würdigen Nachfolger gefunden hat.

I Eine proletarische Jugend

Sozialismus in Flawil

Das sanktgallische Flawil ist ein Ort wie viele andere in der Ostschweiz. Aber in der politischen Geografie der Schweiz hat Flawil einen besonderen Klang. Hier im Fürstenland versammelten sich im Jahr 1836 10'000 aufbegehrende Bürger zu einer Massenkundgebung gegen die konservative politische Ordnung, die damals auf der Eidgenossenschaft lastete. Sie verlangten Volkssouveränität und mehr Demokratie. Flawil war in jenen Tagen ein Ort des Protests. Seither ist das Dorf mit der Geschichte des liberalen Kampfs gegen die restaurativen Kräfte untrennbar verbunden.

Lebte etwas von diesem rebellischen Geist in der Familie Wagner weiter? Niklaus Wagner, 1885 geboren und in Flawil aufgewachsen, war Textilarbeiter und ein Unangepasster. Die Berufslehre hatte er als Textilfärber in der örtlichen Firma Hubatka absolviert. Zeit seines Lebens ein Proletarier, hatte er nichts zu verkaufen als seine Arbeitskraft. Schon bei seiner Mutter Marie, geborene Wälli, war dies so gewesen. Sie hatte sich als Stickerin durchgeschlagen und arbeitete bis zum 70. Altersjahr in der Flawiler Weberei Waldau.

Niklaus Wagner wollte sich mit der Welt, in der er lebte, nicht abfinden. Er fand, es müsste noch ein besseres Leben geben. Auf seinen Wanderjahren in Deutschland hatte er den Sozialismus und die Idee einer gerechten Gesellschaft ohne menschliche Ausbeutung

kennengelernt. Er hörte von Karl Marx, der den Kapitalismus für das Elend der Massen verantwortlich machte, und er vernahm die Botschaft, dass sich die Arbeiter zusammenschliessen müssten, wenn sie dieses Joch abschütteln wollten. Mit der Vorstellung von der Möglichkeit einer anderen, befreiten Welt kehrte er in die Schweiz zurück, und sie liess ihn fortan nicht mehr los. Als im Jahr 1906 in Flawil, wie auch anderswo im Kanton St. Gallen, ein Allgemeiner Arbeiterverein und später eine Sektion der Sozialdemokratischen Partei gegründet wurde, war er mit dabei. So schildert es jedenfalls sein Sohn Walter Wagner in seinen Erinnerungen.¹

Genau rekonstruierbar ist Wagners politisches und gewerkschaftliches Engagement nicht, denn nähere Quellen dazu sind nicht erhalten. Die lokalen Zeitungen berichteten über die Gründung des Arbeitervereins und auch über die spätere Umwandlung in eine Sektion der neuen Sozialdemokratischen Partei (SP). Dabei wurden die Namen der Initianten jedoch nicht genannt. Auch die sozialistische *Ostschweizer Arbeiterzeitung* unterliess dies, obwohl sie über die Gründer gewiss Bescheid wusste – es hätte für die Betroffenen zu Nachteilen und wahrscheinlich sogar zum Verlust der Arbeitsstelle geführt.² Immerhin wusste das Blatt zu berichten, dass der neue Arbeiterverein «in gewissen Kreisen einige Aufregung» verursacht habe.³

Die Selbstorganisation der Arbeiterschaft im Namen des Sozialismus war in Flawil bis dahin unbekannt und beunruhigte das Bürgertum. Seit den 1830er-Jahren existierte zwar ein Grütliverein als Vorläufer der organisierten Arbeiterbewegung, aber dieser beschränkte sich darauf, die Aus- und Weiterbildung der Arbeiter zu fördern, und pflegte im Übrigen eine patriotische Einstellung. Von Umsturz und Revolution wollten die Grütlianer nichts wissen. Sie blickten daher mit Stirnrunzeln auf den neuen, klassenkämpferischen Arbeiterverein. Sie empfanden ihn als Konkurrenz. Wie die Geschichte zeigt, nicht ohne Grund.

Nach der Jahrhundertwende trat die Sozialdemokratische Partei auch in der Ostschweiz eigenständig auf. Sie fand mit ihren kapitalismuskritischen Parolen in der Arbeiterschaft zunehmend Gehör und drängte die eher betulichen und unzeitgemässen Grütlivereine politisch an den Rand.

Laut Walter Wagner hat sich sein Vater im November 1918 am Generalstreik beteiligt. Wie sich der Landesstreik in der Region Ostschweiz genau abspielte, ist nur in groben Zügen bekannt. Wir wissen nicht im Detail, wo in Flawil gestreikt wurde und wo nicht. Sicher ist, dass die Drucker die Arbeit niederlegten. Denn die freisinnig-demokratische Zeitung *Der Volksfreund* erschien am 12. und 14. November nicht, wie der Verlag nach dem Streik der Leserschaft mit der Bitte um Entschuldigung mitteilte.⁴ Vermutlich haben sich auch die Textilarbeiter oder wenigstens ein Teil von ihnen dem Streik angeschlossen.

Flawil wies mit seinen 5'000 Einwohnern im Gegensatz zu anderen bäuerlich dominierten Gemeinden eine Bevölkerung mit einem deutlichen Arbeiterschwerpunkt auf. Das Dorf hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch Industrie und Bahnanschluss einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt und zählte zu jenen Zentren auf dem Land, die sich dank einem prosperierenden Textilsektor rasch entwickelten. Dadurch konnte sich ein ländliches Fabrikproletariat bilden. Dies war die soziale Heimat der Familie Wagner.

Wirtschaftlich ging es den Wagners schlecht. Als Niklaus Wagner 1914 in den Militärdienst einrücken musste, entfiel das Haupteinkommen. Seine Frau Elisabeth musste eine schlecht bezahlte Heimarbeit annehmen und so mithelfen, die Familie über Wasser zu halten. Man teilte das Schicksal vieler Arbeiterhaushalte, deren Existenz mangels sozialstaatlicher Sicherungen immer etwas prekär war. Nach dem Krieg ging es nicht viel besser. Wagner verlor seine Stelle als Färber. Er sei wegen seiner politischen Gesinnung entlassen worden, berichtet Walter Wagner.⁵

Fortan musste er sich als Handlanger auf Baustellen verdingen, was ihn sicher nicht mit der herrschenden Ordnung versöhnte. Als Sozialist und Gewerkschafter und nun auch noch als Arbeitsloser blieb er in der Sozialordnung des Dorfs ein Aussenseiter. Und als Mitbegründer einer revolutionären Partei, die sich die Überwindung des Kapitalismus auf die Fahne geschrieben hatte, konnte er sich keine grossen beruflichen und sozialen Chancen erhoffen. Im angestammten Beruf zu arbeiten war für ihn unmöglich geworden. Vermutlich stand er auch auf einer schwarzen Liste der Arbeitgeber, die gerade in der Textilindustrie weit verbreitet waren.⁶ Mit diesem wirksamen Mittel suchten die Unternehmer und Patrons missliebige Arbeiter und Gewerkschaften von ihren Betrieben fernzuhalten. Das gelang in den dezentral gelegenen und überschaubaren Produktionsstätten der Ostschweiz besser als in Grossunternehmen. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben sich in der Textilwirtschaft bis in die Gegenwart stark patriarchale und gewerkschaftsfeindliche Traditionen erhalten.

Ob Wagners Name wirklich auf einer schwarzen Liste stand, ist nicht aktenkundig, aber für ihn spielte das keine Rolle. Wenn ein Arbeiter politisch aktiv war, sprach sich dies herum, und die informellen Absprachen unter den Arbeitgebern führten immer zum selben Ergebnis: Ausschluss und Diskriminierung.

Die Stube als Politlokal

Wagners Verdienst reichte mehr schlecht als recht für den Unterhalt der wachsenden Familie aus. Es mussten inzwischen drei Kinder ernährt werden. Walter (geboren 1913) war der älteste Sohn, dann kamen Niklaus junior (geboren 1919) und Klara (geboren 1924) hinzu. Als die Textilwirtschaft nach dem Krieg in die grosse Krise geriet, war der Vater erstmals länger als ein Jahr arbeitslos, man litt Hunger. «Schmalhans war zu Gast bei uns», erinnerte sich Walter Wagner.⁷

Weil sogar das Geld fehlte, um genügend Holz für Herd und Ofen zu kaufen, besorgte man es sich eigenhändig im Wald.

Die Existenzsorgen hielten Vater Wagner aber nicht davon ab, sich gewerkschaftlich zu engagieren, sie dürften ihn in seiner sozialistischen Überzeugung eher noch bestärkt haben. Wagners Stube verwandelte sich oft in ein Politlokal, hier trafen sich die Kollegen und Genossen aus Gewerkschaft und Partei. Bis tief in die Nacht wurde debattiert und beraten. Der junge Walter Wagner hörte dies mit. Die tiefere Bedeutung der Gespräche blieb ihm zwar verborgen, doch insgeheim ahnte er, worum es ging: «Ich verstand vieles noch nicht, aber eines blieb mir haften: Es gab Arme und Reiche und ausserdem viele Ungerechtigkeiten, sodass die Arbeiter sich zusammenschliessen müssten, um die bestehenden Missstände zu bekämpfen, um für eine bessere Welt einzutreten.»⁸

In dieser engen Flawiler Arbeiterstube lagen also die Wurzeln von Walter Wagners späterer politischer Laufbahn. Hier wurden die Weichen gestellt für sein Engagement als Kommunist, Spanienkämpfer und Gewerkschafter – und für die grossen Geschichtserfahrungen, die sein Leben prägen sollten.

Da Niklaus Wagner keine Aussicht auf eine regelmässige Lohnarbeit hatte, machte er sich 1924 selbständig. Im Parterre des Wohnhauses wurde gerade ein Ladenlokal frei, wo er einen Gemüseladen einrichtete und damit einen Ausweg aus der proletarischen Misere suchte. Das Verkaufsgeschäft wurde durch ein Darlehen der Grossmutter ermöglicht und liess sich gar nicht schlecht an. Der Ertrag aus dem Gemüseverkauf reichte aus, um die Familie zu ernähren. Wagner konnte auf die örtliche Arbeiterschaft als Kunden zählen. Man bewies Solidarität und Klassenzusammenhalt und kaufte bei ihm den Tagesbedarf ein.

Im Frühjahr 1931 trafen mehrere Ereignisse zusammen: Wagners Ehefrau Elisabeth starb mit 49 Jahren unerwartet an Blutkrebs. Mit ihrem Tod ging der Familie nicht nur die Mutter, sondern auch eine Arbeitskraft verloren. Dann kündigte der Hausbesitzer überraschend

die Ladenräumlichkeiten, sodass man eine neue Lokalität suchen musste. Schliesslich spitzte sich die Wirtschaftskrise zu, die Massenarbeitslosigkeit erreichte einen Höhepunkt. Diese Schwierigkeiten zwangen Wagner zur Aufgabe seines Gewerbes.

Er versuchte zunächst, einen Hausiererhandel aufzuziehen. Es gelang ihm, einen alten Chevrolet-Lastwagen zu kaufen, mit dem er bis ins entlegene Toggenburg fuhr, um der Landbevölkerung alle möglichen Waren zu verkaufen. Doch der LKW musste ständig repariert werden, und während der Instandstellung kam natürlich kein Geld herein.

Im Oktober 1931 musste Wagner kapitulieren und sich endgültig eingestehen, dass ihm für ein dauerhaftes Kleingewerbe die nötigen finanziellen Mittel fehlten.

Proletarische Gegenkultur in der SAJ

In der Zwischenzeit war Walter Wagner zum Jugendlichen herangewachsen. 1927 wurde er, ausgestattet mit dem Bildungsminimum, aus der achten Schulklasse entlassen. Eine Berufslehre konnte er vorerst nicht antreten, da er im elterlichen Laden mithelfen musste. Walter Wagner pflanzte und jätete im Garten und bediente die Kundschaft, wenn der Vater abwesend war. Dank einem Hinweis der Grossmutter konnte er dann als 14-Jähriger den ersten Job in der örtlichen Industrie antreten. Für 15 Franken die Woche erledigte er in der Weberei Waldau Hilfsarbeiten.

Im Frühjahr 1928 erhielt er doch noch eine Lehrstelle in der Maschinenfabrik Gebrüder Bühler AG in Uzwil, einem der grössten Industriebetriebe im Kanton St. Gallen. Wagner wollte Giesser werden, doch dafür mangelte es dem unteretzten Knaben an den nötigen Körperkräften. Stattdessen kam er in die Schreinerei und anschliessend in die Dreherei an eine Automaten-Revolverdrehbank. Der Verdienst war dürftig. Die Maschinenfabrik wurde im Volks-

mund «Hungerbühler» genannt, die benachbarte Maschinenfabrik Benninger AG hiess gar «das Armenhaus».⁹ Wagner trat der Metallgewerkschaft SMUV bei, der er aber nur zwei Jahre angehören sollte.

Wagner war eben 16 Jahre alt geworden, als er an der Flawiler Maifeier der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften teilnahm. Er lernte dabei Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) kennen und trat dieser Organisation noch am selben Tag bei. Hier wurde Wagner ins Einmaleins der politischen Arbeit eingeführt. Die SAJ war für viele Arbeiterjugendliche neben dem Elternhaus der wichtigste Ort ihrer politischen Sozialisation. Die Jugendorganisation hatte schon vor der Spaltung der SP im Jahr 1919/20 existiert.

Nach 1926 gewann sie als Sozialistische Jugend der Schweiz (SJS) landesweit an Bedeutung und stieg zum grössten proletarischen Jugendverband im Land auf.¹⁰ An Zusammenkünften, auf Ausflügen und in gemeinsamen Aktivitäten eiferten die Jugendlichen dem Ideal des klassenbewussten Menschen nach und übten dabei eine Haltung ein, die der bürgerlichen Ordnung bewusst entgegentrat. Kapitalismuskritik und Sozialismus, Antimilitarismus und Antifaschismus waren die Hauptthemen in den Bildungskursen. Besonders prägend war für die Heranwachsenden das kollektive Erlebnis von Natur, Solidarität und Gemeinschaft an Sonntagnachmittagen sowie in den Ferien. «Diese Nachmittage waren für mich am Schönsten», erinnert sich Walter Wagner.¹¹ Ein intensives Gefühl der Freiheit liess ihn den bedrückenden Alltag und die unsichere Existenz wenigstens für kurze Zeit vergessen.

Nach nur anderthalb Jahren stieg Wagner im Herbst 1929 aus der Berufslehre in der Uzwilser Maschinenfabrik wieder aus. Seine Arbeitskraft war im väterlichen Gemüsegeschäft gefragt. Mit der Zeit hielt er es aber in der dörflichen Enge von Flawil nicht mehr aus, er musste weg. Es folgte die berufliche Wanderschaft, deren Stationen

allesamt in der Hotellerie und im Tourismus lagen. Zuerst heuerte er im Hotel Simplon im bernischen Frutigen an, wo er als Hausbursche, Portier und Tierpfleger von Schweinen und Schafen tätig war. Dann folgte eine Stelle als Küchenbursche auf einem Raddampfer auf dem Luganersee, wo er für die Fahrgäste Kaffee und Tee kochte und belegte Brote machte. Als ihn dort die Nachricht ereilte, dass seine Mutter todkrank sei, kehrte er nach Hause zurück; er konnte noch von ihr Abschied nehmen, bevor sie starb.

1931 ging die entbehrungsreiche Zeit auf dem Land zu Ende – der Umzug nach St. Gallen stand bevor. Vater und Sohn hofften gleichermassen, dass dort alles besser werden würde. Im Arbeiterquartier Linsebühl, wo auch die Grossmutter wohnte, bezog die Familie eine kleine Wohnung. Für Walter Wagner begann in St. Gallen ein neuer Lebensabschnitt, in dessen Zentrum das revolutionäre Engagement stehen sollte.

2 Wagner wird Kommunist

Eine Textilstadt in der Krise

Als Wagner nach St. Gallen kam, zog er in doppelter Hinsicht in eine Krisenstadt. Einerseits litt sie unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie die übrige Schweiz, andererseits war sie zusätzlich vom Niedergang der Stickereiindustrie gezeichnet. Der dramatische Niedergang dieser Schlüsselindustrie der Ostschweiz geschah in nur zwei Jahrzehnten und war eine wirtschaftliche Katastrophe – rund 30'000 Arbeitsplätze verschwanden während dieser Zeit.¹ Massenarbeitslosigkeit, Hunger und eine allgemeine Depression führten zu Verzweiflungsakten wie jenem der Rheintaler Sticker, die im Herbst 1932 die Rheinbrücken bei Au und Widnau besetzten, um so auf ihr Elend aufmerksam zu machen.

Die amtliche Statistik zeigt im Zeitraum von 1929 bis 1933 einen explosionsartigen Anstieg der Erwerbslosenzahl von 1'048 auf 7'979 Personen im Kanton.² Die tatsächliche Zahl dürfte noch um einiges höher gelegen haben. In der Stadt St. Gallen mit ihren 65'000 Einwohnern wurde der Höchststand im Januar 1933 mit 2'931 Stellensuchenden erreicht. Drei Jahre später waren immer noch 2'837 Stellensuchende verzeichnet, was die Zählebigkeit dieser Krise in der Ostschweiz verdeutlicht.³ Viele Menschen waren auf Beiträge von Armenkassen und auf die Unterstützung von Fürsorgeeinrichtungen angewiesen. Seit 1926 gab es in der Stadt St. Gallen eine Arbeitslosenversicherung für unselbständig Erwerbstätige. Die limitierten

Taggelder boten jedoch keine Existenzgarantie. Die Stadt sah sich gezwungen, öffentliche Notstandsarbeiten und freiwillige Arbeitslager durchzuführen, insbesondere um beschäftigungslose Jugendliche von der Strasse zu holen. Um ältere Personen vor Armut zu schützen, wurden sogenannte Schreibstuben eingerichtet. Vom Glanz der einstigen Stickereihochburg, deren Kreationen die Luxusbedürfnisse der Reichen in aller Welt befriedigten, war nichts mehr übriggeblieben.

Niklaus Wagner war in der Hoffnung auf eine bessere Existenz vom Land in die Stadt gezogen. Am 1. November 1931 bezog er mit seinen drei Kindern eine Wohnung an der Linsebühlstrasse 51. Im Linsebühl-Quartier wohnten vor allem Arbeiter, sozial Randständige und Aussenseiter. Niklaus Wagners Illusionen zerplatzten wie Seifenblasen: Er und sein Sohn erkannten, dass die neue Realität keinen Deut besser war. Walter Wagner notierte: «Unsere Hoffnung, in der Stadt eher eine Arbeit zu finden, ging trotz Anklopfen in unzähligen Firmen und Geschäften bald zu Ende.»⁴

Sie waren zu einer Tagelöhner-Existenz verdammt. Die tägliche Demütigung und Desillusionierung blieb ihnen genauso wenig erspart wie zahllosen anderen Arbeitssuchenden. Niklaus Wagner musste sich mit Gelegenheitsarbeiten auf dem Bau oder in Gärtnereien abfinden. Das bedeutete für ihn, den gelernten Facharbeiter, zweifellos eine grosse Erniedrigung. Die nicht enden wollende Krise drohte der Familie vollends den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Konflikt bei der Parsennbahn

Der junge Walter Wagner musste sehen, wie er zu Geld kam. Ohne Berufsausbildung standen seine Chancen schlecht. Im Mai 1932 konnte er zusammen mit einem Dutzend weiterer Arbeitsloser eine jener Stellen antreten, die vom städtischen Arbeitsamt ausgeschrieben worden waren. Gesucht waren Hilfskräfte für den Bau der zwei-

ten Teilstrecke der Parsenn-Bergbahn in Davos. Die erst im Dezember 1931 eröffnete Standseilbahn sollte bis aufs Weissfluhjoch hinauf verlängert werden. Das Arbeitsamt kam für die Reise an den Arbeitsort auf. Am Einsatzort auf über 2'200 Meter über Meer angekommen, fanden die frisch Angeheuerteten die Baubaracken noch im tiefen Schnee.

Schon bald nahm Wagner Anstoss an den schlechten Arbeitsbedingungen: Die Unterkünfte seien schmutzig und kalt und das Essen ein «Saufrass» gewesen.⁵ Die Arbeitstage hätten statt zehn bis zu zwölf und vierzehn Stunden gedauert. Ungelernte hätten sich mit 80 Rappen Stundenlohn zufriedengeben müssen. Für Unterkunft und Verpflegung sei die Hälfte des Taglohns abgezogen worden. Die Getränke in der Kantine – es gab ausschliesslich Flaschenbier – seien noch speziell in Rechnung gestellt worden.

Wagner lastete dem Unternehmen, der Zürcher Baufirma Hatt-Haller, Willkür bei den Stundenkontrollen und unlautere Machenschaften bei den Lohnabrechnungen an. Bei der Auszahlung des Lohns hätten regelmässig vier bis sechs Stunden gefehlt, ein Überstundentarif sei gänzlich unbekannt gewesen. Bei den Stunden sei abgerundet, dafür bei den Bierflaschen aufgerundet worden. Und bei Reklamationen habe es geheissen: «Wenns dir nicht passt, lass dich auszahlen und verschwinde.»⁶

Es ging nicht lange, bis Wagner in seinen ersten Arbeitskonflikt verwickelt war. Im Juni 1932 schrieb er einen Brief nach St. Gallen, in dem er die miserablen Arbeitsverhältnisse auf der alpinen Baustelle anprangerte. Das Schreiben hatte er an Walter Frei, den Leiter der Sektion St. Gallen der Kommunistischen Partei (KPSG), geschickt, bei der Wagner unterdessen Mitglied war. Frei seinerseits sandte den Brief an die Redaktion des *Kämpfers* weiter, das Parteiorgan der KP Schweiz. Dieses druckte unter dem Titel «Schändliche Ausbeutung beim Bau der Parsennbahn» einen Auszug aus Wagners Brief ab. In typischem Arbeiterdeutsch war da zu lesen:

«Die Arbeitszeit beträgt n Stunden, morgens ½ 7 bis 12 Uhr und 1 bis abends ½ 7 Uhr. Man kann aber auch bis 9 Uhr abends schaffen, sowie am Samstagnachmittag. Allerdings ist das dann ‚freiwillig‘, damit die Halunken ja keinen Zuschlag bezahlen müssen. – Und der Krampf!!! Steine tragen, Pflaster tragen oder das Fundament graben, kurz, es ist ein schwerer Krampf. Und dann die ewige Antreiberei, wenn man den Rücken strecken will. Der Stundenlohn beträgt 90 Rappen bis 1 Franken, darüber kommen sehr wenige. Das ist Ausbeutung ersten Grades.

Wie weit die Ausbeutung geht, kannst Du aus folgendem Beispiel sehen: Der Vorarbeiter beim Schienenlegen prahlte am Abend, dass das Stück bis zum andern Abend fertig werde. Der Polier bestreitet das. Sie gehen eine Wette ein. Am andern Tag brüllt dann der Vorarbeiter die Leute an, dass es eine Schande war und am Abend liess er eine Stunde länger krampfen, damit er die Wette gewinnt. Am Abend prahlte er dann. Das schönste ist noch, dass er Akkord hat beim Schienenlegen. Die Handlanger können also schufteln, damit der Kerl einen schönen Zapfen verdient.»⁷

Der Artikel schloss mit der Aufforderung, die Parsenn-Arbeiter sollten sich der Roten Gewerkschafts-Opposition (RGO) anschliessen und mit ihr gemeinsam für eine Beseitigung der skandalösen Zustände kämpfen – notfalls auch mit Streik.

Wenig später erhielt Wagner ein Paket mit einigen Exemplaren der *Kämpfer*-Ausgabe zur Verteilung unter den Parsenn-Arbeitern zugeschickt, was der Bauleitung natürlich nicht verborgen blieb. Mittags wurde er vom Vorarbeiter in die Baracke zitiert, wo ihn der Polier und ein Davoser Dorfpolizist erwarteten. Auf der Pritsche lag das fragliche Zeitungspaket. Wagner wurde zur Rede gestellt und musste erklären, ob er der Autor des Artikels sei. Er sei darauf mit unflätigen Beschimpfungen wie «Saukommunist» und «Schweinehund» bedacht und wegen Verbreitung kommunistischer Propaganda sogleich fristlos entlassen worden, berichtet er.⁸ Der Polizeibeamte

führte ihn gleich in die Davoser Polizeistation ab, wo ein Protokoll über den Vorfall angefertigt wurde. Wagner verweigerte aber die Unterschrift und verlangte stattdessen einen Anwalt. Er wusste auch gleich welchen: Moses Silberroth.

Advokat Silberroth war einer der bekanntesten sozialdemokratischen Politiker Graubündens. Ursprünglich aus Galizien stammend und 1916 in der Schweiz eingebürgert, führte er in Davos eine eigene Kanzlei. 1918 verdächtigten ihn die Behörden, «Anstifter» der lokalen Generalstreik-Aktionen zu sein. Aufgrund einer Denunziation wurde er verhaftet.⁹ Wagner kam nicht dazu, mit dem Strafverteidiger zu sprechen. Dem Polizeibeamten war es nämlich zu bunt geworden: Er warf den widerspenstigen Jungarbeiter kurzerhand aus seinem Büro und schickte ihn auf den nächsten Zug nach St. Gallen.

In Chur legte Wagner einen Zwischenhalt ein. Er wollte bei Gaudenz Canova vorsprechen, dem anderen prominenten Sozialdemokraten und Gewerkschafter in Graubünden. Canova war eine Führungsfigur der Bündner Linken, betrieb ein Anwaltsbüro im Churer Volkshaus und sass auch im Nationalrat. In die Bündner Parlamentsgeschichte ging er ein, weil er als Landespräsident im November 1940 eine antifaschistische Rede hielt, die aber auf Intervention der Militärzensur nicht veröffentlicht werden durfte und auch nicht ins Ratsprotokoll aufgenommen wurde. Bis heute steht Canovas Rehabilitierung als engagierter Antifaschist aus.¹⁰ Wagner schilderte ihm seinen Rauschmiss und die üblen Arbeitsverhältnisse bei der Parsennbahn. Canova versprach ihm, sich der Sache anzunehmen. Wagner erfuhr später, dass Canova persönlich nach Davos gegangen sei und dort bei der Bauleitung für bessere Arbeitsbedingungen interveniert habe.¹¹

Die Ereignisse bei der Parsennbahn machen den rebellischen Zug des jungen Wagner deutlich. Genau wie sein Vater war er nicht bereit, sich widerspruchslos in die bestehende Ordnung einzufügen. Ein Foto aus jenen Jahren (siehe Bildteil) zeigt ihn als eher ver-

schlossenen, unnahbaren jungen Mann. Sein Gesichtsausdruck ist ernst und kritisch, der Mund nicht viel mehr als ein schmaler Strich, der Blick skeptisch und distanziert. Wagners Erscheinung fehlt jener Hang zur Selbststilisierung, den viele Heranwachsende an sich haben. Die Pose des Working Class Hero oder auch des jungen Revolutionärs geht ihm völlig ab. Statt idealistischer Schwärmerei strahlt er vielmehr proletarische Nüchternheit aus. Ein skeptischer Realismus sollte auch später das hervorstechende Merkmal seiner Persönlichkeit bleiben.

Bezeichnend ist, dass Wagner bereits als 17-Jähriger genau wusste, wie man sich im Kontakt mit der Polizei und bei einer Arretierung zu verhalten hat. Dies verrät die politische Schulung der Sozialistischen Jugend. Wagner schien früh gerüstet, um sich im oppositionellen Milieu behaupten zu können.

Wagners Weg in die KP

Im Januar 1932, kurz nach dem Umzug nach St. Gallen, trat Wagner zuerst der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bei, wo auch sein Vater Mitglied war. Aber er blieb dort nur gerade drei Monate, dann wechselte er zur Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS). Die KP hatte er bei einer von den Gewerkschaften organisierten Arbeitslosenversammlung kennengelernt. Die KPSG versuchte in St. Gallen, unter den Arbeitslosen Mitglieder zu rekrutieren und diese politisch zu mobilisieren. Die Durchführung von Arbeitslosenkundgebungen war ein zentraler Bestandteil der Agitationsstrategie der KPS in den frühen 30er-Jahren. Arbeitslose galten als die sichtbarsten Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, und die Partei sah es als ihre Aufgabe an, die Betroffenen über die wahren Gründe ihres Schicksals aufzuklären und sie für den revolutionären Weg zu gewinnen. In der Stickereistadt mit ihrem überdurchschnittlich grossen Heer von Erwerbslosen versprach man sich von dieser Strategie besondere Erfolge.

Wagner lernte schnell die Mitglieder der KP-Ortspartei kennen und freundete sich mit den Aktiven an. Man beriet die Möglichkeiten der antifaschistischen Agitation und sprach von der klassenlosen Gesellschaft – eine Vision, die Wagner faszinierte. Besonders hatte es ihm die Sowjetunion angetan, die einzige Gesellschaft, in der die Revolution gesiegt hatte, und die sich nun auf dem Weg zum Sozialismus befand. Seine Initiation in die kommunistische Welt schildert Wagner so:

«Dort [an den Arbeitslosenversammlungen, R.H.J lernte ich einige Jungkommunisten kennen, mit denen ich viel zusammenhockte und über alles Mögliche diskutierte. So bin ich eigentlich in die kommunistische Bewegung hineingekommen. Walti Frei, ein überzeugter Kommunist und eigentlicher Kopf der St. Galler Kommunisten, hatte ein kleines Lokal gemietet und mit Tischen und Stühlen eingerichtet, und das diente nun als ‚Arbeiterheim‘. Hier lagen Broschüren auf über Russland und natürlich auch kommunistische Zeitungen. Ich las alles, was mir in die Hände fiel. Russland war ein Land, wo es keine Arbeitslosen gab, wo Arbeiter regierten, das machte mir einen gewaltigen Eindruck. So wurde ich Kommunist, verstand zwar vom Kommunismus sehr wenig. Ich war einfach gegen Krieg und Faschismus und die vielen Ungerechtigkeiten in dieser Welt, und die Sowjetunion entsprach meinen Idealvorstellungen. Für eine bessere Welt zu kämpfen, da durfte man nicht beiseite stehen, und mit ehrlicher Überzeugung und Begeisterung trat ich der Kommunistischen Partei bei.»¹²

Eine dieser Broschüren, die sich Wagner im Arbeiterheim anschaute, trägt den Titel *Staat ohne Arbeitslose*. Sie wurde von den drei Schriftstellern Ernst Glaeser, Franz Carl Weiskopf und Alfred Kurella verfasst und war eine weit verbreitete Propagandaschrift. Mit vielen Bildern zeigt sie die wirtschaftlichen Vorzüge des Sowjetstaats, den Kontrast zwischen Alt und Neu und die ungeheure Dynamik der frühen Stalin-Ära. Sichtbar wird auch der Wille, alle Tradi-

tionen umzukrempeln und eine neue Gesellschaft zu schaffen.¹³ Die Lektüre solcher Propagandaschriften hinterliess beim jungen Wagner das Gefühl, an einer historischen Aufgabe der Menschheit mitwirken zu können, dem Aufbau der klassenlosen Gesellschaft.

Das erwähnte St. Galler Arbeiterheim lag in einer ehemaligen Werkstatt an der Harfenbergstrasse 16 am Eingang zum Linsebühl-Quartier. Der Treffpunkt der KP-Mitglieder war am 3. September 1932 mit einer Feier eröffnet worden. «Die revolutionären Arbeiter St. Gallens haben wieder ein eigenes Heim», hiess es in einem Schreiben, das die KP-Organisationen Rote Hilfe St. Gallen (RH), Internationale Arbeiterhilfe St. Gallen (IAH) sowie der Arbeiterschwimmklub an die Parteimitglieder versandt hatten.¹⁴ Ein solches Lokal hatte den Parteimitgliedern gefehlt: Sie trafen sich in Gastwirtschaften, deren Wirte ihnen freundlich gesinnt waren oder sich zumindest nicht an ihrer politischen Einstellung störten. Viele solche Gaststätten gab es im konservativen St. Gallen nicht. Man versammelte sich im Restaurant Freihof und im Restaurant Frick im Linsebühl-Quartier oder im Hotel Bahnhof in St. Fiden.

Das neue Arbeiterheim hatte man von einer Witwe Bachmann für 25 Franken im Monat gemietet. Durch das «Scherflein opferfreudiger Genossen», wie es hiess, hoffte man regelmässig die Miete aufbringen zu können. In Fronarbeit wurde der Raum für die Zusammenkünfte hergerichtet. Am Eröffnungsabend gab es Tee, Gebäck und Musikeinlagen sowie eine Ansprache von Liseli Bruggmann, KP-Sekretärin aus Zürich, Vertreterin der IAH Zürich und Ehefrau von Edi Bruggmann, der die IAH Zürich leitete.

Die KP in der Ostschweiz

An dieser Stelle muss die Stellung der Kommunistischen Partei in der Ostschweizer Politlandschaft skizziert werden. Die Kommunistische Partei der Schweiz war 1921 im Nachgang zum Landesstreik

aus der Verschmelzung der sogenannten Altkommunisten mit dem linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) entstanden. Am Parteitag der SPS in Bern vom Dezember 1920 hatte der Antrag für den Beitritt zur III. Internationale, der mit dem Bekenntnis zu einer revolutionären Politik verbunden war, zur Spaltung der Sozialdemokratie geführt. Der Antrag wurde mit 350 gegen 213 Stimmen abgelehnt. In der nachfolgenden Urabstimmung im Januar 1921 votierte eine Mehrheit der SP-Basis gegen den Anschluss an die Kommunistische Internationale (Komintern). Die linke Opposition trat darauf aus der SP aus und gründete am sogenannten Vereinigungsparteitag vom 5./6. März 1921 in Zürich die neue KPS.¹⁵

Auch in der SP des Kantons St. Gallen wurde eine leidenschaftliche Debatte über den Anschluss an die III. Internationale geführt. Am Parteitag vom 31. August 1919 in St. Gallen füllte das Traktandum nicht weniger als 17 Protokollseiten.¹⁶ Die Befürworter eines Beitritts fanden, dass gegen die Diktatur des Kapitals und eine «verwässernde Opportunitätspolitik» eine revolutionäre Politik nötig sei. Die Gegenseite sah bei einem Anschluss an die Komintern die politische Unabhängigkeit in Gefahr. Der Bolschewismus wurde von diesem Lager als Minderheitsdiktatur und «Taktik der blutigen Gewalt» abgelehnt. Der Reformismus sei der adäquate Weg zum Sozialismus.

Eine wichtige Rolle als Meinungsmacher spielte Nationalrat Johannes Huber. Er hatte sich im Vorfeld des Parteitags in einer Streitschrift mit dem Titel ‚*Bolschewismus oder Sozialismus*‘ gegen den Anschluss an die Komintern ausgesprochen.¹⁷ Huber war Gründer der 1905 gebildeten SP des Kantons St. Gallen und war auch lange Zeit ihr einflussreichster Politiker. Während des Zweiten Weltkriegs erlangte er als sogenannter achter Bundesrat und Präsident der Vollmachtenkommission nationale Bedeutung.¹⁸

Wie in der SPS blieb der radikale linke Flügel auch in St. Gallen in der Minderheit. Eine kleine Gruppe verliess die Partei und ver-

suchte, im Kanton eigenständige KP-Sektionen aufzubauen. Von einer eigentlichen Parteispaltung wie auf nationaler Ebene kann in der Ostschweiz aber kaum gesprochen werden. Treffender ist es, von einer Absetzbewegung am linken Rand zu sprechen. Die St. Galler KP blieb marginal und kam nie über einige Dutzend Mitglieder hinaus.

Erste KP-Sektionen bildeten sich zunächst in Rorschach und St. Gallen, wo bereits eine Sektion der alten KP mit 38 Mitgliedern existierte.¹⁹ Die Sektion Rapperswil zählte nicht zum St. Galler, sondern zum Zürcher Kantonalverband. Später konnten weitere Sektionen, etwa in Rheineck, errichtet werden. Im Gegensatz zu den Schwerpunktgebieten Zürich, Basel, Genf und Schaffhausen verharrte die KP in der Ostschweiz auf einer sehr tiefen Organisationsstufe. In den 20er-Jahren existierte die Partei über eine längere Zeit hinweg praktisch nur auf dem Papier.

Gleich nach ihrer Gründung gelang der neuen Linkspartei allerdings ein aufsehenerregender Wahlerfolg. Bei den Grossratswahlen vom 10. April 1921 eroberte sie im Bezirk St. Gallen auf Anhieb ein Mandat. Mit 104 Stimmen wurde Hans Heinrich Hiestand, Sekretär der Gewerkschaft VHTL (Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter), gewählt.²⁰ Erstmals zog damit ein Kommunist in das sanktgallische Parlament ein. Die KP hatte zuvor einen scharf antisozialistischen Wahlkampf geführt und der SP vorgeworfen, sie habe «in allen Ländern tausendfach das Proletariat verraten».²¹ Sie weckte damit die Hoffnungen all derer, die mit der Politik der SP unzufrieden waren und eine linke Alternative suchten. Die Erwartungen an den Wahlerfolg waren hoch gewesen: Man hatte mit mehr als dem Gewinn eines einzigen Mandats gerechnet. Im Parteiblatt *Der Kämpfer* wurde der Wahlausgang denn auch lediglich mit wenigen Zeilen gewürdigt, während vor der Wahl grosse Mobilisierungsaufrufe auf der Titelseite erschienen waren. Die Enttäuschung war unverkennbar. «Ein schöner Anfang unserer Genossen in der ,steini-

gen' Domäne Valentine Keels», schrieb der Kommentator das mager Wahlergebnis schön. Keel war der einflussreiche Redaktor der sozialdemokratischen *Volksstimme* und wurde später St. Galler Regierungsrat.²²

An den Kantonsratswahlen von 1924, 1927 und 1930 nahm die KP nicht mehr teil. Erst 1933 beteiligte sie sich wieder und errang im Bezirk St. Gallen erneut einen Sitz, den sie aber 1936 wieder verlor. Von Hans Thoma, der dieses Mandat ausübte, wird später noch ausführlich die Rede sein. 1945 erreichten die Kommunisten ihren grössten Wahlerfolg im Kanton St. Gallen: Die 1944 gegründete Partei der Arbeit (PdA), Nachfolgerin der KPS, errang gleich vier Mandate: drei im Bezirk St. Gallen und eines im Bezirk Rorschach. 1948 konnte die PdA nur noch einen Sitz halten, und ab 1952, im beginnenden Kalten Krieg, war der Grosse Rat wieder ohne Kommunisten. In der Stadt St. Gallen beteiligte sich die KP erstmals 1921 an den Wahlen ins Stadtparlament, jedoch ohne Erfolg. Auch 1933 und 1936 gelang ihr der Einzug in die kommunale Legislative nicht. Erst die Liste der Partei der Arbeit und der Sozialistischen Linken errang 1945 vier Sitze. Einer der Gewählten war Walter Wagner. In den folgenden Wahlen von 1948 büsste die Partei alle Mandate wieder ein.

Im Verlauf der 20er-Jahre konnte die KPS ihre Mitgliederbasis nicht verbreitern, und sie kam – abgesehen von ihren starken Standorten Genf, Basel und Zürich – nicht aus der politischen Marginalität heraus. Daran änderte auch die ultralinke Wende am VI. Kongress der Komintern im Jahr 1927 nichts, an dem die Sozialdemokratie zum Hauptfeind der revolutionären Bewegung erklärt wurde. Die SP halte mit ihrem Reformismus das Proletariat von der Revolution ab und leiste damit Handlangerdienste für ein Bürgertum, das immer mehr in den Faschismus abgleite. Die These vom Sozialfaschismus, auf die alle Mitglieder der Komintern und damit auch die KPS und ihre Sektionen eingeschworen worden waren, führte in der Folge zu einer scharfen Rhetorik gegen die SP, aber auch zu grossen Miglie-

derverlusten und bereitete den Weg in die Selbstisolation der Partei. Bis 1931 sanken die Mitgliederzahlen der KPS landesweit von 3'500 auf 2'200, und in den Hochburgen Basel und Zürich kam es zu richtigen Aderlässen.²³

Das Wiederaufleben der KPSG um 1930

Über den Zustand der KPSG um 1930 geben lediglich vereinzelte Dokumente Aufschluss. Eines der frühesten ist ein Brief an die Basler KPS-Zentrale aus dem Jahr 1929.²⁴ Darin wird mitgeteilt, dass die KPSG neu konstituiert sei, und man gedenke, aus dem «Scheindasein» herauszutreten. Dies sei möglich geworden durch den Zuzug neuer, unabhängiger Kräfte. Als Präsident der Sektion St. Gallen amtete Albert Künnecke, der aber bald wieder von der Bildfläche verschwand. Der eigentliche Motor war der bereits erwähnte Typograf Walter Frei, den Wagner als «Kopf der St. Galler Kommunisten» bezeichnet und dem er den Brief über die Missstände bei der Parsennbahn geschickt hatte. Frei war damals noch Kassier der Sektion und stieg bald zu ihrem Leiter auf. Die reanimierte KPSG umfasste 20 Mitglieder, wie Frei in einem Rundschreiben mitteilte, das er mit dem pathetischen Gruss beschloss: «Empfangt kampffrohe Revoluzzergrüsse!»²⁵

Von da an lebte die St. Galler Ortspartei merklich auf. Es konnten einigermaßen funktionsfähige Parteistrukturen entwickelt werden. Man organisierte Veranstaltungen, hielt Leninfestivals ab und debattierte eifrig die Komintern-Linie. Im nationalen KPS-Sekretariat war man mit den Fortschritten der St. Galler Partei dennoch nicht zufrieden. Es war nämlich trotz allem Aktivismus der Ostschweizer nicht zu übersehen, dass von der angestrebten breiten Verankerung der Partei in der lokalen Industrie- und Textilarbeiterschaft keine Rede sein konnte und sogar minimale organisatorische Voraussetzungen für einen politischen Aufschwung fehlten. In der Sektion selber war man sich dieser Mängel durchaus bewusst, schrieb sie

aber nicht dem eigenen Unvermögen, sondern den politisch schwierigen Umständen zu. In der Resolution einer Mitgliederversammlung im Jahr 1931 wurde in einer Art Selbstentschuldigung ausgeführt, man befinde sich «auf einem vorgeschobenen Posten in einem von Pfaffen und Sozialfaschisten beherrschten Gebiet» und habe «einen schweren Kampf zu führen».²⁶ Gleichzeitig ist aber auch von einem «opportunistischen Fehler der Vernachlässigung dieser Gebiete durch die bisherige Parteiführung» die Rede – ein Seitenhieb auf die Zentrale, der Passivität und Desinteresse gegenüber der Region Ostschweiz angelastet wurde.

Ideologische Selbstüberforderung

Die Aufklärung der Textilarbeiterschaft und ihre Organisation standen zuoberst auf der Prioritätenliste der KPSG. In der erwähnten Resolution hiess es, man müsse den Arbeitern die Ursachen der wirtschaftlichen Krise auseinandersetzen, durch Aufstellung von konkreten Tagesförderungen ihr Vertrauen gewinnen und sie in die Front des revolutionären Proletariats einreihen.²⁷ Mit den notleidenden Textilarbeitenden hoffte man, die Grundlage für eine Massenpartei der Arbeiterklasse zu schaffen. In solchen Deklamationen wird die grosse Diskrepanz zwischen der kommunistischen Programmatik und der politischen Wirklichkeit deutlich. Anspruch und Realität klappten in der Ostschweiz noch weiter auseinander als anderswo.

Im KPS-Zentralsekretariat war der Bündner Andreas Weder für die Betreuung der Region Ostschweiz zuständig. Getreu der Theorie vom Sozialfaschismus machte er in seinen Analysen nicht die wirtschaftlichen Herrschaftsverhältnisse oder die traditionelle Vorherrschaft des Bürgertums, sondern den Reformismus der Sozialdemokratie und ihre antikommunistische Haltung für die Defizite der Partei und das Ausbleiben einer revolutionären Stimmung verant-

wortlich. In der Bodenseegegend hätten die reformistischen Gewerkschaften und die SP die Arbeiterschaft jahrelang hinters Licht geführt und in Passivität gehalten. Auch seien die Arbeiter gegen die KP aufgehetzt worden. Jede Regung des Kampfwillens werde niedergedrückt. Hauptaufgabe der Partei sei es heute, diesen Fehler unverzüglich zu korrigieren.²⁸

Weil Weder erkannt hatte, dass es vorderhand unmöglich war, eine Rote Gewerkschaftsopposition als revolutionäre Alternative zu den reformorientierten Gewerkschaften aus dem Boden zu stampfen, empfahl er, vorerst wenigstens eine Sektion der Internationalen Arbeiterhilfe zu gründen.

Angesichts dieser permanenten ideologischen Überforderung war es nicht verwunderlich, dass die Sitzungen der KPSG nicht selten von Ratlosigkeit, Ohnmachtsgefühlen und trotzigem Zweckoptimismus dominiert waren. Man suchte Zuflucht zu teils abstrusen Vorschlägen, wie aus den wenigen erhaltenen Protokollen hervorgeht. An einer Aussprache im Juni 1931 in St. Gallen sah ein Genosse die Lösung der Misere darin, dass man eine «internationale Rote Armee herrufen» müsse, «damit die uns hilft, weil wir zu schwach sind».²⁹

Oft wurden nur stereotype Resolutions-Phrasen ohne relevante Inhalte gedroschen, die bloss die Bekundung absoluter Linientreue zum Zweck hatten. Die Versammlung vom 16. Juli 1931 erklärte sich zum Beispiel «voll und ganz einverstanden mit den Beschlüssen des XI. EKKI-Plenums».³⁰ Das war eine Beteuerung ohne praktischen Wert, befassten sich diese Beschlüsse des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) doch hauptsächlich mit der Verteidigung der Sowjetunion. Mit St. Gallen und den konkreten politischen Problemen vor Ort hatten sie wenig bis nichts zu tun.

Im Zentralsekretariat der KPS verhehlte man die Unzufriedenheit über die Impotenz der St. Galler Sektion nicht. Im Protokoll einer Versammlung vom 24. Juni 1931 – 17 von 34 Mitgliedern der

Partei waren anwesend – ist zu lesen: «Die Aussprache war sehr mager. Man muss die Gen. in St. Gallen mit der Nase auf die wichtigste Aufgabe (Arbeit unter den Textilarbeitern) stossen.»³¹

Es wurde nun empfohlen, eine vom Zentralkomitee (ZK) vorgesehene Flugschrift vor den wichtigsten Industriebetrieben in St. Gallen, Herisau, Rorschach und Heerbrugg zu verteilen und dort Versammlungen mit den Arbeitern abzuhalten. Als besonders wichtig wurde die Herausgabe von Betriebszeitungen erachtet, etwa für die Feldmühle in Rorschach oder die Kunstseidenfabrik in Widnau.³² Tatsächlich erschienen in Rorschach einige Nummern eines hektografierten Blattes namens *Figgimühle – Organ der Feldmühle-Büetzer*.³³

In einem vertraulichen Bericht zur Organisationslage der KPS im Jahr 1930 wird die Grösse der St. Galler Sektion mit 60 Mitgliedern angegeben, wobei unklar ist, ob damit die Kantonaloder die Stadtsektion gemeint ist.³⁴ Im Dezember 1931 wurde an anderer Stelle die Mitgliederzahl der Stadtsektion auf 12 beziffert.³⁵ Ende 1931 wurden auf einer Liste der 22 KP-Sektionen für St. Gallen 38 Mitglieder genannt.³⁶ Die Stadtpolizei St. Gallen erhob Anfang 1932 die Anhänger von kommunistischen Organisationen und fertigte eine Liste mit 31 Namen samt Wohnadressen an.³⁷ In dieser Liste werden die meisten Namen der KP als Partei zugeordnet, andere wiederum den KP-nahen Organisationen Internationale Arbeiterhilfe, Rote Hilfe oder auch der KP-Jugendorganisation. Vier Personen sind mit dem Vermerk «sehr tätig» versehen. In dieser Polizeiliste taucht Walter Frei in der Funktion als Sektionsleiter der KPSG auf.

Die drei Schlüsselfiguren der KPSG im Jahr 1933 waren Walter Frei, Hans Thoma und Walter Wagner. Sie bildeten den aktiven Kern der Sektion und sicherten durch ihre Aktivitäten deren Existenz. Während Thoma als politischer Leiter amtierte, versah Wagner die Funktion des organisatorischen Leiters.

Walter Frei, ein Typograf unter Druck

Der Typograf Walter Frei wirkte massgeblich an der Revitalisierung der KPSG in den späten 20er-Jahren mit.³⁸ Er stammte aus Winterthur, kam 1928 nach St. Gallen und arbeitete als Schriftsetzer und Typograf bei der Druckerei Schwald. Unter Freunden wurde er «Walti» gerufen. Laut Wagner war er zu jener Zeit der «Kopf der St. Galler Kommunisten».³⁹ 1931 nahm er als einziger Ostschweizer im Zentralkomitee der KPS Einsitz, schied aber schon ein Jahr später aus unbekanntem Gründen wieder aus.

1933 wurde er in der ganzen Stadt bekannt, als er bei den Kantonsratswahlen vom 26. März auf der Liste der KPSG kandidierte und mit 307 Stimmen gewählt wurde, obwohl er nicht der Spitzenkandidat war. Nach Hans Heinrich Hiestand wäre er damit der zweite Kommunist im St. Galler Grossen Rat gewesen, wenn er das Amt hätte antreten können. Doch dies wusste die katholischkonservative Tageszeitung *Die Ostschweiz* zu vereiteln.

Das Blatt, eine der drei wichtigen Tageszeitungen in St. Gallen, wies in einem Artikel kurz vor der Wahl darauf hin, dass die kommunistische Grossratsliste aus der Druckerei Schwald stamme, «wo der zweite Kandidat auf der Liste in Arbeit steht».⁴⁰ Walter Frei wurde als «Sender Moskaus» denunziert. Der Druckereibesitzer geriet unter Druck und stellte Frei vor die Wahl, entweder auf das Amt im Kantonsrat oder auf seine Arbeitsstelle in der Druckerei zu verzichten. Frei gab das Mandat an den zweitplatzierten Hans Thoma weiter, der dann für die KP in den Rat einzog.

Bei dieser Wahl wurde, wie aus dem im kantonalen Amtsblatt publizierten Stimmenresultat hervorgeht, im Militär eine einzige Stimme für die Kommunisten abgegeben (die Stimmabgaben aus dem Militär wurden damals statistisch noch gesondert ausgewiesen). Diese Stimme stammte von Walter Wagner, der gerade in der Kaserne St. Gallen die Rekrutenschule absolvierte. Wagner erinnert sich:

«Ich konnte das erste Mal wählen und wählte natürlich kommunistisch. Gab das einen Wirbel, das hatte es noch nie gegeben. Den ‚Täter‘ kannten sie, denn ich hatte meine gewonnene politische Überzeugung auch in der Rekrutenschule nie verheimlicht und stand dazu.»⁴¹

Die Druckerei Schwald hatte übrigens für die Politarbeit der KPS eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Dank Walter Frei sei dort manch ein Plakat ohne Wissen des Chefs für die Partei gedruckt worden, berichtete Wagner.⁴² Frei war auch in den Arbeitersportorganisationen aktiv und präsidierte den Arbeiterschwimmclub Fichte. Dieser Klub, faktisch ein Sportverband der KP, war ein Hort junger Kommunisten und ihrer Freunde. «Unsere jungen Sportler stehen auf der Seite des antifaschistischen Widerstands», hiess es in einem Zirkular für ein beabsichtigtes Schwimmfest im November 1934 im Volksbad. Der St. Galler Stadtrat erteilte dem Klub die Bewilligung für die Benützung nur unter der Auflage, dass während des Fests jede parteipolitische Betätigung unterbleibe.⁴³

Frei blieb während der ganzen 30er-Jahre in St. Gallen politisch aktiv. Er spielte auch in der Zeit nach dem Verbot der KPS durch den Bundesrat ab 1940 eine führende Rolle, indem er heimliche Parteisitzungen mit dem KPS-Führer Jules Humbert-Droz abhielt. 1943 wurde er im sogenannten St. Galler Kommunistenprozess wegen verbotener kommunistischer Propaganda zu einer vierwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt. 1944 trat er der neuen Partei der Arbeit bei und verfasste zahlreiche Artikel für das Parteiblatt *Vorwärts*. Auch seine Frau Hulda Frei-Rutishauser war in der Partei aktiv. Das Ehepaar wurde 1941 geschieden. Frei zog 1965 von St. Gallen weg nach Amriswil und später ins Tessin.⁴⁴

Hans Thoma, ein Intellektueller auf der Flucht

Während die meisten KP-Mitglieder aus der Arbeiterschicht stammten, war Hans Thoma einer der wenigen Intellektuellen aus bürgerli-

chem Hause. Er wuchs in St. Gallen in begüterten Verhältnissen auf. Sein Vater Gottlieb Thoma stammte aus dem schwäbischen Söflingen bei Ulm und hatte sich 1895 als Stickereiangehänger in St. Gallen etabliert. Später gründete er ein eigenes Stickereigeschäft, die G. Thoma & Co. AG mit Sitz an der Rorschacherstrasse 139. Im Stickereiboom vor dem Ersten Weltkrieg brachte er es zu grossem Reichtum. Die Familie wohnte standesgemäss in einer Villa an der Goethestrasse 24 im St. Galler Nobelviertel Rosenberg.

Nach dem Krieg geriet auch die G. Thoma & Co. AG in den Strudel der Stickereikrise. Thoma verlor in Kürze sein ganzes Vermögen, die Firma ging Konkurs, und im November 1924 setzte er seinem Leben ein Ende. Die Familie musste aus der Villa ausziehen und bezog im oberen Stock des Fabrikgebäudes an der Rorschacherstrasse Quartier. Dieser Ort sollte zum Treffpunkt der jungen KPSG-Aktivistinnen werden.

Hans Thoma besuchte die Handelsabteilung der Kantonsschule, konnte sich aber mit dem bürgerlichen Schulbetrieb nicht abfinden. «Schon in der Kanti war ich etwas radikal und wünschte Reformen und Änderungen», gab er 1933 in einer polizeilichen Einvernahme zu Protokoll.⁴⁵ Er wollte nicht Kaufmann, sondern Landwirt werden und geriet dadurch in Konflikt mit den Karrierevorstellungen seiner Familie. Nach der Matura 1928 riss er aus und verdingte sich ein Jahr lang als Knecht auf einer Farm in Frankreich, die einem Schweizer Offizier gehörte, den er in der Rekrutenschule kennengelernt hatte. Via Spanien reiste er nach Argentinien weiter, dem Ziel vieler Auswanderungswilliger, die der helvetischen Misere zu entkommen suchten. Er sei auf der Suche nach einer gerechteren Gesellschaft gewesen, notierte sein Bruder Willy Thoma in seinem Tagebuch.⁴⁶

Die Erfahrungen im Land der Gauchos als Tramp, Tellerwäscher, Peon (Knecht) und Gelegenheitsarbeiter waren jedoch ernüchternd. In einem Manuskript über seine Reise schildert Thoma

die Verhältnisse auf eindruckliche Weise: «Wer damals in Buenos Aires irgendeinen Job suchte, tat gut, schon morgens 4 Uhr vor der Druckerei der Prensa im Zentrum der Stadt zu stehen. Er konnte sich dann auf gut Glück eine der vielen Hundert ausgeschriebenen Peón-Stellen aussuchen, die Strasse auf dem Stadtplan herausfinden, seine wenigen Centavos hervorklauben und aufs Tram oder den Autobus springen, um dann an Ort und Stelle vielleicht der Zehnte in einer Schlange zu sein – es gab immer einige, die noch früher da waren und, weiss der Teufel wie, die offenen Stellen rochen, bevor schon der Stellenanzeiger in Druck gegangen war – und um dann in einer Cola von 30 bis 40 Mann geduldig stundenlang, manchmal bis 8 und 9 Uhr zu warten, bis sich der Patron gnädig herabliess und sich die Wartenden einzeln vorknöpfte. Es war Winter; die vielen Tausende und Abertausende von Gelegenheits- und Erntearbeiter hatten sich Stelldichein in Buenos Aires gegeben, und fast täglich spien die grossen Überseedampfer weitere Tausende Immigranten aus, Italiener, Polen, Ungarn, Serben und Rumänen, fast alle gänzlich abgebrannt und auf sofortige Arbeit angewiesen. Eine Gewerkschaft der Peones, der Tellerabwäscher, Pissoirfeger und Käseschaber existierte natürlich nicht, Gesamtarbeitsverträge, geregelte Arbeitszeiten und fixierte Löhne noch viel weniger, und als zwei Monate später, nach dem berühmten ‚schwarzen Freitag‘ an der New Yorker Börse, auch in Argentinien urplötzlich die bisher nur schleichende landwirtschaftliche Krise in eine industrielle Krise umschlug, kam es immer mehr vor, dass Tellerabwäscher einander die Löhne so tief herunter drückten, bis dann der ‚Glückliche‘ ohne Lohn noch um das bare Essen schuftete.»⁴⁷

Thoma verliess Argentinien gesundheitlich angeschlagen und heuerte auf einem deutschen Frachtdampfer als Kochgehilfe an. Das Schiff brachte ihn ans Schwarze Meer nach Odessa und nach Leningrad, wo er im Internationalen Seemannsklub den Bolschewismus und die aufstrebende Sowjetunion kennenlernte und vom grossen

Aufschwung dieses Landes begeistert war. Er machte, wie er selbst sagte, die Wandlung zum Kommunisten durch.⁴⁸ Im Juni 1930 kehrte er nach St. Gallen zurück. Das Maturazeugnis in der Tasche, begann er in einem Akt bewusster Selbstproletarisierung eine späte Berufslehre als Automechaniker bei der Firma Binder & Knobel. Gleichzeitig trat er der KPSG bei und wurde dort, trotz klassenfremder Herkunft, zu einem beliebten und wegen seines hohen Ethos geachteten Genossen. Auch Thomas Familienangehörige zollten ihm Respekt: Sie sahen in ihm einen «idealistischen Kommunisten».⁴⁹

Die herbe St. Galler Realität holte Thoma aber bald ein. Seine Kandidatur für den Grossen Rat hatte ihn, wie bereits angedeutet, ins Visier der Ofsctoiez-Redaktion gerückt. Seit der Renaissance der KPSG führte dieses Blatt eine antikommunistische Polemik. Thoma wurde in einem Artikel in perfider Weise öffentlich angeprangert: «Der Spitzenkandidat, Hans Thoma, geboren 12. April 1910, soll – wie die Rede im Volke umgeht – noch Automechanikerlehrling bei der Firma Binder & Knobel sein und die Lehrlingsprüfung noch nicht bestanden haben. Der Lehrvertrag soll erst am 30. September 1933 ablaufen. Da jetzt der Herr Grossratskandidat mehr der Politik als der Werkstatt nachsinnt, soll der Meister die Lösung des Vertrages anstreben.»⁵⁰

Die offene Aufforderung zur Entlassung des 22-Jährigen hatte sofort Folgen. Schon am Montag nach der Wahl beeilte sich die Firma Binder & Knobel in einer Zeitungsnotiz bekannt zu geben, man habe nichts mit kommunistischen Bestrebungen zu tun, sondern stehe auf gutbürgerlichem und vaterländischem Boden. In Bezug auf den Lehrvertrag sei man daran, «sauberen Tisch zu machen».⁵¹ Was das bedeutete, war klar: Thoma war die Stelle los. Er war das Opfer einer politischen Denunziation geworden. Dies belegt auch die Tatsache, dass die Redaktion der *Ostschweiz* über die Einzelheiten von Thomas Lehrvertrag orientiert war. Die ganze Affäre verweist auf

einen Akteur im Hintergrund, von dem später noch die Rede sein wird: auf den Schweizerischen Vaterländischen Verband.

Thoma selbst vermutete, dass auch Mario Karrer auf die Geschäftsleitung seiner Lehrfirma Druck ausgeübt habe.⁵² Ein Beleg dafür existiert jedoch nicht. Der Altstoffhändler Karrer war der spätere Ortsgruppenführer der Nationalen Front und zusammen mit dem Textilindustriellen Arnold Mettler-Specker der bekannteste Verfechter nationalsozialistischer Ideen in St. Gallen.

Alltag der Agitation

Zwischen Hans Thoma und Walter Wagner entwickelte sich durch ihre Zusammenarbeit in der KPSG eine enge Freundschaft. Sie sollte bis zum frühen Tod von Thoma im Jahr 1962 andauern. Obwohl in gegensätzlichen sozialen Verhältnissen aufgewachsen, waren beide überzeugte Kommunisten geworden, und sie fühlten sich einander im Kampf gegen Kapitalismus, Ausbeutung und ein reaktionäres Bürgertum verbunden. Diesem politischen Lebensgefühl gaben sie auch immer wieder in Artikeln Ausdruck. «Wir sind im Angriff auf die verlotterte Weltordnung und ihre bankrotten Stützen», deklamierten sie mit viel revolutionärem Pathos im Parteiblatt.⁵³

Der rhetorische Überschwang korrespondierte mit dem verklärten Bild der Sowjetunion, dem sie im Einklang mit Berichten aus Propagandabroschüren nachhingen. Das Land galt ihnen als Vorbild einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung, es war die «Heimstatt der befreiten Arbeiterklasse» und das viel zitierte «Vaterland der Werktätigen». Die Sowjetunion galt ihnen als die Wirklichkeit gewordene Utopie und gleichzeitig auch als Fluchtpunkt ihrer politischen Sehnsüchte.

Wie aber sollte diese Utopie auf dem harten Pflaster der Ostschweiz umgesetzt werden? Der politische Alltag in diesem als rückständig und reaktionär empfundenen Gebiet, einer «Wüste für Klas-

senbewusste», gestaltete sich sehr prosaisch. Mit Agitation unter den Arbeitslosen, mit Solidaritätsveranstaltungen, Schulungskursen und Bildungsarbeit, mit Protestversammlungen, Antikriegsdemos und Mobilisierungsarbeit sollte politische Aufklärung erreicht werden. Flugblätter verteilen und Zeitungen und Zeitschriften wie den *Kämpfer* oder die *Arbeiter-Illustrierte Zeitung* verkaufen, das war das tägliche Brot der jungen St. Galler Revolutionäre. Jeweils an den Sonntagvormittagen brach man zur Verkaufstour auf. Es ging in die Arbeiterquartiere der Stadt oder nach Rorschach und Arbon, wo man Haus um Haus abklapperte. Der spärliche Erlös ging in die Parteikasse.

Mit dem Häuflein Mitglieder – nach Angaben von Wagner zählte die städtische KP 1933 rund 25 bis 30 eingeschriebene Mitglieder – liess sich allerdings schwerlich eine Revolution machen.⁵⁴ Die finanziellen Mittel reichten gerade für die Miete des Arbeiterheims, die Anschaffung eines alten Vervielfältigers und einer noch älteren Schreibmaschine. Weder Wagner noch Thoma wurden für ihre Parteitätigkeit entschädigt. Sie lebten von Beiträgen der Parteizentrale und ansonsten von Gelegenheitsarbeiten. Auf eine dauerhafte Arbeitsstelle konnten sie als stadtbekanntes Linksaktivisten in einer bürgerlichen Provinzstadt sowieso nicht hoffen.

Entgegen den Erwartungen blieb der Zuwachs an Parteimitgliedern in der KPSG aus, obwohl sie so aktiv war wie nie zuvor. Immerhin blieben die KP-Aktivitäten aus Wagners Sicht nicht ganz ohne Resonanz: «Die Partei war zwar nicht sehr gross [...], hatte aber doch einen beachtlichen Sympathisantenkreis hauptsächlich unter den Arbeitslosen.»⁵⁵

Zu den eigentlichen politischen Erfolgen zählte die Mobilisierung der Arbeitslosen. Am 19. August 1933 kamen rund 150 Personen zu einer von der KPSG organisierten Arbeitslosen-Kundgebung auf den Gailusplatz. Hans Thoma war der Redner. Er forderte die Arbeitslosen und Ausgesteuerten auf, das Heft selber in die Hand zu nehmen und eine Einheitskampffront zu bilden. Weit mehr

als die offiziell gemeldeten 1'200 Personen seien ohne Arbeit, denn Hunderte würden nicht mehr stempeln gehen, weil sie befürchteten, durch die Polizei in die Heimatgemeinde abgeschoben zu werden, führte er aus. In einer Resolution wurden folgende Forderungen aufgestellt: eine einmalige Arbeitslosenhilfe von 60 Franken, die sofortige Lancierung von Notstandsarbeiten, eine Krisenhilfe für alle Industriezweige sowie eine verlängerte Bezugsdauer der Arbeitslosengelder um 30 Tage.⁵⁶ Bereits im Februar 1932 hatte die KPSG ein Arbeitslosenkomitee initiiert und in einer Eingabe an den Stadtrat eine Winterzulage von 60 Franken sowie Mietbeihilfen gefordert. Die Aktion war erfolgreich: Der Stadtrat beschloss «angesichts der bestehenden Notlage» ausserordentliche Zuschüsse an rund 1'000 Haushalte.⁵⁷

Walter Wagner war im Januar 1933 vom Vertreter des Zentralkomitees zum «Orgleiter» der St. Galler KP gewählt worden, das heisst, er war für die Organisation der Parteiaktivitäten zuständig. In einem der vielen Fragebogen, die Wagner in seinem Leben als Kommunist ausfüllen musste, gab er einmal an, er sei der Führer der St. Galler Arbeitslosenbewegung gewesen.⁵⁸ Als politischer Leiter der Sektion amtierte Hans Thoma.

Der Bauarbeiterstreik in St. Gallen

St. Gallen erlebte in den frühen 30er-Jahren unruhige Zeiten, die allgemeine Unrast war deutlich gestiegen. Seit 1930 hatten sich die sozialen Spannungen in der Folge der Wirtschaftskrise verschärft. Die Arbeitgeber versuchten, die Krisenlasten durch Lohnabbau auf die Beschäftigten abzuwälzen. In vielen Betrieben war die Stimmung gespannt und es brachen heftige Arbeitskämpfe aus, zum Beispiel der Streik der Basler Bauarbeiter im März 1930, der 33 Wochen dauerte, oder der Schuharbeiterstreik in Brüttisellen im Oktober 1931.

In der organisierten Arbeiterschaft spielten sich zudem Fraktionskämpfe zwischen den sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaftsführungen und der kommunistischen Roten Gewerkschaftsopposition ab. Der Schlüsselstreik, in dem diese ideologischen Gegensätze zutage traten, war der Heizungsmonteurstreik vom Mai 1932 in Zürich. Hier spielte der KP-Führer und spätere Spanienmajor Otto Brunner eine führende Rolle (siehe auch Kapitel 6). Der Streik eskalierte am 15. Juni 1932 auf dem Helvetiaplatz, als die Polizei auf die trotz Kundgebungsverbot demonstrierenden Arbeiter schoss. Zurück blieben ein Toter und zahlreiche Verwundete. Die KP machte den «Polizeisozialismus» des mehrheitlich roten Stadtrats für das Debakel verantwortlich, während die SP von Kommunistenkrawallen sprach.⁵⁹

Die St. Galler KP versuchte wie andere Sektionen auch, politisches Kapital aus diesen landesweit diskutierten Ereignissen zu schlagen. Am 28. Juli 1932 organisierte sie im Hotel Freihof im Linsebühl eine Veranstaltung unter dem Titel «Was lehrt der Zürcher Monteurstreik die kämpfenden Bauarbeiter?». Damit wollte man auf den Bauarbeiterstreik Einfluss nehmen, der in St. Gallen gerade ausgebrochen war. Die St. Galler Bauarbeiter hatten Mitte Juni aus Protest gegen einen Lohnabbau von fünf Rappen in der Stunde die Arbeit niedergelegt. Der Streik wurde von der Baugewerkschaft in Zusammenarbeit mit dem christlichen Bauarbeiterverband geführt und dauerte fast zwei Monaten. Damit war er einer der härtesten Arbeitskämpfe, die die Gallusstadt je erlebt hatte. Anders als in Zürich flogen hier zwar keine Kugeln, dafür Knüppel.

Ein erster Zwischenfall ereignete sich am 7. Juli 1932 auf einer Baustelle an der Goethestrasse, als Bauarbeiter, die dort Streikposten standen, und die vom Unternehmer herbeigerufene Polizei wegen Streikbrechern aneinandergerieten. Unter Einsatz von Gummiknüppeln wurden einige Protestierende verhaftet und abgeführt. Nach die-

sem Vorfall erliess der Stadtrat eine Verfügung, in der auf das Verbot hingewiesen wurde, Arbeitswillige durch Gewalt an der Arbeitsaufnahme zu hindern. Das wiederum wurde von der KP als Streikpostenverbot und Ausnahmezustand kritisiert.⁶⁰ Fortan wurde Polizei zum Schutz der städtischen Baustellen aufgeboten. Ende Juli sollen 50 Polizeibeamte auf einer Baustelle einen einzigen Hilfsarbeiter geschützt haben, wie die Linkspresse genüsslich meldete.⁶¹

Der zweite Zwischenfall ereignete sich zur gleichen Zeit in der St. Galler Altstadt. Gemäss einem Polizeibericht kam es in der Schützengasse zu einem Auflauf von rund 200 Streikenden, die von 25 Polizisten mit Gummiknüppeln zurückgedrängt wurden.⁶² Zuletzt seien rund 1'000 Protestierende in den Gassen gestanden. Zu grösseren Ausschreitungen kam es dabei jedoch nicht.

Während des Streiks gab die KPSG eine Notausgabe des *Kämpfers* heraus. Das KP-Blatt war in Zürich vom Regierungsrat wegen seiner heftigen Polemik verboten worden. In dieser Notausgabe war von einer «Gummiknüppelattacke» auf St. Galler Arbeiter die Rede. Die Streikenden seien «von der SP-Polizei wie Schwerverbrecher» behandelt worden: «Sie werden oft stundenlang ins Verhör genommen, werden sogar Meistern vorgeführt, um sie deren Wut preiszugeben und sich von denselben angeifern zu lassen. Es ist sogar vorgekommen, dass einer der Inhaftierten, der in seiner Zelle lärmte, um von der Polizei zu vernehmen, warum er eigentlich verhaftet worden sei, mit Faustschlägen und Fusstritten bearbeitet wurde. Mit der gesamten Arbeiterschaft protestieren die Streikenden einmütig gegen den blutigen sozialdemokratischen Polizeiterror.»⁶³

Der Verbalradikalismus des ungezeichneten Artikels, der vermutlich von Hans Thoma stammte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die KPSG auf diesen Arbeitskampf kaum Einfluss hatte. Walter Wagner selbst gab an, dass er Streikposten gestanden sei und

sogenannte Klebekolonnen organisiert habe, die Flugblätter gegen die reformistische Streikführung verteilte.⁶⁴

Die Partei musste sich ihre politische Schwäche eingestehen. Nach dem Ende des Streiks Anfang August hiess es im Korrespondentenbericht des *Kämpfers*, der Widerstand der Bauarbeiter sei nach acht Wochen abgewürgt worden und habe ein schmähhliches Ende gefunden. Dies weil die Bauarbeiter die Weisungen der Roten Gewerkschafts-Opposition und der Kommunisten nicht befolgt hätten.⁶⁵ Warum sie das nicht getan hatten, wird in dem Artikel, der wohl wiederum von Thoma stammte, nicht weiter erörtert.

Auch beim spektakulären Protest der Rheintaler Lohnsticker, die aus wirtschaftlicher Not am 7. Oktober 1932 die Rheinbrücken von Au und Widnau besetzten, blieb die KP aussen vor. In einem Korrespondentenartikel war zwar von einer «Hungerrebellion in der Ostschweiz» die Rede. Damit wurde, politisch korrekt, die These von der fortschreitenden Verelendung des Proletariats im Kapitalismus vertreten. Doch die Partei selbst war bei den spektakulären Ereignissen nicht präsent und musste zur Schilderung der Protestaktionen ausgerechnet auf die Berichte der als Kapitalistenblatt gescholtenen *Neuen Zürcher Zeitung* zurückgreifen.⁶⁶

Ungeachtet der Schwierigkeiten, in der Arbeiterschaft Fuss zu fassen, war in der KP-Propaganda immer wieder von der Roten Gewerkschafts-Opposition die Rede, und in ihrem Namen wurden in St. Gallen auch Versammlungen durchgeführt. Faktisch blieb die RGO in der Ostschweiz aber weitgehend ein ideologisches Phantom. Auch den Parteiaktivisten dürfte dies schmerzlich bewusst gewesen sein. Umso mehr berauschte man sich daher an einer radikalen Kampfretorik gegen das Bürgertum und gegen die Sozialdemokratie. Heftige Verbalattacken täuschten über die eigene politische Ohnmacht hinweg und vermittelten zugleich das Gefühl, man arbeite auf die Weltrevolution hin.

Das Sekretariat der KP

Fantasmen existierten nicht nur aufseiten der Kommunisten, sondern ebenso sehr in der Vorstellungswelt ihrer bürgerlichen Kontrahenten. Am 22. August 1933 informierte der Vaterländische Verband den St. Galler Stadtrat in einem Rapport, dass die KP St. Gallen am 1. August ein eigenes Sekretariat an der Löwengasse 8 eröffnet habe. Es sei mit Kantonsrat Hans Thoma besetzt.⁶⁷ Was hatte es damit auf sich? Dass es tatsächlich einen KP-Treffpunkt an der besagten Adresse gab, wird durch die Aussage von Hans Bosshardt in einer polizeilichen Einvernahme Anfang 1934 bestätigt.⁶⁸

Bosshardt war Mitglied der KP gewesen, aber im November 1933 aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er Kontakte mit Mitgliedern der Nationalen Front sowie des Bundes nationalsozialistischer Eidgenossen gehabt hatte und deswegen unter Spitzelverdacht geraten war. Wenig später trat er dem frontistischen Bund als Mitglied bei. Der Polizei erzählte er, er habe von September bis Ende Oktober 1933 das erwähnte Zimmer an der Löwengasse mit Hans Thoma geteilt. Thoma sei der politische und Walter Wagner der organisatorische Leiter der Partei gewesen: «Er hat alles organisiert, sämtliche Veranstaltungen und Flugblätter.»⁶⁹

Das Sekretariat war in Wirklichkeit das Zimmer, in dem Thoma wohnte, nachdem er von zu Hause ausgezogen war. Weil Thoma als Kopf der KP angesehen wurde, mutierte seine Unterkunft gleich zum Parteisekretariat. Tatsächlich trafen sich dort die aktiven KP-Mitglieder zum regelmässigen Austausch, wie Wagners jüngerer Bruder Niklaus bestätigt: «Der Raum war kein echtes Sekretariat, sondern mehr ein Höck. Auch Walter war oft dort.»⁷⁰

Für ein richtiges Sekretariat mit entsprechender Infrastruktur fehlten der KPSG schlicht die Mittel. Das hinderte die Behörden aber nicht daran, der Kleinstpartei in krasser Überschätzung der Tatsachen Möglichkeiten zuzuschreiben, die sie niemals hatte. So trafen sich

die politischen Gegner in der Verkennung der Realitäten – die Selbstüberhöhung der KP als Revolutionspartei fand ihr Pendant in den Fantasmen einer bolschewistischen Bedrohung der Schweiz.

Der verbotene *Kämpfer*

An dieser Stelle ist eine Affäre zu erwähnen, die zur erstmaligen Verurteilung von Hans Thoma und Walter Wagner durch ein Zivilgericht führte. Die Angelegenheit illustriert den Eifer der Strafverfolgungsbehörden, die in ihrem Kampf gegen den politischen Extremismus auf Exponenten der KPSG fokussiert waren. Es wurde bereits erwähnt, dass die KP-Sektion einen *Ersatz-Kämpfer* herausgab, als das KP-Blatt während des Sanitärmonteurenstreiks im Sommer 1933 in Zürich für einige Wochen verboten war. Zwölf Nummern des Ersatzblatts – mit dem schlecht kopierten Original-Zeitungskopf – wurden in St. Gallen hergestellt.⁷¹ Ein Impressum mit dem Herausgeber fehlte. Rechtlich gesehen stellte dies ein sogenanntes Pressvergehen dar. Der Verdacht der Stadtpolizei fiel sofort auf Thoma. Sie konnte eruieren, dass er kürzlich in einer Papeterie 28 Pakete Vervielfältigungsbogen zu je 500 Stück gekauft hatte. Für die Polizei war nun klar, dass dieses Papier für den *Ersatz-Kämpfer* verwendet worden war.⁷² Doch letztlich fehlte der schlüssige Beweis.

In der Hoffnung, ihn an der Löwengasse 8 zu finden, führte die Polizei im September zwei Hausdurchsuchungen durch. Die Tatsache, dass Thoma Kantonsrat war, liess den Untersuchungsrichter keineswegs Zurückhaltung üben. Man konnte jedoch bei ihm nichts finden. Am 24. September 1933 wurden die Ermittlungen auf weitere Personen ausgedehnt. Hausdurchsuchungen bei Walter Frei, Walter Wagner und zwei weiteren Kommunisten wurden angeordnet. Aber auch diese schlugen fehl: Es war nichts Belastendes zu finden. Die Befragten stritten in den Einvernahmen alle Vorwürfe ab.

Schliesslich wurden Thoma und Wagner sowie Otto Julius Huber, ein weiteres KP-Mitglied, doch noch wegen Pressvergehen angeklagt. Eine typografische Analyse hatte gezeigt, dass die Typen von Thomas' Schreibmaschine mit jenen des anonymen *Kämpfers* identisch waren. Das genügte dem Bezirksgericht St. Gallen, um Thoma Anfang Dezember 1933 als Herausgeber des inkriminierten Blatts anzusehen. Er erhielt eine Busse von 30 Franken.⁷³ Wagner wurde hingegen freigesprochen. Bei ihm waren zwar 24 Exemplare der Zeitung gefunden worden, aber man konnte ihn deswegen nicht als deren Verleger ansehen. Auch Huber, der die Verteilung des Blatts zugegeben, die Herstellung jedoch bestritten hatte, wurde freigesprochen. Wagner hatte bereits zwei Monate zuvor eine Busse von 30 Franken wegen Verteilens von Flugblättern ohne Bewilligung gefasst. Da er sie nicht bezahlen konnte, sass er die Strafe in der Zelle ab. Sein sarkastischer Kommentar dazu: «Das hatte ja zwei Vorteile: Man hatte eine warme Stube und bekam auch noch jeden Tag etwas zu essen.»⁷⁴

Thomas' Aufstieg zum Staatsfeind

«Es war damals nicht leicht, sich zur KP zu bekennen. Man hatte lauter Nachteile und wurde gemieden», sagte Walter Wagner.⁷⁵ Am Schicksal von Hans Thoma kann gezeigt werden, welche Folgen ein offenes Bekenntnis zum Kommunismus in jenen Jahren in einer konservativen Provinzstadt wie St. Gallen haben konnte. Der rabiate Antikommunismus konnte eine Person – in diesem Fall Thoma – so weit in ihrer sozialen, beruflichen und politischen Existenz drangsaliieren, dass sie zum Wegzug gezwungen war. Seit seiner Wahl in den Kantonsrat war Thoma zu einem bekannten Kommunisten und damit zu einem öffentlichen Feind geworden. Die Polizei hielt ihn für das «geistige und teils auch tatsächliche Oberhaupt und den [...] Führer der kommunistischen Bewegung in Stadt und Kanton St. Gallen».⁷⁶

Fahnder behielten ihn und sein Sekretariat im Auge. Seine Stelle als Automechanikerlehrling hatte er bereits verloren, und eine neue fand er nicht. Um etwas Geld zu verdienen, musste er sich als Bauhandlanger betätigen.

Nach Thomas Wahl in den Grossen Rat (den heutigen Kantonsrat) sah sich der Vaterländische Verband herausgefordert. Er bespitzelte Thoma, um dadurch an kompromittierendes Material über ihn zu gelangen. Man glaubte dies an einer KP-Versammlung in Rorschach gefunden zu haben, an der Thoma teilgenommen hatte. Mithilfe eines fiktiven Protokolls dieser Versammlung sollten Thoma staatsgefährdende Umtriebe nachgewiesen werden. Thoma habe die Bildung einer illegalen Arbeiterschutzwehr namens Kampfbund initiiert, behauptete der Rechtsanwalt Armin Egli, ein Repräsentant des Vaterländischen Verbands, in einer Denunziation beim kantonalen Militärdepartement.⁷⁷ Das Departement strengte darauf eine Untersuchung an.

Thoma wehrte sich in der Öffentlichkeit mit einem Flugblatt mit dem provozierenden Titel «Dr. Armin Egli als gemeiner Lügner entlarvt!».⁷⁸ Das Flugblatt sollte einen Gerichtsprozess herbeiführen, in dem Thoma die Dinge aus seiner Sicht hätte öffentlich darstellen können. Doch Egli reagierte nicht. Dafür blieb das St. Galler Militärdepartement aktiv. In einem Schreiben ans Eidgenössische Militärdepartement machte es auf den Kommunisten Thoma als Gründer einer Arbeiterschutzwehr aufmerksam und forderte, «dass dieser Mann nicht in den Armeestab eingeteilt gehört».⁷⁹

Gegen Thoma wurde eine militärgerichtliche Untersuchung durchgeführt. Sie erbrachte jedoch keinerlei Beweise für eine kommunistische Agitation. Bei näherer Prüfung stellte sich heraus, dass das angebliche Beweisstück, das Rorschacher Protokoll, eine fiktive Schrift war. Überdies hatte Thoma als Soldat nur beste Referenzen. Angesichts dieser dürftigen Beweislage stellte der militärische Ankläger das Verfahren nicht etwa ein, sondern besann sich auf den

Artikel 15 des Militärgesetzes, der Unwürdigkeit als Grund für einen Ausschluss statuiert. Gestützt darauf schloss das Divisionsgericht 6a Thoma am 16. April 1934 aus der Armee aus.

Thoma legte dagegen Rekurs ein und bekam beim Eidgenössischen Militärkassationsgericht überraschend Recht. Dieses hob das St. Galler Urteil am 2. Juli 1934 als willkürlich auf. In der Begründung stellte das Gericht in bemerkenswerter Nüchternheit klar, dass sich der Artikel des Militärgesetzes über die Unwürdigkeit nur auf die private Moral und nicht auf die politische Gesinnung beziehe und deshalb hier nicht angewendet werden dürfe.⁸⁰ Das Urteil machte landesweit als Präzedenzfall in der Frage des Ausschlusses von Kommunisten aus der Schweizer Armee Schlagzeilen.⁸¹

Der stumme Kantonsrat

Nicht nur die Militärbürokratie, sondern auch das St. Galler Kantonsparlament wollte den Kommunisten Thoma so schnell wie möglich loswerden. Im Grossen Rat galt er in den bürgerlichen Fraktionen nicht als gewählter Volksvertreter und Ratskollege, sondern als politischer Extremist und gefährlicher Staatsfeind. Die Bürgerlichen schmähten ihn als «Revolutionsprediger», und die oppositionelle SP nahm ihn zwar gegen Angriffe von rechts in Schutz, aber ansonsten nicht weiter ernst. Da Thoma gezwungen war, als fraktionsloser Einzelner zu politisieren, blieb er von den wichtigen Kommissionen ausgeschlossen. Er war isoliert und sein politischer Einfluss gleich null. Bei seinem Amtsantritt sorgte er für einen Eklat: Er änderte bei seiner Vereidigung als neu gewählter Kantonsrat die Formel des Amtsgelübdes eigenmächtig ab, indem er die öffentliche Wohlfahrt nur so weit fördern wollte, «als sie im Interesse der Arbeiterschaft liegt». Das Ratspräsidium versuchte ihn durch Wegweisung aus dem

Saal und nachträglich auch durch eine Verschärfung der Sanktionsbestimmungen des Grossratsreglements zu disziplinieren.⁸²

Zudem wurde von rechtskonservativer Seite eine Motion eingereicht, die ein Verbot von Kommunisten im kantonalen Parlament verlangte. Dass die Wahl von Thoma einen Volkswillen repräsentierte, kümmerte die Antragsteller wenig.⁸³ Die Motion wurde wegen rechtlicher Bedenken erst auf die lange Bank geschoben und im November 1936 ad acta gelegt, nachdem Thoma zurückgetreten und die KP nicht mehr im Grossen Rat vertreten war.⁸⁴ Das Problem hatte sich sozusagen von selbst gelöst.

Im gedruckten Grossratsprotokoll ist Hans Thoma, wenn überhaupt, nur als Antragsteller aufgeführt. Über den konkreten Inhalt seiner Voten ist in dem amtlichen Dokument nichts zu erfahren.⁸⁵ Wer wissen will, was Thoma im Rat ausführte, muss sich mit der *Volksstimme* behelfen, die als einzige Zeitung von seinen klassenkämpferischen Voten berichtete. Thomas radikale Kritik an der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung wurde durch diese konsequente Negierung protokollarisch eliminiert und damit aus dem kollektiven Gedächtnis des Kantons entfernt. In gewisser Weise erinnert dies an die Zensurpraktiken im Stalinismus, wo in staatlichen Zeugnissen die Spuren von Personen getilgt wurden, die politisch in Ungnade gefallen waren und daher nicht mehr erwähnt werden durften.

Es kann nicht verwundern, dass Thoma unter diesen widrigen Umständen schon nach knapp zwei Jahren sein politisches Mandat aufgab. Er sah keine Perspektive mehr. Am 8. Januar 1935 trat er aus dem Grossen Rat zurück und verliess kurz darauf die Ostschweiz. In St. Gallen blieb ihm keine Existenzmöglichkeit mehr, weder in sozialer, politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht. Unter Rückgriff auf einen Topos der antistalinistischen Kritik aus den 20er-Jahren könnte man von einer Zivilhinrichtung sprechen, die da faktisch stattgefunden hatte. Unter diesem Begriff verstand man die gezielte

soziale Zerstörung von Personen durch ihre permanente öffentliche Verfehlung. Die Betroffenen wurden ihrer Existenz beraubt und zu einer Art öffentlichen Toten. Es blieb ihnen letztlich nur noch der Auszug in ein anderes gesellschaftliches Umfeld.

Die vom St. Galler Antikommunismus angewendeten Exorzismuspraktiken gegenüber der KPSG brachten allerdings nicht den gewünschten Erfolg. Zwar fiel mit Hans Thoma eine wesentliche Stütze der örtlichen kommunistischen Bewegung weg. Doch die Sektion existierte auch in den folgenden Jahren weiter. Sie sollte unter anderem im antifaschistischen Transfer von Flüchtlingen und Emigranten in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle spielen.

3 In Stalins Moskau

Anreise und freudige Erwartung

Im Spätsommer 1933 hatte die KPSG einen der drei Generalsekretäre der Partei, Robert Müller, zu einem Referat nach St. Gallen eingeladen. Robi Müller war Nationalrat und eine bedeutende Figur im KPS-Apparat. Er übte die Funktion eines Komintern-Delegierten aus, sass im EKKI-Plenum sowie im ZK der KPS. Nach seinem Referat nahm er Wagner am Arm und fragte ihn, ob er Interesse hätte, eine Arbeiterschule in Moskau zu besuchen. «Und ob ich das hatte!», reagierte Wagner erfreut.¹ Offenbar hielt man in der Parteizentrale grosse Stücke auf den jungen St. Galler, er galt als Kandidat mit Zukunft. Erst später erfuhr er, dass die Anfrage zuerst an Hans Thoma gegangen war. Der habe jedoch abgelehnt und an seiner Stelle Wagner empfohlen.²

Für Wagner war das Angebot ein Geschenk des Himmels: «Hier war ich arbeitslos und konnte nichts versäumen und würde erst noch beim Vater vom Tisch wegkommen. In der Sowjetunion studieren und das Land aus eigener Anschauung kennenzulernen, das war doch eine einzigartige Chance.»³

Wagner war nicht der erste Parteivertreter aus der Ostschweiz, dem eine Parteischulung in Moskau angeboten wurde. Schon 1928 hatte das Politbüro Walter Frei für ein solches Studium bestimmt. «Wir haben aus Moskau die Mitteilung erhalten, dass wir einen Platz an der Leninschule besetzen können. [...] Das Polbüro hat beschlos-

sen, dich zu delegieren», teilte damals die KPS Frei in einem Brief mit. «Wenn du einverstanden bist und sofort abreisen kannst, so berichte uns umgehend, damit wir telegrafisch Bericht nach Moskau geben können.»⁴ Frei trat die Reise jedoch nicht an, obwohl er schon einmal auf der Warteliste für eine Moskauer Kaderschule, die Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens (KUNMZ), gestanden hatte.

Den Mitgliedsparteien der Kommunistischen Internationale stand eine bestimmte Anzahl Ausbildungsplätze an den sowjetischen Kaderschulen zur Verfügung. Das Kontingent wurde jedoch nicht immer ausgeschöpft. Kleinere Parteien wie die KPS verzichteten auf Nominierungen, weil sie nicht auf ihre jungen Aktivisten verzichten wollten oder konnten. Umgekehrt kam es auch vor, dass bestimmte Funktionäre in die Sowjetunion geschickt wurden, die der Partei Schwierigkeiten bereiteten oder die man aus irgendeinem Grund loswerden wollte. Solche Missionen konnten dann im Bedarfsfall als «Nacherziehung» gerechtfertigt werden.⁵

Ende Oktober 1933 verliess Wagner St. Gallen. Er war gut 20 Jahre alt. Die Abreise musste heimlich erfolgen, ohne Abmeldung beim Einwohneramt oder beim Kreiskommando. Als künftiger Leninschüler war er zur strikten Einhaltung der Konspirationsregeln verpflichtet, die für diese Geheimschule galten. Er packte lediglich einen Koffer mit den nötigsten Kleidern, schwang sich aufs Motorrad seines Freundes Hans Thoma und liess sich nach Zürich zur Redaktion des *Kämpfers* chauffieren. Dort kontaktierten sie die beiden Funktionäre Willi Nöthiger und Willy Trostel, die für die internationalen Kontakte der KPS zuständig waren. Nöthiger war selbst Leninschüler gewesen und kannte die Wege nach Moskau gut. Trostel fungierte als Verbindungsmann zur Komintern und arbeitete für die Internationale Rote Hilfe (IRH). Auch er kannte Moskau bestens. Als sie eintrafen, seien die beiden gerade damit beschäftigt gewesen, im Heizraum illegale Flugblätter zu verbrennen, erinnert sich Wagner.⁶

Bei den Reisevorbereitungen fiel plötzlich auf, dass Wagner gar keinen Pass hatte. Es galt daher, einen fremden Ausweis zu besorgen. Dazu bot sich der Velomechaniker Albert Elsener an, ein KP-Sympathisant aus Zürich-Höngg. Man lieh seinen Pass aus, und man musste ihn nicht einmal manipulieren: «Das Passfoto [...] haute auch für mich ungefähr hin, wenn man nicht allzu genau hinschaute», erzählt Wagner.⁷

Mit einer Barschaft der Partei von 200 Franken ausgestattet, bestieg Wagner in Zürich den Zug; zwar mit gemischten Gefühlen angesichts der Reise ins Unbekannte, aber gespannt und erwartungsfreudig. Mit Ausnahme eines Abstechers nach Italien war er noch nie im Ausland gewesen. Umso aufregender war die lange Fahrt nach Moskau ins Zentrum seiner politischen Ideale. Dazu kam, dass sich Wagner als Auserwählter fühlen durfte. Nur wenigen war es vergönnt, in der Hauptstadt der Weltrevolution studieren zu dürfen.

Die erste Station der Reise war Berlin, wo er im Hotel Kronprinz übernachtete. Tags darauf suchte er für das Einreisevisum die sowjetische Botschaft auf. Dort ging alles sehr schnell: Die Beamten schienen über den Zweck seiner Reise bereits informiert und veranlassten das administrativ Nötige ohne Verzug. Mit Wagner reiste ein weiterer junger Parteifunktionär, Georges Diacon aus Lausanne, nach Moskau. Diacon war von der Genfer KP an die Leninschule delegiert worden. Der Jungkommunist machte später eine ähnliche Karriere wie Wagner. Zuvor aktiv in der kommunistischen Jugend, musste Diacon nach einer Haftstrafe in Genf abtauchen. Er hatte an den Protestdemonstrationen gegen die Genfer Ereignisse 1932 teilgenommen, als überforderte Soldaten in die Menge protestierender Arbeiter schossen und 13 Tote und 65 Verletzte zurückblieben. Diacon wurde 1936 zusammen mit Wagner ins ZK der KPS gewählt. Später wandte er sich wie Wagner von der KP ab und trat eine Gewerkschaftslaufbahn als Sekretär des Bau- und Holzarbeiterverbands

an. Schliesslich amtierte er von 1963 bis 1973 als Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds.⁸

Diacon und Wagner konnten sich mangels Französisch- beziehungsweise Deutschkenntnissen mehr schlecht als recht unterhalten. Über den polnischen Korridor ging die Fahrt nach Königsberg und über Litauen an die Grenze zur Sowjetunion. In Königsberg setzte sich ein Mann zu ihnen, der sich als russischer Student ausgab, der von einer Studienreise nach Moskau zurückkehrte. Er sprach fließend Deutsch und Französisch, was auch die Verständigung zwischen Wagner und Diacon erleichterte. Auf die Frage, wohin sie unterwegs seien, antworteten die beiden Schweizer, sie wollten nach Moskau, um dort zu arbeiten.⁹ Weder Wagner noch Diacon machten sich über ihren Begleiter weitere Gedanken. Erst später sollte ihnen bewusst werden, dass sie bereits unter Beobachtung der Komintern standen. Der Mann war kein Student, sondern ein Agent. Und er hatte mit seinen Fragen die beiden Schweizer einem Test unterzogen, ob sie auch verlässlich seien und sich an die Geheimhaltungsregeln hielten.

Ankunft im Herzen der Weltrevolution

Wagner und Diacon hatten die Order erhalten, sich nach der Ankunft in Moskau zur GPU, dem sowjetischen Geheimdienst, zu begeben und sich dort unter dem Stichwort «Komintern» zu melden, wo alles Weitere veranlasst würde. Ihr Begleiter nahm ihnen die Suche nach der richtigen Empfangsstelle ab, denn als Funktionär war er darüber im Bild, wo die beiden hingehörten. Als er den telefonischen Kontakt zur Komintern hergestellt hatte, dämmerte auch den Neulingen, dass ihr Begleiter keine Zufallsbekanntschaft war. Höchstwahrscheinlich handelte es sich um einen Mitarbeiter der OMS, der Abteilung für internationale Verbindungen der Komintern.

Die Bedeutung dieser Abteilung ist noch nicht vollständig geklärt. Sie organisierte die konspirativen Verbindungen mit dem Ausland, namentlich zwischen dem EKKI und den Komintern-Sektionen, die zum Austausch von Informationen, Geld und Agenten nötig waren. Ausserdem unterhielt sie eigene Stützpunkte in Europa, so in Berlin oder Paris. Während des Spanischen Bürgerkriegs schleuste sie freiwillige Kämpfer aus europäischen Ländern nach Spanien. In der OMS hatte gemäss den Forschungen von Peter Huber die Schweizerin Berta Zimmermann eine zentrale Funktion inne. Sie war die Frau des Schweizer Revolutionärs und Lenin-Gefährten Fritz Platten, den Wagner bald persönlich kennenlernen sollte. Zimmermann stand seit 1931 im Dienst der OMS in Moskau und war zur Leiterin des Kurierdienstes befördert worden.¹⁰

Die Verbindungsabteilung operierte unter strenger Geheimhaltung und in enger Kooperation mit dem NKWD. Auch befasste sie sich mit der Vermittlung und Fälschung von Pässen und kümmerte sich ferner um die Organisation der An- und Abreisen der ausländischen Studenten der Internationalen Leninschule (ILS).¹¹ So viel ist heute über diese erst teilweise erforschte Komintern-Dienstabteilung bekannt. Auch über den gesamten Komintern-Apparat besteht heute noch keine volle Transparenz. Wegen des beschränkten Zugangs zu den Moskauer Archiven fehlt bis heute ein Überblick über diesen weit verzweigten Machtkomplex.¹²

Die beiden Schweizer wurden von einer österreichischen Genossin namens Pollak empfangen, die sich ihnen als Mitarbeiterin der deutschen Abteilung der Komintern vorstellte. Die Österreicherin arbeitete als Sekretärin für die OMS und für verschiedene Komintern-Ländersekretariate. Ihr Mann Jonas Pollak war dort als Übersetzer tätig.

Nach ihrer Abfertigung erhielten die beiden Schweizer zehn Rubel und wurden zu einer Art Durchgangsstation geleitet, in der sie

sich aufhalten mussten, bis sämtliche Studenten für das kommende Semester der Leninschule eingetroffen waren.¹³ Die Station war ein sogenannter Isolator, der die Neulinge von den bereits anwesenden Kommilitonen separierte. Sie sollten auf das besondere Leben in der Leninschule vorbereitet werden, denn wer dort studierte, hatte sich speziellen Konspirationsregeln zu unterwerfen.

Die Leninschule war eine geheime Institution, und die Studenten durften sich in der Bevölkerung nicht also solche zu erkennen geben, sondern mussten sich nach Geheimdienstmanier an eine Legende halten. Auch durften sie nichts über die Schule weiter erzählen. So wurden alle ermahnt, während der Vorbereitungszeit das Haus möglichst nicht zu verlassen. An der ILS absolvierte eine internationale Klientel die Kaderausbildung. Wagner fiel auf, dass Studenten aus aller Herren Ländern eintrafen. Darunter befand sich auch eine grosse Gruppe von etwa 60 Chinesen. Die meisten der Anwesenden seien jedoch Emigranten gewesen, die zur Weiterbildung an die Schule delegiert worden waren.

Wagner und Diacon waren im Spätherbst 1933 die einzigen Schweizer Studenten an der ILS. Vor ihnen hatten mehrere andere Schweizer KP-Funktionäre Kurse und Lehrgänge absolviert. Von elf Personen ist der Aufenthalt an der Schule gesichert: Lydia Dübi, Rudolf Frei, Wilhelm Furrer, Louis-Emile Huissoud, Marcel Jacques, Gustav Kaufmann, Koni Mayer, Willi Nöthiger und Theo Rutsch. Bei Karl Spalinger, Robert Megevand und André Miserez ist nicht zweifelsfrei erwiesen, ob sie wirklich an der ILS studierten.¹⁴ Wagner und Diacon waren die beiden letzten Schüler aus der Schweiz. Nach ihnen kam nur noch der Zürcher Jungkommunist Gustav Kaufmann, der von 1934 bis 1935 in der ILS-Jugendabteilung studierte. Wagner sah Gusti, wie er genannt wurde, kurz bei dessen Ankunft. Neben Kaufmann haben noch weitere Schweizer die Jugendabteilung besucht.¹⁵

Wagner musste einen umfangreichen Fragebogen zu seiner politischen und sozialen Herkunft ausfüllen. Die Komintern-Bürokratie legte gerade bei ausländischen Besuchern Wert auf umfassende Informationen. Wagner musste über Herkunft, Eltern, Schule, Militär, Verwandte, Sprachkenntnisse, Auslandsaufenthalte und Vorstrafen Auskunft geben. Er musste auch angeben, ob er oder seine Angehörigen je «in weissen Armeen, faschistischen Organisationen gedient» oder sich «an Strafexpeditionen beteiligt» hätten. Ebenfalls musste er die Frage beantworten, ob er einmal in einer Geheimagentur oder bei der Kriminalpolizei in Stellung gewesen sei. Unvermeidlich auch die Frage, ob er Sympathisant oder Mitbeteiligter «an irgendwelchen oppositionellen Gruppierungen, Fraktionen und Strömungen» gewesen sei. Natürlich antwortete Wagner überall mit einem Nein, was auch der Wahrheit entsprach.¹⁶

Fehltritt mit Trotzki

Vor der definitiven Aufnahme an die Leninschule mussten die Anwärter eine Art Aufnahmeprüfung in Form einer Befragung durch eine Mandatskommission absolvieren. Die Prüfung verlief für Wagner nicht optimal, ja er leistete sich einen peinlichen Fehltritt: «Alle meine Kollegen waren wesentlich älter als ich und bestandene Parteifunktionäre, die schon einiges Wissen auf dem Kasten hatten. Nun kamen mir doch einige Bedenken, ich hatte nichts vorzuweisen als Begeisterung von der Idee des Sozialismus und das war schon etwas wenig. Die Kommission quetschte mich dann richtig aus. Herkunft, Eltern, Tätigkeit in der Partei, Mitgliedjahre in der KP usw. Dann wurde mein theoretischer Wissensstand über Marxismus-Leninismus geprüft und der war nach ihrer Ansicht gleich null.

Auf die Frage, was ich denn schon gelesen hätte, antwortete ich: *Der rote Oktober* von Trotzki und noch viele kleine Broschüren.

Diese Antwort hatten sie natürlich nicht erwartet. Stillschweigen und einige rote Köpfe. Dass man Trotzki verbannt hatte, das wusste ich, dass man seine Bücher und sogar seinen Namen nicht erwähnen sollte, das war neu für mich. Eine kurze Zeit schauten sie mich nur an und sagten dann, meine Vorkenntnisse seien für die Anforderungen einer Leninschule schon etwas dürftig.

Meine Antwort war dann kurz und bündig: ‚Ja hört, meine Genossen, ich wurde von der Partei nicht als Gelehrter nach Moskau geschickt, sondern um etwas zu lernen.‘ Offenbar hat ihnen diese Antwort Eindruck gemacht. So wurde ich provisorisch in die Schule aufgenommen, obwohl ich wusste, wer Marx war, aber von seinen Schriften und Theorien keinen blassen Dunst hatte, und von Lenin nur wusste, dass er Führer der Russischen Revolution war.«¹⁷

Der ideologische Ausrutscher mit Trotzki, der sich seit 1928 im Exil befand, weckte den Argwohn der Mandatskommission und hatte später noch Auswirkungen. Eigentlich hätte Wagners niedriger Bildungsstand zu seiner Abweisung führen müssen, waren doch nicht nur drei Jahre Parteimitgliedschaft, sondern auch eine gewisse theoretische Vorbildung Voraussetzung für den Eintritt in die ILS. Doch die Mandatskommission liess Gnade vor Recht ergehen, möglicherweise weil es nur wenige Schweizer an der ILS gab und man die kleineren kommunistischen Parteien nicht durch eine allzu strenge Aufnahmepraxis düpiieren wollte. Vielleicht aber hat den Prüfungskommissaren auch Wagners Unbefangenheit und Naivität Eindruck gemacht. Aus jungen, noch ungefestigten Leuten liess sich in der Regel leicht ein echter stalinistischer Kader formen. Die provisorische Aufnahme wurde nach einer Bewährungszeit in eine definitive umgewandelt. Dies zeigt, dass an der Leninschule längst nicht alles nach Vorschrift lief: Anspruch und Wirklichkeit klafften hier wie auch in anderen Institutionen auseinander.

Im Dienst des Bolschewismus

Speziell für ausländische Kommunisten waren in Moskau mehrere Kaderschulen geschaffen worden, so die Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens (KUNMZ) oder die Kommunistische Universität für die Werktätigen des Ostens (KUTV).¹⁸ Die Internationale Leninschule galt als die prestigeträchtigste von allen. Das Ziel der ILS war die Bolschewisierung der Mitgliedsparteien der Komintern. Die hier ausgebildeten Kader sollten überall auf der Welt dafür sorgen, dass sich die nationalen kommunistischen Parteien auf der politischen Linie Moskaus, und das hiess: derjenigen von Stalin bewegten. Wer an der Leninschule studieren durfte, war in der Regel für eine höhere Parteifunktion ausersehen. Im Zeitraum von 1926 bis 1938 studierten an der ILS rund 3'500 Personen aus 59 Ländern, wobei Deutschland das grösste Kontingent belegte. Im Jahr 1932 betrug die Gesamtzahl der Schüler über 600.¹⁹

Das Hauptgebäude der ILS lag im Zentrum Moskaus. Heute beherbergt das klassizistische Palais eine Bibliothek. Weil die ILS eine geheime Institution war, mussten die Schüler beim Eintritt ihre Pässe abgeben, Decknamen annehmen, sie durften sich auch untereinander nicht zu erkennen geben und wurden von der Aussenwelt weitgehend abgeschirmt. Die Korrespondenz wurde kontrolliert, und für Briefe mussten Deckadressen verwendet werden. Wer zur Leninschule zugelassen wurde, musste seine bisherige Identität ablegen und eine neue annehmen – Symbol der Verwandlung vom herkömmlichen Funktionär zum stalinistischen Kader und zum Eintritt in ein gänzlich neues Leben.

Walter Wagner hiess nun plötzlich Paul Werner.²⁰ Dieses Pseudonym sei ihm von der Schulleitung zugeteilt worden: «Ich konnte dazu nichts sagen. Die hatten halt auch etwas Fantasie.»²¹ Andere Schweizer Leninschüler berichten, dass sie die Decknamen selber gewählt hätten. Der Basler Rudolf Frei hiess Walter Lingart, was er

aus dem Verwandtschaftsnamen Lienhard hergeleitet hatte. Auch Max Wullschleger, der an der Westuniversität studierte, musste sich ein Pseudonym zulegen. Weil ihm gerade nichts Besseres einfiel, habe er sich Max Müller genannt, berichtet er in seinen Erinnerungen. Und ein Berliner Genosse namens Erich Puder habe sich kurzerhand in Erich Vasanol umgetauft – Vasanol war ein bekanntes Puder gegen Fusschweiss.²²

Der Unterricht an der ILS war von theoretischen Fächern geprägt: Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie, Historischer und Dialektischer Materialismus, Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, aber auch die Geschichte der Sowjetunion und der russischen bolschewistischen Partei WKP(b) zählten zu den zentralen Lehrstoffen. Laut Wagner wurden Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin durchgearbeitet. «Es war eine eigentliche Wissenslawine, die da auf mich zukam.»²³ Das Studium erfolgte in Gruppen, und jedes Halbjahr musste eine schriftliche Arbeit abgeliefert werden.²⁴ Wegen der zahlreichen Nationalitäten war die ILS in sprachgetrennte Sektoren unterteilt, von denen es auf dem Höhepunkt 1935/36 19 verschiedene gab. Im deutschen Sektor, wo sich Wagner befand, studierten Personen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Holland. Georges Diacon, den Wagner in Moskau aus den Augen verlor, studierte im französischen Sektor, der in einem entfernten Gebäude untergebracht war.

Wagner war von der Qualität der Dozenten beeindruckt: Sie hätten fließend Deutsch gesprochen und seien hervorragende Kenner der Materie gewesen. Beeindruckt war er auch von der modernen Infrastruktur an der ILS. Dazu gehörten ein grosser Konferenzsaal mit Kopfhörer und Simultanübersetzung. Dort hielten Komintern-Größen wie Dimitri Manuilski, Otto Kuusinen, Georgi Dimitroff, Palmiro Togliatti, Wilhelm Pieck, Franz Dahlem, Walter Ulbricht oder Dolores Ibarruri («La Pasionaria») ihre Vorträge. Auch Herbert

Wehner, der spätere deutsche SPD-Fraktionschef, hielt ab 1935 Referate zum Thema «Erfahrungen und Lehren aus der konspirativen Arbeit».²⁵

Zum Lehrplan gehörten Besichtigungen von Musterbetrieben in Industrie und Landwirtschaft sowie Bildungsreisen in spezielle Regionen des Sowjetreichs. Ausserdem konnten die Studierenden mit Staatsvertretern und hohen Parteifunktionären in Kontakt treten. Stalin selbst hat Wagner jedoch nie zu Gesicht bekommen. Weniger bekannt ist, dass zum ILS-Studium auch eine militärische Ausbildung in einem Lager der Roten Armee ausserhalb von Moskau gehörte. Das Lehrprogramm umfasste Schiessübungen, Märsche, Waffenkunde und Topografie.²⁶ Wagner hat an Häuserkampfübungen in Spezialanlagen mit Attrappenhäusern und Brandruinen teilgenommen. Bei diesen Übungen sei scharf geschossen worden.²⁷ Der Kommandant des Armeelagers war der deutsche Weltkriegsveteran Wilhelm Zaisser, der im Spanischen Bürgerkrieg unter dem Namen General Gomez Berühmtheit erlangte und später im DDR-Staatsapparat Karriere machte,

Über der Militärausbildung lastete offenbar ein besonderes Tabu. Wagner erwähnt sie in seinen schriftlichen Erinnerungen nur in einem Nebensatz, und auch in den Interviews gab er nur widerstrebend Details preis. Möglicherweise wirkte hier der Druck der anti-kommunistischen Propaganda nach, die stets behauptet hatte, dass die Kommunisten in Moskau für den gewaltsamen Umsturz ausgebildet würden.

Deutsche Schulkollegen

Schon bald freundete sich Wagner mit dem wissenschaftlichen Mitarbeiter der deutschen Schulleitung, Fritz Dettner, an. Der Deutsche kam aus dem Militärapparat der KPD und weilte seit 1931 in der Sowjetunion, wo er bis 1936 an der ILS und beim Moskauer Ino-Ra-

dio tätig war. Zwei Jahre später geriet er in den Strudel der stalinistischen Säuberungen, wurde als Trotzkiist beschuldigt, vom NKWD verhaftet und am 3. November 1937 zum Tod verurteilt und erschossen.²⁸ Dettner half dem in theoretischer Arbeit wenig versierten Wagner, den Lehrstoff der morgendlichen Vorlesungen zu bewältigen.

Die Unterkünfte der deutschen Abteilung befanden sich im dritten Stock des Zentralgebäudes. Wagner teilte sein Zimmer mit den drei deutschen Genossen Richard Parvus, Hans Schulz und Heinz Braun – alles Decknamen. Hans Schulz hiess in Wirklichkeit Erich Richter und war Sekretär des kommunistischen Jugendverbands Sachsen. Er kam im Oktober 1933, vermutlich auf der Flucht vor Hitler, in die Sowjetunion.²⁹ Bei Parvus handelt sich um den deutschen Schlosser Willi Glatzer, der wie Dettner im Militärapparat der KPD aktiv war und dann, weil polizeibekannt, im November 1933 nach Moskau abdelegiert wurde.³⁰ Glatzer kämpfte später als Richard Schenk im Spanischen Bürgerkrieg, wo ihn Wagner wieder treffen sollte und als Richard Parvus begrüßte (siehe Kapitel 6).³¹ Den richtigen Namen seines Freundes hat Wagner erst durch die Recherchen zu diesem Buch, also siebzig Jahre nach den Ereignissen, erfahren.

Es gab weitere Decknamen von Schulfunktionären, die ungeklärt blieben, zum Beispiel Günter II. Offiziell war er als Übersetzer an der Schule tätig. Bei den Exkursionen zeigte sich aber, dass er über aussergewöhnliche Kompetenzen und Einfluss verfügte. In Tat und Wahrheit versah er gegenüber den Studenten Begleit- und Bewachungsfunktionen, und wahrscheinlich war er ein Komintern- oder gar ein NKWD-Funktionär.

Die Leitung der Gesamtschule lag bei der Russin Klaudia Kirsanowa, die Wagner als freundliche, etwas stolze Frau mit grossem Durchsetzungsvermögen in Erinnerung hat. Auch sie geriet in die Stalin'schen Säuberungen und wurde zweimal vorübergehend aus dem Rektorat entfernt. 1937, im Jahr des Grossen Terrors und der Schauprozesse, wurde sie definitiv abgesetzt.³²

Bekannschaft mit der Tschistka

Der eigentliche Schulbetrieb begann erst am 1. Februar 1934. Die ersten drei Monate nach ihrer Ankunft verbrachten die rund 45 Neu-linge – neu eingekleidet in Mantel, Galoschen und Filzstiefel – in einem Ferienheim in Torschok, einem ausserhalb von Moskau an der Bahnlinie nach Leningrad gelegenen Ort. «Der Aufenthalt war sehr angenehm, die Verpflegung sehr gut und gesundheitlich wurden wir betreut von einem Arzt», schildert Wagner die Verhältnisse.³³ Die winterlichen Tage begannen mit Frühturnen, Frühstück und Lesen und waren am Nachmittag mit Besichtigungsausflügen in benachbarte Sowchosen und Kolchosen ausgefüllt. In der Freizeit lief Wagner in den Wäldern Ski. Am Abend sass man zusammen und tauschte Erfahrungen in der Parteiarbeit aus. Die Berichte der Kommilitonen fesselten Wagner, vor allem die abenteuerlichen Geschichten aus der Illegalität.

In Torschok erlebten die Schüler beim Besuch einer benachbarten Sowchose erstmals eine sogenannte Tschistka (Säuberung), jenes typische Ritual von Kritik und Selbstkritik vor dem ganzen Kollektiv, das ein Kennzeichen des sowjetischen Parteilebens war. Es war für die meisten Schüler ein ungewohntes, fremdartiges und irritierendes Erlebnis.

Wagner betont in seiner Beschreibung des politpsychologischen Schauspiels vor allem die Demütigung der Betroffenen: «Jedes Mitglied musste seine Tätigkeit und seine Haltung zur Partei und der Sowjetunion darlegen und dann diskutierte der ganze Verein darüber. Aber wie! Kleinigkeiten wurden aufgebauscht, andere Ansichten als die offizielle verurteilt und am Schluss musste der Kritisierte Reue zeigen und sich zur offiziellen Meinung bekennen. Dieses kleine Schauspiel war für mich nicht gerade erhehend und ich empfand es demütigend für die Betroffenen und ausserdem sehr undemokratisch. Diese Ansicht vertrat ich dann an einem unserer Diskussionsabende, aber damit heimste ich nur Minuspunkte ein. Anderntags kam Fritz

Dettner mit mir auf einen Spaziergang und brachte das Gespräch auf jenen Abend. Nach Darlegung meiner Ansicht meinte er nur: ‚Du hast ja recht, aber halt den Schnabel, wenn du die Schule durchhalten willst.‘ Seine Antwort erstaunte mich, warum durfte man seine Meinung nicht aussprechen?»³⁴

Das bolschewistische Ritual sollte ursprünglich Kaderleute der Partei an die Basis binden und unerwünschte Verkrustungen und eine Verselbständigung der Parteikader verhindern. Im Stalinismus wurde es aber in ein wirksames Herrschafts- und Kontrollmittel umgeformt, mit dem die Parteilinie autoritär durchgesetzt und abweichendes Verhalten korrigiert und eliminiert werden konnten. Seinen Höhepunkt fand es in den grotesken Selbstbezüglichungen der Angeklagten in den Moskauer Schauprozessen, die für ihren angeblichen Verrat an der Sowjetunion für sich selbst die Höchststrafe beantragten. An der ILS gehörten Übungen in Kritik und Selbstkritik vor versammelter Klasse zu den pädagogischen Methoden, die eine Ausbildung zum grundsatztreuen Bolschewiken nach Stalin'scher Fassung gewährleisten sollten.

Viele Studierende hatten Mühe mit der Entblössung der eigenen Persönlichkeit vor dem Kollektiv und stiessen sich am rigiden Gebot zu Reueleistung und Abbitte. Wagner beanstandete vor allem den psychischen Druck, die Selbsterniedrigung und den Meinungszwang des Rituals und wich ihm mit einer Strategie des Schweigens und der kalkulierten Anpassung aus: «Das empfand ich immer als etwas Beschämendes. Ich schätzte dieses Ritual vor der ganzen Klasse gar nicht. Wenn einer eine Meinung hatte, die aber offiziell falsch war, so musste er sich korrigieren, aber immerhin hatte er eine! Es war so etwas wie eine Selbsterniedrigung, sich selber vor allen in den Arsch zu treten. Wenn ich an die Reihe kam, machte ich es jeweils möglichst kurz. Ich sagte einfach, dass ich glaube, es sei falsch gewesen und ich das überprüfen wolle, den Rest liess ich offen. Eine richtige

Auseinandersetzung hatten wir einmal über die Demokratie. Ich sagte, sie hätten keine Ahnung von Demokratie, sie sollten sich einmal die Schweiz anschauen. Doch von der SU hiess es, hier sei die wahre sozialistische Demokratie. Hier schieden sich die Geister. Als ich sah, dass ich mit meiner Ansicht nicht durchdrang, schwieg ich lieber. Man wurde manchmal wirklich gezwungen, etwas zu sagen.»³⁵

Das Thema Selbstkritik und Säuberung nimmt nur wenig Raum in Wagners Erinnerungen ein. Doch es wird deutlich, dass die Scham über den erlittenen Zwang bei Wagner einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen hat. Selbst nach sieben Jahrzehnten hat er den Begriff Tschistka so schnell zur Hand, als ob er ihn seither täglich im Munde geführt hätte. Er spricht ihn gar aus, noch bevor ihm das deutsche Wort Säuberung über die Lippen kommt.

Säuberungen an der ILS und das Auge der Komintern

Die Leninschule erlebte mehrere Parteireinigungen: einmal 1929/30 während des Machtkampfs zwischen Stalin und Bucharin, und dann 1933, als eine Säuberungskommission «Doppelzüngler», «klassenfremde Elemente» und «Partei- und Sowjetfeinde» ausschloss. Wagner hatte Glück und blieb während seiner Studienzeit vor Säuberungen verschont. Doch auch er musste sich dem politischen und administrativen Kontrollsystem fügen, dem sämtliche Komintern-Kader unterworfen waren. Zuhanden der Kaderabteilung hatte er immer wieder Fragebögen zu seiner Person auszufüllen, Autobiografien zu schreiben und sogenannte Selbstberichte zu verfassen. Letztere dienten dazu, die Fortschritte in der Persönlichkeitsentwicklung, will heissen den Stand der Ausmerzung bürgerlicher Denk- und Verhaltensweisen zu kontrollieren. Alle Schüler sollten stalinistisch sprechen und denken lernen und sich die kommunistischen Ideale aneignen.

Wer dazu nicht bereit war, galt als politisch und persönlich defizitär und stand andauernd unter Rechtfertigungs- und Anpassungsdruck.

Die Forschung hat in den letzten Jahren den Prozess der Umwandlung von Parteiaktivisten in stalinistische Kader untersucht.³⁶ Im Rückgriff auf die von Michel Foucault entwickelte Machttheorie wird dabei der biopolitische Zugriff herausgestrichen, mit dem Bewusstsein und Verhalten der Betroffenen auf subtile Weise gemäss dem stalinistischen Modell konditioniert wurden. Die politische Indoktrination lief via soziale Internalisierung ab, die die Lernenden schliesslich dazu brachte, selber den Wunsch zur Anpassung an das vorgegebene Ideal hervorzubringen.

Schulen wie die ILS werden somit nicht nur als Stätten der Wissensvermittlung begriffen, sondern vor allem als Institutionen des staatlichen Machtgefüges mit einem besonderen Menschenbildungsauftrag. Die Personen waren in einen steten Prozess der Selbsteinigung eingebunden, in dem nach und nach die Fehler der kleinbürgerlichen Existenz überwunden und durch bolschewistische Werte wie Solidarität, Selbstaufopferung und Ergebenheit ersetzt werden sollten. Weil solche Werte des «neuen Sowjetmenschen» in der ganzen Gesellschaft propagiert wurden, dienten sie der Bevölkerung als soziales Leitbild und gesellschaftliches Identifikationsangebot in Zeiten schneller und chaotischer Umwälzungen. Stalins Macht basierte somit nicht nur auf simplem Terror und Repression, wie frühere Stalin-Analysen glauben machen, sondern ebenso auf der Vermittlung einer sinnstiftenden neuen Ordnung.³⁷

In einer kurzen Charakteristik über den Genossen Werner, worunter vermutlich Walter Wagner alias Paul Werner zu verstehen ist, hat die Kaderabteilung der Komintern Folgendes festgehalten: «Er war aktiv und diszipliniert in der Arbeit, ist wesentlich gewachsen und hat sich das Material gut angeeignet. Seine Auftretungen auf den Abschlusskonferenzen müssen als gut bezeichnet werden. Muss noch

mehr aus sich herauskommen und noch aktiver sein. Seine Auftretung in der Linie der internat. Propaganda war eine gute.»³⁸

Die Länder-Delegierten bei der Komintern waren mit der Erstellung solcher Charakterisierungen beauftragt. 1935 erfüllte der Zürcher KP-Funktionär und *Kämpfer-Redaktor* Koni Mayer diese Aufgabe für die Schweizer Mitglieder. Ob er die erwähnte Charakteristik des Genossen Werner anfertigte, ist unsicher, da sie einzig auf die schulischen Fortschritte fokussiert ist. Sie entstand wohl eher in der Leninschule.

Aber es existiert ein anderes Dokument von Mayer, in dem er Wagner positiv beurteilt. Er bezieht sich darin auf eine kurze Autobiografie, in der Wagner die Stationen seines politischen Werdegangs aufzählt. Mayer lässt den jungen St. Galler Funktionär in einem sehr positiven Licht erscheinen: «Die Kaderfrage ist für die Schweiz eine der wichtigsten Fragen, die Partei hat in den letzten 2 Jahren eine starke Verjüngung durchgemacht. Wagner aus St. Gallen ist einer dieser neuen jungen Parteifunktionäre. Wagner wurde vom Sekretariat des Z.K. als Orgleiter der Ortsgruppe St. Gallen bestimmt zu einer Zeit, als es galt eine neue Parteiführung zu schaffen gegen die opportunistischen Elemente, die früher hier dominierten. Die Partei in St. Gallen ist seit dieser Zeit, besonders durch die Tätigkeit des Genossen Wagner, sehr aktiv hervorgetreten. Das Wirtschaftsgebiet, wo Wagner bisher tätig war, ist für die Partei sehr wichtig (Textilindustrie, grosse Arbeitslosigkeit).

Wagner hat wohl noch ein sehr junges Parteialter, aber er ist unser aktivster und zuverlässigster Funktionär. Er leitete erfolgreich die Arbeitslosenbewegung und arbeitete vorbildlich während des *Kämpfer-Verbots* durch die Herausgabe von illegalem Material. Wagner, der kurze Zeit in der SP war, trat aus eigener Erkenntnis zu K.P.S. über und hat das volle Vertrauen der Partei erworben. (Einen KJV gibt es hier nicht), so dass ihn das Z.K. an die Parteischule nach M. delegiert hat.»³⁹

«M.» war die im KP-Jargon geläufige Abkürzung für Moskau. Mayers positive Würdigung dürfte dazu beigetragen haben, dass Wagner trotz seiner anfänglichen Schwierigkeiten und ideologischen Schwächen vor der Prüfkommision schliesslich doch einen über weite Strecken problemlosen Aufenthalt an der Leninschule hatte. Handkehrum ging Wagner aber auch – aus Unachtsamkeit oder anderen Motiven – gewisse Risiken ein, die ihm leicht hätten zum Verhängnis werden können.

Das Moskau der 30er-Jahre

Wie erwähnt war es den Leninschülern untersagt, grössere Streifzüge durch Moskau zu unternehmen. Kontrolliert wurde dieses Verbot offenbar wenig, denn Wagner benutzte die Frei- und Ruhetage für Entdeckungsreisen durch die pulsierende Grossstadt. Das war nun die Metropole des Staats ohne Arbeitslose, von der er und Hans Thoma immer geträumt hatten. Auf dem Roten Platz verfolgte er fasziniert das urbane Spektakel: «Trotz einer gewissen Armut war es immer ein fröhliches Treiben und man spürte eine grosse Hoffnung in diesen Menschen. Wurde man als Ausländer erkannt, so wurde man sofort in ein Gespräch gezogen, konnte man nicht Russisch, gab es immer einen Menschen, der Deutsch sprach und etwas übersetzen konnte.»⁴⁰

Wagner war sich bewusst, dass er mit seinen Exkursionen ins Stadtgebiet ein Verbot übertrat und war froh, dass ihn niemand dabei bemerkte. Allerdings handelte er sich trotzdem einmal eine Rüge der Schulleitung ein, als er sich in einem Aussenquartier verirrt hatte und von der Miliz per Auto in die Leninschule zurückgefahren wurde.

Das Moskau der 30er-Jahre war eine Millionenstadt im Aufbruch in die Moderne. Der erste Fünfjahresplan von 1929 bis 1932 brachte dem Land massive Investitionen in die Schwerindustrie, aber auch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

Deportationsmassnahmen, die jeweils als «Entkulakisierung» gerechtfertigt wurden, hatten die Flucht von Millionen von Bauern in die Städte zur Folge. Auch Moskau, bald eine Dreimillionenstadt, war hoffnungslos überbevölkert. Es herrschte Lebensmittelknappheit, und Rationierungsmassnahmen mussten ergriffen werden. Kurz vor Wagners Ankunft litten weite Gebiete der Sowjetunion unter einer Hungersnot.

Zwischen 1934 und 1936 entspannte sich die wirtschaftliche Situation. Diese Phase wurde die «drei guten Jahre» genannt, und Stalins propagandistische Parole hiess dementsprechend «Das Leben ist besser geworden».⁴¹ Sozialistische Prestigebauten wie die luxuriöse Moskauer Metro, 1935 eröffnet, oder der Bau des Hotels Moskau mit 1'200 Betten sollten die technischen Leistungen der Sowjetgesellschaft vor aller Welt dokumentieren. Am Stadtrand wurden grosse Wohnkomplexe hochgezogen, um den Zustrom der Landbevölkerung zu bewältigen. Gleichwohl waren die Lebensverhältnisse eng, und von einer eigenen Wohnung konnten viele Arbeiterfamilien nur träumen. In Kommunalkas, Gemeinschaftswohnungen, zwängte man sich auf engstem Raum zusammen. 1936 wurde eine minimale Wohnfläche von 4,2 Quadratmeter pro Kopf ermittelt.⁴²

Als Wagner vom Arbat-Platz, wo sich die grosse Markthalle befand, mit dem Tram bis zur Endstation fuhr, erblickte er dort nichts als Grossbaustellen: «Moskau platzte aus allen Nähten. Wohnungen waren [...] trotz enormer Bautätigkeit sehr knapp. Die Menschen standen für eine Wohnung auf der Warteliste und das vielfach ein Jahr und darüber.»⁴³

Der öffentliche Verkehr war gleichbedeutend mit einer täglichen Übung im Nahkampf: «Tramway und Busse waren derart voll besetzt, dass man auf die nächste oder auch übernächste Gelegenheit warten musste. Bei den Tramways durfte man auch auf dem Trittbrett mitfahren, bei der nächsten Station konnte man sich dann in das Innere drängen, war aber meistens so eingequetscht, dass man sich

nicht rühren konnte. [...] In jedem Wagen sass vorne eine Frau, bei der man das Billett lösen musste. Meistens war man aber derart eingekeilt, dass man gar nicht nach vorne kam. Dann gab man einfach das nötige Kleingeld oder auch einen Rubelschein dem Nächsten mit der Bitte, eine Fahrkarte zu lösen, der gab es wieder dem nächsten usw. Prompt erhielt man so sein Billett nebst Herausgeld.»⁴⁴

Eine besondere Moskauer Institution waren Torgsin-Geschäfte. In diesen Läden war gegen ausländische Devisen alles erhältlich, was es für die sowjetische Bevölkerung sonst nirgends zu kaufen gab und mangels Kaufkraft auch nicht erschwinglich gewesen wäre, vom französischen Käse bis zum lebenden Fisch.⁴⁵ Obwohl der Besuch dieser Geschäfte für ILS-Studierende aus Gründen der Solidarität mit dem Sowjetvolk verpönt war, setzte Wagner einen Teil seines Reisegeldes von 200 Franken dort um. Er lebte daher komfortabler als jene Kommilitonen, die lediglich mit den 60 Rubel pro Monat ausgestattet waren, die der Staat ihnen als Studiengeld zur freien Verfügung stellte.

Üblich war, dass von diesem Betrag noch für zehn Rubel im Monat «freiwillig» Staatsanleihen für den sozialistischen Aufbau gezeichnet wurden. Ebenfalls erwartet wurde die freiwillige Arbeitsleistung an Ruhetagen, der Subotnik. Millionen von Menschen waren aufgerufen, diesen Dienst für den sozialistischen Aufbau zu leisten. Im Frühjahr 1934 wurden Wagner und seine Mitschüler zweimal zu einem Subotnik beim Bau der Moskauer Metro aufgeboten. Niemand konnte sich dieser Freiwilligenarbeit entziehen, obwohl sie meist ineffizient war, weil die Personen wahllos und nicht ihren Fähigkeiten gemäss eingesetzt wurden. Wagners sarkastisches Urteil zu solchen Übungen: «Da konnte man wirklich sagen: Dabei sein ist alles.»⁴⁶

Dass die Sowjetunion und ihre Hauptstadt keineswegs frei von Sozialproblemen war, konnte Wagner auf seinen Stadtwanderungen

bald selber feststellen. Eine Folge der Revolution und der Nachkriegswirren waren die zahllosen entwurzelten und verwahrlost umherstreunenden Kinder und Jugendlichen, die ihre Eltern verloren hatten. Sie trieben sich um die Bahnhöfe herum, suchten nach Schwarzfahrgelegenheiten oder bestahlen Passanten. Als offizielle Begründung vernahm Wagner, dass es sich hierbei um Kinder von sowjetfeindlichen, enteigneten Kulaken (Grossbauern) handle. Man solle sie nicht unterstützen, da sie gezielt zum Betteln angehalten würden.

In Tat und Wahrheit waren diese Kinder Opfer der Zwangskollektivierung und der Deportationspolitik in der Landbevölkerung. Zurück blieben vagabundierende Minderjährige, die ohne elterliche Obhut in den Städten durch gruppenweise verübten Raub zu überleben suchten. 1935/36 wurden 312'000 solcher Besprizorni (Umherstreunende) von der Polizei aufgegriffen und in Erziehungsheime gesteckt.⁴⁷

Um ihnen die Erfolge staatlicher Sozialhygiene und moderner Betreuungsmethoden zu demonstrieren, wurden die ILS-Schüler in ein Besprizorni-Kinderheim ausserhalb von Moskau geführt. «Das Ganze sah eher aus wie ein kleines Dörfchen, das aus einigen kleineren Häusern und Baracken bestand. Einzelzimmer gab es zwar keine, die Kinder waren in Schlafsälen bis zu zehn Kinder untergebracht, und in den kleinen Häusern und Baracken befanden sich Werkstätten aller Art, wo sich die Kinder betätigen konnten und so auf eine eigentliche Berufslehre vorbereitet wurden. In diesem Dörflein waren damals etwa 50 Kinder untergebracht, natürlich betreut von Erziehern und einigen Berufsleuten. Es gab eine eigentliche Heimleitung, in der aber auch grössere Zöglinge, die schon einige Zeit in diesem Heim waren, mit Mitspracherecht beteiligt waren. Natürlich gab es auch Kinder, die sich nicht mehr an ein normales Leben gewöhnen konnten und wieder ausrissen. Die Heimleitung sagte uns damals,

dass es leider öfters vorkomme. Je weiter wir gegen Süden fahren, umso zahlreicher wurden auch die Bettler und verwahrlosten Kinder.»⁴⁸

Das Kinderdorf war eine Vorzeigestation wie alles, was den Studierenden als Beispiel sowjetischer Errungenschaften vorgeführt wurde. Häufig wurde das Kinderproblem jedoch nicht mit teuren Sozialmassnahmen, sondern mit einfacher Polizeigewalt gelöst. Das konnte von zeitweisen Inhaftierungen bis zu Deportation und Aussetzung in entlegene Gebiete reichen.⁴⁹

Bohnenkaffee für Fritz Platten

Während seiner Studienzeit begegnete Wagner vier Personen, deren Lebenssituation die politischen Verhältnisse in Stalins Regime erhellen können. Erstens der Schweizer Revolutionär Fritz Platten, der 1918 zur Legende geworden war, als er Lenins heimliche Rückreise aus der Schweiz nach Moskau in einem plombierten Waggon organisierte, und der den Revolutionsführer vor einem Attentat gerettet haben soll. Platten hatte St. Galler Wurzeln: Sein Vater Peter war aus Westfalen in die Ostschweiz eingewandert und hatte die St. Gallerin Maria Strässle geheiratet. Ihr Sohn Fritz wuchs in der Gailusstadt auf.⁵⁰

Auf der bekannten Fotografie vom Gründungskongress der Komintern 1919 in Moskau ist Platten zwischen den Berühmtheiten Lenin, Trotzki, Sinowjew und Bucharin zu sehen. Als Nationalrat und glühender Anhänger der Russischen Revolution machte er in der Schweiz politische Karriere. Dank seinen rhetorischen Gaben vermochte er die Massen zu fesseln. Von diesem Talent wollte auch die neu gegründete KP St. Gallen profitieren, als sie Platten im März 1921 als Zugpferd für die bevorstehenden Grossratswahlen, an denen die KP erstmals teilnahm, als Redner einlud. Nicht weniger als 1'000 Schaulustige wollten sich den in der Lokalpresse als «Bolschewikiführer» angekündigten Politiker im Kongresshaus Schützengarten

ansehen. Darunter waren auch viele Bürgerliche, wie das KP-Blatt *Der Kämpfer* anerkennend notierte.⁵¹ «Die Weltrevolution kann nicht mehr aufgehalten werden», rief Platten siegesgewiss in den Saal. Zwanzig Jahre später sollte er Stalins Terror zum Opfer fallen: Im März 1938 wurde er vom NKWD verhaftet und später in einem Gulag im Gebiet Archangelsk erschossen.

Wagner hatte auf Bitte von Willi Trostel ein Paket mit zwei Kilo Bohnenkaffee «für den Genossen Platten» mit nach Moskau genommen. Plattens Wohnadresse hatte er schnell ausfindig gemacht: Er wohnte mit seiner Frau Berta Zimmermann im Komintern-Hotel Lux. Als Wagner mit Platten den Besuchstermin vereinbarte, riet ihm dieser, sich in der Empfangshalle zuerst per Telefon bei ihm zu melden. Wagner tat bei seiner Ankunft wie geheißen, worauf Platten ihn anwies, wenn möglich unbemerkt am Pförtner vorbeizugehen und nicht den Lift, sondern die Treppe zu benutzen.

«Am Pförtner vorbeischleichen, um einen Freund Lenins zu besuchen, das kam mir nun doch etwas komisch vor», notierte Wagner später.⁵² Am Hoteleingang hatte man den Propusk vorzuweisen, den unerlässlichen Passierschein. Oben angekommen, sah Wagner Platten bereits vor der Tür stehen und nach seinem Besucher Ausschau halten, um ihn dann ins Zimmer zu geleiten. Platten bat Wagner, leise zu sprechen, «da die Wände sehr dünn seien und es die Nachbarn stören könnte». Als ihn Wagner auf sein auffälliges Verhalten ansprach, sei Platten nicht weiter darauf eingegangen und habe nur gemeint, dass es den Pförtner und auch seine Zimmernachbarn nichts angehe, was für Besuch er erhalte. Wagner: «Dazu konnte ich nur schweigen und ein wenig darüber nachdenken.»⁵³

Plattens sorgsame Camouflage hatte gute Gründe, denn er lebte schon seit Jahren als politisch Verfeimter in Moskau. 1927 hatte er sich mit der Opposition um Sinowjew und Radek gegen Stalin solidarisiert und war damit auf Kollisionskurs zur offiziellen Politik geraten. Er wurde zur Persona non grata, blieb aber wegen seiner Le-

nin-Verdienste unantastbar: Er war ein politisch kaltgestellter Unberührbarer. Er hielt damals Vorträge am Internationalen Agrarinstitut.⁵⁴ Als Wagner Jahrzehnte später von Plattens Tod im Gulag hörte, wurde ihm klar, dass er in Moskau mit einem Todgeweihten gesprochen hatte. Wagner war neben Max Wullschleger, der Ende 1934 nach Moskau kam, einer der letzten Schweizer Kommunisten, die Platten lebend sahen. Wullschleger war als Redaktor der KP-Zeitung *Basler Vorwärts* mit einer Delegation zu den Revolutionsfeiern nach Moskau gekommen. Die beiden klopften einen Jass um eine Flasche Wodka. Wullschleger traf einen einsilbigen Menschen an, der durch seine zynischen Bemerkungen auffiel.⁵⁵

Wagners Erlebnis bei Platten war typisch für die gespannte Atmosphäre, die im Komintern-Milieu zwei Jahre vor dem Grossen Terror herrschte. Niemand war vor Denunziation und Verhaftung durch den NKWD mehr sicher. Im Hotel Lux verschärften sich Angst, Misstrauen und schleichende Paranoia. Die Wände bekamen Ohren. Wie alle Bewohner des Hotels mutmasste auch Fritz Platten, dass die Gästelisten, in die sich alle Besucher eintragen mussten, vom NKWD gelesen wurden. Wäre Wagners Name auf einer solchen Liste gefunden worden, hätte dies sein Todesurteil bedeuten können.

Sergej Kirow, ein Mord mit Folgen

Stalins gross angelegte Säuberungspolitik in den eigenen Reihen begann mit einem Mord in der Revolutionsstadt Leningrad: Am 1. Dezember 1934 wurde der Parteiführer Sergej Kirow erschossen. Niemand ahnte, dass Leningrad, einst Schauplatz der Oktoberrevolution, erneut zu einem Ort historischer Ereignisse werden würde. Wenige Monate vor dem Ereignis befand sich auch Wagner in Leningrad. Bevor die Kurse an der ILS begannen, absolvierten die Neuankömmlinge dort eine Art Vorkurs. Sie besichtigten zahlreiche

Betriebe, unterhielten sich mit Vertretern von Gewerkschafts- und Betriebskomitees und besuchten historische Stätten wie das ehemalige Winterpalais des Zaren oder das Panzerschiff Aurora auf der Neva, dessen Schüsse 1917 den Sturz der Kerenski-Regierung und die Oktoberrevolution einleiteten. Ausserdem wohnten die Studenten einer Sitzung des Stadtsowjets bei. Schliesslich folgte eine Einladung zu einem Treffen mit Sergej Kirow, dem bekannten Leningrader Parteisekretär.

Wagner zeigte sich von Kirow stark beeindruckt. Das Treffen sei ein «einmaliges Erlebnis» gewesen.⁵⁶ Kirow blieb ihm als sympathische und kraftvolle Persönlichkeit in Erinnerung. Wenige Monate später war Kirow tot, niedergeschossen vom arbeitslosen Attentäter Leonid Nikolajew, dem es erstaunlicherweise gelungen war, in den bewachten Parteisitz einzudringen. Da die Begleitumstände des Mordes ungeklärt und widersprüchlich sind, vermutet man bis heute, Stalin selbst sei der Urheber dieses Mordes gewesen, um einen immer mächtiger werdenden Konkurrenten auszuschalten.⁵⁷

Kirows Tod bildete den Auftakt zu massiven Säuberungswellen und war das Vorspiel zu den Schau- und Geheimprozessen der Jahre 1936 bis 1938. Dadurch, dass er den Mord seinen Gegnern um Sinowjew anlastete, gelang es Stalin, eine Verschwörungstheorie in Umlauf zu setzen, die ihm ein immer schärferes Vorgehen gegen politische Gegner erlaubte. Viele sehen die Wurzeln der Stalin-Diktatur in der Ermordung von Kirow in Leningrad. Seither war es den Organen der Staatssicherheit erlaubt, Personen unter Terrorverdacht festzunehmen und diese ohne Verteidigungs- und Berufungsmöglichkeit zu Lagerhaft und zum Tod zu verurteilen. «Wer konnte damals ahnen, dass [der Mord an] Kirow [...] den Beginn einer ganzen Reihe von Schauprozessen auslöste gegen ehemalige Freunde und Mitstreiter Lenins in den Revolutionsjahren», kommentiert Wagner diesen Wendepunkt der Weltgeschichte.⁵⁸

Dora Kern und Fritz Krützner, dem Terror entronnen

«Dora Kern war eine fröhliche Person und eine äusserst überzeugte und ehrliche Kommunistin, die in der Sowjetunion eine neue Heimat gefunden hatte und schon ganz wie ein Sowjetmensch wirkte. Fritz Krützner war ebenfalls ein ganz überzeugter Kommunist.»⁵⁹ So schildert Wagner das Paar, das wie Fritz Platten in Stalins Moskau in arge Bedrängnis geriet. Dora Kern, 1912 in Zürich geboren, war im Kommunistischen Jugendverband (KJV) aktiv gewesen und hatte dort ihren späteren Mann, den Deutschen Fritz Krützner, kennengelernt. Krützner war aus politischen Gründen in die Schweiz emigriert, arbeitete bei Sulzer als Giesser und sass auch im ZK der KPS.

Die beiden wurden Ende 1931 zur Emigration in die Sowjetunion gezwungen, weil Krützner vom Bundesrat wegen unerlaubter Agitation des Landes verwiesen wurde. Die Denunziation kam aus dem Dunstkreis des Schweizerischen Vaterländischen Verbands, der Bundesanwaltschaft und lokalen Polizeistellen. Das antikommunistische Netzwerk funktionierte im roten Zürich ebenso wie im bürgerlichen St. Gallen.⁶⁰

Dora Kern arbeitete bei der *Deutschen Zentral-Zeitung* (DZZ), der grossen Tageszeitung für die deutschsprachigen Emigranten in der Sowjetunion. Hier lernte Wagner sie kennen. Er musste eine Arbeit über die sowjetische Landwirtschaft schreiben, und da er in der DZZ einige Artikel zu diesem Thema gelesen hatte, sprach er bei der Redaktion mit der Bitte um entsprechendes Dokumentationsmaterial vor. Man wies ihn gleich an Dora Kern. Sie war die einzige Schweizerin auf der von Deutschen dominierten Redaktion und gleichzeitig die Verfasserin der Landwirtschaftsreportagen in der DZZ.⁶¹

Die beiden Landsleute freundeneten sich schnell an. Kern lud Wagner zu sich nach Hause ein. Sie wohnte in einem hölzernen Mehrfamilienhaus in der Nähe der Metallfabrik, in der ihr Mann als

Giessereivorarbeiter tätig war. «Es wurde ein äusserst interessanter Tag», erzählt Wagner. Fritz Krützner berichtete über die Schwierigkeiten, die er mit dem Direktor der Fabrik und mit dem Parteisekretär hatte. Er kämpfte vergeblich gegen den Schlendrian im Betrieb und habe sich deswegen mit der Betriebsleitung überworfen. Alle Reklamationen bei höheren Stellen hätten nichts genützt, die Führung sitze am längeren Hebel.⁶²

Die Feindschaft mit den Chefs sollte Krützner teuer zu stehen kommen. 1937 wurde er entlassen und unter der Anklage der Spionage und Sabotage verhaftet. Nach achtmonatiger U-Haft wurde er nach Deutschland ausgewiesen, wo er mit viel Glück das Hitlerregime überlebte. Nach dem Krieg trat er der KPD bei. Trotz seinen Erlebnissen glaubte er immer noch, dass nicht Stalins Terrorsystem, sondern persönliche Intrigen an seiner Ausweisung aus der Sowjetunion schuld waren. Dora Kern wurde 1937 samt ihrem Sohn in die Schweiz ausgewiesen und zog später zu ihrem Mann nach Essen.⁶³

Als Wagner in der DZZ-Redaktion auftauchte, wusste er nicht, dass er sich in einem Betrieb befand, in dem die Säuberungswellen bereits tiefe Spuren hinterlassen hatten. Die Liste der Terroropfer der DZZ umfasst 42 Redaktoren, die unter fabrizierten Anklagen vom NKWD abgeführt wurden. Die meisten von ihnen wurden erschossen oder kamen in sibirischen Lagern ums Leben.

Leopold Stern, der ungebetene Gast

Am Eingang zur Leninschule befand sich ein barackenähnliches Pförtnerhaus, wo alle Eintretenden den Propusk vorweisen mussten. Doch die Eingangskontrolle wurde nicht immer streng nach Vorschrift gehandhabt. Das ist aus Berichten über Studierende ersichtlich, die wegen unerlaubter Besuche bestraft wurden. Obwohl als geheime Kaderinstitution deklariert, schien die ILS eher einem

Studentenheim zu gleichen, wo gelegentlich über die Stränge gehauen wurde. Als Wagner an einem Frühlingsabend 1934 die Schule verlassen wollte, erkannte er am Eingang Leopold Stern. Stern war ein KP-Genosse aus St. Gallen. Er erzählte, er sei von zu Hause abgehauen und nach Moskau gekommen, um ihn zu besuchen. Er sei zudem auf der Suche nach Arbeit und ob er ihm dabei behilflich sein könne.⁶⁴ Wagner winkte ab: Er könne nichts für ihn tun.

Das Verhältnis zwischen Wagner und Stern war von Beginn an belastet. Stern hatte in der KPSG den Ruf eines Mitläufers, der weniger aus politischen denn aus persönlichen Gründen Anschluss an die Partei gesucht habe. So negativ, wie sich Wagner über Stern äussert, äussert sich auch Stern über Wagner.⁶⁵ Es erscheint als Ironie der Geschichte, dass die beiden trotz ihrer gegenseitigen Abneigung immer wieder aufeinandertrafen, und das weitab von der Ostschweiz. Nach Moskau sollten sie sich ein zweites Mal im Spanischen Bürgerkrieg begegnen (siehe Kapitel 6).

Wie war Stern nach Moskau gelangt? In der St. Galler KP hatte der knapp 20-Jährige erfahren, dass Wagner nach Moskau beordert worden war. Da er sowieso von St. Gallen weg wollte, kam ihm dies gelegen. Stern hatte eine schwierige Jugend: Der Sohn eines jüdischen Textilkaufmanns aus Weissrussland und einer Russin rebellierte schon früh gegen die väterliche Autorität. Dieser Vaterkonflikt sollte sein ganzes Leben prägen und liess ihn später zu einem Einzelgänger werden.⁶⁶ Stern wollte Landwirt werden, doch der Vater hielt gar nichts davon. Im Oktober 1933 liess er den widerspenstigen Sohn in die Knabenerziehungsanstalt Platanenhof in Oberuzwil stecken, von wo Stern nach nur zwei Monaten ausriss. Freunde aus der St. Galler KP halfen ihm bei der Flucht; dabei kamen Hans Thoma und sein Motorrad zum Einsatz.

Später gab Stern an, er sei nach seiner Flucht für einige Zeit nach Frankreich gegangen. In Wirklichkeit hatte er sich auf den Weg

nach Russland gemacht. In Leningrad wohnten Verwandte seiner Mutter, die er aufsuchen wollte, doch bereits in Wien ging ihm das Geld aus. In einem Brief bat er die Mutter, ihm Geld für die Weiterreise zu schicken. Mit 400 Franken in der Tasche konnte er dann den Weg fortsetzen. Da er von der KPS kein Visum für die Sowjetunion erhalten hatte, besorgte er sich ein Touristenvisum. In Moskau angekommen, musste er die geheime Leninschule finden. Er konnte die Adresse jedoch ohne Weiteres in Erfahrung bringen: «Ich fragte einfach in einer normalen Zentrale nach der Adresse, die ich prompt bekam. Die Frau, die mir Auskunft erteilte, hat nachher wohl Probleme bekommen...»⁶⁷ Mit der «normalen Zentrale» dürfte der Sitz der Komintern gemeint sein.

Wagner fühlte sich durch Sterns Anwesenheit kompromittiert, und er fürchtete, durch den ungebetenen Gast Schwierigkeiten mit der Schulleitung zu bekommen. So suchte er ihn so schnell wie möglich wieder loszuwerden. Nach seiner Abweisung wandte sich Stern ans osteuropäische Ländersekretariat der Komintern, um zu einer Aufenthaltserlaubnis zu kommen. Doch er wurde auch dort abgewiesen. Bevor er die Sowjetunion verliess, habe er Stalin einen Brief geschrieben, in dem er sich über die schlechte Behandlung durch die Bürokratie beklagte, erinnert sich Stern.⁶⁸ Natürlich half ihm dies nichts, und Stern war wohl oder übel zur Rückkehr in die Schweiz gezwungen. In St. Gallen angekommen, wurde er, da noch nicht volljährig, gleich unter Vormundschaft gestellt. Das Pech sollte ihm auch im Spanischen Bürgerkrieg treu bleiben.

Zwischen Privileg und Repression

Die Studierenden der ILS waren privilegiert und profitierten von Annehmlichkeiten, von denen normale Sowjetbürger nur träumen konnten. Ihre Verpflegung war gut, ebenso die Unterkünfte und Arbeitsbedingungen. Sie zählten zur politischen Elite und durften sich

auf die künftige Zugehörigkeit zur Nomenklatura in ihrer Heimat freuen. War man, wie Wagner, dazu noch mit Devisen ausgestattet, war das Leben leicht – im Gegensatz zum nach wie vor entbehrensreichen Leben der breiten Masse.

Zum Lehrgang der Leninschule gehörte eine ausgedehnte Bildungsreise in den Süden der Sowjetunion. Man ging, wie es hiess, «auf Praxis». Wagners Studiengruppe fuhr mit Bus und Extrawagons zu den Ölfeldern nach Baku, dann weiter in die georgische Hauptstadt Tiflis, wo es freie Märkte mit frischem Gemüse und Früchten gab, und schliesslich nach Eriwan, der Kapitale von Armenien. Dort stand die Besichtigung der MTS, der Maschinen-Traktoren-Stationen auf dem Programm, die Ende der 20er-Jahre auf Geheiss Stalins zur maschinellen Versorgung der kollektivierten Landwirtschaft eingerichtet worden waren. Während ein Teil der Gruppe ins Ferienparadies Sotschi am Schwarzen Meer abreiste, wo auch Stalin seine Urlaube verbrachte, quartierte sich der andere Teil in einem Ferienhaus in Karaglis am Ararat-Gebirge ein. Die Rückreise erfolgte über Sebastopol, den Hafen der Schwarzmeerflotte, und die Halbinsel Krim über das Donegebiet und Charkow nach Moskau.

In Karaglis lernten die Studenten die Rote Armee, die dort in einem Lager stationiert war, aus der Nähe kennen. Man unterhielt sich mit Offizieren, besichtigte die Truppen und durfte auf Pferden reiten. Auch ein Wettschiessen wurde veranstaltet, und weil Wagner als Füsilier im Umgang mit dem Gewehr bereits Erfahrung hatte, erzielte er ein gutes Resultat und erhielt dafür das Woroschilow-Abzeichen, benannt nach Stalins Volkskommissar für Verteidigung und Marschall der Roten Armee. Die Stimmung im Armeelager war ausgelassen: «Den Abend verbrachten wir in fröhlicher Stimmung im Kreis der Rotarmisten. Es gab Musik und Tanz. Eine kleine internationale Gesellschaft, aber wir verstanden uns alle als Brüder.»⁶⁹

Die Leninschüler erlebten auf ihrer Reise die Sowjetunion der sozialistischen Propaganda: ein Land im rasanten Aufbau, auf dem Weg zum Sozialismus, dem Kapitalismus moralisch und bald auch materiell überlegen. Ein Arbeiterstaat ohne Arbeitslose, der es geschafft hatte, alle seine Feinde zu besiegen, und der nun im Begriff war, seine eigene Utopie zu realisieren, die klassenlose Gesellschaft.

Von dieser neuen Gesellschaft sollten die Leninschüler zu Hause erzählen und dabei den Mann preisen, der die Geschicke dieses Reichs der Freiheit lenkte – Stalin. Was aber bekamen die Studierenden von Stalins realer Diktatur mit, die ja nicht die Diktatur eines Willkürherrschers sein sollte, sondern die des Proletariats?

Wagner registrierte feine Veränderungen, etwa wie nach dem Kirow-Mord ein Geschichtsbuch wegen «Fehlern» zurückgezogen und durch ein neues ersetzt wurde, in dem die Leistungen Stalins noch positiver bewertet wurden. Er bemerkte den Dogmatismus, der die wirtschaftlichen Defizite und Fehlentwicklungen der Sowjetmacht bagatellierte oder begrifflich schönzte. Er vernahm die Rechtfertigungen der «Entkulakisierung», die mehr einer grossen Dorf- und Bauernvernichtung als einer vernünftigen Modernisierung der Landwirtschaft glich. Er nahm den ideologischen Konformitätsdruck im Unterricht wahr.

Und insgeheim spürte er, dass von wirklicher Meinungsäusserungsfreiheit in diesem Staat nicht die Rede sein konnte. Die Säuberungen hingegen dürften den Studierenden hinter der Potemkinischen Fortschrittsfassade weitgehend verborgen geblieben sein. In der ILS tauchten kaum NKWD-Beamte auf, zumindest hat Wagner keine solchen bemerkt. Die Schüler lebten in einer ideologisch abgeschlossenen Welt, die keine unvoreingenommene Wahrnehmung der Realität zuließ.

Das Stalin'sche Terrorsystem, das den Staatsinstitutionen immer mehr eingeschrieben wurde, blieb Wagner weitgehend verborgen. Er konnte nur Phänomene an der gesellschaftlichen Oberfläche

beobachten, etwa das Angstklima im Hotel Lux oder die ständigen politischen Anklagen gegen Sinowjew und andere. Der Grosse Terror hob erst nach Wagners Abreise an, und sein Ausmass erschliesst sich erst in der geschichtlichen Distanz.

Bis auf den heutigen Tag spekuliert die historische Kommunismusforschung über die wahre Zahl der Stalinopfer, und es scheint fraglich, ob sie je eruiert werden kann. Nach offiziellen sowjetischen Angaben wurden allein 1937 und 1938 rund 2,5 Millionen Menschen verhaftet und 680'000 Personen erschossen. Neuere Schätzungen gehen für diesen Zeitraum von bis zu 7 Millionen Verhafteten und einer Million Toten aus. Die Opferbilanz der Gesamtsäuberungen von 1935 bis 1941 wird auf 7 Millionen Tote veranschlagt.⁷⁰

Das Rätsel des Stalinismus, seine Tendenz zur Selbstvernichtung, führt an die Grenzen des Erklärbaren: Wie war es möglich, dass sich der Terror zu einem Zeitpunkt, als es praktisch keine organisierte Opposition mehr gab, gegen die eigenen Führungskader wandte und einen grossen Teil der Elite in Partei, Staat und Armee verschlang? Hermann Weber konstatiert den merkwürdigen Umstand, dass die kommunistische Bewegung die einzige der jüngeren Geschichte sei, die selber mehr ihrer eigenen Mitglieder umgebracht hat als ihre Feinde.⁷¹

Soziale Kontrolle und Stalinkult

In der neueren Stalinismusforschung werden die Leninschule und ähnliche Bildungsstätten unter Rückgriff auf Foucaults Machtanalyse als Orte einer subtilen Präparierung von Menschen zu gleichförmigen «stalinistischen Subjekten» begriffen – Anstalten zum Umbau von widersprüchlichen Menschen in homogene Parteiakteure durch speziell entwickelte Indoktrinationstechniken.⁷² Diese Konzeption schafft ungewollt Bezüge zur Vorstellungswelt der antibolschewisti-

schen Propaganda, die gerne das Bild von entmenschlichten Funktionsmaschinen aus den Moskauer Ideologiefabriken an die Wand malte.

Aus der Perspektive des Individuums wurde die Leninschule unterschiedlich wahrgenommen. Wagner hatte keineswegs das Gefühl, ideologisch zu- oder abgerichtet zu werden, selbst in der späteren Rückschau auf seine Lehrzeit nicht. Er beklagte zwar die doktrinäere Art und den absoluten Geltungsanspruch des Marxismus-Leninismus, aber gleichzeitig wollte er sich diese Theorie als massgebendes Orientierungskonzept aneignen. Er war überzeugt, dass diese Lehre zur Erklärung der gesellschaftlichen Wirklichkeit besser taue als jede andere. Und er war auch dankbar dafür, dass er, der lediglich eine schmale Schulbildung genossen hatte, diese Ausbildung absolvieren konnte. Dabei liess er sich trotz aller ideologischen Gängelung das eigene Denken und seinen individuellen Zugang zur Welt nicht austreiben. Er verliess die ILS als zwar überzeugter, aber skeptischer Kommunist.

Ob es zulässig ist, die Komintern-Schulen im Anschluss an Erving Goffman als totale Institutionen zu interpretieren, muss offenbleiben.⁷³ Gewiss trugen sie Merkmale solcher weitgehend abgeschlossenen Institutionen wie den allumfassenden Charakter, explizite Regeln und stark vorgeschriebene Verhaltensweisen sowie die Unterwerfung unter eine zentrale ideologische Autorität. Dennoch scheinen sie in der Realität keine gänzlich isolierten Räume ohne sozialen Spielraum gewesen zu sein. Wagner unternahm Ausflüge bis in die Aussenquartiere von Moskau und sprach dort mit gewöhnlichen Menschen.

Solche Erfahrungen begriff Wagner als Schule des Lebens, die ihm mehr zusagte als Schulbücher: «Auf dem Roten Platz erhielt ich mehr Einblick in das Leben der Menschen als auf der Schule. Das war so richtig eine Praxis für mich und unter diesen Menschen fühlte ich mich eigentlich immer wohler als in der Schule, wo wir nur graue Theorie eingepaukt bekamen. Hier war das Leben, das ich lieb-

te und auch genoss. Wie gut, dass man mir nie dahinterkam, wo ich überall herumstreifte und wie viele Kontakte ich mit vielen russischen Menschen hatte.»⁷⁴

Die Moskauer Kaderschulen unterschieden sich in ihrer Funktionsweise wenig von Kloster- oder Religionsschulen, die in abgeschotteten Strukturen die Konstituierung des katholischen Subjekts anstreben und zur erfolgreichen Vermittlung ihres Lehrstoffs auch nicht auf subtile Techniken des Zwangs verzichten.

Wagner fiel immer wieder auf, dass sich das Leben der Bevölkerung auf einem anhaltend niedrigen Niveau abspielte. Dieser Mangel passte nicht so recht zu den teils grossartigen Fortschrittsproklamationen. Überall waren Brüche im sowjetischen Modernisierungsmodell sichtbar: «Sicher hatte sich die Lebenshaltung der Menschen seit der Revolution um einiges gebessert, aber die Mangelwirtschaft war nicht zu übersehen. Im Vordergrund stand eben die Industrialisierung des Landes und damit meinte man vor allem die Schwerindustrie, die zusammen mit der Rüstungsindustrie und dem Aufbau der Roten Armee einen viel zu grossen Anteil an den Staatsausgaben hatte, während die Leichtindustrie sträflich vernachlässigt wurde. Für einen Arbeiter- und Bauernstaat wäre es doch erste Aufgabe gewesen, für eine bessere Lebenshaltung der Menschen besorgt zu sein. Das waren so etwa meine Gedanken, aber eben, reden durfte man darüber nicht.»⁷⁵

Am wenigsten konnte er sich mit dem Stalinkult abfinden. Die allgegenwärtigen Lobpreisungen des grossen Führers gingen ihm gegen den Strich. Als er miterlebte, wie die Menge an politischen Meetings bei der blossen Erwähnung von Stalins Namen in spontane Hochrufe und Beifall ausbrach, reagierte er mit Befremden: «Der Stalinkult hat mich angewidert. Diese ewige Klatscherei hat ohnehin nur die Reden unterbrochen. Uns käme es ja nie in den Sinn, einen Bundesrat zu beklatschen.»⁷⁶

Auch Stalins massive Anschuldigungen an seine Gegner Sinowjew, Bucharin oder Radek wollten ihm nicht einleuchten. Die allge-

meine Stimmung gegen diese Kritiker sei «so richtig aufgeheizt» worden. Der Vorwurf, sie hätten nicht nur eine Verschwörung gegen Stalin angezettelt, sondern sogar mit dem Hitlerfaschismus paktiert, schien ihm wenig glaubhaft: «Ich hatte da einige Zweifel.»⁷⁷ Alte Freunde Lenins und gestandene Mitkämpfer der Oktoberrevolution sollten nun plötzlich Verräter sein und im Dienste des Faschismus stehen – da konnte etwas nicht stimmen. Als er später seinem Freund Fritz Dettner seine Bedenken anvertraute, habe dieser entgegnet, die Angeklagten hätten doch selber zugegeben, verbrecherisch gehandelt zu haben.⁷⁸ Dies war das Standardargument loyaler Kommunisten, mit dem sie sich über die Realität von Foltergeständnissen hinwegleugneten.

Der schnelle Abgang

Im Februar 1935 kam es zu einem entscheidenden Ereignis, das Wagners Moskau-Aufenthalt abrupt beendete. Das Studium an der ILS dauerte noch bis Juli 1935, und der Schulleiter, Genosse Günter, liess durchblicken, dass Wagner aufgrund seiner guten Leistungen einen zweijährigen Folgekurs absolvieren könne. Wagner war geneigt, das Studium fortzusetzen, zumal es ihn nicht in die Schweiz zurückzog, wo ihn bloss Arbeitslosigkeit und politisch schwierige Verhältnisse erwarteten. Noch vor seiner Zusage zur Fortsetzung des Studiums bot sich anlässlich der Besichtigung einer Schuhfabrik die Gelegenheit, die Lenin-Witwe Nadeshda Krupskaja bei einer Ansprache vor Moskauer Arbeiterinnen zu hören.

Das wollten sich die Studenten nicht entgehen lassen. Die Versammlung fand in der sogenannten Lenin-Ecke des Betriebs statt, einem bibliothekartigen Raum für Versammlungen, die nach der Revolution in vielen Betrieben zur Weiterbildung der Mitarbeitenden eingerichtet worden war. Nach ihrem Referat gesellte sich die be-

rühmte Rednerin zu den Studenten und wollte wissen, ob sie alle Deutsche seien. Wagner wurde ihr als einziger Schweizer vorgestellt, worauf sie sich interessiert an ihn wandte. Die Schweiz war ihr von den Aufenthalten vor der Oktoberrevolution noch gut bekannt.

Das Gespräch schildert Wagner wie folgt: «Sie fragte mich nach meiner Tätigkeit in der Sowjetunion und ich sagte, dass ich an der Schule sei, die den Namen Lenins trage, und ich nun die Gelegenheit hätte zu einem weiteren Studium. Im weiteren Verlauf des Gesprächs fragte sie nach meinen Eindrücken vom neuen Russland. Die wären sicher positiv, aber es gäbe auch viel Negatives. ‚Was ist denn negativ hier?‘, gab sie zurück. Obschon ich mit kritischen Äusserungen sonst immer sehr vorsichtig war, hatte ich irgendwie Vertrauen in diese Frau und erwähnte die Art und Weise der Kollektivierung, dann die allgegenwärtigen Parteisekretäre, die Prozesse gegen die alten Bolschewiki und vor allem die noch zu niedrige Lebenshaltung eines grossen Teils der Bevölkerung. Das sollte doch erstes Anliegen der Sowjetmacht sein. Und etwas überraschend meinte sie dann, Lenin wäre sicher sehr zornig über vieles, was sich in diesem Land zutrage. ‚Wir gehen schwierigen Zeiten entgegen. Gehen Sie lieber in die Schweiz zurück‘. Damit war die Unterhaltung beendet. Ihre letzten Worte machten mich sehr betroffen. Ich grübelte tagelang darüber nach und fasste endlich den Entschluss, nach Beendigung der Schule wieder in die Schweiz zurückzukehren.»⁷⁹

Wagners offenherzige Kritik an den Fehlentwicklungen im Sowjetstaat waren bei der Krupskaja offenbar nicht gut angekommen. Nach einigem Nachsinnen hatte er den Wink mit dem Zaunpfahl begriffen und eingesehen, dass seine Zeit in Moskau abgelaufen war. Im Juli konnte er noch, zusammen mit Robert Müller, am VII. Weltkongress der Komintern teilnehmen, der vom 25. Juli bis 20. August 1935 in Moskau tagte.

Doch der Gedanke an eine Abreise beschäftigte ihn auch, weil er seit Kurzem mit einer russischen Studentin namens Tamara be-

freundet war. Mit ihr traf er sich in seinen freien Stunden, und er vertraute ihr auch seinen richtigen Namen an. Mit der Zeit entwickelte sich daraus eine Liebesgeschichte – die erste in Wagners Leben. Eine Rückreise in die Schweiz hätte auch eine Trennung von Tamara bedeutet. Es kam aber so, dass ihm der Sowjetstaat die Entscheidung über Bleiben oder Heimkehren auf ziemlich abrupte Weise abnahm.

Als er Ende Juli 1935 zum Beziehen von neuen Kleidern aufgefordert wurde, ahnte er, was dies bedeutete. Kurze Zeit später erschien ein unbekannter Funktionär in seinem Zimmer und hiess ihn mitkommen. Auf der Treppe erklärte er ihm, er werde noch heute in die Schweiz zurückkehren. Als Wagner aufs Zimmer zurück wollte, um seine Sachen zu holen, beschied ihm der Unbekannte, er müsse alles zurücklassen. Die Genossen dürften nichts von seiner Abreise erfahren.

Wagner konnte sich nicht einmal von seinen Freunden und Kollegen verabschieden. Er erhielt ein Köfferchen mit Toilettenartikeln und zwei Hemden in die Hand gedrückt. Schliesslich wurden ihm der Pass, eine Fahrkarte bis Zürich, zehn Rubel sowie einige polnische Zloty für eine Übernachtung in Warschau ausgehändigt. Mit einem Auto wurde er an den Bahnhof kutschiert, und dort hiess es kurz und bündig: «Viel Glück, Genosse.»⁸⁰

Der Säuberung entkommen

Faktisch wurde Wagner aus der Sowjetunion hinauskomplimentiert, wenn nicht sogar abgeschoben. «Was für ein Abschied von Sowjetrussland! Richtig abgeschlichen. So fühlte ich mich. Ich hatte mich eigentlich immer sehr wohl gefühlt in diesem Land, hatte viele schöne und auch lehrreiche Eindrücke von diesem Land, hatte Bewunderung und Sympathie für die Menschen mit ihren Hoffnungen. [...] Einen solchen Abschied hatte ich nicht erwartet.»⁸¹ Die Entschei-

dung über seine Abschiebung war zweifellos im Komintern-Apparat gefallen. Wer daran beteiligt war, ist nicht bekannt, doch man muss annehmen, dass ein Hinweis von Krupskaja Wagners Abschiebung auslöste.

Allerdings hatte Wagner schon früher Anlass für eine Untersuchung der übergeordneten Kontrollorgane gegeben. Wagner war nämlich mit einem fremden, allerdings nur mit Kleidern gefüllten Gepäckstück nach Moskau gekommen. Der Koffer sei ihm von einer jüdischen Nachbarsfamilie in St. Gallen namens Mandel mitgegeben worden, erinnert sich Wagner.⁸² Er sollte ihn einem ungarischen Politemigranten namens Aleksandr Morisowitsch Vogel aushändigen, doch die Übergabe klappte nicht. Diese Angelegenheit führte, wie aus einem Dokument hervorgeht, zu Ermittlungen gegen einen Leninschüler namens Paul Werner, also gegen Wagner.⁸³ In einer Befragung musste er einräumen, den Koffer bei seiner Ankunft in Moskau nicht ordnungsgemäss deklariert zu haben, was einen Verstoß gegen die Geheimhaltungsregeln bedeutete. Eine Strafe erhielt Wagner jedoch nicht. Der ermittelnde Beamte und Leiter der ILS-Kaderabteilung, Nazow, hielt darauf in einem Schreiben an die Kaderabteilung der Komintern fest, dass solche Vorkommnisse in Zukunft nicht mehr auftreten dürften: «Solche Schwierigkeiten können einen nicht wiedergutzumachenden Schaden in Sachen Konspiration in unserer Angelegenheit anrichten.»⁸⁴

Rückblickend hat Wagner die Suspension von der Leninschule wohl das Leben gerettet. Wäre er weiterhin in Moskau geblieben, so wäre er nur ein Jahr später mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Grossen Terror geraten. Gegen Wagner war mehr als genügend kompromittierendes Material vorhanden: das Eingeständnis der Trotzki-Lektüre, Besuche bei einer Persona non grata wie Fritz Platten, offene Kritik an der Wirtschaftspolitik des Staates sowie Verletzung der Konspirationsregeln. Für den NKWD wäre es ein Leichtes gewesen, ihn des Trotzkismus zu beschuldigen.

Wagner hatte während seines ILS-Aufenthalts drei Hefte voll tagebuchartiger Notizen verfasst, in denen er seine Eindrücke von der Sowjetunion, vom Schulalltag und von Begegnungen mit Menschen festhielt. Ein Glück, dass er sie rechtzeitig im Gussofen in seinem Zimmer verbrannte. Ein Gefühl von nahender Gefahr hatte ihn zu diesem Schritt bewogen.⁸⁵ Auch dies trug gewiss dazu bei, dass er der berüchtigten «Menschenfalle Moskau», wie der deutsche Historiker Reinhard Müller die Situation charakterisierte, entging.

Als Wagner seinen Pass bekam, den er wie alle bei der Einreise hatte abgeben müssen, stellte er fest, dass er wohl noch auf Albert Elsener lautete, aber das Foto fachgerecht entfernt und eines von ihm hineingeklebt worden war. Er konnte sich jedoch nicht erinnern, in Moskau jemals fotografiert worden zu sein. Des Rätsels Lösung liegt wohl beim Verbindungsdienst OMS der Komintern. Nachdem er nach seiner Ankunft den Pass abgegeben hatte, hatte Wagner seinen Komintern-Vertreter Koni Mayer gebeten, den Pass an seinen rechtmässigen Besitzer zurückzuschicken. Mayer hatte Wagners Ersuchen weitergeleitet. Die offensichtliche Manipulation von Wagners Pass ist ein weiteres Indiz für die Vermutung, dass die OMS mit Passfälschungen betraut war und Agenten und Funktionäre mit falschen Identitäten ausstattete. Wofür das Foto von Elsener verwendet wurde, ist nicht bekannt. Womöglich tauchte der Schweizer Velomechaniker in irgendeinem Winkel der Erde in einem russischen Funktionärspass auf.

Der schnelle Abgang aus Moskau war für Wagner nicht leicht zu verdauen. Immerhin hatte er eine Revolutionsschule durchlaufen und musste sich nun fragen, wozu dies alles eigentlich gut gewesen sei. Zudem kehrte er vom vibrierenden Zentrum der Sowjetmacht zurück in die betuliche Ostschweizer Provinz – ein grösserer Gegensatz ist kaum vorstellbar. Was sollte er als ausgebildeter Revolutionär, aber auch als ein in Ungnade gefallener Parteikader tun? Würde

er überhaupt eine Chance haben, sich in der kommunistischen Bewegung wieder zu etablieren? Gab es noch aktive KP-Genossen in St. Gallen, diesem «vorgesobenen Posten» im Gebiet der Pfaffen und des Sozialfaschismus? Mit seinen 22 Jahren stand Wagner vor einer ungewissen Zukunft. Später sagte er zurücblickend, dass ihn die Leninschule zu einem denkenden Menschen gemacht habe, aber dass er nur noch als halber Kommunist aus der Sowjetunion zurückgekehrt sei.⁸⁶

4 Der antikommunistische Komplex

Zurück in der Ostschweiz

Als Walter Wagner Anfang August 1935 von Moskau wieder in die Schweiz zurückkam, fand er eine KP vor, die sich rasch veränderte.¹ Robert Müller sollte bald aus dem ZK entfernt werden. Willi Nötiger, der Organisator der Moskaureise, fiel ebenso in Ungnade und wurde 1936 wegen Sektierertum aus der KPS ausgeschlossen – er war gegen den neu verordneten Volksfrontkurs. Auf dem Parteisekretariat in Zürich herrschte bei Wagners Ankunft ein anderer Wind: «Auf dem Sekretariat wurde ich sehr kühl empfangen. Ich spürte, dass man mich so schnell wie möglich loswerden wollte.»²

Offenbar war man über die Abschiebung Wagners aus Moskau bereits im Bild. Immerhin wurde er nicht politisch fallen gelassen wie andere Funktionäre. Man wies ihn an, in die Ostschweiz zurückzukehren und dort die Parteiarbeit wieder aufzunehmen. Das war auch dringend nötig, denn die KP St. Gallen lag nach dem Wegzug ihrer aktivsten Vertreter am Boden. Der Abgang von Thoma und Wagner hatte sie in Passivität und Bedeutungslosigkeit versinken lassen. Daran lässt sich ermessen, wie abhängig die Ostschweizer Sektion von einigen wenigen treibenden Kräften war.

Wagner beschrieb die parteipolitische Situation rückblickend so: «1935 nach meiner Rückkehr aus der SU war die Partei in St. Gallen auf ein Minimum herabgesunken und man musste sozusagen

wieder von vorne anfangen. Damals wurde auch eine neue Parteileitung gewählt.»³

Wagner wurde zum Leiter der Sektion bestimmt. Dennoch war seine eigene politische Zukunft alles andere als klar. Weil er sich in Moskau dem ideologischen Diktat der Komintern nicht unterworfen und auf dem Recht einer eigenen Meinung bestanden hatte, war er ins Abseits geraten. Die KPS liess ihn dies spüren und erwartete von ihm eine Art Wiedergutmachung durch erfolgreiche Parteiarbeit. Als belastend empfand Wagner, dass er mit niemandem offen über seine zwiespältigen Moskauer Erfahrungen sprechen konnte. Er hätte dabei risikiert, als Defätist, Abweichler oder gar Verräter angesehen und aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Mit einem Rauswurf wäre er politisch heimatlos geworden.

Er war hin und her gerissen zwischen Parteiloyalität und Zweifeln am stalinistischen Dogmatismus, doch schliesslich trug die Partei den Sieg davon. Sie konnte ihm immer noch mehr bieten als ein ideologisches Märtyrertum. Emotionell blieb er dem Vaterland der Werktätigen ohnehin verbunden. Er habe «eine grosse Sympathie für die Sowjetunion und die Menschen [bewahrt], die dort wohnten mit ihren Hoffnungen und ihrem Glauben an den Sozialismus».⁴ Natürlich besserten auch die Bindungen an die Studentin Tamara seine Moskauer Bilanz auf. Die Sowjetunion war für ihn das Land der ersten Liebschaft geworden, die man bekanntlich nie mehr vergisst.

Walter Wagner war als veränderter Mensch aus Russland zurückgekommen. Der Wandel vom ungebildeten Enthusiasten zum Funktionär der Revolution hatte in seiner Persönlichkeit Spuren hinterlassen, und die Beziehung zur Studentin hatten aus dem eher verschlossenen, ernsten und wortkargen jungen Mann eine frohere und zugänglichere Person gemacht. Den Angehörigen fiel diese Veränderung sofort auf. Der jüngere Bruder Niklaus Wagner sagt:

«Nach seiner Rückkehr war er schon etwas verändert. Er ist sicher gescheiter geworden in Moskau. Aber er hat dort auch einiges kritisiert.»⁵

Kommunistenverfolgung in St. Gallen

Während Wagners Zeit in Moskau wurde das kommunistenfeindliche Klima in St. Gallen immer ausgeprägter. Die revolutionären Parolen der jungen KP-Aktivisten, aber auch der unerwartete Wahlerfolg der KP bei den Grossratswahlen von 1933 weckte im St. Galler Bürgertum allerhand Ängste. Linksextreme und subversive Parteilarbeit war man sich in der Ostschweiz nicht mehr gewohnt, seit die KP nach ihren Anfangserfolgen in den frühen 20er-Jahren weitgehend von der Bildfläche verschwunden war. Nun aber tauchten plötzlich wieder klassenkämpferische Flugblätter auf, es gab Kundgebungen von mobilisierten Arbeitslosen und Protestdemonstrationen gegen Krise, Krieg und Imperialismus.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums machte sich ein aggressiver Frontismus bemerkbar, der die liberale Demokratie aus nationalsozialistischer Warte kritisierte und eine autoritäre Umgestaltung der Schweiz forderte. Der erste öffentliche Anlass der Nationalen Front unter der Führung von Mario Karrer fand in St. Gallen am 17. Juni 1933 statt.⁶ Das politische Klima in der sonst eher betulichen Stadt verschärfte sich zusehends, und eine neue Phase heftiger Auseinandersetzungen kündigte sich an. Obwohl die KPSG nur einer von mehreren Akteuren im radikalisierten politischen Umfeld war, avancierte sie zum bevorzugten Objekt staatlicher Repression.

Einfache Pressergehen genügten, um Polizei, Untersuchungsbehörden und Justizapparat gegen das als gefährlich erachtete Häuflein Kommunisten in Bewegung zu setzen. Niklaus Wagner berichtet von schikanösen Polizeikontrollen, denen die Mitglieder und Personen im Umfeld der KPSG ausgesetzt waren.

Wagners Domizil im Linsebühl war mehr als einmal das Ziel der Beamten. Solche Hausdurchsuchungen spielten sich manchmal am Rand der Legalität ab: «Eines Nachts drangen die beiden Zivilbeamten Graf und Weder bei uns in die Wohnung ein, ohne anzuklopfen und ohne Hausdurchsuchungsbefehl. Mein Vater rappelte sich aus dem Bett und rempelte wütend einen der beiden Fahnder an, sodass dieser zu mir aufs Bett flog, derart zornig war er über die Eindringlinge geworden.»⁷

Auf die verstärkte Tätigkeit der KPSG reagierten die Behörden erstmals seit dem Landesstreik von 1918 mit Demonstrationsverboten. Dies ist durch einen Vorfall im September 1933 dokumentiert. Hans Thoma suchte beim städtischen Polizeichef Carl Kappeler um eine Bewilligung für eine Protestkundgebung auf dem Tonhalleplatz nach. Im Rahmen einer nationalen Kampagne wollte die KPSG gegen den in Kürze stattfindenden Reichstagsbrand-Prozess in Leipzig protestieren. Der Polizeichef lehnte ab, worauf Thoma Rekurs erhob. Aber auch der Stadtrat verweigerte die Genehmigung. Als Grund gab er an, vom geplanten Anlass sei eine Störung der öffentlichen Ordnung zu befürchten. Zudem sei das Thema geeignet zu «Beleidigungen fremder Regierungen mit der Folge unliebsamer Konflikte».⁸ Damit wurden neben sicherheitspolizeilichen Bedenken nun plötzlich auch aussenpolitische Gründe geltend gemacht, um die Meinungsfreiheit einzuschränken. Diese neue Praxis der Behörden war eine Reaktion auf die verschärfte Polemik der Linken gegen den Nationalsozialismus und namentlich gegen Hitler, der im Januar 1933 an die Macht gelangt war.

Der Reichstagsbrand-Prozess im September 1933 hatte für die antifaschistische Linke eine besondere Bedeutung, unternahm hier Hitler doch den Versuch, den Brand den Kommunisten anzulasten, um seine nach dem Machtantritt sofort eingeleitete Repression gegen die Linke zu legitimieren. Der Prozess war der Auftakt zur ersten grossen Verhaftungswelle des Naziregimes gegen Vertreter der

KPD, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Und in der Schweiz schwenkten die Behörden auf den repressiven Kurs ein, indem sie zunächst die Meinungsäusserungsfreiheit einschränkten. Dabei wurden fallweise Staatsräson und Aussenpolitik über die Grundrechte gestellt, wenigstens wenn es um linke Meinungen ging. St. Gallen folgte hierin dem Beispiel Basel. Der Basler Regierungsrat hatte bereits am 8. August 1933 ein gegen die KP gerichtetes Demonstrationsverbot damit begründet, es seien Beleidigungen ausländischer Staatsmänner – gemeint waren die Diktatoren Hitler und Mussolini – zu verhindern.⁹

Die KPSG liess sich vom stadträtlichen Maulkorb jedoch nicht beeindrucken. Im Gegenteil: Man sah die These von der «beschleunigten Faschisierung des Bürgertums» bestätigt – eine These, die 1932 als verbindliche Deutungsrichtlinie vom 12. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale erlassen worden war. Die KP Schweiz hatte diese Direktive in einer Resolution des «Polbüros» (Politbüro) im Dezember 1932 explizit anerkannt.¹⁰

Als Reaktion auf die verweigerte Bewilligung der Demonstration gegen den Reichstagsbrand-Prozess streute die KPSG ein Flugblatt, in dem der St. Galler Stadtrat als «Hitlers Handlanger» bezeichnet wurde. Er mache sich am geplanten Justizverbrechen der Hitler, Göring und Co. mitschuldig.¹¹ Im *Kämpfer* zog der Korrespondent aus St. Gallen – wohl identisch mit Hans Thoma – gegen den Polizeichef mit folgenden Sätzen vom Leder: «Nur so weiter, Herr Kappeler. Sie können unsere Flugblätter verbieten, Sie können unsere Versammlungen verbieten, Sie können unsere Funktionäre verhaften. Sie können aber mit Ihrem ganzen Polizeiapparat nicht verhindern, dass die Arbeiter in St. Gallen zur Einsicht kommen, dass nicht die sozialdemokratischen Polizeimänner und Advokaten, sondern allein die KP ihre Interessen vertritt.»¹²

Die Selbstverortung der KP in einem Zweifrontenkampf gegen das Bürgertum und die Sozialdemokratie wird in diesen Zeilen deutlich sichtbar. Und es scheint das trotzige Wunschdenken auf, das im KP-Diskurs jener Jahre immer wieder zu beobachten ist. Die Partei nährte sich vom Prinzip Hoffnung und von der Erwartung, dass die Arbeiter ihre politische Botschaft schon noch verstehen würden. Man erinnere sich an die Klage, wonach die KPSG mitten im feindlichen, von «Pfaffen und Sozialfaschisten» beherrschten Gebiet einen schweren Kampf zu bestehen habe.

An dieser Stelle scheint eine nähere Analyse derjenigen Akteure und Gruppen angezeigt, die an der Kommunistenverfolgung beteiligt waren. Da sich in dieser Aufgabe öffentliche und private Akteure zusammenfanden, die durch informelle Kanäle miteinander verflochten waren, kann von einem antikomunistischen Komplex gesprochen werden. Mit diesem Begriff soll das milieuübergreifende Zusammenspiel hervorgehoben werden. Dieser Komplex, der sich nach dem Generalstreik 1918 zu formieren begann, hatte seine Wurzeln im rechtsbürgerlich-patriotischen Milieu. Katholisch-kirchliche Kreise sowie Teile des Offizierskaders der Armee bildeten seinen Hauptbestandteil. Ideologisch dominierten nationale Werte wie Freiheit, Neutralität und die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz. Der Bolschewismus wurde als grösste Bedrohung der Schweiz angesehen. Mit dem Faschismus oder dem Nationalsozialismus fühlte man sich durch deren antibolschewistische Rhetorik verbunden. Die Fixierung auf die bolschewistische Gefahr, die man überall vermutete, war das ideologische Kennzeichen des Komplexes.

Hauptakteure in den staatlichen Institutionen waren die Politische Polizei auf kantonaler und städtischer Ebene sowie Bundesanwaltschaft und Bundespolizei auf Bundesebene. In der Gesellschaft waren es antikomunistische Gruppierungen wie der Schweizerische Vaterländische Verband (SVV), Theodor Auberts 1924 gegründete Entente internationale contre la III^e Internationale (Liga

Aubert) oder Jean-Marie Musys Action nationale suisse contre le communisme, die 1937 auf den Plan trat.¹³ Die katholisch-konservative Presse und weite Teile des katholischen Klerus bildeten ebenso einen Teil des Komplexes.

Das städtische Polizeiinspektorat

Für die Überwachung des politischen Extremismus und der anti-demokratischen Bewegungen war in der Stadt St. Gallen das Polizeiinspektorat zuständig. Eine besondere Politische Abteilung wurde erst 1938 geschaffen, als die Kriegsgefahr nach der Annexion Österreichs durch Hitler wuchs und sowohl eine bessere Kontrolle der Emigrantenströme als auch Massnahmen gegen Spionage und Agentenumtriebe notwendig wurden.¹⁴ Als Polizeiinspektor amtierte Carl Kappeler. Er schrieb Stadtgeschichte, als er 1938 über seine Nazisympathien stolperte. Diese Affäre soll hier nachgezeichnet werden, da sie politische Netzwerke und Geisteshaltungen offenlegt.

Im September 1938 wurde ruchbar, dass Kappeler in seinen Ferien zusammen mit dem Chef Nachrichtendienst der Generalstabsabteilung der Armee, Oblt. Roger Masson, den Parteitag der NSDAP in Nürnberg besucht hatte. Eine Zutrittskarte hatte er vom deutschen Konsul in St. Gallen erhalten, mit dem er freundschaftlich verkehrte. Als die sozialdemokratische *Volksstimme* in einem Artikel mit dem Titel «Anfrage an Herr Polizeiinspektor Kappeler» die Teilnahme publik machte, war der Skandal perfekt.¹⁵

Kappeler hatte aber schon vorher öffentliche Empörung hervorgerufen, als er an einer Versammlung im rheintalischen Au die Ansicht vertreten hatte, dass der Schweiz eine Erneuerung im nationalsozialistischen Sinne nicht schaden würde.¹⁶ Nach dem Abstecher nach Nürnberg kam der Stadtrat um Sanktionen gegen den untragbar gewordenen Beamten nicht herum und erteilte ihm einen

schriftlichen Verweis. Die vergleichsweise milde Sanktion zeigt, dass der Stadtrat eher unter dem Druck der Öffentlichkeit als aus eigenem Antrieb handelte. Die Behörde musste wohl auch Reaktionen von deutscher Seite befürchten, die in St. Gallen dank eigenem Konsulat nicht ohne Einfluss war.

Im Verweis wurden Kappelers Nazisympathien nicht direkt, sondern nur in verklausulierter Form angesprochen: Der Polizeichef habe es «an Vorsicht und Rücksichtnahme auf das Urteil der Öffentlichkeit» mangeln lassen. Kappeler selbst verteidigte sich wenig glaubhaft mit dem Argument, er habe den Parteitag nur studienhalber und nicht aus politischer Sympathie besucht. Angeblich wollte er wissen, wie solche Grossveranstaltungen technisch organisiert werden.¹⁷

Die Stadtbehörde war bestrebt, weiteres Aufsehen zu vermeiden und die peinliche Sache unter dem Deckel zu halten. Um einer Interpellation im Stadtparlament und weiterer Publizität zuvorzukommen, wurden die Fraktionschefs der Parteien direkt durch eine Stadtratsdelegation über die getroffenen Massnahmen informiert. Zwei Monate später schied der Polizeiinspektor aus dem Dienst aus. Er wurde aufgrund von zwei ärztlichen Gutachten «wegen Invalidität» vorzeitig in Pension geschickt – mit einer Rente in der Höhe von zwei Dritteln des Jahreslohns¹⁸ (vgl. auch Kapitel 8).

Wagner kam mit Kappeler 1932 in Kontakt, als sich die KPSG mit einer Protestversammlung an der nationalen Kampagne gegen die sogenannte Genfer Blutnacht beteiligen wollte. Die Armee hatte am 9. November 1932 in Genf auf demonstrierende Arbeiter geschossen. Als Wagner auf dem Polizeiinspektorat die Bewilligung einholen wollte, musste er das Veranstaltungsplakat vorweisen. Weil darauf von «Blutnacht» die Rede war, lehnte Kappeler eine Bewilligung ab. Wenig später erschien Wagner erneut und zeigte diesmal die Rückseite desselben Plakats. Hier war nichts mehr von «Blutnacht» zu lesen. Kappeler bemerkte den Trick nicht. Wagner freute

sich noch lange über den gelungenen Coup: «So haben wir ihn heringelegt, das vergesse ich nie.»¹⁹

Ein engmaschiges Kontrollnetz

Die Stadtpolizei überwachte die öffentlichen Veranstaltungen und Kundgebungen der KPSG regelmässig, wie aus den in St. Gallen noch vorhandenen Polizeiakten hervorgeht.²⁰ Als Beispiel kann der bereits erwähnte KP-Abend vom 28. Juli 1932 im Restaurant Freihof im Linsebühl-Quartier angeführt werden. Marino Bodenmann, Sekretär der KP Schweiz, sprach zum Thema «Was lehrt der Zürcher Monteurenstreik die kämpfenden Bauarbeiter?».

Gleich drei Beamte – Wachtmeister Vogelsanger, Gefreiter Wildener und Fahnder-Corporal Sonderegger – befanden sich im Saal des Restaurants und schrieben mit. Ihr Rapport umfasst sechs Seiten, in denen die Details des Anlasses festgehalten sind, von der Teilnehmerzahl («ca. 100, meist Bauarbeiter») bis zu den Votanten in der anschliessenden Diskussion.²¹

In diesem Rapport hielten Beamte auf naive Weise ihre subjektiven Wertungen fest. So wurde der St. Galler Gewerkschaftssekretär Hans Dannacher gelobt, der gegen den Referenten Bodenmann Stellung bezogen hatte: Dannacher habe die Sozialdemokratie, die Behörden und namentlich auch die Polizei «in ritterlicher Weise» in Schutz genommen.²² Konkret hatte der Gewerkschafter den KP-Referenten als hemmungslosen Phrasendrescher bezeichnet, dem es nur um politische Spekulation zu tun sei.

Der KPSG war durchaus bewusst, dass sie von der Polizei überwacht und bespitzelt wurde. Wie es in einer Kleinstadt unvermeidlich ist, lernten sich Verfolger und Verfolgte mit der Zeit kennen. Wenn jeweils Detektive an den KP-Veranstaltungen bemerkt wurden, kam es zu Spott- und Hohnattacken gegen die ungebetenen Gäste. Indignierte Kommentare in den Polizeiberichten zeugen von

dieser peinlichen Situation. «Der Leiter der Roten Hilfe machte hämische Bemerkungen über mich, man müsse in St. Gallen unter Polizeiaufsicht tagen», ist etwa in einem Protokoll über den Spanienabend vom 29. Juli 1937 zu lesen.²³

Die von den Fahndern erstellten Rapporte wurden jeweils vom Polizeiinspektor an den städtischen Polizeivorstand, den Sozialdemokraten Heinrich Widmer, weitergeleitet. Die sozialdemokratische Besetzung dieses Amtes bot der KPSG immer wieder Anlass, die Rolle der SP gemäss der Ideologie des Sozialfaschismus anzuprangern. Das propagandistische Modell dazu stammte aus Zürich, wo die KP mit Eifer auf den dortigen SP-Polizeichef Heinrich Wiesendanger eindrosch. So war im *Kämpfer* plötzlich ebenfalls von einem «sozialdemokratischen Polizeiterror» in St. Gallen die Rede, obwohl die hiesigen Verhältnisse schwerlich mit jenen in Zürich verglichen werden konnten.²⁴

Die überzogene, den örtlichen Gegebenheiten wenig angepasste Propaganda der KPSG zeitigte bei der St. Galler Arbeiterschaft nicht die erwünschte Wirkung. Die von der Polizei angefertigten Listen von KP-Mitgliedern beweisen, dass die Partei nicht genug Mitglieder hatte, um mehr politischen Einfluss zu nehmen. Die älteste Liste von 1932 umfasst 31 Namen samt Adressen. Walter Frei und Hans Thoma sind hier aufgeführt, Walter Wagner jedoch noch nicht.

Im April 1933 wurde ein weiteres Kommunisten-Verzeichnis erstellt, diesmal mit 42 Namen und mit besonderen Vermerken zu den einzelnen Personen («tätiges Mitglied»)²⁵ Darin figurieren nun auch Walter Wagner sowie sein Vater Niklaus, die beide erst seit Kurzem in der Stadt wohnten. Hans Thoma ist mit dem Zusatz «wohnt bei Mutter, gut gebildeter junger Mann, z.Zt. in der Lehre als Automechaniker» versehen. Über einen Bestand von einigen Dutzend Mitgliedern kam die KP in St. Gallen in den frühen 30er-Jahren nicht hinaus.

Kommunisten wurden übrigens nicht nur bei der Polizei registriert, sondern auch beim städtischen Einwohneramt. Beleg dafür sind handschriftliche Vermerke auf den entsprechenden Karteikarten, auf denen sonst lediglich Adress- und Zivilstandsdaten, aber keine politischen Zugehörigkeiten festgehalten wurden. Diejenige von Hans Thoma trägt einen mit Bleistift angebrachten Vermerk «Kom.» für Kommunist. Denselben Kommunistenvermerk findet man bei Oscar Bosshard, dem wir später noch als Spanienkämpfer begegnen werden.

Nüchterner Stadtrat

Wie verhielt sich der St. Galler Stadtrat gegenüber dem zunehmenden Linksextremismus? Entgegen allen Vermutungen befasste er sich nur wenig mit der KPSG. Walter Wagner taucht in den Stadtratsprotokollen nur einmal auf, als er im August 1933 im Namen einer Arbeitslosen-Delegation beim Polizeivorstand vorsprechen wollte.²⁶ Und einmal im Mai 1932 gab der kommunistische Aktivismus in der Stadtbehörde Anlass zu einer sicherheitspolitischen Lageanalyse. Der Grund war nicht einmal die KPSG selbst, sondern eine Eingabe des Schweizerischen Vaterländischen Verbands. Unter Hinweis auf die verstärkten kommunistischen Umtriebe verlangte er ein Kundgebungsverbot für die Kommunisten. Der Stadtrat lehnte die Forderung in holprigem Amtsdeutsch ab: Es sei wohl richtig, dass «der Gedanke des revolutionären Umsturzes sein Wesen in einigen turbulenten Köpfen» treibe und dass «im Kommunistenheim an der Linsebühlstrasse recht blutrünstige Reden gehalten» würden. Da die KP-Veranstaltungen aber bisher stets reibungslos verlaufen seien, bestehe kein Grund zum Einschreiten.²⁷

Diese nüchterne Einschätzung steht in einem starken Kontrast zum Alarmismus des Vaterländischen Verbands, der den Stadtrat mit Eingaben und Forderungen gegen die KP überhäufte.

Die Zurückhaltung der Behörde geht zweifellos auf den freisinnigen Stadtpräsidenten Konrad Naegeli zurück. Walter Wagner stellte ihm rückblickend ein gutes Zeugnis aus: Er sei menschlich ein toleranter Typ und politisch ein Radikaldemokrat im besten Sinne gewesen.²⁸ Wagner erinnerte sich an eine Parlamentsfeier im Hotel Hecht, wo er Naegelis Sitznachbar war. Dabei habe er ihm anvertraut, dass er ihn für einen «wirklichen Liberalen» halte. Darauf soll Naegeli erwidert haben, es könne für ihn kein grösseres Kompliment geben als dieses.²⁹

Die Politische Polizei –

Gründung ohne Rechtsgrundlage

Wie in der Stadt St. Gallen lag auch beim Kanton das Polizeidepartement in sozialdemokratischen Händen. Vorsteher war Regierungsrat Valentin Keel. Es war jener Keel, den die KP in ihrem Wahlkommentar im Jahr 1921 für den politisch steinigten Boden in der Ostschweiz verantwortlich gemacht hatte. Die Kantonspolizei wurde von Kommandant Paul Grüninger geleitet. Grüninger ging in die Geschichte ein, als er in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg vielen jüdischen Flüchtlingen das Leben rettete und deswegen abgesetzt und wegen Amtspflichtverletzung verurteilt wurde.

Die Politische Abteilung der Kantonspolizei spielte die Hauptrolle in der Überwachung der KPSG. Die Existenz dieser Abteilung blieb während Jahren offiziell unerwähnt. Der St. Galler Regierungsrat gab erst in seinem Amtsbericht 1938 bekannt, dass ein solcher Dienst wegen der zunehmenden politischen Umtriebe im Grenzkanton geschaffen worden sei.³⁰ Tatsächlich aber war Martin Spirig, ein Beamter in der Kapo-Zentrale, schon seit 1932 mit der Beobachtung und Registrierung politischer Vorgänge beauftragt.³¹

Die Gründung von politischen Spezialabteilungen bei den kantonalen Polizeibehörden muss vor dem Hintergrund der gescheiterten

Bemühungen gesehen werden, auf Bundesebene einen eigenständigen Staatsschutz aufzubauen. Bundesrat und Bundesanwaltschaft suchten nach der Ablehnung der Lex Haerberlin 1922 nach neuen Wegen, dem Bund spezialisierte Staatsschutzorgane anzugliedern. Streiks, soziale Unruhen und eine lautstarke KP gaben Anfang der 30er-Jahre den Ausschlag für die Ausarbeitung eines neuen Bundesgesetzes über den Schutz der öffentlichen Ordnung. Doch auch dieses Projekt, das einen Ausbau der Polizei zum Ziel hatte, schlug fehl. Das Ordnungsgesetz oder die Lex Haerberlin II fiel in der Referendumsabstimmung vom n.März 1934 beim Volk durch. In Ermangelung eigener Polizeikräfte konnte die Bundesanwaltschaft Ermittlungen im politischen Bereich nur in Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeistellen durchführen.

1935 schuf der Bundesrat in eigener Kompetenz eine Bundespolizei. Anlass war der Entführungsfall Salomon in Basel, als ein jüdischstämmiger, nazikritischer Schweizer durch Gestapo-Agenten über die Grenze entführt und verhaftet wurde. Fortan standen dem Bund rund zwei Dutzend Beamte für Ermittlungszwecke zur Verfügung.³²

In St. Gallen wurde die Politische Polizei quasi ad personam vom Landjägerkorporal und späteren Wachtmeister Martin Spirig aufgebaut. Er stammte aus dem Rheintal und kam 1932 von der Polizeistation Gossau nach St. Gallen. Hier war er zuerst für Statistik- und Archivaufgaben sowie für die Herausgabe des Polizeianzeigers zuständig. In der Folge wurde er auch mit der Beobachtung politischer Vorgänge beauftragt.³³ 1935 wurde die Politische Abteilung formell geschaffen, obwohl es dafür keine Rechtsgrundlage gab. Die Öffentlichkeit erfuhr nichts von dieser neuen Abteilung.

Spirig widmete sich mit grossem Eifer der Nachrichtenbeschaffung und dem Aufbau einer umfangreichen Registratur mit Personen- und Sachdossiers und dazugehörigen Karteikarten.

Dabei liess er sich von den Datenbanken der deutschen Gestapo inspirieren, in denen systematische Informationen über Oppositionelle und Regimefeinde abgelegt waren. Diese neuartigen Registraturen hatte er im Rahmen des grenzüberschreitenden Amtsverkehrs bei der Gestapo-Leitstelle Lindau kennengelernt.

Spirig arbeitete eng mit der Bundesanwaltschaft zusammen. Bis 1939 erstellte er 1'263 Personen- und 270 Sachdossiers, 1945 waren es bereits 12'000 Registerkarten und 8'485 Dossiers.³⁴ Mit den Jahren war ein beeindruckendes politisches Datenzentrum entstanden, das zu jener Zeit – zumindest gemessen an den vorhandenen Ressourcen – kantonal einzigartig gewesen sein dürfte. Spirig kann sozusagen als Vater des St. Galler Fichenstaats bezeichnet werden. Er bewältigte seine Aufgabe während längerer Zeit allein. Erst 1938, als Hitler Österreich annektierte und die Sicherheitslage immer prekärer zu werden drohte, bewilligte der St. Galler Regierungsrat für den Aufklärungs- und Abwehrdienst der Kantonspolizei weitere Stellen.³⁵

In seinen unveröffentlichten Memoiren bezeichnet sich Spirig in einer Art politischer Selbstdarstellung als «grundsatztreuen Christen» und patriotischen Hüter des Vaterlands.³⁶ Er war von der Aufgabe beseelt, die Welt vor dem Bösen und die Schweiz vor «fremdländischen Ideologien» zu bewahren. Sein Tatendrang und wohl auch eine gewisse Geltungssucht stiessen im Polizeikorps nicht überall auf Gegenliebe. Korpsintern schien er eher isoliert, wohl weil er sich im Bundesauftrag wähnte und damit höheren Stellen verantwortlich fühlte. Um den Mangel an Mitarbeitern wettzumachen, brach er oft selbst zu abendlichen Beobachtungstouren auf und setzte zuweilen gar seine Ehefrau dafür ein.

Auch an KP-Veranstaltungen war er ein häufiger Gast, allerdings ein stets ungebetener. Spirig liess sich jedoch nicht beirren: «Trotzdem KP-Funktionäre mich aus Versammlungen hinauszuekeln versuchten, blieb ich ruhig sitzen oder lenkte ihre Anöderei auf ihre Genossen ab.»³⁷

Mit der Zeit baute Spirig einen sogenannten Konfidentenstab auf, ein Netz privater Vertrauensleute, Spitzel und Zuträger von Informationen, die unerkannt in Versammlungen eingeschleust oder zu Observationszwecken eingesetzt werden konnten. Solche Gewährsleute umschreibt er in seinen Memoiren als «Jungmänner», «Patrioten christlicher Observanz» und «Wehrmänner, die ausserdienstlich vaterländisch aktiv waren».³⁸ An solchen Bezeichnungen wird der Konnex zum privaten Akteur im antikommunistischen Komplex sichtbar, zum Schweizerischen Vaterländischen Verband. Der SVV hatte bereits eine fast 15-jährige Tradition als einflussreiche Schattenorganisation im Bereich Staatsschutz hinter sich. Auch Walter Wagner sollte mit den «unheimlichen Patrioten» dieses Verbands noch seine Erfahrungen machen.

Der SVV – parastaatlicher Staatsschutz

Der SVV wurde am 5. April 1919, unmittelbar nach der Konstituierung der KP Schweiz, vom Aargauer Arzt und späteren Oberstdivisionär Eugen Bircher gegründet, und zwar als Zusammenschluss der Bürgerwehren, die sich nach dem Generalstreik gebildet hatten.³⁹ Das prägende Motiv dieser rechtspatriotisch-paramilitärischen Bewegung war die Angst vor einem revolutionären Umsturz nach dem Muster der bolschewistischen Machtergreifung in der Oktoberrevolution. Der Landesstreik von 1918 erschien ihr als ein Revolutionsversuch von Schweizer Bolschewisten, gegen die sich alle patriotisch gesinnten Kräfte zusammenschliessen sollten. Diese Denkweise war über den SVV hinaus im Bürgertum weit verbreitet. Als sanktgallisches Beispiel kann der katholisch-konservative Nationalrat Thomas Holenstein herangezogen werden. In seiner Geschichte der konservativen Partei schreibt er: «[...] in der Schweiz erachteten die Führer der Sozialdemokratischen Partei, die sich während des Krieges der

Internationale angeschlossen hatten, den Moment für gekommen, ihre Umsturzpläne zu verwirklichen.»⁴⁰

Der Antikommunismus war sozusagen die Existenzgrundlage des SVV. Er wurde kultiviert und als umfassende Bedrohung gezeichnet. Auch die Sozialdemokraten wurden den Staatsfeinden zugeordnet; dies unter Verweis auf ihre frühere antikapitalistische Programmatik. Daran änderte sich auch nichts, als die SPS 1935 den Paragrafen über die Diktatur des Proletariats aus ihrem Parteiprogramm strich.

In der Broschüre *Was wir wollen* wird die antimarxistische und antisozialistische, aber auch antilibérale Stossrichtung des SVV deutlich: «Wir sehen untätig zu, wie die rote Presse und gewisse Führer der Linksparteien in geradezu verbecherischer Weise unser Volk vergiften! Wie sie schon vorhandene Risse im Volkskörper – die Folge ihres unheilvollen Wirkens – systematisch weiterreissen! Wir lassen uns gefallen, dass man in Zürich unsere Schweizer Fahnen beschimpft! Dass man Vaterlandslieder mit der Internationale beantwortet! Dies alles und noch vieles andere liessen wir bis heute zu, ohne wie ein Mann aufzustehen und zu rufen: Jetzt ist genug!»⁴¹

Der SVV unterhielt in vielen Kantonen Sektionen und rekrutierte seine Mitglieder zum grossen Teil aus der gesellschaftlichen und militärischen Elite: Offiziere, Rechtsanwälte, Unternehmer waren dabei. Er verfügte bei staatlichen Stellen über einen nicht zu unterschätzenden Einfluss. Willige Kollaborateure fand er insbesondere bei den Polizeistellen, mit denen er das Ziel der Kommunisten-abwehr teilte.⁴²

Schon bei den Bürgerwehren der 20er-Jahre war ein informeller Pakt des Staates mit solchen paramilitärisch organisierten Schutzverbänden sichtbar geworden, ein Pakt, der das staatliche Gewaltmonopol infrage stellte. Der Bundesrat hatte 1924 die Bürgerwehren als inoffiziellen Teil des staatlichen Ordnungsdienstes anerkannt und ihre Bewaffnung mit Munition durch die Kantone gutgeheissen.⁴³ In

der Folge bildete sich eine enge Verflechtung zwischen den Sicherheitsbehörden und den selbst ernannten Staatsschützern des SVV heraus. Diese Kontakte gediehen im politischen Schattenraum und waren der demokratischen Kontrolle entzogen, entfalteten ihre Wirkung aber erst während der steigenden sozialen Spannungen in den 30er-Jahren. Der SVV etablierte sich immer mehr als Vorfeldorganisation der Politischen Polizei und der Bundesanwaltschaft und übernahm eine wichtige Rolle als Beschaffer und Zuträger von Informationen für den Nachrichten- und Aufklärungsdienst. Die enge Verbundenheit mit den Bundesbehörden dokumentiert ein Telegramm, das Bundesrat Johannes Baumann im November 1939 der SVV-Jahrestagung in Basel zukommen liess. Darin entbot er den Teilnehmern «patriotische Grüsse» und fügte bei, dass er «auf eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit mit den Behörden» zähle.⁴⁴

Darüber hinaus trat der SVV aber auch als politische Lobby auf und setzte die Behörden durch Eingaben unter Druck, um dadurch sein grosses Ziel, das Verbot der KP und die Vertreibung seiner Anhänger zu erreichen. Mit Kampagnen und Manövern ging er, wie bereits am Beispiel von Hans Thoma deutlich wurde, gegen Exponenten der Linken vor und praktizierte so eine wirkungsvolle Verfolgungs- und Vertreibungspolitik. Im Folgenden werden drei wichtige lokale Exponenten des SVV vorgestellt.

Philipp Heitz, forsch und soldatisch

Bis 1934 amtierte Oberst Philipp Heitz als Obmann des SVV in der Stadt St. Gallen. Heitz stammte aus einer Thurgauer Fabrikantenfamilie und arbeitete in leitender Stellung bei der bekannten St. Galler Textilfirma Stoffel & Co. Er hatte die St. Galler Bürgerwehr gegründet und wurde vom Regierungsrat zum kantonalen Bürgerwehr-

Kommandanten ernannt.⁴⁵ Weiter zählte er zu den Gründungsmitgliedern des SVV, war dessen Vizepräsident und ausserdem Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft – ein rechter Patriot wie aus dem Bilderbuch. Heitz' Weltbild war militaristisch und antikommunistisch geprägt, wobei er stets auch die Sozialdemokratie zur umstürzlerischen Linken zählte. Die Forderung nach dem Frauenstimmrecht hielt er für ein politisches Manöver, mit dem die Linke die Macht zu erobern suche, da die proletarischen Frauen in grösserer Zahl zur Urne gehen würden als die bürgerlichen. Persönlich pflegte er ein «forsches, soldatisches Auftreten», wie Zeitgenossen ihn beschrieben.⁴⁶

Als Militärexperte verfasste er Aufsätze in Fachzeitschriften der Armee. So warnte er 1934 in einem Beitrag in der *Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung* vor einer Geringschätzung der militärischen Befestigungen beim Grenzübergang Konstanz, die die Nazis offensiv ausbauten.⁴⁷ Bei der Trauerfeier zu seinem Begräbnis am 30. April 1934 in der St. Leonhardskirche lobte der Zentralpräsident des SVV, A. Gansser, den Verstorbenen, er habe eine der bestorganisierten Bürgerwehren im Land geschaffen. Und Oberstkorpskommandant Arnold Biberstein führte in seiner Würdigung aus, dass Heitz der Kampf gegen den Antimilitarismus ganz besonders am Herzen gelegen sei.⁴⁸ Zahlreiche SVV-Dokumente im St. Galler Stadtarchiv richten sich ausschliesslich gegen Kommunisten und tragen die Unterschrift von Heitz.

Leo Eberle, Platzkommandant im Ernstfall

Nach Heitz wurde der St. Galler SVV vom katholisch-konservativen Rechtsanwalt und Militärrichter Leo Eberle präsiert. Eberle führte ein Anwaltsbüro und war Vizepräsident des Divisionsgerichts 7. Als Walter Wagner im Februar 1939 wegen seines Spanienengagements abgeurteilt wurde, sass Eberle auf dem Richterstuhl. Wenig später schrieb Eberle mit dem Vaterländischen Verband durch ein Wahlmanöver gegen den sozialdemokratischen Regierungsrat Valentin

Keel Geschichte. Keel sollte bei den Regierungsratswahlen im Frühjahr 1939 zu Fall gebracht werden, indem ihm vorgeworfen wurde, er begünstige die illegale Einreise von Emigranten. Das Manöver schlug fehl und Keel wurde wiedergewählt. Aber es hatte die Entlassung des für die Einreisen verantwortlichen Polizeihauptmanns Paul Grüniger zur Folge und setzte der bisher liberalen Flüchtlingspolitik im Kanton St. Gallen ein abruptes Ende.⁴⁹

Die Affäre Keel rückte den SVV und dessen denunziatorische Heckenschützenpolitik schlagartig ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Die sozialdemokratische *Volksstimme* druckte eine Mitgliedskarte des SVV ab, um die Leserschaft über diesen Verband zu informieren.⁵⁰ Auf dem Ausweis waren Verhaltensregeln für den Ernstfall gedruckt. Im Fall eines politischen Umsturzes sollten sich die Mitglieder mit militärischer Ausrüstung und Proviant beim St. Galler Regierungsgebäude einfinden. Platzkommandant wäre Leo Eberle höchstpersönlich gewesen. «Schiessfertige» und Unbewaffnete sollten mit einer Armbinde versehen werden. Alle waren zu striktem Gehorsam gegenüber den Vorgesetzten sowie zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die *Volksstimme* bezeichnete den SVV als eine «gegen die Linke gerichtete Bürgerkriegsorganisation mit militärischem Charakter».⁵¹

Eberle geriet 1940 in die Schlagzeilen, als er unter dem Verdacht von Betrugs- und Vermögensdelikten verhaftet wurde. Gegen ihn wurde eine umfangreiche Strafuntersuchung durchgeführt. Wegen Unterlassung der Buchführung erhielt er im Juli 1943 eine bedingte Gefängnisstrafe von einem Monat. Dies erinnerte nicht nur die linke Presse an das Sprichwort, wonach man die Kleinen hänge und die Grossen laufen lasse.⁵² Nach der Verurteilung verliess Eberle St. Gallen und zog nach Zürich. Eine ähnliche Karriere durchlief sein Nachfolger im SVV, Armin Egli.

Armin Egli, obsessiver Antikommunismus

Der katholisch-konservative Rechtsanwalt Armin Egli war die dritte herausragende Figur des St. Galler Vaterländischen Verbandes. Als Patriot und strammer Katholik wäre er nur unzureichend beschrieben. Egli war ein Nazisympathisant und ein fanatischer Antikommunist. 1935 amtierte er als Mitglied der Leitung des SVV St. Gallen. Er trat als SVV-Experte für die III. Internationale auf und hielt Referate gegen Marxismus, Bolschewismus und die Komintern.⁵³ Ferner verfasste er Beiträge in antikommunistischen Publikationen, etwa im Sonderheft «Bolschewismus» der *Schweizerischen Rundschau* im Februar 1937.⁵⁴ Egli betrieb eine Art privaten Nachrichtendienst und scheute sich auch nicht, persönlich KP-Anlässe zu besuchen, um sich auf dem Laufenden zu halten. «Er kam an jede Versammlung von uns», erinnert sich Walter Wagner.⁵⁵

Eine Anekdote, die Wagner nie vergessen hat, zeigt, wie sich Egli ungeniert in die Diskussionen einmischte und dadurch Dispute auslöste. An einem KP-Abend zum Thema Sowjetunion soll er auf die Darlegungen des deutschen Bergarbeiters Anton Knipping über den Atheismus der modernen Sowjetgesellschaft heftig repliziert haben. Knipping, ein Katholik und christlicher Gewerkschafter, der zur KPD übergetreten war, habe darauf Egli gefragt, ob er ein guter Katholik sei. Egli habe selbstverständlich bejaht. Dann habe ihn Knipping aufgefordert, dies zu beweisen: «Ein guter Katholik hat immer einen Rosenkranz in der Tasche.» Knipping habe einen solchen aus der Tasche gezogen, Egli dagegen habe passen müssen.⁵⁶

Für die St. Galler Linke war Egli wegen seines Eifers und seines missionarischen Drangs eine politische Reizfigur. Walter Wagner bezeichnet ihn als diejenige Person der Rechten, die am stärksten provoziert habe.⁵⁷ Die SP führte im März 1936 eine Kampagne gegen ihn, als er für die Katholisch-Konservativen für ein Untersu-

chungsrichteramt kandidierte. «Keine Stimme für Dr. Egli!», war in der *Volksstimme* zu lesen.⁵⁸ Die Redaktion bezeichnete ihn als Fanatiker und Anhänger der «schärfsten Richtung der konservativen Partei».

Egli war zudem Präsident der kantonalen Vereinigung für sittliches Volkswohl und profilierte sich hier als Moralapostel und Saubermann. Die Vereinigung setzte Verbote gegen Aufklärungsfilme durch und polemisierte gegen sozialkritische Literatur. Im November 1935 mobilisierte sie mehrere Hundert Demonstranten, als im Scala-Theater in St. Gallen in einem Gastspiel der Revue *Nuits de Paris* leicht geschürzte Tänzerinnen auftraten. Egli geisselte diese Vorführung als «beispiellose Nuditätenschau» und forderte ein Verbot der Aufführungen.⁵⁹

Egli rühmte sich persönlicher Kontakte zu den Nazigrössen Himmler und Goebbels und zum Austrofaschisten Engelbert Dollfuss, mit dem er studiert haben wollte.⁶⁰ Nachgewiesen ist lediglich seine Freundschaft mit dem aus der Schweiz ausgewiesenen Luzerner SS-Hauptsturmführer Franz Riedweg, dem bekannten Schweizer Nazi in SS-Diensten, der 2005 in München 97-jährig und ohne Anzeichen von Reue starb.⁶¹ Eglis Beziehung zu Riedweg, der das Sekretariat von Jean-Marie Musys Schweizerischer Aktion gegen den Kommunismus führte, wurde durch eine Operation der Bundesanwaltschaft im Jahr 1945 bekannt.

Diese durchwühlte das Abfallpapier der deutschen Gesandtschaft in Bern und fand dabei Dokumente, die die Verbindungen zwischen den beiden offenlegten. Egli war zudem Vertrauensanwalt des deutschen Konsulats in St. Gallen. Konsul Walter Freiherr von Falkenhausen schätzte ihn als «grossen Deutschfreund», wie er in einem Brief nach Berlin schrieb.⁶²

Egli musste 1940 die Gailusstadt verlassen, weil er in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Er dislozierte nach Zürich, wo er sich und seine nicht gerade kleine Familie mit acht Kindern als Sekretär des Schweizerischen Schriftstellervereins sowie als Vermittler

von Verlagsrechten über Wasser hielt. Sein Geschäftsgebaren war allerdings zweifelhaft: Er wurde mehrmals betriebslos und bekam es mit der Polizei zu tun – verurteilt wurde er jedoch nie. 1943 geriet er selber ins Visier der Bundesanwaltschaft, als er sich auf ein merkwürdiges Abenteuer mit nationalistischen Exilanten aus Österreich einliess. In ihrem Auftrag sollte er nach Wien reisen und dort die Möglichkeit eines Volksaufstands gegen die Hitler-Besetzung erkunden. Auch sollte er mögliche Sabotageakte abklären. Die seltsame Spionagemission endete im Streit mit dem Auftraggeber ums Honorar, und Egli verschwand bald darauf von der politischen Bühne.⁶³

Die vaterländischen Rapporte

Anhand der Dokumente im Stadtarchiv St. Gallen kann nachgewiesen werden, dass der SVV zwischen März 1932 und Juni 1934 die St. Galler Kommunisten und darunter auch Walter Wagner permanent observierte. Obmann Philipp Heitz belieferte im Namen des Vaterländischen Verbands und der Bürgerwehr St. Gallen den Stadtpräsidenten regelmässig mit Spitzelberichten über die Tätigkeit der KP. Die Begleitschreiben zu diesen nachrichtendienstlichen Kurzrapporten unterzeichnete jeweils Heitz selber. Da wahrscheinlich nur ein Teil der Akten im Stadtarchiv erhalten geblieben ist, darf angenommen werden, dass solche Berichte über den erwähnten Zeitraum hinaus verfasst und dem Rathaus zugestellt wurden.

Es lohnt sich, diese Rapporte näher zu analysieren, denn sie geben Aufschluss über die Funktions- und Denkweise im antikomunistischen Komplex. In einem Bericht vom 10. März 1932 ist unter dem Titel «Maifeier» Folgendes zu lesen: «Die K.P. hat beschlossen am 30. April mit dem Abzeichenverkauf zu beginnen. Am 1. Mai mittags Demonstrationsversammlung auf dem Gailusplatz [im Original gesperrt, R.H.J, hernach Demonstrationszug durch die Stadt

mit roter Fahne und Transparenten. 3 Redner werden auf dem Gai-lusplatz erscheinen. Ein Sprechchor bildet sich aus unter der Jugend-gruppe die an dem Demonstrationszug rufen wird: «Nieder mit Musy, es lebe die revolutionäre Bewegung etc.’ Am Abend des 1. Mai findet eine weitere Versammlung in einem noch zu bestimmenden Lokal statt, wobei versucht wird, unter den Anwesenden neue Mitglieder aufzunehmen. Einige waren der Ansicht am 1. Mai einen Putsch zu verüben, Sekretär Frei [im Original gesperrt, R. H.J meinte jedoch, dass es jetzt noch zu früh sei, er hoffe in einem Jahr so weit zu sein, je nach den Berichten die er von auswärts erhalte.»⁶⁴

Charakteristisch an diesem Rapport ist, wie er Authentizität und Nähe zu den Akteuren suggeriert. Die Schilderungen vermitteln eine Insiderperspektive, und es werden kommende Ereignisse angekündigt, die nur der innere Kern der Partei wissen konnte. Die KP erscheint stets als gut organisierte Revolutionspartei, die auf ein ganz bestimmtes Ziel, den revolutionären Putsch, hinarbeitet. Der Umsturz, so sagt der Subtext des Rapports, ist nur noch eine Frage der Zeit.

In anderen, ähnlich formulierten Rapporten werden alle möglichen Vorkommnisse im Schoss der KPSG gemeldet: zum Beispiel, dass Genosse Häny in der appenzellischen Landmark unter seinem Namen eine Ferienkolonie eröffnen wolle, die den Zweck habe, die Kinder revolutionär zu stimmen; wie und durch wen der Zeitschriftenverkauf organisiert sei (samt Auflistung der Namen und Adressen der Beteiligten); wie hoch die Jahreseinnahmen der KP und die Ablieferung an die Zentrale seien; dass beschlossen worden sei, auch in St. Gallen eine Gottlosen-Bewegung einzuführen, denn die Religion sei eine je länger je schwächere Seite des Proletariats; dass eine Versammlung im Restaurant Bahnhof in St. Fiden sehr schwach besucht gewesen und in kurzer Zeit wieder aufgehoben worden sei; und schliesslich, dass Hans Thoma der Präsident der Kommunistischen

Jugendorganisation sei und dass bald ein von der KP verfasstes Arbeitslosenbulletin namens *Der Stempler* erscheine.

Andere Ausführungen orientieren sich kaum an Fakten, sondern muten in ihrer abenteuerlichen, teils auch plumpen Aufmachung eher inszeniert an. Sie erwecken den Anschein, als seien sie nur dazu da, die These vom bevorstehenden bolschewistischen Umsturz zu bestätigen. Ein Beispiel dafür ist die Nachricht über einen Brief, den Walter Frei am 26. März 1932 von der KP Zürich erhalten haben soll: «Da wir annehmen, dass in 6-8 Wochen die russisch japanische Spannung in einen Krieg ausartet, teilen wir dir mit, dass du deine Mitglieder anweisen sollst, sich wenn möglich mit Waffen und Munition zu versehen. Wir sind sicher, dass im Eventual-Falle die imperialistischen Staaten im gegebenen Momente ebenfalls eingreifen werden. Dann ist es unsere Pflicht, unsere Ideen ebenfalls mit den Waffen zu verteidigen. Deshalb sorg auch in der Ostschweiz vor. Rot Front!»⁶⁵

Es gibt keinerlei Hinweise dafür, dass sich die KPSG auf einen bewaffneten Aufstand vorbereitet hätte. Ein solcher Plan wäre angesichts des geringen politischen Einflusses der Partei auch ziemlich verwegen gewesen. Die Anzeichen sprechen eher dafür, dass solche Aussagen rein zu Diskreditierungszwecken fabriziert wurden. Sie sollten bei den Behörden die Bereitschaft für Repressionsmassnahmen erhöhen. In einem weiteren Rapport wird unter dem Titel «Unruhen» angekündigt, dass es mehr Unruhen geben werde, wenn die Polizei schärfer vorgehe. Dann werden die hochgeschraubten Erwartungen aber gleich wieder gedämpft: Vorderhand könne noch nichts Näheres über die nächsten Unruhen berichtet werden, «da Sekretär Frei in den Ferien ist für 14 Tage».

Schildern die Rapporte nun reale Vorgänge oder sind sie blosser Fiktion? Es scheint beides zugleich der Fall zu sein, und im Einzelnen dürfte es schwierig sein, wahre und fiktionale Elemente auseinanderzuhalten, zumal die rapportierten Fakten kaum zu überprüfen sind.

Die SVV-Rapporte müssen als Amalgame aus tatsächlichen Beobachtungen, politischen Imaginationen und reinen Ideologemen mit denunziatorischen Zwecken gewertet werden. Sie ähneln darin den konstruierten Anklagetexten, die vom russischen Geheimdienst NKWD in den Terror jähren gegen Oppositionelle verwendet wurden. Diese Konstrukte basierten auf einer speziellen Technik der Vermischung von Fakten und Fiktionen.

Das kommunistische Bedrohungsbild, das die SVV-Rapporte in fast manischer Weise heraufbeschwören, bringt die von der Wirklichkeit abgehobene Bewusstseinslage rechtspatriotischer Kreise zum Ausdruck. Sie grenzt zuweilen an Paranoia. Gewiss wollte der SVV mit solchen Berichten bei den Behörden auch Eindruck schinden und sich als Wächter von Demokratie und Freiheit in Szene setzen. Primär aber ging es ihm darum, die Behörden aufzurütteln und sie durch Angstmacherei zu Massnahmen gegen die kommunistische Bewegung zu motivieren.

Walter Wagner, 33 Jahre lang überwacht

Wagner wurde während mehr als drei Jahrzehnten von der Politischen Polizei überwacht. Dies beweisen die Karteikarten (Fichen), die Kanton und Bundespolizei über ihn angelegt hatten.⁶⁶ Sie umfassen elf Seiten mit 89 Einträgen und decken die Zeit vom 9. Februar 1933 bis zum 27. Juli 1966 ab. Am intensivsten war die Überwachung 1936 und 1937; aus dieser Zeit stammt fast die Hälfte der Vermerke. In dieser Zeit ging die Bundesanwaltschaft aufgrund der Spanienbeschlüsse des Bundesrats gegen die KP und linksoppositionelle Strömungen vor (siehe auch Kapitel 6).

Nahezu die Hälfte der Einträge sind mit dem Kürzel «v. VV.» versehen, womit der Vaterländische Verband als Quelle gemeint ist. Die Lausch- und Spitzelangriffe des SVV gegen Wagner dauerten von 1933 bis 1943. Danach brechen sie ab, weil Wagner politisch in

den Hintergrund trat – in der 1944 gegründeten Partei der Arbeit war er nicht aktiv.

Andererseits steuerte der SVV auf sein Ende zu. 1947 kam es in Zürich zu einem Skandal, der schliesslich zur Auflösung des Verbands führte. Es wurde nämlich ruchbar, dass die SVV-Leitung während Jahren einen Polizeibeamten bestochen und auf diese Weise illegal behördliche Informationen bezogen hatte.⁶⁷ Die jahrelange Kooperation von SVV, Polizeistellen, privaten Nachrichtendiensten und der Bundesanwaltschaft – eine ungesetzliche, aber längst alltäglich gewordene Praxis – kam plötzlich ans Licht.

Der SVV verschwand nach dieser Affäre von der Bildfläche und löste sich auf, aber seine Intentionen blieben. Sie blühten während des Kalten Kriegs wieder auf und führten zur Neuformierung von antikommunistischen Organisationen. Es sei hier an die Entstehung von privaten Nachrichtendiensten und Datensammlungen erinnert, wie sie im Fall des als «Subversivenjäger» bekannt gewordenen Ernst Cincera 1976 ans Licht kamen, oder an geheime Untergrundarmeen (Organisation P26 in der Schweiz, NATO-Geheimarmeen in europäischen Ländern wie Gladio in Italien), die als Widerstandsdispositive gegen die kommunistische Bedrohung gebildet wurden.

Unter Beobachtung

An einem Beispiel soll die Spitzeltätigkeit des SVV gegen Walter Wagner genauer untersucht werden. Dabei wird das Zusammenspiel zwischen SVV und Polizeiapparat, aber auch die Akribie der beteiligten Akteure deutlich. Anfang Oktober 1935 sandte der SVV St. Gallen dem kantonalen Polizeikommando unter dem Vermerk «streng vertraulich» ein Paket, das auf beigelegte Schriftstücke und Broschüren verwies, die allerdings in der Post fehlten.⁶⁸ Eine dieser Broschüren enthielt die Rede des Generalsekretärs Georgi Dimitroff

am VII. Kongress der Kommunistischen Internationale, der im Juli und August desselben Jahres stattgefunden hatte. An dieser Tagung beschloss die Komintern vor dem Hintergrund des Hitlerterrors, nicht mehr vorrangig die Sozialdemokraten als Partei des Sozialfaschismus anzugreifen. Vielmehr wurde nun die antifaschistische Volks- und Einheitsfront proklamiert. Der Vaterländische Verband zitierte aus Dimitroffs Rede zwei Passagen, die der Polizei vor Augen führen sollten, welches das wahre Ziel der Kommunisten sei: «die Auslösung der Weltrevolution».⁶⁹

Im Weiteren wurde ein längerer Abschnitt aus einem Referat von Walter Wagner angeführt. Er soll es «Anfang September bei den St. Galler Kommunisten» gehalten haben. Nähere Angaben fehlen. Hier ein Auszug aus Wagners Rede gemäss Wiedergabe des SVV: «Bis jetzt ist immer der Bützer, der nicht Kommunist ist, von uns als zweitklassig behandelt worden. Genossen, die Sprache hat sich geändert. Wir haben früher von ‚Bonzen‘ und ‚Bonzchen‘ gesprochen. Heute wollen wir nicht mehr so reden. Wir haben früher einen in die Kirche gehenden Arbeiter als minderwertig betrachtet, wir haben alle noch national denkenden verurteilt. Das war falsch. Wir können nicht mehr einem Volksgenossen, der noch am Althergebrachten hängt, Anwürfe ins Gesicht schleudern. Es ist unsere Aufgabe, dieselben zu erziehen und reif zu machen für den Klassenkampf.

Die Frage ist nun, wie soll in Zukunft diskutiert werden? Nicht mehr von der Oktoberrevolution und dem Fünfjahresplan. Nicht über das kommunistische Manifest, sondern über Sachen, die dem Arbeiter naheliegen. Warum sollen wir nicht bei der Schweizergeschichte beginnen? Warum sollen wir nicht Vergleiche ziehen zwischen den Vögten von damals und den modernen Vögten heute? Damals ging es um Freiheit und Demokratie und heute auch wieder. Damals wurde der Sturz gewaltsam herbeigeführt, heute muss es wieder so kommen. Wenn wir so reden, begreift jeder, was wir wollen. Erst die

Erziehung zum Antifaschisten und dann zum Kommunisten. In allen Diskussionen müssen wir Freiheit und Demokratie in den Vordergrund stellen. Wir müssen wieder hinein in die grossen reformistischen Organisationen und dort Opposition machen. Jeder der die Möglichkeit hat einzutreten, muss es sofort machen. Es ist unsere erste Aufgabe. Die Diskussionen auf dem Stempelamt müssen ausgedehnt werden. Der einte oder andere hätte vielleicht sogar die Gelegenheit, bei den Freigeldleuten anzubahnen. Kurz, es ist heute die erste Pflicht, dass wir alle reformistischen Organisationen durchsetzen, soweit es uns möglich ist.»⁷⁰

Es fällt auf, wie genau und detailliert Wagners Ausführungen protokolliert wurden. Sind sie aber authentisch? Hat Wagner dies so vorgetragen? Diese Frage lässt sich im Nachhinein nicht mehr beantworten. Mehr als 70 Jahre später erstmals mit diesem Text konfrontiert, meinte Wagner: «Das tönt alles ein bisschen geschwollen. Ich kann mich an diese Versammlung nicht mehr erinnern. Wir hatten viele solche Anlässe damals. Ich hatte bei Referaten nie eine schriftliche Vorlage, sondern höchstens ein paar Notizen auf einem Zettel. Möglicherweise wurde in diesem Bericht übertrieben. Sie mussten ja zeigen, dass sie etwas gefunden hatten. Es ist wahrscheinlich eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit.»⁷¹

Sicher ist, dass Wagner am fraglichen Komintern-Kongress teilgenommen hatte. Das bestätigte er selber. Auch dass die vom SVV erwähnte Versammlung stattgefunden hat, scheint klar. Wagners Fiche zeigt dies. Ein Eintrag vom 9. Oktober 1935 verweist auf eine KP-Versammlung vom 9. September im Restaurant Posthof, wo Wagner «über die kommende Arbeit und Stellungnahme zu den Nationalratswahlen» gesprochen habe. Es dürfte sich um die erwähnte Versammlung handeln. Als Quelle der Information wird in der Fiche der Vaterländische Verband («v. VV.») genannt. Dessen Aufzeichnungen gelangten also zur Politischen Polizei, die einen ent-

sprechenden Vermerk in die Fiche eintrug. Hier wird einmal mehr die Zuträgerfunktion des SVV gegenüber den Staatsschutzbehörden deutlich. Dank den vom SVV angelieferten Informationen füllte sich Wagners Karteikarte mit immer neuen Einträgen.

Operation Rösli

In den Akten der Bundesanwaltschaft stechen wiederkehrende Floskeln von der Art «Wie wir aus sicherer Quelle erfahren haben» oder «Wie uns von zuverlässiger Seite gemeldet wird» hervor. Sie deuten darauf hin, dass der SVV die Bundesbehörden direkt und fortlaufend mit Beobachtungsmaterial versorgte.⁷² Beispiele dafür gibt es auch aus St. Gallen: Im November 1936 teilte Bupo-Chef Werner Baisiger dem St. Galler Polizeikommando mit, man habe erfahren, dass sich in St. Gallen eine «Zweigstelle einer kommunistischen Zentrale» befinde, die Verbindungen mit Deutschland habe und deren Leiter unter anderen Walter Wagner sei.⁷³ Bern beauftragte Martin Spirig mit den Abklärungen. In seiner Stellungnahme kam Spirig zum Schluss, dass es hier wohl eine Sektion der KPS gebe und Wagner einer ihrer Hauptfunktionäre sei, von Verbindungen nach Deutschland könne jedoch nicht gesprochen werden.⁷⁴

In der Literatur wurde stets eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und SVV vermutet. Konkrete und detaillierte Vorgänge konnten jedoch kaum beigebracht werden.⁷⁵ Am Fall Wagner-Rösli lässt sich nun eine direkte Kooperation zwischen den beiden Akteuren aufzeigen. Die Operation spielte sich folgendermassen ab: Aus einer Postsperrung der Bundesanwaltschaft gegen die Familie Wagner im Frühling 1937 fiel der Politischen Polizei ein Brief mit nachstehendem Wortlaut in die Hände: «Salü Walti! Ich komme morgen Donnerstag nach St. Gallen. Bitte erwarte mich am Bahnhof um 10.53 Uhr. Mit freundlichem Gruss Rösli.»⁷⁶

Bei Rösli handelte es sich um die Basler KP-Funktionärin Rosa Meili-Hofstetter, die als Kurierin zwischen Basel, Zürich und St. Gallen pendelte. Sie verteilte die in Basel produzierte kommunistische *Rundschau* und war auch als Geldbotin unterwegs. Als Wagner zum vereinbarten Zeitpunkt am St. Galler Bahnhof eintraf, ahnte er wohl nicht, dass er bereits beschattet wurde. Der Spitzel notierte später in seinem Bericht Folgendes:

«Das Fr. Rösli das Wagner besuchte, ist am 10. Juni mit demselben bis zum Hotel Hecht gegangen, ich habe sie von dort aus nicht mehr weiterverfolgen können. Das Mädchen trug eine hellblaue Blouse, schwarzen Rock, sie war ohne Hut. An der Hand trug sie ein kleines Köfferchen und die Handtasche mit zwei Henkeln. Sie ist etwa 20 Jahre alt, vielleicht etwas jünger oder aber auch älter, schwächlich, jedoch mit gesundfarbigem Gesicht, auswärts gerichtete Nasenbasis. Wagner empfing sie, als ob es ihn nichts angehen würde. Er schlenderte schon auf den Bahnhof, komme ich heute nicht, dann aber sicher Morgen. Der Empfang war kühl, auch die Begleitung bis zur Stadtmitte hatte nichts Ausserordentliches an sich. Man sprach miteinander ernst aber nicht verliebt, es dürfte sich um eine Genossin gehandelt haben.»⁷⁷

Wer dieser Spitzel war, ist nicht bekannt, seine Notizen sind nicht unterzeichnet. Ein Fahnder konnte es nicht gewesen sein, denn deren Rapporte wurden nicht anonym, sondern auf Amtspapier und unter Namensangabe abgefasst. Also musste es sich um einen privaten Gewährsmann handeln, der von der Politischen Polizei mit der Observation des Treffens beauftragt worden war. Er war also einer jener Hilfskräfte, die Martin Spirig mit der Bezeichnung «Jungmänner» oder «Patrioten christlicher Observanz» umschrieb – Leute aus dem Umfeld des SVV.

Das zeigt auch Wagners Fiche: Dort findet sich zwar kein direkter Eintrag über das Treffen mit Rösli, aber zwei Wochen später steht folgender Vermerk: «v.VV. sei nach Paris gereist um von dort als Kämpfer nach Spanien zu fahren. Sei in Begleitung von Toni

Fritz und Bommer Erwin, sowie einer Genossin Rösli aus Zeh. Es wird vermutet, dass irgend jemand diese Leute finanziert hat zu dieser Reise.»⁷⁸

Hieraus ergibt sich eine klare Zusammenarbeit zwischen den Behörden und dem SVV-Umfeld. Man darf annehmen, dass sie in diesem Fall arbeitsökonomisch begründet war. Da für aufwendige Observationen nicht genügend Personal zur Verfügung stand, griff die Politische Polizei auf die Ressourcen des SVV zurück. Natürlich sind auf den Amtsdokumenten keine Namen von Spitzeln oder Zuträgern zu finden. In seltenen Fällen sind Kürzel oder Decknamen vermerkt.

Grüningers Eingeständnis

Es gibt nun allerdings auch eine «amtliche» Bestätigung für die Kooperation zwischen Staat und SVV. Sie ist in einem Schreiben zu finden, das der St. Galler Polizeihauptmann Paul Grüninger am 28. März 1938 an die Bundesanwaltschaft richtete. In der Sache ging es um Abklärungen über einen nach Zürich abgereisten Kommunisten, der einschlägige Broschüren von KPSG-Leiter Walter Frei bezogen hatte. Die Bundesanwaltschaft hatte davon erfahren und sich in St. Gallen nach der Identität dieses Mannes erkundigt. In seiner Antwort an Bundesanwalt Franz Stämpfli schreibt Grüninger: «Das Sekretariat des SVV in St. Gallen, mit dem unsere Organe zusammenarbeiten, ist über den Fall genau orientiert und hat die Zentrale in Aarau diesbezüglich verständigt. In Verbindung mit diesen Stellen wird von hier aus die Zeit der Absendung erforscht und ist damit die Möglichkeit vorhanden, das Polkomm. Zürich rechtzeitig zu orientieren.»⁷⁹

Grüninger bestätigt damit nicht nur die Verbindung zum lokalen SVV, sondern auch weiter reichende Kontakte zur SVV-Leitung respektive zum Zentralsekretariat des Verbands in Aarau. Daraus darf geschlossen werden, dass auch andere Polizeistellen eine ähnli-

che Praxis verfolgten. Damit kann die Existenz eines funktionierenden nachrichtendienstlichen Netzwerks zwischen Behörden und SVV, auf das sich die Aufklärungsoperationen gegen die KP kantonsübergreifend abstützen konnten, als erhärtet gelten.

War den mit dem Staatsschutz beauftragten Akteuren bewusst, dass die Weitergabe solcher Informationen einen Verstoß gegen das Amtsgeheimnis und damit eine Amtspflichtverletzung darstellt? Doch es galt hier wohl die Devise, dass der Zweck die Mittel heiligt. Im übergeordneten Interesse des Staats- und Verfassungsschutzes geriet der Missbrauch aus dem Blick oder wurde zumindest als notwendig hingenommen. Es lässt sich daher von einem tolerierten, institutionalisierten Amtsmissbrauch reden, der erst dann als solcher erkannt wurde, als er ans Licht der Öffentlichkeit kam.

Eine Ironie der Geschichte ist, dass sich Paul Grüninger für die Amtspflichtverletzungen seiner Untergebenen im Bereich der Kommunistenverfolgung, über die er informiert war, nicht verantworten musste. Hingegen wurde er für sein humanitäres Engagement zugunsten jüdischer Flüchtlinge bestraft, indem ihm dieses als Amtspflichtverletzung ausgelegt wurde. Grüninger wurde 1939 fristlos aus dem Polizeidienst entlassen, 1941 verurteilt und erst 1995 rehabilitiert.⁸⁰

Ein Spitzel in der KPSG?

Gab es in der KPSG Spitzel, die parteiinterne Informationen an den SVV weiterleiteten? Alle Anzeichen sprechen dafür. Gegenüber dem Polizeikommando sprach Martin Spirig von Erhebungen, die er «unter Mithilfe von vertrauten Genossen» getätigt habe.⁸¹ Auch die Funktionäre der Kommunistischen Partei vermuteten, dass gegen sie Polizeispitzel und eingeschleuste V-Leute eingesetzt wurden.

An einer Versammlung des Volksbildungszirkels vom 26. April 1938 führte Walter Frei über den Chef der Politischen Polizei und dessen nachrichtendienstliche Methoden Folgendes aus: Spirig sei «en ganz en fiine». Unter dem «Tüechli» eines verständnisvollen Mannes suche er das Vertrauen der Leute zu gewinnen, die er gerne ausnehmen möchte. Er fasle davon, wie notwendig der Kampf gegen die heutige Ordnung sei und suche damit das Opfer gesprächig zu machen. Wenn er zum Beispiel etwas über die Spaniensache erfahren möchte, so hole er im Vorarlberg seine Spitzel und schicke sie zu einem Genossen, den er aushorchen möchte. Dieser Spitzel komme dann in die Stube mit geballter hocherhobener Faust und gebe sich als Flüchtling aus und frage, wie er weiterkomme nach Spanien. Wenn man dann sage, er sei hier an falscher Stelle, man könne für ihn nichts unternehmen, so würden diese Spitzel frech und bauschten sich auf. Gehe man dann zufällig anderntags durch die Neugasse, so sehe man dann diese Leute aus dem Hause Nr. 5 kommen und man wisse, woran man sei.⁸² An der erwähnten Adresse befanden sich Spirigs Amträume.

Walter Wagner gab an, ein KP-Mitglied sei unter Spitzel-Verdacht aus der Partei geworfen worden.⁸³ Der Mann habe sich als Provokateur aufgeführt und Protestflugblätter gegen die Räumung der Gemeinderatstribüne verfasst, obwohl eine Aktion im Stadtparlament durch die KPSG erst in Aussicht, aber noch keineswegs beschlossen gewesen sei. Nun wäre es für die kleine und leicht überblickbare KP ein Leichtes gewesen, mutmassliche Spione in eine Falle zu locken und sie auf diese Weise zu entlarven. Offensichtlich kam es aber zumindest in der ersten Hälfte der 30er-Jahre nie dazu. Doch die detaillierten Rapporte des Vaterländischen Verbands an den St. Galler Stadtpräsidenten von 1932 und 1933 sowie die späteren Meldungen an die Politische Polizei lassen den Schluss zu, dass es einen Informanten gegeben haben muss, der regelmässig und über einen längeren Zeitraum Nachrichten aus dem innersten Zirkel der Partei weiterleitete.

Dies legt ein vertraulicher Bericht über die KP-Sitzung vom 30. September 1936 im Restaurant Iberg im Quartier Lämmlisbrunn nahe. Über dieses Treffen erhielt die Bundesanwaltschaft von «vertraulicher Seite», also aus SVV-Kreisen, einen detaillierten Rapport.⁸⁴ Darin sind sämtliche Themen aufgeführt, die an dieser Parteisitzung besprochen wurden. Sie reichen von der Frankenabwertung über den Spanienkrieg bis zum Parteiorgan *Freiheit*. Ferner wurde Selbstkritik an der mangelhaften Organisations- und Gewerkschaftsarbeit geübt, und es kamen auch einige Personalien zur Sprache. Schliesslich wurde eine Veranstaltung mit den *Freiheit*-Abonnenten festgesetzt und eine Konferenz mit den Genossen aus den Kantonen St. Gallen, Thurgau und Appenzell-Ausserrhoden anberaunt.

Bupo-Chef Werner Baisiger sandte diesen Rapport nach St. Gallen mit der Bitte, die beiden darin angekündigten Zusammenkünfte diskret zu überwachen. Im Rapport werden auch die Teilnehmer dieser Sitzung aufgeführt. Es waren dies Walter Wagner, Albert Scheurer, Robert Bruderer sowie Hans Blatter.

In den 30er-Jahren gab es kaum Abhörtechnologie, und an KP-Sitzungen in Restaurants wurde nicht so laut debattiert, dass andere mithören konnten. Folglich muss einer der vier Teilnehmer die Informationen weitergegeben haben. Dabei fällt der Verdacht auf Blatter, da die Integrität der drei anderen KP-Funktionäre ausser Zweifel steht. Wagner, Scheurer und auch Bruderer, der in Spanien fiel, waren linientreue und zuverlässige Kommunisten. Wie Wagner bestätigt, hätten hingegen gegenüber Blatter in der Partei von Anfang an gewisse Vorbehalte bestanden. Man habe ihn einer bezahlten Spitzeltätigkeit verdächtigt, da er trotz seiner Arbeitslosigkeit stets Geld in der Tasche gehabt habe.⁸⁵

Wer war also Blatter? 1904 im appenzellischen Bühler geboren, war er seit dem Wiederaufleben der KPSG-Sektion im Jahr 1929 dabei und wurde später mit Agitations- und Propagandaaufgaben betraut. Zudem amtierte er als Kassier der Roten Hilfe⁸⁶ und arbeitete

als Nähmaschinenvertreter.⁸⁷ Wagner berichtet Jahre später, Blatter sei das erste Mal 1933 unter Verdacht geraten, als der Parteileitung bekannt wurde, dass er ein Privatdetektivbüro betreibe.⁸⁸ Die Sache sei sofort untersucht worden, doch hätten sich keine Beweise für eine Spitzeltätigkeit ergeben. 1935 wurde in St. Gallen eine neue Parteileitung gewählt, und auch Blatter sei «aufgrund seiner nicht schlechten Arbeit» in dieses Gremium berufen worden.

Auch andere Stimmen bestätigen, dass in der KPSG einiges Misstrauen gegenüber Blatter herrschte.⁸⁹ Auffällig ist zudem, dass Blatter in den Polizeiakten bis 1937 praktisch nicht vorkommt, was allerdings auch Zufall sein kann. Im Jahr 1936 fiel erneut ein Verdacht auf ihn, als in der Öffentlichkeit plötzlich Informationen über eine interne Parteikonferenz der KP in der Ostschweiz zirkulierten.⁹⁰ Wagner sah in Blatter das Leck und informierte das ZK der KPS, worauf Blatter beobachtet wurde. Schliesslich kam es zum Ausschluss von Blatter aus der Partei. Die genauen Umstände sind nicht bekannt. Es findet sich lediglich in einem Brief von KPS-Sekretär Marino Bodenmann ein Hinweis, dass Blatter als Spitzel entlarvt worden sei.⁹¹ 1945 taucht Blatter wieder auf, da er selber ins Visier der Polizei geriet. Seine über ihn angelegte Karteikarte bei der St. Galler Politischen Polizei enthält in den Jahren 1948 bis 1952 mehrere Einträge, die ihn als Mitglied der PdA und teils sogar in einer höheren Parteifunktion zeigen. Offenbar hatte er Anschluss an die neu gegründete Partei gefunden.⁹²

Mit hoher Wahrscheinlichkeit war Blatter der Spion der Vaterländischen, auch wenn dafür letztlich der direkte Beweis fehlt. Allgemein darf die Praxis des SVV, durch bezahlte Spitzel zu den gewünschten Informationen über die Vorgänge in der Kommunistischen Partei zu kommen, als erwiesen gelten. Man sollte jedoch berücksichtigen, dass es in der Krisenzeit der 30er-Jahre wohl viele Menschen gab, die sich aus schierer Existenznot zu Tätigkeiten ver-

leiten liessen, die sie unter normalen Umständen abgelehnt hätten. Das verbreitete Spitzel- und Denunziantentum kann unter diesem Blickwinkel auch als eine soziale Begleiterscheinung der allgemeinen Gesellschaftskrise gesehen werden.

5 Das heimliche Netz

Netzwerk über die Grenze

Seit Hitlers Machtübernahme im Januar 1933 kamen immer mehr politische Flüchtlinge aus Deutschland in die Schweiz. Als im Februar 1934 der Aufstand der Wiener Arbeiter gegen das autoritäre Dollfuss-Regime gewaltsam niedergeschlagen wurde, kamen Flüchtlinge aus Österreich hinzu. Die Ostschweiz, wegen ihrer geografischen Lage vorher eher unbedeutend, rückte plötzlich ins Zentrum der politischen Geschehnisse. Das Dreiländereck Schweiz-Deutschland-Österreich wurde zu einem Knotenpunkt antifaschistischer Widerstandsarbeit. Fluchthelfer unterschiedlicher politischer Herkunft, aber auch zivile Helfer ohne Parteibezug organisierten nachts illegale Grenzübertritte über Bodensee oder Rhein. Die Facetten dieses Netzes sind in der Literatur eingehend beschrieben worden, weshalb hier nicht näher darauf eingetreten wird.¹

Auch Walter Wagner war in diesem klandestinen Solidaritätsnetz als Organisator und Helfer tätig. Trotz den widrigen Umständen bei seiner Rückkehr war er entschlossen, sich ins Zeug zu legen. Man musste sich um Emigranten aus Nazideutschland und dem austrofaschistischen Österreich kümmern. Es mussten Fluchtwege und Unterkünfte organisiert und ein grenzüberschreitendes Kommunikationsnetz für den antifaschistischen Widerstand aufgebaut werden. Diese Aufgabe füllte Wagner von 1935 bis 1936 aus. Er bezif-

fert die Anzahl Verfolgter, denen er die Flucht in die Schweiz ermöglichte, auf «etwa 60 bis 70 Antifaschisten».² Als KP-Funktionär war er an die Frontorganisation Rote Hilfe angegliedert, die damals für die Emigrantenbetreuung zuständig war und über eigene Kanäle und Stützpunkte verfügte. Nach 1933 sah sich die Rote Hilfe mit wachsenden Solidaritätspflichten konfrontiert. Um diesen zu genügen, appellierte sie an die proletarische Solidarität der Mitglieder und Sympathisanten.

Im März 1935 trat Sekretär Willy Trostel an einer von der KP organisierten Kundgebung in St. Gallen auf. In seinen Ausführungen stellte er die Aufgaben der Roten Hilfe in einen grossen historischen Kontext. Er spannte den Bogen von der Pariser Kommune 1871 über die Russische Revolution 1917 bis zum Aufstand der österreichischen Arbeiter 1934 in Wien und zur Revolte der asturischen Bergarbeiter im selben Jahr in Spanien.³

Ende 1935 liefen die antifaschistischen Hilfs- und Rettungsaktionen auf Hochtouren. Die Rote Hilfe Schweiz zählte damals gemäss eigenen Angaben 4'752 Mitglieder und 520 Funktionäre in 67 Ortsgruppen.⁴ Die KP-Organisation arbeitete im Unterschied zu anderen Flüchtlingsorganisationen autonom. Sie sah 1936 bei der Gründung der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe von einer Kooperation mit anderen Hilfswerken ab, da sie sonst den Bundesbehörden die Namen der von ihr betreuten Personen hätte angeben müssen. Auch erkannte sie das Verbot politischer Betätigung für Emigranten nicht an beziehungsweise hielt sich nicht daran.⁵ Daher wurden der KP nahestehende ausländische Aktivisten immer wieder aus der Schweiz ausgewiesen, nicht zuletzt dank der engen Kooperation der Bundesanwaltschaft mit dem Schweizerischen Vaterländischen Verband und seinen Zivilspionen.

Zwischen Herbst 1935 und Ende 1936 hatte Wagner engen Kontakt mit Willy Trostel. Der Sekretär musste zwar die Redaktion des KP-Blatts *Kämpfer* verstärken, doch kümmerte er sich haupt-

sächlich um die Emigrantenhilfe. Es galt, Unterkünfte und Geld für Fahrkarten oder ärztliche Behandlungen bereitzustellen, Kleider und Schuhe zu beschaffen sowie Freiplätze in Familien zu vermitteln. Für diese Arbeit erhielt Wagner von Trostel die nötigen Geldmittel. Ansonsten war die Parteiarbeit aber nicht entschädigt, mit Ausnahme von kleinen Beiträgen, die Wagner sehr willkommen waren, da ihm kaum andere Einkünfte zur Verfügung standen.

Über seine konkrete Fluchthelfertätigkeit verliert Wagner nicht viele Worte. Er habe mehrmals die deutsche Grenze passiert und dort Genossen und Verbindungsleute für die Fluchtvorbereitung kontaktiert. Die Gestapo wurde erst Mitte 1936 auf ihn aufmerksam.⁶ Ab diesem Zeitpunkt wurden Grenzübertritte für ihn zu gefährlich. Ein deutscher Genosse warnte ihn rechtzeitig, dass die Gestapo Hinweise aus der Schweiz erhalten habe, wonach ein Mann, dessen Beschreibung genau auf ihn passe, regelmässig Verbindungen zu deutschen Kommunisten halte. Wagner konnte diesen Genossen, der ihn gewarnt hatte und selbst hoch gefährdet war, retten, indem er ihn für einige Tage bei Bekannten in St. Gallen unterbrachte. Dann flüchtete der Mann weiter nach Frankreich. Ein Jahr später las Wagner seinen Namen in einer Gefallenen-Kartei der deutschen Kaderabteilung in Spanien. Er war bei der Verteidigung von Madrid gegen die anstürmenden Franco-Truppen umgekommen.⁷

Seit seiner Rückkehr aus Moskau lebte Wagner wieder in der elterlichen Wohnung an der Linsebühlstrasse 51. Diese Bleibe wurde zu einer Drehscheibe der kommunistischen und antifaschistischen Emigration. Wagners Stube diente zahllosen deutschen und österreichischen Flüchtlingen als An- und Durchlaufstelle, von wo aus sie weitergeschleust wurden. Der damals 16-jährige Niklaus Wagner erinnert sich an das rege Kommen und Gehen jener Tage: «Unsere Wohnung [...] war der Treffpunkt für Spanienfreiwillige und Emi-

granten auf der Flucht. Es war wie ein Zentrum. Unsere Stube war immer voll besetzt. Wir Kinder konnten nicht einmal Schulaufgaben machen, weil stets so viele Leute da waren.»⁸

Neben Wagners Wohnung dienten auch die Räumlichkeiten der ehemaligen Stickereifabrik G. Thoma & Co. AG an der Rorschacherstrasse 139 als antifaschistisches Versteck. Hans Thoma hatte die leeren Räume der Partei zur Verfügung gestellt. Dort trafen sich regelmässig die Aktivisten der KPSG und ihre Freunde. Seit etwa 1933 gehörte dieser Ort neben dem Arbeiterheim im Linsebühl und Thomas Absteige an der Löwengasse 8 zum informellen Zentrum des aktiven KP-Kreises in St. Gallen. Hans Thomas Bruder Max notiert dazu in seinen Erinnerungen: «Mein Bruder Hans hatte aus Deutschland geflohene Juden und Kommunisten in unserer in Konkurs gegangenen Stickereifabrik G. Thoma und Kompanie beherbergt. Paul Grüninger hatte als Polizeichef dieses illegale Asyl toleriert.»⁹

Übrigens gehörte auch der Schauspieler und Regisseur Sigfrid Steiner zum Kreis der St. Galler Jungrevolutionäre. Steiner wurde später durch Filme wie *Füsilier Wipf*, *Das gefrorene Herz* oder *Die plötzliche Einsamkeit des Konrad Steiner* bekannt. Er war in Basel geboren und in St. Gallen aufgewachsen und sympathisierte mit der KP, obwohl er selbst nicht Mitglied war. Da er ab 1933 nicht mehr an deutschen Theatern auftreten konnte, hielt er sich mit einer Lichtpauzanstalt über Wasser, die er in den Stickereiräumen einrichtete. Seine Frau Erica war eine Schwester von Hans Thoma. Auch sie war eine KP-Sympathisantin und aktive Antifaschistin.

Illegale Grenzgänge:

Scheurer, Niklaus Wagner, Gorbach

Mitte der 30er-Jahre hatte sich die Stadt St. Gallen in eine eigentliche Hochburg der antifaschistischen Emigration verwandelt. So viele Linke wie damals hatte es in der konservativen Klosterstadt

noch nie gegeben und sollte es auch nie wieder geben. In dieser neu formierten Untergrundszene bewegten sich kommunistische, sozialistische und gewerkschaftliche Gruppierungen. Manche Zirkel und Debattiergruppen entfalteten hektische Aktivitäten, wie etwa jener um den Frankfurter Gewerkschafter und linken Sozialdemokraten Paul Müller.

Dieser war 1934 mit dem Velo nach St. Gallen geflohen und wurde hier mit Erwin Schoettle und der Gruppe Neu beginnen zu einer wichtigen Figur des linken Untergrunds. Die Gruppe beteiligte sich durch eigene Programmbeiträge an der Debatte zur Überwindung der Hitlerherrschaft und zur Zukunft Deutschlands. Es wurden in St. Gallen auch Konferenzen mit dem Prager SPD-Exilvorstand oder mit Mitgliedern des ZK der KPD (Franz Dahlem, Walter Ulbricht) abgehalten. Müller beschrieb diese heimliche Politarbeit und die durch Polizei, Spitzel und Agenten geprägte Szenerie sehr anschaulich in seinen Erinnerungen unter dem Titel «Wir wollten die Welt verändern».¹⁰

Die St. Galler Linke unterhielt gute Beziehungen ins nahe Vorarlberg. Dort wurde die politische Opposition seit Mai 1933 vom klerikalfaschistischen Regime unterdrückt, die KP war bereits verboten. Im Mai und Juni 1934 druckte die sozialdemokratische *Volksstimme* in St. Gallen die Wochenschrift *Der Kämpfer* für die Revolutionären Sozialisten, wie sich die linken Sozialdemokraten im Vorarlberg nannten. Die Schrift wurde heimlich über die Grenze gebracht.¹¹ Auch die KPSG war im Literatur- und Dokumentenschmuggel aktiv, mutmasslich schon ab 1933; dokumentiert sind die Aktivitäten seit 1934.

Drei Personen nahmen in diesem illegalen Grenzverkehr, der bis kurz vor den Zweiten Weltkrieg andauerte, eine bedeutende Stellung ein: der St. Galler Albert Scheurer, der Deutsche Max Gorbach und Wagners Bruder Niklaus. Albert Scheurer war Spengler von Beruf. Er wurde während 52 Jahren von der Politischen Polizei registriert, wie aus seiner Fiche hervorgeht.¹² Damit dürfte er zumindest lokal

den Rekord als Objekt politischer Überwachung halten. Gemäss eigenen Angaben war er nur von 1936 bis 1937 Mitglied der KPSG. Doch er bewegte sich stets im Umfeld der Kommunisten und schloss sich später der Partei der Arbeit an.

In der Stadtbevölkerung war Scheurer nicht als Politaktivist, sondern als Fussballer bekannt. 1931 kickte er als rechter Mittelfeldspieler beim FC St. Gallen, der damals mit der ersten Profimannschaft der Schweiz von sich reden machte.¹³ Ab 1935 dürfte er der wichtigste Verbindungsmann der Linksszene zum Vorarlberg gewesen sein. 1937 wurde er von der Gendarmerie in Frastanz gefasst und wegen verbotener kommunistischer Propaganda inhaftiert.¹⁴ Angesichts seiner umfangreichen Fiche erstaunt es nicht, dass er 1942 im Verzeichnis der politisch extrem eingestellten Schweizer St. Gallens aufgeführt war. Schüri, wie er genannt wurde, hat einen ausserordentlichen Beitrag zur antifaschistischen Emigration in St. Gallen geleistet. Ohne dass sich die Öffentlichkeit an diese historische Leistung erinnert hätte, starb er am 29. Juni 2003 in St. Gallen.

Ebenfalls eine wichtige Rolle spielte Wagners jüngerer Bruder Niklaus. Er war zu jener Zeit noch nicht volljährig und konnte daher als unverdächtiger Jugendlicher für Kurier- und Begleitdienste eingesetzt werden. Niklaus Wagner schleuste zwar selber keine Personen über die Grenze, stellte dafür aber auf vielen Botengängen über den Rhein den Austausch von Dokumenten, Akten, Zeitschriften und Literatur sowie die Kontakte zu Genossen in Bregenz sicher.¹⁵ 1936 und 1937 begleitete er in St. Gallen ankommende Spanienkämpfer aus Osteuropa auf den Bahnhof, von wo sie weiter nach Zürich und Basel reisten.

Niklaus Wagner war, wie Walter, in der Sozialistischen Jugend gross geworden, trat aber nie in die KP ein. Bei seinen Missionen hatte er stets Glück und blieb an der Grenze unbehelligt. Als er einmal Bedenken äusserte, er könnte in die Hände der Polizei und in

Haft geraten, seien ihm diese mit dem Hinweis auf den liberalen Polizeikommandanten ausgedreht worden: «Der Grüninger schaut schon, dass du wieder zurückkommst!»¹⁶ Nach dem Zweiten Weltkrieg bewegte er sich eine Zeit lang im Umfeld der PdA und engagierte sich als Gewerkschafter im Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD).

Als dritter wichtiger Verbindungsmann im KP-Netz fungierte bis 1935 der aus München stammende und in St. Gallen aufgewachsene Deutsche Max Gorbach. Die Politische Polizei bezeichnete ihn als den «geistig regsamste[n] Marxist[en] am Platze» und vermutete in ihm einen Komintern-Agenten.¹⁷ Wahrscheinlich beeindruckte die Polizei, dass Gorbach mehrere Sprachen beherrschte, da er als Hotelangestellter und Kellner in Kanada, Frankreich und in der Türkei gearbeitet hatte. Er war im Besitz eines Motorrads und benutzte für seine Schmuggeltätigkeit häufig die Fähre Romanshorn-Friedrichshafen, auf der er mit der Hilfe eines Schiffskellners heimlich Propagandaschriften transportieren konnte.¹⁸

In einer polizeilichen Einvernahme gab er zu, als Kurier von Propagandamaterial tätig gewesen zu sein.¹⁹ Im Vorarlberg waren zuvor zwei KPÖ-Leute verhaftet worden, worauf die Verbindungen aufflogen. Die Polizei hatte bei den Inhaftierten marxistische Tarnbroschüren gefunden: Unter dem Deckblatt «Die kluge Hausfrau – Kaffee Franck-Rezepte» befand sich die Schrift *Theorie und Thesen des Leninismus*, und unter dem Titel «50 Eintopfgerichte» ein Aufsatz von Lenin in Kleindruck.

Gorbach wurde am 5. April 1935 vom Bundesrat wegen Gefährdung der Sicherheit des Landes verwiesen. Er emigrierte nach Strassburg und betrieb dort Grenzarbeit für die KPD. 1937 nahm er am Spanischen Bürgerkrieg teil, wo er in Albacete, dem Basislager der Internationalen Brigaden, Kontakt mit Walter Wagner hatte und bei ihm im Büro des Schweizer Kadernservice arbeitete. Er kämpfte auch im berühmten Tschapajew-Bataillon. Dort trug er den Sergeant-

Rang, arbeitete als Instruktor und unterrichtete die Milizsoldaten im Umgang mit Handgranaten.

In dieser Funktion wurde er vom Schriftsteller Alfred Kantorowicz beschrieben, dem Verfasser des bekannten zeitgenössischen Werks *Tschapajew. Das Bataillon der 21 Nationen*.²⁰ 1938 konnte er nicht mehr in die Schweiz zurückkehren, obwohl seine Eltern in St. Gallen wohnhaft waren. Ihr Einreisegesuch für den Sohn wurde von der Bundesanwaltschaft – wie übrigens jede Rückkehr von ausländischen Spanienkämpfern – abgelehnt.²¹ Gorbach kam in die südfranzösischen Internierungslager von Argelès-sur-Mer und Gurs und wurde darauf von der Gestapo ins Konzentrationslager Dachau verbracht, das er überlebte.

Wühlhuber und Sendlinge Moskaus

Als Wagner im Herbst 1935 den Wiederaufbau der Parteisektion an die Hand nahm, blieb dies seinen heimlichen Verfolgern, dem Vaterländischen Verband und der Politischen Polizei, nicht lange verborgen. Anfang Oktober rapportierten die Spitzel seine Aktivitäten den Polizeistellen: «[...] kehrte erst kürzlich von einem 2jährigen Schulungskurs an der Leninschule aus Moskau zurück. Wohnte vor der Rückkehr noch dem 7. Kongress der Komintern bei.»²²

Woher stammte die Information über die Teilnahme am Komintern-Kongress? Die Antwort ist einfach: von Wagner selbst. Er versuchte nämlich gar nicht erst, seinen Moskauaufenthalt zu verbergen, sondern er sprach an mehreren KP-Versammlungen über seine Erfahrungen in der Sowjetunion und den aktuellen Stand im Aufbau des Sozialismus. Wagners Bruder Niklaus betätigt dies: Als Walter aus der Sowjetunion zurückgekehrt sei, habe jeder in St. Gallen gewusst, dass er dort gewesen sei.²³ Bis zum Datum des erwähnten Eintrags hatte Wagner bereits zwei KP-Veranstaltungen als Referent bestritten.

Aus beiden Anlässen gelangten Informationen zum Vaterländischen Verband. Die Nachstellungen und Spitzeleien gingen also weiter wie vor seiner Abreise nach Moskau. Über praktisch jede KP-Versammlung in den Jahren 1936 und 1937 existiert ein detaillierter Rapport des Vaterländischen Verbands.²⁴

Nachdem die beiden wichtigsten Akteure im antikommunistischen Komplex, die Politische Polizei und der Vaterländische Verband, bereits dargestellt worden sind (siehe Kapitel 4), soll ein dritter Akteur in diesem Geflecht beschrieben werden: die katholisch-konservative Presse, vor allem die Tageszeitung *Die Ostschweiz*. Wagner gibt an, er sei in der *Ostschweiz* nach seiner Rückkehr vom Vaterländischen Verband als «Sendling Moskaus» angeprangert worden. Ein solcher Beitrag konnte allerdings nicht gefunden werden. Möglicherweise hat Wagners Gedächtnis die Dinge nachträglich vermischt.

Aber die antibolschewistische Metaphorik stimmt durchaus: Wie in der konservativ-reaktionären Presse insgesamt wurde auch in der *Ostschweiz* unermüdlich das Bild von den politischen Marionetten aus Moskau bemüht, um vor der Linken und speziell den Kommunisten als Umstürzler zu warnen.

Als der Bundesrat im November 1936 einen Gesetzesentwurf über den «Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit» vorstellte, der faktisch einem Verbot der KPS gleichkam, begrüßte die *Ostschweiz* dieses Gesetz mit einem Artikel unter dem Titel «Gegen Moskaus Helfer».²⁵ In der konservativen Optik wurden stets auch die Sozialdemokraten zu den Helfern Moskaus gezählt. Im Nationalratswahlkampf vom Herbst 1935 kam dies besonders gut zum Ausdruck, als ein Kommentator die SP-Vertreter als «Wühlhuber» bezeichnete, die «im Herzen Kommunisten und Diktaturlinge» seien.²⁶

Die *Ostschweiz* pflegte schon immer einen scharf antimarxistischen und antisozialistischen Kurs. Sie verstand sich damals als Kampfblatt des Katholizismus und stand ganz im Dienste der Kon-

servativen Partei. Sie war in ihrer publizistischen Funktion eng an das damals noch kompakte katholische Milieu gebunden. Die *Ostschweiz* war seit ihrer Gründung 1874 das Sprachrohr der Katholisch-Konservativen und später der Christlichdemokratischen Volkspartei des Kantons St. Gallen. Der Redaktor für Innenpolitik wie auch der Korrespondent für die Bundespolitik in Bern wurden bis in die 60er-Jahre von einem Parteiausschuss gewählt und angestellt – sie waren nichts anderes als schreibende Parteifunktionäre.²⁷

Die beiden herausragenden Redakteure in den 30er-Jahren waren Chefredaktor Carl Doka («D.») und Inlandredaktor Alois Horat («H.»). Doka, ein in Rorschach geborener Jesuitenschüler, entsprach dem Typus des Rechtsintellektuellen, der in seine tagespolitischen Analysen und Kolumnen stets grundsätzliche Überlegungen einfließen liess. Er hatte die Redaktionsleitung 1932 angetreten und übte sie bis 1946 aus, als er zu den *Neuen Zürcher Nachrichten* wechselte. Alois Horat war, vom *Bündner Tagblatt* kommend, bereits seit 1921 bei dem St. Galler Blatt tätig.

In der Jubiläumsschrift zum 100. Geburtstag der *Ostschweiz* 1974 wird notiert, dass die Zeitung unter Doka einen «geistigen Aufschwung» erlebt habe/⁸ Damit wird Dokas Interesse an Grundsatfragen der Zeit gewürdigt, die er in vielen Kolumnen zum Ausdruck brachte. Verschwiegen wird aber die Tatsache, dass er auch dem antiliberalen Erneuerungsdiskurs des Nationalsozialismus und seinen Ablegern in der Schweiz, der Frontenbewegung, anfänglich viel Interesse und Sympathie entgegenbrachte. Im Frontenfrühling 1933 wurde in einem Kommentar die sofortige Abkehr von der liberalen Demokratie gefordert: «Darum muss der Liberalismus durch ein neues politisches und wirtschaftliches System im Geiste der Volksgemeinschaft und der Ständegliederung ersetzt werden.»²⁹

Nachdem aber die antiklerikale Seite der Naziherrschaft sichtbar geworden war, kühlte die Neigung für das totalitär-faschistische

Gesellschaftsmodell schnell wieder ab. Doka schönte diese nazi-freundliche Phase in seinen Lebenserinnerungen mit dem Argument, er sei ein Protagonist der «berufständischen Ordnung» gewesen, was nicht mit der «faszistischen Korporation» verwechselt werden dürfe. Ja er stilisierte sich sogar zum Kämpfer gegen die «totalitären Kräfte» hoch.³⁰ Doka war ein Bewunderer von Bundesrat Giuseppe Motta, der wiederum Sympathien für Benito Mussolini hegte. Während des Zweiten Weltkriegs amtierte Doka als Presseberater des anpasserischen Bundesrates Eduard von Steiger.³¹

Es liegt nahe, von engen personellen Verflechtungen zwischen der Politischen Polizei, dem Vaterländischen Verband und der *Ostschweiz* zu sprechen, waren doch die Repräsentanten dieser drei Akteure in denselben rechtskonservativ-patriotischen Kreisen zu Hause. Ein direkter, aktenbasierter Nachweis dieser Komplizenschaft kann jedoch nicht erbracht werden. Immerhin macht ein Blick auf die *Ostschweiz*-Spalten schnell klar, dass im Hintergrund eingespielte Kanäle und Verbindungen wirksam gewesen sein müssen. Das Blatt druckte des Öfteren Einsendungen, aber auch Kommentare und Spitzelberichte des Vaterländischen Verbands ab und demonstrierte damit seine Rolle als bevorzugter publizistischer Partner der antikomunistischen Agitation. Es können dafür viele Beispiele beigebracht werden, auf die hier aber aus Platzgründen verzichtet werden muss.³² Diese stets ungezeichneten Berichte und Artikel sind an bestimmten Merkmalen erkennbar, so an ihrem ausgesprochen polemisch-antimarxistischen Ton, an einem oft ideologisch-dozierenden Gestus und nicht zuletzt an ihrer häufig denunziatorischen Ausrichtung. Formelles Merkmal ist der Ersatz der Autorenkürzel durch stehende Wendungen wie «Es wird uns geschrieben» oder durch Sternchen oder andere Zeichen. Dank ihren Beziehungen zu den rechtsbürgerlichen Kreisen und deren Nachrichtendiensten, etwa zur *Mittelpresse*, war die *Ostschweiz* gut über die Vorgänge im linken Lager im Bild.

Carl Doka war überdies in das nationale Netz der rechten Publizistik eingebunden. Im Nebenamt redigierte er die katholische Monatsschrift *Schweizerische Rundschau* (nicht zu verwechseln mit dem in Basel herausgegebenen KP-Periodikum *Rundschau*). Im Februar 1937 erschien ein Sonderheft zum Thema Bolschewismus. Einer der Mitautoren der Ausgabe war Armin Egli, der bereits geschilderte St. Galler Nazianwalt und inzwischen Präsident des SVV. Egli analysierte in seinem Beitrag die kommunistische Bedrohung in der Schweiz.³³ Typisch ist, wie der Bolschewismus auf volksnahe Art dämonisiert wird, nämlich mit einer angsterregenden Krebsmetapher und einer kulturpessimistischen Note: Er sei ein unheimlicher russischer Bazillus, der immer mehr in die kranke Welt der abendländischen Kultur eindringe und die Seelen «im Namen des Erdgeistes uniformiert und unifiziert».³⁴

Wagner vor Militärgericht

Nach seiner Rückkehr aus Moskau machte Wagner zum ersten Mal Bekanntschaft mit der schweizerischen Militärjustiz. Bevor er im Herbst 1933 an die Leninschule abreiste, hatte er in St. Gallen die Rekrutenschule als Füsilier absolviert. Um keine Spuren zu hinterlassen, hatte er sich vor der Abfahrt weder bei der städtischen Einwohnerkontrolle noch beim Kreiskommando abgemeldet. Das hatte nun Folgen. Während seiner Abwesenheit wurde er 1934 zu einem militärischen Wiederholungskurs aufgeboten, den er zwangsläufig versäumte. Das Divisionsgericht 6a verurteilte ihn am 20. September 1934 zu sechs Wochen Gefängnis wegen Dienstversäumnis. Als das Urteil erging, wurde Wagner in der Nähe von Moskau vielleicht gerade in die Geheimnisse des Häuserkampfes eingeweiht und somit militärisch bestens geschult. Nach seiner Rückkehr musste er zuerst den Wiederholungskurs des Jahres 1935 absolvieren und danach

noch die Strafe aus dem Vorjahr absitzen. Er verbüßte sie in der St. Galler Strafanstalt St. Jakob, unweit des heutigen Olma-Messege­län­des.

Dies war Wagners erste militärische Gefängnisstrafe. Die zwei­te folgte nach seiner Rückkehr aus dem Spanischen Bürgerkrieg 1939 und dauerte etwas länger. Bezeichnend für Wagners taktischen Umgang mit der Justiz ist, dass er in der Einvernahme durch den Untersuchungsrichter das Studium an der Leninschule verschwie­gen. Stattdessen gab er an, er habe in Moskau in einer Automobilfabrik gearbeitet.³⁵ Diese Aussage schien nicht unplausibel, waren doch viele Schweizer in den Jahren der Wirtschaftskrise auf der Suche nach Arbeit ins Ausland verreis­et und dabei bis nach Russland ge­langt. Unentschuldigte militärische Absenzen kamen daher häufig vor. Vielen Dienstpflichtigen lag der eigene Existenzkampf näher als Einrückungstermine und das Wohlergehen der Landesverteidigung. Bestrafungen wegen Versäumnis der Dienstpflicht zählten zu den Routinegeschäften der Divisionsgerichte. Besonders häufig wurde der Eintritt in die französische Fremdenlegion geahndet, die in jenen Jahren zu einem Auffangbecken für Gestrauchelte und Verzweifelte aller Art wurde.

Der Eintritt ins ZK

Es dauerte nicht lange, bis sich Wagners Verhältnis zur KPS, oder besser gesagt: das Verhältnis der KPS zu ihm verbesserte. Er wurde für die Partei bald unentbehrlich, verfügte sie doch in der Ostschweiz sonst über keine initiativen Funktionäre und schon gar nicht über solche, die in Moskau ausgebildet worden waren. Dank Wagners persönlichem Einsatz war die faktisch nicht existente St. Galler KP-Sektion innert Kürze wieder handlungsfähig. Walter Frei, einst die wichtigste Stütze der Ortspartei, war für eine gewisse Zeit ausgefallen, weil er sich mit der Partei überworfen hatte. Im Sommer 1937 wurde Frei wieder aufgenommen – wohl nach dem geflügelten Wort,

dass nur der ein richtiger Kommunist sei, der in seinem Leben ein paar Mal von der Partei verstossen wurde. Ein Brief des KPS-Sekretariats vom 9. Juni 1937 an Wagner bestätigt, dass Frei «zur weiteren Entfaltung des Einflusses unserer Partei in St. Gallen beitragen» werde.³⁶ Insbesondere Wagners Engagement in der Emigrantenarbeit liess die St. Galler Sektion in den Augen der Zentrale wieder zu einem funktionierenden und verlässlichen Stützpunkt werden.

Wagner bemühte sich auch um die Gründung von neuen KP-Gruppen im Nachbarkanton Thurgau. Dort fehlte es der Partei weitgehend an Vertretungen. Insbesondere in den industrialisierten Orten des Oberthurgau wie Arbon, Romanshorn und Kreuzlingen sah man die Chance, neue Parteizellen ins Leben zu rufen. Über Wagners Aufbauarbeit in diesem Gebiet gibt der Rapport eines Thurgauer Landjägers vom Juni 1937 Auskunft. Der Polizeibeamte war von der Bundesanwaltschaft beauftragt worden, einen Bericht über die Organisationsarbeit der KP abzuliefern, da deren verstärkten Bemühungen, in der Ostschweiz besser Fuss zu fassen, ruchbar geworden waren. Der Fahnder hielt fest, dass Wagner «von Zeit zu Zeit» den Präsidenten der KP Kreuzlingen besuche, die zehn Mitglieder habe.³⁷ Diese Sektion war von Hans Thoma und einem ortsansässigen Hilfsarbeiter gegründet worden. Ein weiteres Dokument belegt, dass Wagner grössere Parteikonferenzen einberief. So lud er am 24. Oktober 1936 zahlreiche Genossen aus der Ostschweiz nach St. Gallen ein. Im Einladungsschreiben forderte er alle Teilnehmer auf, sympathisierende Kollegen mitzunehmen oder ihm deren Adressen zu melden.³⁸

Manche KP-Mitglieder bekundeten mit dem von der Komintern am VII. Weltkongress verordneten politischen Kurswechsel Mühe. Was vorher noch Sozialfaschisten gewesen waren, sollten plötzlich die bevorzugten Bündnispartner im Kampf gegen den Faschismus sein. Wagner hatte damit keine Schwierigkeiten. Ohne Murren trug er den Schwenk zur Volksfront-Taktik mit und propagierte die neue

Parteilinie ohne Vorbehalte. Dies kam einer expliziten Loyalitätsbekundung gegenüber der Parteiführung gleich, und man darf davon ausgehen, dass dies seine politische Rehabilitation beförderte.

Der Leninschüler befand sich nun wieder auf dem Weg der Besserung. Ohne den neuen Leiter der KP-Sektion St. Gallen lief in der Ostschweiz nichts mehr. Am 6. Kongress der KPS, der vom 30. Mai bis 1. Juni 1936 im Zürcher Limmathaus stattfand, wurde Wagner als Vertreter der Ostschweiz ins 28-köpfige Zentralkomitee gewählt. Damit erreichte er den Zenit seiner Parteikarriere. Mit ihm rückte auch sein ehemaliger Reisebegleiter nach Moskau, Georges Diacon, in das Führungsgremium auf.

Mitte der 30er-Jahre hatte sich in der KPS eine neue Führungsriege etabliert. Sie wurde von Jules Humbert-Droz, Karl Hofmaier und Marino Bodenmann repräsentiert, die als Zentralsekretäre die operative Macht in der Partei ausübten. Im Politbüro sass zudem der Gewerkschafter Otto Brunner, der in Spanien zur charismatischen Führerfigur aufstieg. Mit seinem Sitz im ZK kam Walter Wagner mit allen wichtigen Funktionären dieser Zeit in Kontakt. Politisch lag er ganz auf der Parteilinie. Stalins ersten Schauprozess im August 1936 gegen die angeblichen Trotzkisten Sinowjew, Kamenew und Konsorten verteidigte er an einer Parteiversammlung in St. Gallen.³⁹

Als ausgebildeter Kommunist wurde er nun auch in der Bildungsarbeit eingesetzt. Ende 1936 war die KPS im Begriff, neue Bildungsprojekte aufzulegen. So sollte eine eigene Parteschule zur Heranbildung des Kadernachwuchses aufgebaut werden. Es war geplant, diese Bildungsstätte auch für Sympathisanten sowie Nichtmitglieder, etwa aus der SP, offen zu halten. Während vier Monaten sollten wöchentliche Abendkurse das theoretische Rüstzeug für den politischen Kampf vermitteln. Das Programm sah Kurse über die

Grundlagen des Marxismus oder über den Imperialismus als letzte Etappe des Kapitalismus vor. Auch praktische Kenntnisse sollten vermittelt werden, etwa das konspirative Vorgehen oder das richtige Verhalten in Polizeigewahrsam. Unter den 22 vorgeschlagenen Referenten befand sich gemäss einer Liste auch Walter Wagner.⁴⁰ Tatsächlich fanden in der Ostschweiz solche Kaderlehrgänge statt. Der Kurs vom Winter 1937/38 zum Beispiel erstreckte sich über drei Sonntage. Am Schluss äusserte sich KPS-Sekretär Marino Bodenmann erfreut: Der Kurs sei gut besucht gewesen, «speziell durch Genossen vom Land», und an den Debatten hätten rund 40 Genossen teilgenommen.⁴¹

Im Sommer 1936 kam es zu einem politischen Ereignis, das die ganze Linke in Europa zutiefst aufwühlte. In Spanien, einem wirtschaftlich rückständigen und von grossen sozialen Spannungen geprägten Land, putschten Offiziere gegen die gewählte Volksfrontregierung. Die Linke wertete den Aufstand als Versuch des Faschismus, die Macht in einem weiteren europäischen Land zu übernehmen. Das löste einen starken Widerstandsimpuls aus. Der Spanische Bürgerkrieg wurde für zahlreiche Schweizer zu einem prägenden Erlebnis – auch für Walter Wagner.

6 Im Spanischen Bürgerkrieg

Militäraufstand und Revolution

Am 17. und 18. Juli 1936 putschten in Spanien rechtsgerichtete Generäle gegen die demokratisch gewählte Volksfrontregierung der Republik.¹ Der von José Sanjurjo und Emilio Mola ausgearbeitete Aufstandsplan sah eine militärische Erhebung in allen wichtigen Kasernen vor und sollte eine Sache von wenigen Tagen sein. Es kam anders. Die Rebellion war schlecht geplant und stiess in den wichtigsten Zentren Madrid und Barcelona auf breiten Volkswiderstand. General Francisco Franco, der sich auf den Kanarischen Inseln befand, sollte das Kommando der in Spanisch-Marokko stationierten Afrika-Armee übernehmen. Doch als er mit dem Flugzeug eintraf, sass er in Melilla fest, da sich Teile der Marine dem Aufstand nicht angeschlossen hatten. Hitler und Mussolini ermöglichten ihm in einer geheimen Operation mit Transportflugzeugen den Transfer aufs Festland. Der deutsche Diktator, dem der Spanienkonflikt ungelegen kam, erteilte die Zustimmung zur Unterstützung Francos ohne politische Absprache mit seinen Dienststellen spontan. Luftwaffenchef Hermann Göring, der auf neue Einsatzmöglichkeiten für seine Leute erpicht war, wurde die Leitung der Operation übertragen.

Bereits eine Woche nach seinem Ausbruch hatte sich der Militäraufstand in einen verdeckten internationalen Konflikt verwandelt. Ende Juli schickte auch Mussolini Bomber, Kampfflugzeuge und ei-

gene Truppen, die als Freiwillige (Corpo Truppe Volontarie) deklariert waren, jedoch grösstenteils zum regulären italienischen Heer gehörten. Hitler zog Ende Oktober mit der Entsendung der Legion Condor nach.

Zwar hatten die Generäle ihr primäres Ziel, den schnellen Staatsstreich, verfehlt. Doch gelang ihnen die Besetzung der Gebiete um Cadix und Sevilla im Süden, Kastilien und Navarra, Teilen von Galizien und des Baskenlands sowie Zaragoza im Norden. Wichtige Städte wie Madrid, Barcelona, Valencia oder Malaga blieben hingegen in republikanischer Hand. Paradoxerweise löste der Militäraufstand gerade das aus, was er verhindern wollte: die soziale Revolution, «die wir alle wünschten, aber die niemand so schnell erwartet hatte», wie es die anarchistische Politikerin Federica Montseny formulierte.²

Im Wirtschaftszentrum Katalonien begann der «kurze Sommer der Anarchie» (Hans Magnus Enzensberger). Milizen übernahmen die Regierungsgewalt vom zusammengebrochenen Staat und begannen mit dem revolutionären Umbau der Gesellschaft. Faktisches Machtorgan in Barcelona war das Zentrale Komitee der Antifaschistischen Milizen. Grössere Betriebe wurden verstaatlicht, Gewerkschaftskomitees bestimmten über die Produktion, und im ländlichen Aragón setzten Milizen die Kollektivierung der Landwirtschaft durch. Die alten Machthaber – Aristokratie, Grossgrundbesitzer sowie die Vertreter der katholischen Kirche, die als jahrhundertealte Unterdrückungsmacht besonders verhasst war – flüchteten oder wurden umgebracht.

Die Wurzeln des Bürgerkriegs reichen in die Anfänge der Zweiten Republik (1931-1936) zurück und können hier nicht ausgeführt werden. Entscheidend war der Widerstand der alten Eliten gegen die republikanische Reformpolitik und die von ihr angestrebte Entmachtung einflussreicher Kreise. Die Regierung unter Manuel Azana suchte den traditionellen Einfluss von Kirche, Militär und Gross-

grundbesitzern zurückzubinden und das Landproblem endlich zu lösen. Eine Politik der Modernisierung sollte Spanien aus dem halbfeudalen Zustand weiter Teile des Landes herausholen und ans westeuropäische Entwicklungsniveau anschließen. Aufgrund des Widerstands der alten Machttträger und einer zunehmend radikalisierten Arbeiterbewegung spitzten sich die sozialen und politischen Gegensätze zu.

Im Oktober 1934 wurde ein revolutionärer Arbeiteraufstand in Asturien blutig niedergeschlagen, und eine Rechtsregierung stoppte die soziale Reorganisation mit harter Repression. Eine faschistische Bewegung, die sogenannte Falange bildete sich und propagierte auch in Spanien die faschistische Umgestaltung der Gesellschaft. Als in den Februarwahlen 1936 eine Volksfrontregierung an die Macht kam – nach Frankreich die zweite in Europa –, sahen massgebliche Rechtskreise die kommunistische Revolution vor der Tür.

Allerdings war es keine Überraschung, dass gerade Militärs das Heft in die Hand zu nehmen trachteten, hatte doch Spanien schon viele Staatsstriche der Armee hinter sich. Der Aufstand der Generäle hatte kein politisches Programm. Er zielte primär auf die Abwehr einer vermeintlichen bolschewistischen Bedrohung und gleichzeitig auf eine Wiederherstellung des alten katholisch-oligarchischen Machtsystems ab. Dieses wurde in patriotischer Verklärung als das «wahre» Spanien begriffen. Im nationalistischen Kriegsdiskurs wurde die «Rettung des Vaterlands» und die «Bewahrung der abendländischen Zivilisation» vor dem Marxismus beschworen. In Anlehnung an die spanische Geschichte und die Reconquista bemühte man die Metapher des Kreuzzugs. Der Feind war diesmal nicht der Islam, sondern Linke, Gewerkschafter, Sozialisten, Republikaner, Liberale, Kommunisten, Atheisten, Reformen, Anarchisten, Modernisten, kurz: Oppositionelle jeglicher Couleur, deren sich die Militärs ein für allemal entledigen wollten.

Franco übernahm dank seinem militärischen Renommee bald die Führung des Aufstands. Seine Afrika-Armee orientierte sich im Vormarsch nach Madrid an den Operationen im Kolonialkrieg in Marokko, die dem Prinzip ethnischer Säuberungen folgten.³ So kam es zu Massakern wie jenem vom 14. August in Badajoz, bei dem Tausende systematisch niedergemacht wurden. Franco begriff sich selber nicht als Faschist, obwohl er der Falange nahestand und in Hitler ein politisches Vorbild sah.⁴ Das System, das er anstrebte, entpuppte sich nach dem Krieg als klerikalfaschistische Diktatur mit korporatistischen Strukturen. Ein Kennzeichen von Francos Vorgehen war sein ausgeprägter Vernichtungswille: «Ich werde Spanien vom Marxismus befreien, um jeden Preis. Ich betone: um jeden Preis», liess er in einem Interview verlauten.⁵

Dieser faschismustypische Exterminismus wurde in Europa zunächst als Rhetorik eines autoritären Militärs verstanden, bis er blutige Wirklichkeit wurde. In konservativen Kreisen imponierte die antikommunistische Entschlossenheit des Generals. Franco und die Konservativen teilten die Ansicht, dass die grösste Weltgefahr nicht im Faschismus, sondern im Bolschewismus zu sehen sei.

Frankreich und England versuchten, den neuen Krisenherd durch eine Politik der Nichteinmischung einzugrenzen. 27 Länder unterzeichneten im August 1936 ein Nichtinterventionsabkommen, und in London wurde ein Nichteinmischungsausschuss eingerichtet. Doch dieser Versuch zur Implementierung eines kollektiven Sicherheitssystems war von Anfang an zum Scheitern verurteilt, da er den Expansionswillen des Faschismus unterschätzte. Mussolini hatte seine aggressive Eroberungspolitik durch die völkerrechtswidrige Besetzung Abessinians und seinen schrecklichen Senfgaskrieg im Herbst 1935 bereits unter Beweis gestellt.⁶ Und Hitler erblickte in Spanien neben aussenpolitischen Aspekten die Gelegenheit, neue

Waffentechniken und militärische Strategien, etwa den Luftkrieg gegen offene Städte, unter realen Bedingungen zu erproben. Was im Zweiten Weltkrieg von Coventry bis Dresden apokalyptischen Schrecken verbreitete, nahm im Spanien von Durango und Guernica seinen Anfang.

Die Nichtinterventionspolitik führte faktisch zum Gegenteil, nämlich zur Ausweitung des Bürgerkriegs in einen verdeckten internationalen Krieg mit Stellvertretercharakter, in dem neben Deutschland und Italien bald auch die Sowjetunion mit ihrer Unterstützung der republikanischen Seite eine Hauptrolle spielte. Italienische Truppen standen bereits in Cadix auf südspanischem Boden, als im August 1936 einige Hundert antifaschistische Freiwillige aus den Nachbarländern nach Spanien strömten. Sie waren entschlossen, eine Machtausdehnung des Faschismus in Europa zu verhindern und die soziale Revolution Spaniens zu unterstützen.

Dieser spontane Antifaschismus wurde ab September 1936 durch eine von der Komintern weltweit organisierte Rekrutierung von Freiwilligen abgelöst. In der ersten Phase des Kriegs standen sich auf der einen Seite parteiförmig organisierte Milizkolonnen und rudimentär bewaffnete Volksmilizen und auf der anderen Seite nationale Truppen gegenüber, die mit marrokanischen Söldnern, der spanischen Fremdenlegion, monarchistischen Einheiten sowie der abtrünnigen Guardia Civil verstärkt waren. Ab November kamen auf der republikanischen Seite die Internationalen Brigaden sowie Einheiten des Volksheers dazu.

Um die Krise in Spanien zu beheben, beschlossen die Westmächte ein Waffenembargo. Doch zu diesem Zeitpunkt war schon längst italienisches und deutsches Kriegsmaterial in Francos Besitz. Ab Oktober 1936 lieferte auch die politisch unter Druck geratene Sowjetunion Waffen an die Spanische Republik. Heimlich gelangten Flugzeuge aus Frankreich, aber auch Flugabwehrgeschütze aus der Schweiz über die spanische Grenze. Der Spanienkrieg nahm seinen Lauf.

Der Glanz der Revolution

Als Walter Wagner im Juli 1936 die *Volksstimme* aufschlug und die Nachrichten vom Militärputsch las, war er wie viele Linke von den Ereignissen elektrisiert. Er spürte, dass sich in Spanien weltpolitisch Entscheidendes abspielte. Die Militärrebellion war Tagesgespräch und füllte wochenlang die Titelseiten der Tageszeitungen. Die *Volksstimme* berichtete täglich über «Spaniens Freiheitskampf» und bezeichnete den Aufstand der Offiziere als faschistische Gegenrevolution.⁷ Das Bild der jungen spanischen Demokratie, die von einem brutalen Militärfaschismus vergewaltigt wurde, erregte nicht nur in sozialistisch-gewerkschaftlichen Kreisen, sondern auch im liberalen Lager grosse Aufmerksamkeit. Es entstand eine breite Solidaritätsbewegung, und schon bald jagten sich die Appelle, Telegramme und Resolutionen zur Unterstützung des «kämpfenden Proletariats». «Schlagt den Faschismus mit allen Mitteln und in allen Ländern», forderten der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Internationale in einem Aufruf.⁸

Die ausserordentliche Anteilnahme der Linken an Spaniens Schicksal lag nicht nur an der akuten Bedrohung durch den Faschismus. Der Glanz der Revolution weckte lang gehegte Erwartungen: Erstmals seit der Oktoberrevolution von 1917 schien eine sozialistische Umwälzung in Westeuropa möglich. Was ein rechter Linker war, wollte im Sommer 1936 nach Barcelona, um bei diesen Geschehnissen dabei zu sein.

Einer der ersten Schweizer, der als Freiwilliger in Katalonien eintraf, war Wagners Freund Hans Thoma. Er kam am 31. August 1936 in Barcelona an und schloss sich gleich der Columna Carlos Marx, einer Kolonnenmiliz der kommunistischen PSUC, an.⁹ Weitere Schweizer zogen nach.

Auch Wagner wollte nach Spanien: In einem Brief an seine Moskauer Freundin Tamara schrieb er, er wolle für die Freiheit Spaniens kämpfen.¹⁰ Doch daraus wurde vorerst nichts, denn Sekretär

Karl Hofmaier hatte sein Veto eingelegt. Die Reaktion der Partei schildert Wagner so: «Im ZK musste ich es einmal sagen, dass ich nach Spanien wollte. Da erhoben sie dagegen Einspruch. Sie sagten, das sei unmöglich, ich könne nicht gehen, ich würde hier benötigt. Da liess ich es vorerst sein, obwohl ich eigentlich sofort gehen wollte. Ich wartete einfach ab.»¹¹

Der Leninschüler beugte sich also dem Willen der Partei und blieb zu Hause, doch nicht alle waren so gehorsam wie er. Otto Brunner, ZK-Mitglied wie Wagner, liess sich von der Partei nicht vorschreiben, ob er an einer Revolution teilnehmen dürfe oder nicht. Er brach im August 1936 mit einigen Anhängern ohne Einwilligung der Parteiführung nach Paris auf, der internationalen Drehscheibe der Spanienkämpfer.

Die Bundesanwaltschaft war über die ersten Abreisen aus der kommunistischen Basis frühzeitig im Bild. Mitte August liess sie ein Dutzend Zürcher KP-Leute, die Brunner nach Paris folgen wollten, in Basel verhaften.¹² Die verhinderten Spanienkämpfer wurden auf die Teilnahmeverbote aufmerksam gemacht, die der Bundesrat soeben erlassen hatte. Da diese Verbote für die offizielle Spanienpolitik der Schweiz zentral waren, soll ihre Entstehung und Bedeutung im Folgenden näher analysiert werden.

Dekretierte Neutralität

Am 14. August 1936 verabschiedete der Bundesrat die Beschlüsse «über die Teilnahme an den Feindseligkeiten in Spanien» und setzte sie gleichentags in Kraft. Damit wurde sowohl die Waffenausfuhr nach Spanien als auch die Teilnahme am Spanienkrieg untersagt: «Art. 1 Die Ausreise aus der Schweiz zur Teilnahme an den Feindseligkeiten in Spanien ist verboten. Das Verbot bezieht sich nicht auf spanische Staatsbürger. Die Polizeiorgane des Bundes und der Kantone haben die Ausreise aus der Schweiz zum genannten Zwecke zu verhindern.

Art. 2 Die Feindseligkeiten in Spanien dürfen von der Schweiz aus in keiner Weise unterstützt oder irgendwie begünstigt werden. Die Generaldirektion der P.T.T.-Verwaltung wird angewiesen, keine Geldsendungen, die eine solche Unterstützung oder Begünstigung bezwecken, anzunehmen. Art. 41 des Bundesstrafrechts bleibt vorbehalten.»¹³

Eine konkrete Strafandrohung war in diesem Embargobeschluss noch nicht formuliert, aber diese wurde dann in einem zweiten, ausführlicheren Erlass am 25. August 1936 nachgeschoben. Darin hiess es:

«Art. 1 Wer zur Teilnahme an den Feindseligkeiten in Spanien aus der Schweiz ausreist oder hierzu Anstalten trifft, wer die Feindseligkeiten in Spanien von der Schweiz aus irgendwie unterstützt oder begünstigt, wer insbesondere Geldsammlungen zu anderen als wohlthätigen Zwecken vorbereitet oder durchführt, wer öffentlich zu einer Widerhandlung gegen diesen Bundesratsbeschluss auffordert oder anreizt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Busse bis zu 10'000 Fr. bestraft. Beide Strafen können verbunden werden.»

«Art. 5 Kundgebungen, insbesondere Versammlungen oder Umzüge zugunsten einer der an den Feindseligkeiten in Spanien beteiligten Parteien bedürfen der Bewilligung durch die zuständige kantonale Behörde.

Solche Kundgebungen sind zu verbieten, wenn anzunehmen ist, dass dabei zu einer Widerhandlung gegen diesen Bundesratsbeschluss aufgefordert oder angereizt wird. Unter den gleichen Voraussetzungen können die Kundgebungen aufgelöst werden. Nötigenfalls erlässt der Bundesrat das Verbot.»¹⁴

Diese Bestimmung stellte einen bislang einzigartigen Eingriff in die verfassungsmässig garantierte Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit dar und sollte zu grossen Kontroversen führen. Die *Volksstimme* zum Beispiel sprach von «Knebelverordnungen».¹⁵ Hintergrund der Beschlüsse war nicht nur die aktuelle Entwicklung

in Spanien, sondern vor allem die antifaschistische Mobilisierung im linksgewerkschaftlichen Lager. An zahlreichen Veranstaltungen der politischen und gewerkschaftlichen Linken wurde zum Kampf gegen die faschistischen Interventen und zur Hilfe für das bedrohte Spanien aufgerufen. Hitler und Mussolini wurden als heimliche Helfershelfer der spanischen Generäle entlarvt.

In der Begründung des ersten Beschlusses vom 14. August 1936 hob der Bundesrat seine in der Bundesverfassung in Artikel 102 festgelegte Pflicht hervor, für die äussere Sicherheit und Neutralität des Landes zu sorgen. Daher wurden die Beschlüsse auch «Neutralitätsbeschlüsse» genannt. Den zweiten, erweiterten Erlass begründete er damit, dass das erste Verbot wider Erwarten missachtet worden sei. Tatsächlich hatten der Genfer Linksozialist und Staatsrat Léon Nicole, aber auch andere Exponenten öffentlich dazu aufgerufen, den Beschluss aus Bern nicht zu befolgen.¹⁶

Die Spanienverbote tragen eindeutig die Handschrift von Giuseppe Motta und widerspiegeln den Geist der Führungselite. Der Tessiner Aussenminister von katholisch-konservativer Herkunft war ein erklärter Antikommunist und Bewunderer von Mussolini. Im Nationalrat geisselte er die kommunistische Propaganda als moralisches Verbrechen und behauptete, der Einfluss Moskaus sei allgegenwärtig.¹⁷ 1934 hatte er im Völkerbund eine Rede gegen die Aufnahme der Sowjetunion gehalten, obwohl fast alle Staaten dafür waren. Den italienischen Diktator bezeichnete er als den grossen Führer des befreundeten Nachbarlands und pries seine «wunderbare Intuition des Geistes und erhabene Willenskraft».¹⁸ Motta sympathisierte auch mit den spanischen Generälen. In einer Rede im Ständerat übernahm er Francos Rechtfertigungsrhetorik und sagte, dass sich die Spanische Republik seit dem Fall der Monarchie in einem «Zustand der Revolution» befinde.¹⁹

Wegen der scharfen Rhetorik der Spanienkundgebungen fürchtete der Bundesrat diplomatische Schwierigkeiten mit den Achsenmächten. Deshalb stufte er diese Aktivitäten als Gefahr für die äusserliche Sicherheit ein und entschied sich vor dem Hintergrund der Ausreise von KP-Freiwilligen für strenge Massnahmen.

Dies stand im Kontrast zur Nachsicht gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland. Man nahm die Verletzung nationaler Rechte schweigend hin, als Görings Transportflotte für Franco illegal die Schweiz überflog.²⁰ Natürlich spielten auch die schweizerischen Wirtschaftsinteressen eine Rolle. Da man von einer späteren nationalen Regierung wirtschaftliche Retorsionen befürchtete, wollte der Bundesrat jeden Anschein einer Unterstützung der Spanischen Republik vermeiden.²¹ Ingeheim rechnete er bereits mit einem Sieg Francos.

Die Spanienverbote müssen auch im Zusammenhang mit dem aussen- und innenpolitischen Druck gesehen werden, dem sich der Bundesrat ausgesetzt sah. Seit dem Mord am NSDAP-Gauleiter Wilhelm Gustloff in Davos im Februar 1936 forderten deutsche Medien Massnahmen gegen die antifaschistische Kritik der Schweizer Linken. Ins gleiche Horn stiessen frontistisch gesinnte Schweizer Offiziere. Die Rechte forderte schon lange ein härteres Vorgehen gegen Kommunisten, sprich: ein Verbot der KPS. Der ehemalige Bundesrat Jean-Marie Musy, Kopf der reaktionären Rechten, deponierte im Juni 1936 im Nationalrat eine Motion für ein Verbot der KPS. Und der Vaterländische Verband agitierte hinter den Kulissen zusammen mit der Bundesanwaltschaft für harte Repressionsmassnahmen gegen die Linke. Diesem Druck kam der Bundesrat mit seinen Spanienbeschlüssen entgegen.

Neutralitätspolitisch markieren diese Beschlüsse eine Rollback-Entwicklung. Im Einklang mit der Rechten propagierte Motta eine Rückkehr von einer offenen zur integralen Neutralität und zum Isolationismus.²² Obwohl bei den Spanienverboten der Schutz der Neutra-

lität in den Vordergrund gerückt wurde, kommt diese im Text selber überhaupt nicht vor. Auch fehlt ein Zweckartikel. Daher war in der Linkspresse auch vom «Neutralitätsschwindel» die Rede.²³ In der Solidaritätsbewegung für Spanien verursachte die Verbotspolitik einen Sturm der Entrüstung, da sie jegliche Hilfe an Spanien zu verunmöglichen schien. Die Erlasse wurden als verfassungswidrig kritisiert, da der Bundesrat gar nicht zu Straferlassen befugt sei.

Die *Volksstimme* sprach von der «schwärzesten Reaktion» und stellte den Bundesrat unter Faschismusverdacht: «Der spanischen Regierung muss geholfen werden. Sie ist die nach Gesetz und Recht, aufgrund des Volkswillens zur Macht gekommene Regierung. Sie verteidigt in Spanien die Demokratie gegen illegale, verbrecherische Putschisten. Wer sich gegen sie stellt, beweist damit nur, dass er Demokratie und Volksrechte hasst und sich in seiner Gesinnung schon dem Faschismus, der Barbarei, zugewandt hat! Beim Bundesrat ist das ganz offenbar der Fall!»²⁴

Die KPS brachte die Sache realpolitisch auf den Punkt, indem sie der schweizerischen Neutralität anlastete, sie sei in Wirklichkeit gar keine, sondern nütze nur der faschistischen Intervention, da sie die Hilfe an die Spanische Republik blockiere. KPS-Sekretär Jules Humbert-Droz charakterisierte später das bundesrätliche Verständnis in einer Broschüre mit folgenden Worten: «Die moralische und geistige Neutralität, die uns Herr Motta aufzwingen möchte, ist die Neutralität eines Hotelportiers, der, vollkommen neutral, nach links und rechts lächelt, der sein Rückgrat vor jedem beugt, von der einzigen ‚Idee‘ besessen, zu einem guten Trinkgeld zu kommen.»²⁵

Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb dagegen, die Beschlüsse seien eine «Antwort des Bundesrates auf die landesgefährdenden Umtriebe der Marxisten».²⁶ Das liberalkonservative Blatt hatte die innenpolitische Funktion der Verbote sofort erfasst. Während einer von der SPS verlangten Aussprache mit dem Bundesrat betonte Motta,

dass die Verbote nicht gegen die Sozialdemokratie gerichtet seien, sondern nur gegen «jene Elemente, die kein Mass kennen», also die radikalen Kommunisten.²⁷ Bald stand der Vorwurf im Raum, die Spanienverbote seien aufgrund von diplomatischen Interventionen aus Rom und Berlin erlassen worden. Motta stellte dies in Abrede: Man habe erst nach den Beschlüssen mit den italienischen und deutschen Gesandten «zum Zwecke der Information» gesprochen.²⁸

Ob es tatsächlich Winke aus der braunen Diplomatie gegeben hatte, ist und bleibt unklar. Das Resultat war in jedem Fall eine verschärfte Linie gegenüber der Linksopposition. Die Handlungsweise der Landesbehörde war von einer antikommunistischen Mentalität geprägt, sie war anfällig gegenüber Druckversuchen von rechts und orientierte sich an den Achsenmächten, für deren autoritäre Praktiken gewisse Sympathien vorhanden waren. Auch spielten verletzte Autoritätsgefühle eine Rolle, hatten doch linke Meinungsführer die Spanienbeschlüsse einfach missachtet. Weiter dürften auch diffuse Ängste vor einem Volksfrontbündnis in der Schweiz mitgespielt haben. SP- und KP-Sektionen hatten gemeinsame Spanienveranstaltungen durchgeführt. Dies liess bereits Spekulationen über ein schweizerisches Volksfrontbündnis entstehen⁹

Kriminalisierte Opposition

Die Spanienbeschlüsse sorgten in den nächsten drei Jahren bei Bundesanwaltschaft, Strafverfolgern und Militärjustiz für Hochbetrieb. Der sofortige Vollzug der Bestimmungen mutet an, als habe die Bundesanwaltschaft nur auf die neuen Instrumente gewartet. So wurden die in Basel angehaltenen KP-Leute um Otto Brunner sogar noch vor dem Inkrafttreten des Ausreiseverbots am 13. August 1936 inhaftiert. Später versuchte die Bundesanwaltschaft gar, mithilfe die-

ser Verbote die gesamte kommunistische Parteiführung hinter Gitter zu bringen. Dies unter dem Vorwurf, sie habe eine Werbezentrale für Spanien eingerichtet. Ab Sommer 1937 kam es zu zahlreichen Hausdurchsuchungen und Festnahmen in kommunistischen und sozialistischen Kreisen.

Werden die Spanienverbote als Disziplinarmassnahme gegen die Linksoption begriffen, so können sie in den Kontext der Repressionspolitik der 30er-Jahre eingeordnet werden. Ausgangspunkt war das Verbot der Beschäftigung von Kommunisten in der Bundesverwaltung vom Dezember 1932, das auf Betreiben von Bundesrat Jean-Marie Musy zustande gekommen war. In den folgenden Jahren kam es zu vermehrten Beschlagnahmungen der KP-Presse. Zum Beispiel liess der Bundesrat unmittelbar vor den Spanienbeschlüssen, am 11. August 1936, eine Spanien-Sondernummer der *Arbeiter-Illustrierten Zeitung* einziehen, weil darin eine Fotomontage von John Heartfield Hitlers Einsatz in Spanien anprangerte. Es folgte am 4. November 1936 der Beschluss «über Massnahmen gegen die kommunistischen Umtriebe», der insbesondere gegen die Rote Hilfe Schweiz gerichtet war.³⁰

Wenig später wartete der Bundesrat mit einem «Bundesbeschluss über den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit» auf.³¹ Der weitreichende Entwurf stellte nicht nur Umsturzversuche, sondern auch Meinungsdelikte wie etwa unwahre Behauptungen über die Armee unter Strafe. Das ging selbst liberalen Kreisen zu weit, so dass er in der parlamentarischen Beratung auf Eis gelegt wurde.

Im Februar 1937 schloss der Bundesrat Mitglieder von KP-nahen Organisationen wie der Internationalen Arbeiter-Hilfe oder des Verbands proletarischer Freidenker von der Bundesverwaltung aus. Dann folgte mit dem Bundesratsbeschluss «über Massnahmen gegen staatsgefährliche Umtriebe und zum Schutze der Demokratie» eine weitere Verschärfung.³² Das KP-Verbot, dem sich der Bundesrat etappenweise angenähert hatte, wurde schliesslich im November

1940 ausgesprochen. Es war der Endpunkt einer Entwicklung, die den politischen Spielraum der radikalen wie der gemässigten Linken immer mehr einengte.

Der heimliche Spanientransfer

Auch in St. Gallen fanden, wie an vielen Orten, Sympathie- und Solidaritätsveranstaltungen für die Spanische Republik statt. Wenige Wochen nach Kriegsausbruch, am 26. August 1936, trat Nationalrat und SPS-Geschäftsleitungsmitglied Paul Meierhans im Volkshaus auf. Es sei nicht richtig, dass in Spanien um den Bolschewismus gekämpft werde: «In Spanien kämpft der internationale Faschismus gegen die Freiheit des spanischen Volkes.»³³ 100 Franken Spenden wurden gesammelt. Am 8. Oktober 1936 sprach der Genfer Intellektuelle André Oltramare in St. Gallen. Schliesslich berichtete am 21. Juni 1937 die Geschäftsleiterin des Schweizerischen Arbeiter-Hilfswerks, Regina Kägi-Fuchsmann, über ihre Spanienreise.

Die Rote Hilfe St. Gallen lud ihrerseits zu einem Spanienabend mit Lichtbildern ein, an dem Hans Mosimann referierte. Mosimann bestritt zusammen mit Willy Trostel das Sekretariat der Roten Hilfe Schweiz. Zu dem Anlass erschienen jedoch nur gerade fünfzehn Personen, darunter der Chef der Politischen Polizei, Martin Spirig, der von den Anwesenden «hämisch begrüsst» wurde.³⁴ Ein weiterer, von SP und Gewerkschaftsbund organisierter Spanienabend ging aus Anlass des zweijährigen Krieges am 22. Juli 1938 mit Gastredner Walther Bringolf über die Bühne.

Im antifaschistischen Milieu entstanden überall Strickzirkel, in denen Frauen Pullover und Wollsachen für die Bevölkerung in Spanien herstellten.³⁵ In St. Gallen versuchte die KPS ebenfalls, einen solchen Zirkel ins Leben zu rufen. Allerdings mit wenig Erfolg. Polizeihauptmann Grüninger jedenfalls informierte die Bundesanwaltschaft, dass «diese Neugründung nie aus den Kinderschuhen herauskam und nun seit Monaten wieder eingeschlafen ist». Die KP-

Führung habe es nicht verstanden, «die Frauenwelt für eine derartige Institution zu begeistern».³⁶

Die Ostschweiz war ein bedeutender Korridor für die Durchschleusung der internationalen Spanienkämpfer. Ab Herbst 1936 entstand ein Netzwerk, das den heimlichen Grenzübertritt während rund anderthalb Jahren ermöglichte. Bis zum Winter 1937 gelangten Hunderte, wenn nicht Tausende Spanienfreiwillige aus Ost- und Südeuropa, aber auch aus Österreich und Deutschland über die Grenze im Rheintal. Von der Schweiz reisten sie weiter zu den internationalen Rekrutierungszentren in Paris oder Lyon. Mit Ausnahme der Route übers Mittelmeer gab es kaum eine andere Möglichkeit, aus Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn oder der Tschechoslowakei nach Spanien zu gelangen. Das westliche Tirol, Vorarlberg und das Rheintal wurden zum Nadelöhr der Spanienroute. Dieser Korridor wurde im März 1938 unpassierbar, als Hitler Österreich annektierte und die Transitnetze endgültig zerschlagen wurden.

Vor ihrer Abreise wurden die «Spanienfahrer», wie sie in der zeitgenössischen Presse genannt wurden, jeweils mit Zieladressen in Zürich oder Basel ausgestattet. Freiwillige, die im Besitz eines Passes waren oder die internationalen Züge benutzen konnten, gaben beim Grenzübertritt zur Tarnung an, sie wollten in Frankreich Arbeit suchen oder die Weltausstellung in Paris besuchen, die von Mai bis November 1937 stattfand.

Viele Spanienkämpfer, die über kommunistische Organisationskanäle in Wien oder Prag ins Rheintal kamen, landeten in St. Gallen in der Stube der Familie Wagner im Linsebühl. Ihre Wohnung war eine Anlaufstelle für diese Durchreisenden. Niklaus Wagner erinnert sich, dass wöchentlich zwei Gruppen von zwei bis drei Mann auftauchten, die nach Spanien wollten: «Die Adressen hatten sie von Schüri [d. i. Albert Scheurer], der ja oft in Österreich drüben war. Meist waren es nicht mehr ganz junge Männer, Polen und Tschechen.

Manchmal konnten sie kein Wort Deutsch. Wir benachrichtigten die Rote Hilfe, die den Personen Geld und Fahrkarten gab. Ich musste dann die Leute auf den Bahnhof begleiten und in die Züge nach Zürich oder Basel weisen. Dabei mussten wir aufpassen, denn Weder und Graf [Fahnder der Politischen Polizei St. Gallen] spionierten immer umher.»³⁷

Als sich im Spätsommer 1936 die Durchreisen von auffälligen, meist schlecht gekleideten Personen häuften, rief dies die Polizei- und Grenzbehörden auf den Plan. In Buchs SG wurden in den internationalen Zügen gezielte Kontrollen durchgeführt. Etliche Spanienfreiwillige blieben darin hängen und konnten die Grenze nicht passieren. Bei den polizeilichen Abwehrmassnahmen kooperierte das St. Galler Polizeikommando mit der Bezirkshauptmannschaft Bregenz. Gemeinsam wurden «einvernehmliche Erhebungen und Beobachtungen» durchgeführt.³⁸

Auch zwischen den patriotischen Verbänden bestanden Kontakte über die Grenze hinweg. Das Pendant des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes in Österreich war die Vaterländische Front (VF). Sie war 1933 von Bundeskanzler Engelbert Dollfuss, einem Bewunderer des italienischen Faschismus, gegründet worden und zog analog zum SVV einen antimarxistischen Nachrichtendienst auf, der mit den staatlichen Polizeiorganen zusammenspannte. Die Berichte der Front fanden zum Teil direkt den Weg in die Presse. Das *Vorarlberger Tagblatt* druckte am 30. Oktober 1937 unter dem Titel «Marxistische Vermittlung von Spanienfreiwilligen an der Grenze zwischen Vorarlberg und der Schweiz» längere Auszüge aus dem Mitteilungsblatt der VF nach, die wiederum auf Polizeiakten beruhten. Die Schweizer Presse kolportierte den Bericht.³⁹

Die Schweizer Freiwilligen

Was waren das für Personen, die 1936 nach Spanien eilten? Welche Motive leiteten sie und aus welchen Schichten kamen sie? Der Blick

auf die Tatsachen war lange Zeit durch die Ideologisierung des Spanienkriegs verstellt. Die Spanienkämpfer galten den einen als antifaschistische Freiheitshelden, den andern als Kommunisten und Revolutionäre im Dienste Moskaus. Inzwischen hat die Forschung durch eine systematische Auswertung der Militärakten im Bundesarchiv sowie der Dokumente der Komintern in Moskau Licht in dieses Phänomen gebracht.⁴⁰ Ulmi/Huber listen 815 Freiwillige auf, wovon 648 Schweizer und 134 in der Schweiz niedergelassene Ausländer waren. Das sind mehr als bisher von der Forschung vermutet.⁴¹

Die Gruppe der Spanienfreiwilligen war politisch heterogen und bestand keineswegs nur aus Anhängern der KP, wie dies in der zeitgenössischen bürgerlichen Presse wahrgenommen wurde. Nur von einem Teil der Freiwilligen ist die politische Zugehörigkeit bekannt. Von allen politisch identifizierten Spanienkämpfern waren 317 oder 59,8 Prozent KP-Mitglieder oder sympathisierten mit dieser Partei. 19,4 Prozent gehörten keiner Partei an. 12,1 Prozent waren Sozialisten und 3,4 Prozent Anarchisten. Es lässt sich also bestenfalls von einer beschränkten kommunistischen Dominanz sprechen. Dass eine Mehrheit der Spanienkämpfer parteilos gewesen sei, wie KP-Nationalrat Marino Bodenmann behauptete, trifft kaum zu.⁴²

Dass 71 Prozent des Kontingents qualifizierte Arbeiter oder Handwerker waren, macht den proletarischen Charakter der Bewegung eindeutig. Von 560 Freiwilligen kennt man die Herkunft. Gut die Hälfte kam aus den Städten Zürich, Genf und Basel, aber es gab auch viele aus ländlichen Gegenden.⁴³ Eine Analyse der Aussagen in den Militärgerichtsverfahren zeigt mannigfache Gründe für die Bereitschaft, sich in Spanien zu engagieren. Im Vordergrund steht aber eine antifaschistische Motivation. Die Mehrheit gab an, Spanien gegen den Faschismus helfen zu wollen. Es gab den parteigebunde-

nen, politisch bewussten Kämpfer aus dem KP-, SP- oder Gewerkschaftslager ebenso wie den parteilosen, eher humanistisch oder idealistisch gesinnten Freiwilligen.

Bei manchen spielte die Arbeitslosigkeit und die Hoffnung, in Spanien eine neue Existenz zu finden, eine Rolle. Andere wiederum flüchteten vor persönlichen oder familiären Problemen, und bei Einzelnen standen auch schlichtes Mitläufertum oder jugendliche Abenteuerlust im Vordergrund. Oft waren diese Motivlagen durchmischt und diffus, kaum eindeutig bestimmbar. Bei der Mehrzahl war ein mehr oder weniger klar erkennbares politisches Bewusstsein als Handlungsmotiv vorhanden.

Hätten weniger Schweizer am Spanienkrieg teilgenommen, wenn sie zu Hause in Lohn und Brot gestanden hätten? Diese Frage ist zu bejahen, denn die Arbeitslosigkeit war ein Merkmal der unteren sozialen Schichten. Unzulässig wäre es dagegen, das Engagement der Spanienfreiwilligen nur auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen und so zu entpolitisieren. Dies geschah oft in der bürgerlichen Optik, wo die Spanienkämpfer als Reisläufer oder Söldner betrachtet und damit auf ökonomische Motive reduziert wurden. Die neofranquistische Sicht, die in Spanien immer noch Einfluss hat, sieht in den Brigadisten bis heute ein Phänomen der Weltwirtschaftskrise.⁴⁴ Erwerbslosigkeit, soziale Entwurzelung und gesellschaftliche Exklusion können nicht als Hauptursache angesehen werden, weshalb Zehntausende nach Spanien gingen.

Auf der anderen Seite lässt sich ein heldenhafter Antifaschismus als alleiniger Erklärungsgrund nicht aufrechterhalten. Diese idealistische Fiktion wird in der kommunistischen Historiografie repetiert, ignoriert jedoch die soziale Realität.⁴⁵ Die Wirklichkeit war profaner und komplexer: Die Spanienfreiwilligen gehörten zu einer politischen Bewegung, die im weitesten Sinn mit dem linksoppositionellen Milieu verbunden war und für die ein antifaschistisches Motiv

handlungsleitend war. Als soziale Gruppe sind sie daher dem antifaschistischen Widerstand zuzurechnen, der sich in vielen, auch parteiungebundenen Formen manifestierte.

Die St. Galler Spanienkämpfer

Als sich Walter Wagner im Herbst 1936 mit dem Gedanken trug, nach Spanien zu ziehen, hatte ein gutes Dutzend St. Galler, die Wagner persönlich kannte, diesen Vorsatz bereits in die Tat umgesetzt. Es handelt sich um Hans Thoma, Emil Schmidli, Hans Huber, Mario und Toni Fritz, Alois und Wilfried Mettler, Oscar Bosshard, Leopold Stern, Hans Hofstetter, Walter «Moritz» Graf, Max Gorbach und Robert Bruderer. Einige biografische Streiflichter müssen an dieser Stelle genügen.⁴⁶

Hans Thoma und Leopold Stern, den Wagner in Moskau traf, sind bereits ausführlich vorgestellt worden. Emil «Migg» Schmidli war Sanitärinstallateur und KP-Sympathisant. Er verliess St. Gallen im Mai 1937 und diente in Spanien in einer Anti-Tankabteilung. Hans Huber, in St. Gallen aufgewachsen, war Bäcker und parteilos. Hansli, wie er gerufen wurde, reiste am 11. Januar 1937 zusammen mit Hans Hofstetter nach Spanien, wo er zuerst im bekannten Tschapajew-Bataillon der XIII. Brigade kämpfte, bevor er zu den Partisanen umgeteilt wurde. Sein Kumpan Hans Hofstetter war Elektriker und Sohn eines Sozialdemokraten und Tramfahrers. Er wurde wegen kommunistischer Umtriebe aus der Lehre geworfen. Im Spanienkrieg fiel er am 24. Juli 1937 in der Schlacht von Brunete bei Madrid.

Antonio Fritz zog gemeinsam mit Erwin Bommer Ende Mai 1937 in den Bürgerkrieg. Bommer war in Rorschach aufgewachsen und hatte eine Gipserlehre absolviert. Seine Mutter führte im St. Galler Linsebühl-Quartier einen Früchte- und Gemüseladen. Er kämpfte in der XIII. Brigade als Maschinengewehrschütze, fuhr später Verwundetentransporte und wurde an Silvester 1938 mit zahlrei-

chen anderen Schweizern repatriiert. Antonio (Toni) Fritz und sein Bruder Mario waren im italienischen Belluno geboren und als Emigranten nach St. Gallen gekommen. Mario arbeitete als Plattenleger und gehörte zu jenem Kreis von KP-Anhängern, der sich in der ehemaligen Stickereifabrik Thoma an der Rorschacherstrasse traf. Er fiel am 6. August 1937 bei Murcia. Sein Bruder Toni überlebte den Krieg, kehrte nach St. Gallen zurück und liess sich später in der Westschweiz nieder. Oscar Bosshard wuchs in Flums auf und arbeitete dort als Kaminfeger, bevor er in den späten 20er-Jahren nach St. Gallen kam, wo er in die KP eintrat, die Partei aber später wieder verliess. Er kämpfte im bekannten Tschapajew-Bataillon.

Die beiden Brüder Alois und Wilfried Mettler wuchsen in Chur auf und kamen nach der Scheidung der Eltern nach St. Gallen. Hier lebten sie von Hilfsarbeiten und verkehrten im KPSG-Umfeld. Im Juli 1937 gingen sie gemeinsam nach Spanien und waren in der XI. Brigade als Chauffeur beziehungsweise Mitfahrer tätig. Während Alois repatriiert wurde, geriet Wilfried in Franco-Gefangenschaft und war im Gefängnis San Pedro de Cardena inhaftiert. Er kam erst im April 1939 zusammen mit zehn weiteren Schweizer Gefangenen frei. Während Alois eine Spanierin heiratete, ehelichte Wilfried Mettler in St. Gallen Klara Wagner, die Schwester von Walter Wagner.

Der gebürtige Deutsche Max Gorbach wurde bereits in seiner Funktion als KP-Kurier nach Deutschland und Österreich geschildert. Der Bundesrat wies ihn 1935 wegen verbotener politischer Betätigung aus der Schweiz aus. Im Bürgerkrieg diente er auch im Tschapajew-Bataillon. Robert Bruderer war KP-Mitglied und im Bau- und Holzarbeiterverband aktiv. Am 1. September 1937 kam Röbi beim Angriff der Regierungstruppen auf Belchite in Aragón ums Leben. Walter «Moritz» Graf wuchs in Thal SG in einem streng religiösen Elternhaus auf und besuchte die Kantonsschule in St. Gallen, die er aber vorzeitig verliess. Dort hatte er Hans Thoma kennen-

gelernt. Später arbeitete «Moritz», wie er stets genannt wurde, als Journalist bei der KP-Zeitung *Der Kämpfer*. Als einer der wenigen Schweizer diente er nicht in den Internationalen Brigaden, sondern in der regulären spanischen Armee bei der Fliegerabwehr und bekleidete dort als Politkommissar einen höheren Rang.

Wagners KP-Mission

Der Spanienkrieg war bald ein Jahr alt, als Walter Wagner nicht mehr länger zuwarten wollte. Es zog ihn mit aller Macht nach Süden. Die politischen Überlegungen, die zu seinem endgültigen Entschluss führten, fasst er so zusammen: «Die Spanische Republik wurde von den Demokratien, allen voran auch die offizielle Schweiz, zusehends im Stich gelassen, man schlug sich auf die Seite der Todfeinde der Demokratie, die Faschisten. Das gab für mich den Anlass, nach Spanien zu gehen. Mir war es damals schon klar, dass Hitler einem Krieg gegen die Demokratien zusteuerte. Mit seiner Waffenhilfe konnte Franco seinen Putsch gegen die Spanische Republik erfolgreich beginnen. Ein faschistisches Spanien würde den Todfeind Frankreich empfindlich schwächen und seinem Ziel, einem Krieg gegen Russland, näherbringen. Es wäre eigentlich Pflicht der demokratischen Länder gewesen, der Spanischen Republik zu helfen. Das Gegenteil war der Fall, man beschloss ‚Nichteinmischung‘, liess aber andererseits Hitler und Mussolini weiterhin freie Hand mit Waffen- und Truppenlieferungen an Franco. Meine politische Einstellung gegen den Faschismus und für die Demokratie führte automatisch zum Entschluss, nach Spanien zu gehen, um mich dort in die Internationalen Brigaden einzureihen zum Kampf gegen den Faschismus und für die demokratische Republik Spaniens.

Trotz meinen Erfahrungen in der Sowjetunion an der Leninschule verblieb ich immer noch in der Partei und wollte die Partei,

die mir einen längeren Aufenthalt in der Sowjetunion ermöglicht hatte, nicht enttäuschen. Ich wollte nicht einfach ‚verschwinden‘, sondern die Partei sollte doch wissen, dass ich beabsichtigte, nach Spanien zu gehen. Meine Absicht teilte ich dem Genossen Hofmaier mit und der sagte mir, dass er für mich eine Aufgabe in Spanien habe. Die Schweizer wären bis jetzt durch die deutsche Abteilung der Interbrigaden in Albacete vertreten und das habe zu Unstimmigkeiten geführt mit den Schweizern. Meine Aufgabe wäre vorerst, ein Schweizer Büro zu eröffnen und deren Vertretung und Betreuung zu übernehmen. Ich war damit einverstanden, betonte aber, dass man mich nach ca. einem Monat ablösen müsse, denn ich wollte nicht in irgendeinem Büro im Hinterland herumhocken, sondern an die Front. Hofmaier sagte mir zu, er werde das veranlassen.»⁴⁷

Im Juni 1937 packte Wagner seine Sachen und vertraute seiner Stiefmutter – sein Vater hatte inzwischen wieder geheiratet – an, dass er jetzt abhauen werde.⁴⁸ Er verliess St. Gallen ebenso heimlich, wie er nach Moskau gereist war. Wohl ahnte er, dass er unter Dauerbeobachtung der Polizei stand. Tatsächlich war ihm die Bundesanwaltschaft schon auf den Fersen. Im April 1937 hatte sie eine viermonatige Postsperrung gegen die Familie Wagner angeordnet. Sämtliche Briefe wurden abgefangen und kopiert. Der Grund für diese Überwachung wird aus einem Schreiben der Bundesanwaltschaft an das St. Galler Polizeikommando deutlich, in dem es heisst: «Laut verschiedenen uns zugekommenen Mitteilungen sollen die Angehörigen der Familie Wagner in letzter Zeit politisch sehr aktiv sein.»⁴⁹ Offensichtlich hatten Hinweise aus dem Dunstkreis des Vaterländischen Verbands genügt, um die Bundesanwaltschaft zu dieser Massnahme zu veranlassen.

Beim Antrag auf Postsperrung bei der PTT-Generaldirektion ergaben sich jedoch Schwierigkeiten. Die Rechtsabteilung der PTT teilte der Bundesanwaltschaft mit, man könne gemäss dem Postverkehrs-



Die Familie Wagner in Flawil in den frühen 1920er-Jahren. Rechts Walter Wagner, die Eltern Niklaus und Elisabeth Wagner sowie die beiden Geschwister Niklaus jr. und Klara. *(Nachlass Wagner)*



Arbeitslose im Mai 1932 beim Bau der zweiten Teilstrecke der Parsenn-Bahn in Davos. Walter Wagner (stehend zweiter von rechts) erhielt die Stelle durch das St. Galler Arbeitsamt. *(Nachlass Wagner)*

"26." November 1933 г.

Секретно.

1. Задешняя (школьная) фамилия и имя

Wagner, Paul Werner Paul

2. Настоящая фамилия и имя

Wagner Paul

3. Партийные клички и псевдонимы (когда, где жил и работал под этими кличками)

4. Год и место рождения

9.10.1913

5. Национальность и подданство

6. Партийность

7. Профессия

8. Время приезда в СССР и какими документами

9. Место жительства и место работы или учебы

Примечание:

Отметка об исполнении

Зак. 923.

In November 1933 trat Walter Wagner in die Moskauer Leninschule ein. Er erhielt den Decknamen Paul Werner. Das russische Eintrittsdokument verzeichnet auch, dass Wagner ohne eigenen Pass in die Sowjetunion kam. (RGASPI Moskau)



Walter Wagner als junger Brigadist
im Spanischen Bürgerkrieg.
Die beiden Fotos stammen aus den
jahren 1937 und 1938.
(Nachlass Wagner)



SIGNALEMENT

Taille 163 cm
Cheveux Blonds
Yeux gris verts
Visage Ovale
Menton à fossette
Nez Normale

SIGNES PARTICULIERS:

Wagner Walter
(Signature de l'intéressé)

Nom: Wagner
Prénoms: Walter
Date de naissance: 20 - 2 - 1913
Lieu de naissance: (Flawil) Suisse
Nationalité: Suisse
DOMICILE: Pays Suisse
Ville St. Gall
Rue Langgasse N.° 63 A
Parti Politique: Antif
Date d'entrée dans les B. I.: 20 - 6 - 37
PROFESS: Boutiments
état civil: Célibataire

Jedes Mitglied der Internationalen Brigaden erhielt ein «Carnet milita» (Dienstbüchlein), in dem Personalien, Parteizugehörigkeit, militärische Einteilung, Fronteinsätze, Spitalaufenthalte etc. festgehalten wurden. Amtssprache im Hauptquartier der Brigaden in Albacete war Französisch. Wagners politische Zugehörigkeit wird hier mit «Antif.» (= Antifaschist) bezeichnet.
(Nachlass Wagner)



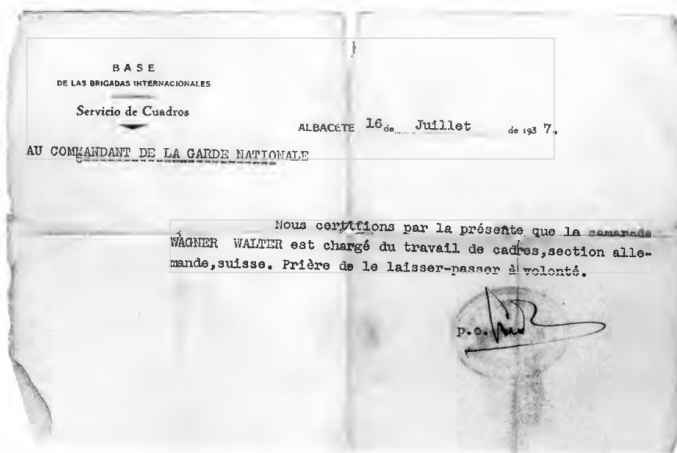
Porträt von Walter Wagner aus dem Jahr 1938, als er in der 4. Kompanie «Pierre Brachet» des 12. Bataillons «André Marty» in der XIV. Brigade eingeteilt war. Es war üblich, die verschiedenen Einheiten der Brigaden nach bekannten Antifaschisten zu benennen. (*Nachlass Wagner*)



Eine Gruppe von Brigadisten im typischen «Mono», dem einteiligen Overall, wie er in den Milizeinheiten üblich war. Ort und Zeitpunkt der Aufnahme unbekannt. *(Nachlass Wagner)*



Walter Wagner in Spanien mit Zigarette und Strohhüt. *(Nachlass Wagner)*



Das Dokument vom 16. Juli 1937 bescheinigt, dass Walter Wagner im Hauptquartier der Internationalen Brigaden in Albacete als Schweizer Kaderchef eingesetzt wird. (Nachlass Wagner)



Bescheinigung vom 12. Februar 1938, dass Walter Wagner die Unteroffiziersschule in Madriggeras absolviert hat und den Titel «Cabo» (Korporal) tragen darf. (Nachlass Wagner)



Walter Wagner (rechts) im Frühjahr 1938 in Aragón zusammen mit seinem Freund Arnold Tanner, der bei einem Sturmangriff fiel. Wagner konnte den von feindlichen MG-Kugeln getroffenen Tanner noch aus der Schusslinie tragen, aber es war zu spät.
(Nachlass Wagner)



Schweizer Brigadisten der XI. Brigade posieren mit Trauben in der Hand vor einem Lastwagen. Wagner sitzend zweiter von rechts mit Zigarette im Mund. Rechts neben ihm, ebenfalls sitzend, der aus St. Gallen stammende Brigadist Albert Wiener.



Sie waren einander freundschaftlich verbunden: die Brigadisten Ruedi Frei (in Uniform), Werner Kamber (rechts mit Lederjacke), der Appenzeller Werner Nef (sitzend mit Beret) sowie der Deutsche Karl Romoser (in Zivil). Zita Gmür-Schulz arbeitete in einem Spital, im Emigrantenheim sowie abends in der Scandinavia-Bar in Barcelona, einem Treffpunkt der Schweizer Spanienkämpfer.
(Nachlass Werner Nef)



Walter Wagner und der Österreicher Franz Reider im Frühjahr 1938 in einem Gefecht bei Gandesa. Das von einem französischen Journalisten aufgenommene Foto wurde als Titelbild für eine Buchpublikation des Militärpublizisten Helmut Klotz verwendet. Es wurde dabei verfälscht (Hakenkreuz am Geschützturm).
(Nachlass Wagner, Nachlass Ruedi Frei)

Helmut Klotz



Militärische Lehren
des Bürgerkrieges
in SPANIEN



Der Brigadist Ruedi Frei aus Basel trug stets eine Uniform. Er war Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes SIM. *(Nachlass Ruedi Frei)*



Der St. Galler Hans Thoma, einst kommunistischer Kantonsrat, war Wagners bester Freund weit über die Zeit des Spanischen Bürgerkriegs hinaus. *(Bundesarchiv Bern)*



Leopold Stern aus St. Gallen, mit dem Walter Wagner häufig in Streitigkeiten verwickelt war (Aufnahme aus den 1940er-Jahren). *(Nachlass Leopold Stern)*



Der Deutsche Max Gorbach (rechts), antifaschistischer Kurier und Waffenmeister im Tschapajew-Bataillon, zusammen mit dem Brigadisten Hans Hofstetter aus St. Gallen. *(Nachlass Wagner)*



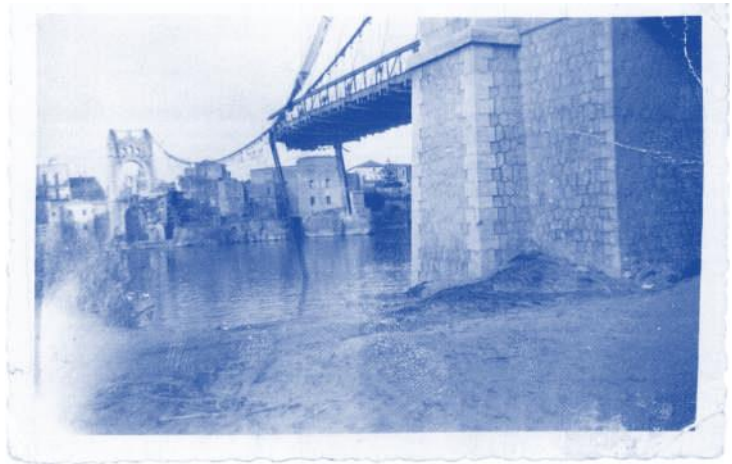
Blick in einen Schützengraben der republikanischen Armee, Aufnahme vermutlich aus Aragón. *(Nachlass Wagner)*



Walter Wagners spanischer Kamerad Emanuel hinter Sandsäcken im Abwehrkampf. *(Nachlass Wagner)*



Drei berühmte Kommandanten des kommunistischen 5. Regiments (von links nach rechts): Vittorio Vidali, Valentin Gonzalez genannt «El Campesino» und Enrique Lister. *(Nachlass Wagner)*



Zerstörte Brücke über den Ebro bei Amposta. Hier begann im Juli 1938 die grosse Ebro-Schlacht. *(Nachlass Wagner)*

Departement des Innern
 des Kantons St. Gallen

St. Gallen, den 31. Dezember 1945.

Telefon 224 41

Herrn
 Walter Wagner
 Unterstrasse 13
St. Gallen.

Wie wir aus Akten entnehmen haben Sie s. Zt. zusammen mit Robert Bruderer im spanischen Bürgerkrieg gekämpft. Mit der Beschaffung einer Todesurkunde für den Genannten, der damals in den Kämpfen um Belchite gefallen ist, beschäftigt, sollten wir noch wissen, ob Bruderer in der sogenannten "Roten Armee" der spanischen Republik oder in der "Nationalen Armee" des Generalissimus Franco gekämpft hat.

Wir ersuchen Sie, uns dies gefl. mitteilen zu wollen und uns auch gleichzeitig die Einheit welcher Bruderer zugeteilt war und wenn möglich, den Todestag des Genannten bekanntzugeben.

Hochachtend
 DEPARTEMENT DES INNERN
 Der Regierungsrat:

C. C.

Das St. Galler Departement des Innern spricht von der «Roten Armee» der spanischen Republik. (Bundesarchiv Bern)

...dienst einzurichten um abzuklären, ob den Suter die Bücher abliefern. Eine Durchsicht der ... ist nicht mehr notwendig, da bereit ein Verzeichnis des Materials vorliegt.

Die Mitteilung des Nachrichten dienstes im Schweiz. Generalstab hat bezeugt ein Interesse daran zu haben, wer sich um solche Bücher kümmert.

Der Sekretarist des Vaterländischen Verbandes St. Gallen, mit dem unsere Organe zusammen arbeiten, ist über den Fall genau orientiert und hat die Zentrale in Aarau diesbezüglich verständigt. In Verbindung mit diesen Stellen wird von hier aus die Zeit der Absendung erforscht und ist damit die Möglichkeit vorhanden, das Polizeikommando Zürich rechtzeitig zu benachrichtigen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesanwalt, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Polizeikommando des Kantons
 St. Gallen

Paul Grüniger

Ausschnitt aus dem Schreiben des St. Galler Polizeihauptmanns Paul Grüniger, in dem er die heimliche Zusammenarbeit der Politischen Polizei mit dem Schweizerischen Vaterländischen Verband einräumt. (Bundesarchiv Bern)



Fünf Spanienkämpfer am 24. Februar 1939 auf dem Weg zum Divisionsgericht 7 in St. Gallen (von links nach rechts): Walter Wagner, Hans Thoma, Walter «Moritz» Graf, Erwin Bommer und Hans Huber. Letzterer durfte, weil hilfspflichtig, in Zivil erscheinen. *(Nachlass Wagner)*



Walter Wagner als helvetischer «Modellsoldat» in einem Beitrag in der *Schweizer Illustrierten* aus dem Jahr 1941. *(Nachlass Wagner)*

Akten	Datum	Gegenstand
C 8/6	9.6.37	a.Pol.Kdo.Thurgau: Mitteilung des Berichts von St.Gallen (29.5.). Wagner sei zur Zeit mit dem Aufbau der KP des Kt. Thurgau beschäftigt.
	23.6.37	v.Pol.Kdo.St.Gallen: Fotokopien aus Postkontrolle. Walter Wagner schreibt seinem Vater aus Paris er hätte dort Arbeit gefunden und ersucht ihn, in St.Gallen abmelden zu wollen. (Es wird vermutet er nehme teil an einem komm.Schulungskurs in Paris.)
	25.6.37	v.Pol.Kdo.Thurgau: Walter ist in Kreuzlingen bekannt, soll dem Präsident der KP Kreuzlingen die Instruktionen erteilen. (Präs.der KP Kreuzlingen ist König Karl.)
C 15/6	29.6.37	v.VV:W. sei nach Paris gereist um von dort als Kämpfer nach Spanien zu fahren. Sei in Begleitung von Toni Fritz und Boamer Erwin, sowie einer Genossin "Rösli" aus Zch. Es wird vermutet, dass irgend jemand diese Leute finanziert hat zu dieser Reise.
C. 8.12	25. 2.37	v.Stadtpolizei Zch: Bericht über Hausdurchsuchung im Sekretariat Komm. Jugendverband (Lechleiter). Adresse des W. figuriert auf einer Liste unter Rubrik "Sektionen" (=Sekt des KJV).
A. 13.300	7.8.37	v.Pol.Kdo.St.Gallen: befindet sich z.Zeit in Paris
C. 8.6.	24.3.37	v.VV:Besuchte die Versammlung der K.P.St.Gallen am 3.3.37 im Rest.Liederhalle.
	8.6.37	v.VV:Besuchte die Versammlung der K.P.St.Gallen am 24.5.37 in Rest.Liederhalle.
	12.8.37	v.Pol.Kdo.St.Gallen:Uetersenden Fotokopien aus Postsperre.
	17.8.37	Wagner Walter befindet sich zur Zeit in Paris. a.Pol.Kdo St.G.:Postsperre aufheben,weiterhin beobachten.

Auszug aus der Karteikarte («Fiche») der schweizerischen Bundespolizei über Walter Wagner. Als KP-Funktionär stand Wagner unter ständiger Beobachtung, jeder Schritt wurde registriert. Das Kürzel «VV» verweist auf den Schweizerischen Vaterländischen Verband. (Nachlass Wagner)

Meinem
treuen Gefe. Wagner II/80,
als Beweis unserer
Zusammengehörigkeit
Christmet.

Ihr
Kp. Kdt.

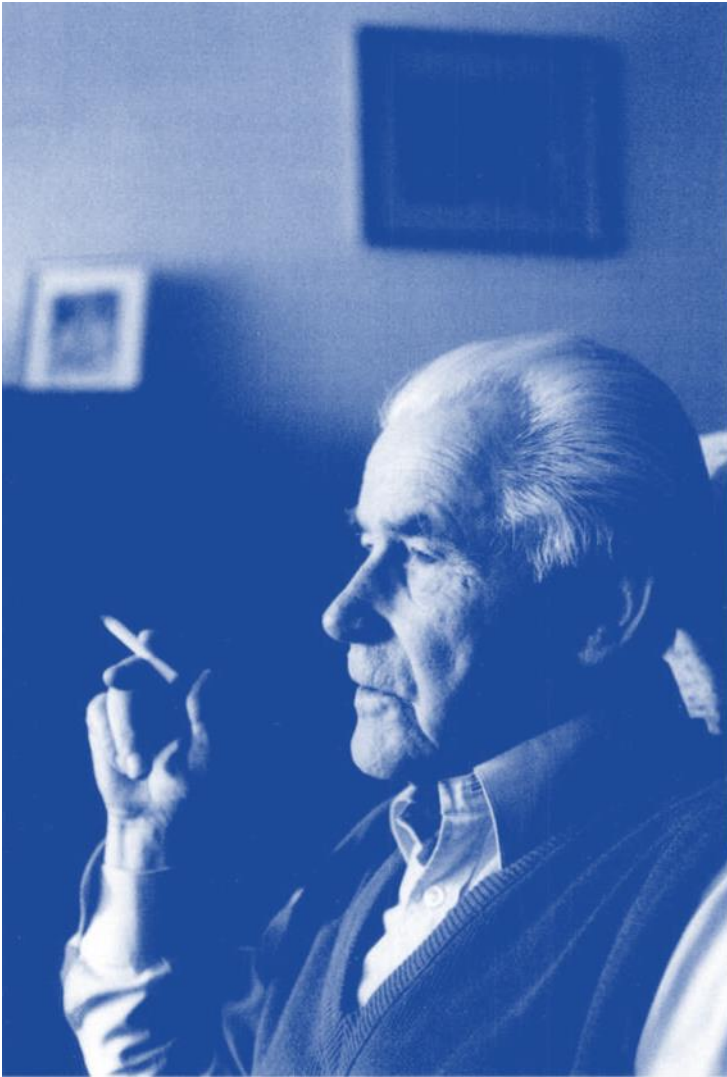
Hptm. Brunner 17.

20.1.41

Widmung von Hauptmann Matthias Brunner, Verfasser des Werks *Der Nahkampf*, an seinen Soldaten Walter Wagner, mit dem ihn eine lange Freundschaft verband. (*Nachlass Wagner*)



Aquarell des populären Malers José Luis Rey Vila («Sim») aus der spanischen Revolution 1936 in Barcelona. Wagner hatte zwei dieser weitverbreiteten, von der Gewerkschaft CNT herausgegebenen Drucke in seiner Wohnung aufgehängt.
(Nachlass Wagner)



Walter Wagner 83-jährig in seiner Wohnung (1996).

gesetz nur Auskunft erteilen, wenn es sich um eine Strafuntersuchung oder um die Verhinderung eines Verbrechens oder Vergehens handle. Sie bat die Bundesanwaltschaft um eine Bestätigung dieser Rechtsgrundlage.⁵⁰ Verärgert schrieb diese zurück, es gehe hier um die Verhinderung einer Widerhandlung gegen Art. 3 des Bundesratsbeschlusses vom 3. November 1936 (Verbot kommunistischer Schulungskurse). «Wir sind verpflichtet, solche Widerhandlungen zu erforschen. Solche Kurse werden gegen aussen getarnt. Gegenüber diesen Methoden der Illegalität muss unsere Fahndungsarbeit mit allen gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen.»⁵¹ Darauf knickte die PTT sogleich ein und entsprach dem Gesuch. Diese Reaktion ist aufschlussreich, denn sie zeigt, dass das Postgeheimnis gegen den Staatsschutz keine Chancen hatte.

Blosse Verdachtsmomente aufgrund von Hinweisen Dritter genügten, um einen erheblichen Eingriff in Wagners Privatsphäre anzuordnen. Die Bundesanwaltschaft nutzte im Übrigen ab Frühjahr 1937 die neuen Rechtsgrundlagen extensiv und ordnete zahlreiche Post- und Telefonkontrollen gegen kommunistische Kreise an. Dies führte in der Linkspresse zu Protesten gegen das «aufgehobene Postgeheimnis» und den «Polizeistaat». Die öffentlich angegriffene PTT betonte darauf in einer Mitteilung, dass sie nur die Weisungen der Justiz befolge.⁵²

Das Ergebnis der Postkontrolle bei Wagner fiel jedoch enttäuschend aus. Polizeikommandant Paul Grüninger übermittelte der Bundesanwaltschaft am 29. Mai 1937 fünf Abschriften und vier Kopien von politisch belanglosen Briefen. In der unerwartet mageren Ausbeute sah Grüninger den Beweis, dass KP-Aufträge nicht mehr schriftlich, sondern in mündlichen Besprechungen erteilt würden. Dies könne umso leichter geschehen, «als die meisten prominenten Funktionäre der KPS über Generalabonnements der SBB verfügen».⁵³

Die Postzensur brachte schliesslich doch noch kompromittierende Schriftstücke zum Vorschein: drei Briefe von Walter Wagner

aus Paris. Damit war zumindest erwiesen, dass er die Schweiz verlassen hatte. Im ersten Brief vom 16. Juni 1937 heisst es: «Meine Lieben! Bin also hier gut angekommen und habe bei meinem Freunde Hanslin gute Aufnahme gefunden. Nun hat es sich sehr gut getroffen, denn er kann mir Arbeit verschaffen in seinem Betrieb, wo er als Ing. angestellt ist, so dass ich also kaum zurückkommen werde wie ich es mir gedacht.»⁵⁴

Beim erwähnten Hanslin handelte es sich um Maurice Hanslin alias Moritz Aenishanslin, einen 1893 in Basel geborenen Ingenieur, der in Paris arbeitete. Wagner hatte den Mann auf einen Hinweis des KP-Funktionärs Hans Bruggmann in Bischofszell kennengelernt. Dort war der Kommunist Aenishanslin als Spezialtechniker für Filterpressen beim Aufbau der Obipektin-Fabrik beschäftigt. Die Bundesanwaltschaft, die Erkundigungen über ihn einzog, vermutete in ihm einen Komintern-Agenten.⁵⁵

Die erwähnte Arbeitsstelle im Betrieb von Aenishanslin war eine Legende. Wagner führte sie im Brief an, um seine Spanienmission als Parisaufenthalt zu kaschieren und die Polizei in die Irre zu führen. Im selben Brief bat Wagner die Eltern, ihn bei der Einwohnerkontrolle und beim Sektionschef, der militärischen Kontrolle, abzumelden, für ihn Auslandsurlaub einzuholen und auch die Militärerstattsteuer zu bezahlen. Polizeikommandant Grüninger wusste nicht recht, was er von diesem Schreiben halten sollte. Er meldete daher nach Bern, es seien weitere Erhebungen nötig, um Wagners Abreise nach Spanien zu klären.

Am 29. Juli 1937 schrieb Wagner einen Brief an die Eltern und einen zweiten an seinen Bruder Niklaus. Um Porto zu sparen, legte er beide in denselben Umschlag. Im einen strickte er an der Legende von der Arbeitsstelle in Paris weiter und teilte mit, seine Arbeit sei abwechslungsreich, er müsse nicht den ganzen Tag in der Fabrik stehen. Ausserdem schwärmte er von der Weltausstellung, die «wirklich sehenswert» sei. Im Brief an Chläus, wie sein jüngerer Bruder genannt wurde, führte er aus, er habe schon einige Freunde hier,

nämlich «Toni, Mario, Huber, Röbi [unleserlich] und die ganze Clique».⁵⁶ Damit sind seine KPSG-Kollegen und Spaniengefährten Toni und Mario Fritz, Hans Huber und Robert Bruderer gemeint. Als Wohnort gab er die Adresse von Aenishanslin an der Rue de l'Essai 6 im 5. Arrondissement an.

Diese Strasse diente als Deckadresse, um die wahre Herkunft der beiden Briefe zu verschleiern. In Wirklichkeit weilte Wagner zu diesem Zeitpunkt bereits in Spanien. Die beiden Briefe hatte er in Barcelona verfasst und dann an die Pariser Adresse geschickt, von wo sie in einem neuen Umschlag und mit einem Pariser Stempel weiter in die Schweiz verschickt wurden. Diese Tarnmassnahme war üblich, um Post aus Spanien zu ermöglichen und zu vermeiden, dass den Strafverfolgungsbehörden jene Beweise in die Hand gespielt wurden, die sie benötigten, um jemanden wegen Eintritt in fremden Militärdienst zu verurteilen. In Paris hatte Wagner auch nicht bei Aenishanslin logiert, sondern er war im Emigrantenhotel International an der Rue des Chauffourniers untergebracht. In dieser Unterkunft warteten zahlreiche Spanienfreiwillige aus allen möglichen Ländern auf ihren Weitertransport in organisierten Konvois an die spanische Grenze.

Das kommunistische Dispositiv

Wie war Wagner nach Paris gelangt? Er benutzte dazu die KP-Route, auf der Hunderte von Spanienkämpfern aus der Schweiz nach Paris geschleust wurden. Dieses Transportdispositiv legte fest, dass sich die Durchreisenden in Basel ins Restaurant Bläsitor – den KP-Treffpunkt – oder in eine bestimmte Buchhandlung begaben, wo sie sich mit einem Kennwort meldeten. Solche Codewörter waren etwa «Navratil» für tschechische Freiwillige, «Sind Sie Herr Winter?» oder die Frage nach einer Rubensbiografie.⁵⁷ Der Transfer über die Grenze nach Frankreich wurde von lokalen Führern und Kurieren organisiert.

Entweder überquerte man die grüne Grenze oder dann gings mit dem Tram nach St-Louis – in der Regel gab es dabei keine Schwierigkeiten: «Schwarz über die Grenze zu kommen war keine Kunst. Man musste nur so tun, als ob man einen Ausweis hervornehmen wollte. Dann wurde man durchgewunken. Die Trämmer waren auf unserer Seite und wussten, worum es ging.»⁵⁸

Wer als Spanienkämpfer in Paris anlangte, wusste genau, wohin er sich wenden musste. Und wer keine Adresse hatte, konnte sie durch Nachfragen in einem der Maison du Peuple oder in einem Gewerkschaftssekretariat leicht herausfinden. Die zentrale Anlaufstelle sowie das Rekrutierungszentrum für Spanienfreiwillige befanden sich zuerst in den Baracken an der Avenue Mathurin-Moreau 8 im 19. Arrondissement (in der Nähe der heutigen Metrostation Jean Jaurès) und später in einem Gebäude an der Place du Combat/Rue de la Grange-aux-Belles (Metrostation Colonel Fabien). Es handelte sich um Gebäude des KPF-nahen Gewerkschaftsapparats. Verantwortlich für die Betreuung und Abfertigung der Freiwilligen war das Hilfskomitee für das republikanische Spanien, hinter dem die Internationale Rote Hilfe stand.

Während der Transfer zunächst mehr oder weniger offen abgewickelt wurde, musste man später verdeckt operieren, da die Volksfrontregierung unter Ministerpräsident Léon Blum an die Beschlüsse des Nichtinterventionskomitees gebunden war. Ab Ende Februar 1937 galten auch in Frankreich – wie in zahlreichen Ländern Europas – Spanienverbote. Doch anders als in der Schweiz wurden sie meist large gehandhabt. In Paris war es ein offenes Geheimnis, dass vom Bahnhof Austerlitz regelmässig Züge nach Perpignan abgingen, die mit lauter Brigadisten gefüllt waren. Diese Züge wurden «Freiwilligenexpress» oder auch «heimliche Eisenbahn» genannt.⁵⁹

Bevor Wagner mit einem Transport von rund 50 Interbrigadisten Richtung Pyrenäen abreiste, traf er sich noch mit Moritz Aenis-

hanslin und dessen Gattin sowie dem KPS-Funktionär Hans Bruggmann, dem Verbindungsmann für die Schweizer Spanienkämpfer, zu einem gemeinsamen Abend. Wagner erinnert sich an eine Äusserung von Aenishanslins Ehefrau: Was für ein armer Teufel er doch sei, dass er nach Spanien müsse.⁶⁰ Wagner selbst empfand das nicht so: Erwartungsfroh wie viele Antifaschisten brannte er darauf, sich im Kampf gegen Franco an der Front zu bewähren.

Der Aufbau der Internationalen Brigaden

Seit Anfang Oktober 1936 war in Albacete eine logistische Basis für die Bildung von Internationalen Brigaden aufgebaut worden. Das Städtchen in der Mancha lag verkehrsstrategisch günstig zwischen Madrid und dem Hafen Cartagena am Mittelmeer. Albacete war das Ziel Tausender von Freiwilligen aus aller Welt. Dort wurden sie in den Kasernenanlagen der ehemaligen Guardia Nacional sowie in den umliegenden Dörfern untergebracht, eingeteilt, ausgerüstet und ausgebildet.

Die republikanische Regierung unter dem Linkssozialisten Francisco Largo Caballero hatte dem Aufbau eines solchen Freiwilligenheers zugestimmt, da es eine willkommene Verstärkung der republikanischen Streitmacht darstellte.⁶¹ Unter den Direktiven der drei Komintern-Vertreter Luigi Longo («Gallo»), André Marty und Giuseppe di Vittorio («Nicoletti») wuchs bald eine einigermaßen funktionsfähige militärische Infrastruktur heran. Insgesamt sechs Internationale Brigaden mit den Bezeichnungen XI. Brigade («Thälmann» oder «Hans Beimier»), XII. («Garibaldi»), XIII. («Dombrowski»), XIV. («La Marseillaise»), XV. («Abraham Lincoln») sowie 129. Brigade wurden zusammengestellt. Es handelte sich dabei um multinationale, vielsprachige Milizformationen mit Angehörigen aus gegen 60 Ländern.

Diese globale Rekrutierung unterstreicht sowohl die enorme Ausstrahlung des Spanienkonflikts wie auch die Mobilisierungsfähigkeit der Komintern. Es dürfte das erste Mal gewesen sein, dass ein derart internationales Freiwilligenheer gebildet und in den Kampf geschickt wurde. Die Internationalen Brigaden wurden denn auch zum eigentlichen Mythos des Spanischen Bürgerkriegs: Sie galten als Ausdruck des antifaschistischen Solidaritätswillens. In der Funktion als Stosstruppen nahmen sie an den wichtigen Schlachten teil. Über ihre tatsächliche militärische Bedeutung gehen die Meinungen auseinander. Doch wird ihnen zum Beispiel bei der Verteidigung von Madrid im November 1936 ein wesentlicher Anteil am Erfolg zugeschrieben.⁶²

Politisch und führungsmässig waren die Brigaden von KP-Funktionären dominiert. Insbesondere die Politikommissare, die nach dem Modell der Roten Armee die ideologische Zuverlässigkeit der höheren Dienstgrade sicherstellen sollten, waren praktisch durchwegs kommunistische Vertrauensleute/³ Nur zwei Schweizer gelangten in die höheren Ränge: Otto Brunner als Kommandant des Tschapajew-Bataillons und der Aargauer Max Doppler, der Kommandant des Thälmann-Bataillons war und in der Winterschlacht von Teruel fiel.

Die Dominanz von KP-Gewährsleuten führte in der anti-kommunistischen Propaganda und der Spanienliteratur dazu, dass die Internationalen Brigaden als «Komintern-Armee» bezeichnet wurden. Doch diese Etikettierung wird der Wirklichkeit nicht gerecht. Die Brigaden waren weder politisch homogene Verbände noch unterstanden sie dem direkten Befehl Stalins, auch wenn sie funktional in dessen Aussenpolitik eingebettet waren. Gerade ihre bunte Zusammensetzung erzeugte Probleme und Spannungsfelder. Die Simplifizierung zur Roten Armee und die damit suggerierte politische Abhängigkeit von Moskau prägte auch die Berichterstattung der Schweizer Presse und das bürgerliche Bild des Spanienkonflikts.

Ein Bruderkrieg im Bürgerkrieg

Seit Oktober 1936 hatte sich Franco an der Spitze der Aufständischen als Regierungschef und Generalissimo etabliert. Doch der Krieg verlief nicht ganz nach Wunsch. Im November 1936 versuchte Franco, mit einem massiven Frontalangriff von Westen die Hauptstadt Madrid einzunehmen. Die Kapitale schien verloren und ihr Fall nur eine Frage der Zeit. Die Kommunisten riefen dazu auf, dass Madrid das «Grab des Faschismus» werden müsse. Wider Erwarten gelang es den republikanischen Verteidigern unter dem Befehl von General José Miaja, den nationalistischen Vormarsch in der Casa de Campo und im Universitätsviertel zu stoppen. Das rechtzeitige Eintreffen der ersten drei zwar schlecht bewaffneten, aber umso motivierteren Internationalen Brigaden sowie von anarchistischen Einheiten unter Durruti beflügelten den Widerstandswillen der Bevölkerung.

Auch der Umklammerungsversuch in den folgenden Monaten blieb ohne Erfolg. Am Jarama und in Guadalajara kam es für beide Seiten zu verlustreichen Schlachten. In Guadalajara erlitten Mussolinis Interventionstruppen am 18. März 1937 infolge strategischer Fehler eine empfindliche Niederlage. Den Preis für den erfolgreichen Widerstand bezahlte die Republik mit der völligen Abhängigkeit von den Waffen- und Materiallieferungen der Sowjetunion, die neben Mexiko als einziges Land diese Hilfestellung leistete. Die dringend benötigten Waffen trafen allerdings nur unregelmässig ein und mussten im Voraus mit spanischen Goldreserven bezahlt werden, die nach Odessa verschifft wurden.

Gleichzeitig spitzten sich die politischen Gegensätze im republikanischen Lager auf gefährliche Weise zu. Der Krieg hatte die bisherigen innenpolitischen Kräfteverhältnisse auf den Kopf gestellt. Die zuvor im spanischen Parteienspektrum unbedeutende Kommunistische Partei (PCE) gewann immer mehr an Macht und Einfluss. Einerseits war dies auf Stalins Engagement zurückzuführen, das eine Erfolg versprechende Kriegführung erst ermöglichte.

Andererseits betrieb die KP eine antirevolutionäre Politik, die auf das verängstigte Kleinbürgertum und den Mittelstand zugeschnitten war und Ordnung im revolutionären Umbruch versprach.⁶⁴ Die KP propagierte die Losung, zuerst müsse der Krieg gewonnen werden, bevor an eine gesellschaftliche Umgestaltung zu denken sei.

Umgekehrt verlor der in der spanischen Arbeiterbewegung dominierende Anarchosyndikalismus dramatisch an Rückhalt. Er wurde durch die mächtige Gewerkschaft CNT sowie die anarchistische FAI verkörpert. Die Anarchisten verwickelten sich zunehmend in realpolitische Widersprüche. Entgegen ihrer antistaatlichen Ideologie sahen sie sich zur Regierungsteilnahme gezwungen, was ihnen eine politische Identitätskrise bescherte. Der kommunistischen Infiltration der staatlichen Stellen standen sie konzeptlos gegenüber. So kam es, dass im einzigen Land Europas, in dem Bakunin gegenüber Marx der ideologische Sieger geblieben war, nun plötzlich Stalin Bakunin ins Abseits drängte.⁶⁵

Der Fraktionismus der Linken erschwerte eine kompakte Kriegführung unter einem einheitlichen Oberkommando. Die Anarchistenmilizen widersetzten sich dem wachsenden kommunistischen Einfluss und lehnten eine Eingliederung in die Struktur eines konventionellen Heeres ab. An der Front beäugten sich die Kontrahenten misstrauisch. Die Machtpolitik der KP führte schliesslich im Mai 1937 in Barcelona zu Strassenkämpfen um die von den Anarchisten besetzte, strategisch wichtige Telefonzentrale. Mehrere Hundert Tote blieben liegen. Nur mit Mühe konnte die Eskalation zum linken Bruderkrieg eingedämmt werden. Die Auseinandersetzungen hatten Konsequenzen an der Spitze der Republik. Auf den bisherigen Ministerpräsidenten Largo Caballero, der sich den Russen teils widersetzt hatte, folgte der sowjetfreundliche Arzt Dr. Juan Negrin, der bis zum Sieg Francos im Amt blieb.

Inzwischen hatte der russische NKWD mithilfe von Kräften der spanischen KP, des PCE, einen parallelen Machtapparat mit eigenen Strukturen aufgebaut. Die Jagd auf Trotzlisten, das heisst auf antistalinistische, oppositionelle Personen und Gruppierungen, begann. Das bekannteste Opfer dieser Verfolgungspolitik wurde Andreu Nin, Führer der linkskommunistischen Oppositionspartei POUM. Er wurde entführt und – wie neuere Aktenfunde zu belegen scheinen – von NKWD-Agenten unter dem Befehl von General Alexander Orlov und Agenten der spanischen KP umgebracht.⁶⁶

Gegen Dissidenten fand ein schmutziger Krieg mit Repression, Terror und Folter in Geheimgefängnissen statt, dessen Umfang bis heute ungeklärt ist. Was es für die Einzelnen bedeutete, in die Fänge irregulärer Sicherheitsorgane zu geraten, schildern die beiden Schweizer Clara und Paul Thalmann in ihren Erinnerungen.⁶⁷

Bei den anarchistischen Milizen

Ende Juni 1937 erreichte Wagner mit einem Waggon voller Freiwilliger die spanische Grenze bei Cerbère. Dort stiegen die Kämpfer aus und überquerten zu Fuss die Pyrenäenausläufer, da die Grenze bei Port-Bou gemäss den Direktiven der Nichtinterventionspolitik gesperrt war. Was aber keineswegs hiess, dass sie deshalb nicht durchlässig gewesen wäre. Den Grenzposten im Hinterland konnten die Freiwilligen unbehelligt passieren. Sie wurden von spanischen Milizionären empfangen und dann mit einem Lastwagen zur alten Festung in Figueras weitertransportiert, wo sich die erste Sammelstelle für ausländische Kriegsteilnehmende befand. Es wurde jeweils eine grössere Gruppe abgewartet, dann ging die Reise nach Barcelona weiter und von dort, nach einem längeren Aufenthalt, zum Hauptquartier der Internationalen Brigaden nach Albacete.



In der katalanischen Hauptstadt nutzte Wagner die Zeit, um sich etwas umzusehen. Wie die meisten Spanienkämpfer sprach er kein Spanisch und musste sich mit jenen Leuten verständigen, die ein paar Brocken Deutsch sprachen. Als ein Demonstrationszug vorbeizog, schloss er sich an und kam dabei mit einem Spanier namens Emanuel ins Gespräch. Der Mann hatte, wie er erzählte, eine gewisse Zeit in Luzern gearbeitet. Wagner freundete sich mit ihm an, hörte sich auch noch die Kundgebungsrede an, von der er kein Wort verstand, und musste plötzlich feststellen, dass er den Zug nach Albacete verpasst hatte. Emanuel – sein voller Name ist unbekannt – lud ihn zu sich nach Hause ein. Morgen fahre er mit 20 Kameraden an die Front, er solle einfach mitkommen. Alle würden sich über einen ausländischen Voluntario freuen. Wagner liess sich das nicht zweimal sagen: «Ohne lange zu überlegen machte ich mit, war es mir doch gleichgültig, wo ich die Freiheit verteidigen sollte gegen die Faschisten.»⁶⁸

Tags darauf behändigten die Milizionäre in einem Lokal ein Gewehr und eine Handvoll Munition. Wagner erhielt einen blauen Overall, den Mono, den viele Kämpfer trugen. Weil ihm die Hose zu lang war, wurden kurzerhand die Beine abgeschnitten. Mit einem schwarz-rot beflaggten Camion ging es Richtung Aragón. Als Ausländer war Wagner die Attraktion der Gruppe. Er wurde mit Fragen bestürmt, und natürlich wollten die Milizionäre auch etwas über seine politische Einstellung wissen. Er antwortete, er sei Kommunist, worauf alles in Gelächter ausbrach. Wagner deutete dies als Zustimmung. Erst später ging ihm auf, dass er nicht in einer Internationalen Brigade, sondern in einer anarchistischen Einheit der CNT gelandet war.

Die Fahrt ging durch die weite Hochebene des Aragón, durch eine von der Sonne ausgedörrte, fast baumlose Landschaft mit braunen Hügelzügen. In den Dörfern wurden die Kämpfer mit Saludarufen und erhobener Faust begrüsst. Weitere Spanier stiegen zu und das Gedränge auf der Ladebrücke wuchs. Endstation war das Dorf

Azaila, keine 50 Kilometer von der besetzten Stadt Zaragoza und damit von der Front entfernt. Die dort stationierten Truppen waren, wie sich herausstellte, der 25. Division unterstellt. Es handelte sich um die Einheiten der früheren anarchistischen Columna Ortiz, die nach ihrem Kommandanten, dem Zimmermann Antonio Ortiz aus Barcelona, benannt war.

Diese Kolonnen standen am Anfang des Volkswiderstands in Barcelona. Nach der Niederschlagung des Militäraufstands am 20. Juli 1936 bildeten sich sofort Milizeinheiten der Parteien (CNT-FAI, PSUC, POUM etc.), die Richtung Aragón ausrückten. Ziel war die Befreiung der von den Aufständischen überraschend besetzten Anarchistenhochburg Zaragoza sowie der Städte Huesca und Teruel. Die stärkste Anarchistenkolonne wurde vom legendären Sozialrebell und Revolutionär Buenaventura Durruti geführt. Sie rückte am 22. Juli 1936 als Erste aus Barcelona ab. Ortiz folgte zwei Tage später mit 2'000 Kämpfern.

Doch die Absicht der euphorisierten Milizionäre, «in Huesca Kaffee trinken zu gehen», blieb ihnen ebenso versagt wie die Einnahme von Zaragoza. Der Vormarsch geriet bei Pina, einem Nachbardorf von Azaila, endgültig ins Stocken. Die Milizen gruben sich in ihren Stellungen ein. Da sie für einen Sturmangriff zu schlecht ausgerüstet waren, standen sie am Ende monatelang in der Landschaft herum und harrten tatenlos aus. Die bewegungslose Aragón-Front drückte im Winter 1936/37 aufs Gemüt der Kämpfer. Sie lagen im Dreck und litten unter Regen, Kälte und Läusen. Diese depressive Stimmung und die erzwungene Passivität beschreibt der britische Schriftsteller George Orwell in *Homage to Catalonia*.⁶⁹

Guter Wille, schlechte Waffen

Walter Wagner wusste nicht, in welcher Miliz er gelandet war, als er in Azaila aus dem Camion stieg. Es dürfte sich um die ehemalige Centuria Francia gehandelt haben, die in diesem Städtchen seit dem

Frühjahr 1937 lagerte. Im Sommer 1937 lag im Abschnitt Süd die 25. Division, in die die ehemalige Ortiz-Kolonnie integriert wurde. Im Norden lagen die Divisionen 28 und 29 (die ehemaligen Kolonnen «Ascaso» und «Lenin»), während die Division 26, die ehemalige Kolonne von Durruti, und die Division 27 («Carlos Marx») der kommunistischen PSUC den Abschnitt Mitte bildeten.⁷⁰

Der militärisch nicht unerfahrene Wagner wunderte sich über den schlechten Zustand der Truppen. Er machte dieselben Beobachtungen über Ausrüstung und Kampfmoral wie andere Freiwillige, etwa der Winterthurer Hans Hutter. Wagner hielt dazu fest: «Was ich [...] sofort feststellte, war die schlechte Bewaffnung unserer Einheit. Ausser Militärgewehren, Schrot- und Jagdfinten war nichts vorhanden. Mit der Munition gab es enorme Schwierigkeiten und mit dem Ausbildungsstand stand es schlecht bis miserabel. Und trotzdem war der vorhandene Wille und Mut grossartig, mit dem versucht wurde, die Faschisten zu schlagen und die soziale Revolution zu retten. Es gab viele und auch sehr verlustreiche Angriffe und Kämpfe um die Eroberung der wichtigen Stadt Zaragoza, leider vergeblich, denn der Gegner war uns stets weit überlegen, sowohl an Waffen wie auch an Ausbildung. Mich verwunderte die schlechte Bewaffnung, waren doch russische Schiffe mit Waffen angekommen, aber die gingen stets an die Zentralfront (Madrid).»⁷¹

Der Waffenmangel hatte auch politische Gründe. Das KP-Netz im Regierungs- und Militärapparat sorgte dafür, dass die russischen Waffen nicht in falsche Hände, das heisst an die Anarchisten gerieten. Ohne schwere Artillerie aber war eine Stadt wie Zaragoza nicht zu erobern. In Wagners Einheit musste man zufrieden sein, als zwei neue russische Maxim-Maschinengewehre eintrafen. Wagner klagte bald über die unsachgemässe Behandlung dieser Gewehre: Sie hätten in entscheidenden Momenten wegen Verschmutzung den Dienst versagt. Er selber kannte das Modell aus der Militärausbildung in

Moskau und bot sich deshalb dem Kommandanten als Instruktor an. Unter seiner Anleitung wurde nun Reinigung, Handhabung und Einsatz des Maschinengewehrs geübt, ferner auch militärische Techniken wie Tarnung, Eingraben, verdecktes Schiessen und Überschiessen.

Nicht allen spanischen Milizionären wollten solche Kampftechniken in den Kopf, und es entbrannten Diskussionen. Wagner stiess sich seinerseits an den eigenwilligen Kampfvorstellungen der Anarchisten. Er kritisierte, man solle nicht unter lautem Geschrei auf den Feind losrennen, sondern sich ducken und Deckung suchen. Das rief vehemente Proteste hervor: «Wir sind keine Feiglinge und verstecken uns doch nicht vor den Faschisten!» Wagner hielt dem trocken entgegen: «Tote Helden nützen uns nichts.»⁷² Er machte hier dieselben Erfahrungen wie der oben erwähnte Hans Hutter. Ebenfalls in Aragón stationiert, ärgerte sich Hutter über den Spontanismus der POUM-Milizen und über einen Kommandanten, der ausgerufen haben soll: «Wir brauchen uns doch vor diesen Hurensöhnen nicht zu verstecken!»⁷³ Die Kampfmethoden, die im Anarchosyndikalismus verbreitet waren, werden oft als militärischer Dilettantismus dargestellt. In dieser Optik bleiben jedoch die Erfahrungen der spanischen Arbeiterschaft unberücksichtigt. Diese war in der Guerilla-Taktik im städtischen und dörflichen Umfeld geübt, die konventionelle Heerestaktik auf offenem Feld war ihr hingegen fremd.

Obwohl Wagners Instruktionen zuerst auf Ablehnung stiessen, beeindruckten sein militärisches Wissen und seine Waffenkenntnisse. In Anerkennung dieser Verdienste wurde er schliesslich zum Sargento befördert. Allerdings verzichtete er darauf, das entsprechende Rangabzeichen zu tragen. Er legte darauf ebenso wenig Wert wie seine anarchistischen Kameraden, die nichts von Hierarchie, Befehlsgehorsam, Grusspflicht und Drill hielten.

Im August 1937 starteten die Regierungstruppen eine Grosse-offensive gegen Zaragoza. Die erbittertsten Kämpfe fanden im Städtchen Belchite statt, das wenige Kilometer von Azaila entfernt lag.

Die Offensive verlief zwar siegreich, forderte jedoch auf der republikanischen Seite einen hohen Blutzoll, da der nationalistische Widerstand Haus um Haus niedergekämpft werden musste. Bei diesen Kämpfen kam Wagners junger St. Galler Kamerad Robert Bruderer ums Leben. Wagner selbst nahm an diesem Angriff nicht teil – vermutlich hätte auch er ihn nicht überlebt. Bevor die Militäroperation von General Vicente Rojo angeordnet wurde, besann er sich auf den Auftrag der KPS, in Albacete einen Schweizer Kaderservice aufzubauen. Er stellte ein Gesuch um Entlassung in die Internationalen Brigaden und bekam den mit zahlreichen Stempeln versehenen Passierschein ausgehändigt, ohne den man sich im Kriegsgebiet nicht frei bewegen konnte.

Der Abschied von der Truppe war herzlich und führte Wagner nochmals vor Augen, dass bei den anarchistischen Milizen Solidarität, Kameradschaft und Brüderlichkeit tatsächlich gelebt wurden – eine bleibende Erfahrung: «Fast die ganze Columna hatte sich versammelt, jeder wollte mich umarmen und wünschte ‚mucha suerte, camarada‘. Vom Kommandanten erhielt ich als ‚Andenken‘ eine Pistole geschenkt. Zuletzt der Abschied von meinem Freund Emanuel, der mich nochmals zum Verbleiben zu überreden versuchte. Einen Moment war ich im Zweifel, aber mein ‚Grind‘ liess es nicht zu und ich machte mich auf den Weg nach Barcelona und von da nach Albacete.»⁷⁴

Mit vier deutschen und einem österreichischen Genossen, denen er in der Bahn begegnete, reiste Wagner ins Hauptquartier der Internationalen Brigaden nach Albacete.

André Marty, ein kontroverser Kommandant

Das Hauptquartier der Brigadisten wurde vom französischen Kominintern-Funktionär André Marty kommandiert. Um seine Person ranken sich viele Legenden. Er hatte den Nimbus eines sozialistischen Helden, weil er 1919 einen Matrosenaufstand am Schwarzen Meer ange-

führt hatte. Auch war er Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern und KP-Abgeordneter im französischen Parlament. In Albacete regierte er mit eiserner Hand und hatte deswegen viele Feinde. Verschiedene Brigadisten schildern ihn als rüden Kommandeur mit einem krankhaften Verfolgungswahn.

Ernest Hemingway stellt ihn in seinem 1940 erschienenen und später mit Gary Cooper und Ingrid Bergman verfilmten Roman *For Whom the Bell Tolls* als blutrünstigen Unmenschen dar. Auch für Gustav Regler, der seine Erinnerungen als Brigadist unter dem Titel *Das Ohr des Malchus* publizierte, war er ein exekutionswütiger Psychopath.⁷⁵ Bald war Marty als «Schlächter von Albacete» bekannt. Die französische Rechte und die franquistische Propaganda machten ihn für 500 Erschiessungen verantwortlich. Ob das wirklich zutrifft, ist gemäss jüngsten Forschungen fraglich.⁷⁶

Als Walter Wagner in Albacete eintraf, lernte auch er den umstrittenen KP-Führer kennen, der meistens ein Gilet aus Schaffell trug. Wie hat er diese Persönlichkeit erlebt? Wagner macht aus seiner Abneigung gegen Marty keinen Hehl. Er konnte ihn wegen seiner schroffen Art, mit seinen Untergebenen umzugehen, nicht leiden. Auch bestätigt er die zentrale Beobachtung vieler Brigadisten: «Er sah überall Agenten und Spione. Dass er aber ein Schlächter gewesen sein soll, halte ich für übertrieben.»⁷⁷

Während seines Aufenthalts in Albacete hat Wagner keine von Marty angeordneten Exekutionen erlebt oder von solchen erfahren. Hingegen wurde er Zeuge einer Episode, in der Martys autoritärer, cholerischer Charakter zum Ausdruck kam. Beim Rückzug in Aragón im Frühling 1938 war er mit einer Gruppe von Kameraden versprengt worden. Auf der Suche nach ihrer Kompanie stiessen sie plötzlich auf Marty, der sich auf einer Anhöhe befand und nach den Truppen Ausschau hielt. Sobald er sie bemerkte, habe er gebrüllt, sie

sollten nicht im Feld herumschleichen, sondern endlich zur Front aufrücken, und ob sie denn desertieren wollten. Ein MG-Schütze sei wegen dieser Beschimpfungen derart in Wut geraten, dass er die Waffe auf Marty gerichtet habe. Nur mit Mühe habe man ihn davon abhalten können, abzudrücken.⁷⁸

Wagner unter Verdacht

Alle Freiwilligen in Albacete wurden registriert und mit dem blauen Carnet militar (Dienstbüchlein) der Internationalen Brigaden ausgestattet. In diesem Ausweis wurden Personalien, Beruf, Parteizugehörigkeit, Einteilung in die Truppe, Einsatzorte an der Front, allfällige Verletzungen und Spitalaufenthalte sowie der erhaltene Sold notiert. Die Einträge waren Französisch, da dies wegen der mehrheitlich französischen KP-Leute die Amtssprache im Hauptquartier war. In Wagners Dienstbüchlein ist als Eintrittsdatum der 30. Juni 1937 und als Partei «Antif.», also Antifaschist, vermerkt. Warum aber nicht KP? Der Grund liegt darin, dass Wagner in der Befragung Argwohn erregte, da er aus anarchistischen Verbänden nach Albacete gekommen war. Man glaubte ihm nicht, dass er ein Kommunist sei, und vermutete in ihm zunächst einmal einen Spion.

Als letzten Einsatzort hatte Wagner wahrheitsgetreu die anarchistisch dominierte 25. Division angegeben. Er hatte natürlich auch auf die KPS, die Leninschule und auf den politischen Auftrag hingewiesen, mit dem er nach Spanien gekommen war. Doch das nützte ihm wenig. Die Funktionäre blieben misstrauisch. Wagner musste beim Vorgesetzten vorsprechen, einem Deutschen namens Hess. Der verhörte ihn eingehend und forderte ihn auf, einen Lebenslauf abzuliefern. Diese Kontrollmethode kannte Wagner aus Moskau. In dem kurzen Schriftstück strich er seinen Auftrag der Partei hervor

und erwähnte den Aufenthalt bei den Anarchisten nicht mehr: «Einige Male stellte ich Antrag beim ZK, um nach Spanien gehen zu dürfen. Im Juni 1937 erhielt ich dazu einen Auftrag der Partei für die Arbeit unter den Schweizern in Spanien. Ankunft in Spanien am 30.6.37.»⁷⁹

Er hatte begriffen, dass der Anarchismus in Albacete tabu war und dass der Abstecher zu den CNT-Milizen ihn in eine heikle Lage gebracht hatte. Vor allem, weil in der Brigadenführung niemand etwas von einem neuen Schweizer Kaderbüro wusste. So mangelte es ihm im Moment an offizieller Legitimation, er hing in der Luft.

Dokumente aus den Spanienakten im Russischen Staatsarchiv für politisch-soziale Geschichte (RGASPI) in Moskau zeigen, dass Marty bei der KPS angeregt hatte, einen Verbindungsmann zwischen den Schweizer Brigadisten und der KPS zu bezeichnen. Dies geht aus einem Schreiben hervor, das Karl Hofmaier im Juni 1937 an Marty sandte.⁸⁰ Hofmaier äusserte darin, dass Wagner für diese Aufgabe nicht verwendet werden dürfe: «Afin d'éviter toute équivoque je te fais savoir au nom du secrétariat du Parti que le camarade Wagner ne doit pas être employé à cette tâche.»⁸¹

Weiter kündigte Hofmaier an, dass sich ein Sekretär der KPS bald nach Spanien begeben und ihm, Marty, eine Nomination für diese Funktion bekannt geben werde. Hofmaier empfahl zudem, Wagner solle sich einer Einheit unter dem Kommando von Otto Brunner anschliessen. Warum aber hat Hofmaier verhindern wollen, dass Wagner diese neue Funktion übernimmt? Dahinter stecken Vorwürfe, die Leopold Stern bei der Parteileitung in St. Gallen anbrachte. Es ging dabei um die Entlarvung des Spitzels Blatter in der St. Galler KP (siehe Kapitel 4). Hier soll vorerst deutlich werden, dass bei der KPS gegen Wagner, obwohl inzwischen ZK-Mitglied und mit einer Mission in Spanien unterwegs, immer noch Vorbehalte bestanden.

Wagner wurden die Papiere abgenommen, er musste eine neue Uniform fassen, und der Grad des Sargento, der ihm in Azaila verlie-

hen worden war, wurde ihm vorsorglich aberkannt. Er war enttäuscht über diese feindselige Behandlung: «Im Moment verwünschte ich meinen Entschluss, nach Albacete gegangen zu sein. Was war das für ein riesiger Unterschied zwischen hier und der Einheit, die ich verlassen hatte. Dort war ich als Kommunist herzlich aufgenommen worden und hier in Albacete begegneten mir ‚meine Genossen‘ nur mit Misstrauen. Wo war da der Gedanke der Volksfront gegen die Faschisten? Nach zwei oder drei Tagen musste ich in der deutschen Kaderabteilung vorsprechen und wurde wieder einem Verhör unterzogen von Hess und Fernando (Grad: Capitano). Hess war sehr misstrauisch, Fernando zeigte mehr Verständnis, zeitweise war er sogar belustigt. Das Fazit war, man werde alles sehr genau überprüfen und sofern alles stimme, hätte ich mich doch einer schweren Disziplinosigkeit gegenüber der Partei schuldig gemacht. Ich dachte an meinen Freund Fritz Dettner, ‚Gedanken sind frei‘, und machte ‚Selbstkritik‘. Fernando gab schliesslich den Ausschlag, er meinte, ich hätte wohl eine Dummheit begangen, aber mit meinem Entschluss nach Albacete zu kommen, dies wiedergutmachen wollen. Von nun an solle ich zur Verfügung der deutschen Kaderabteilung verbleiben, bis sich alles aufgeklärt habe.»⁸²

Fernando war der Deckname des deutschen Kaderleiters Wilhelm Bahnik. Bahnik wurde an die Front versetzt und schwer verwundet. Vor der Gefangennahme durch die Franco-Truppen beging er Selbstmord.⁸³ Hinter dem Decknamen Hess verbirgt sich der KPD-Funktionär Kurt Schwotzer. Er war Leiter des Effektiv-Büros der Kaderabteilung, wo die technisch-administrativen Arbeiten erledigt wurden.⁸⁴ Wagner kannte die wirklichen Namen der beiden Deutschen nicht und erfuhr sie erst im Zuge der Recherchen zu diesem Buch.

Er war nun drauf und dran, Albacete fluchtartig zu verlassen und sich auf eigene Faust an die Front durchzuschlagen. Es wäre jedoch riskant gewesen, ohne Legitimation durch das Kriegsgebiet

zu reisen, deshalb liess er es sein. Immerhin erhielt er von der deutschen Kaderleitung einen Passierschein für die Stadt. Aus dem Stempel vom 10. Juli 1937 geht hervor, dass er provisorisch der Section Allem. & Brig, zugewiesen wurde, was bedeutete, dass er für die deutschsprachige Brigade Thälmann vorgesehen war. Es dauerte vier Tage, bis sich die Ungewissheit um seine Identität auflöste.

Retter in der Not war Richard Parvus, Wagners Studienfreund aus Moskauer Zeiten. Wagner traf Parvus alias Willi Glatzer unversehens im Städtchen. Die beiden erzählten sich in einem Café ihre Erlebnisse und kamen auch auf Wagners Legitimationsprobleme zu sprechen. Mit der Bemerkung, er sei ja schon immer ein eigenwilliger Kauz gewesen, forderte ihn Parvus auf, in die Kommandantur zu General Gomez mitzukommen. Die Sache lasse sich schnell wieder einrenken. Gomez war niemand anderes als Wilhelm Zaisser, der ehemalige Leiter des militärischen Ausbildungslagers bei Moskau, wo Wagner einen Kurs absolviert hatte. Zaisser erkannte Wagner und erinnerte sich sogar noch an seinen Decknamen: «Aha, das ist ja der Schweizer Paul.»

Wilhelm Zaisser war einer der wichtigen militärischen Exponenten der Internationalen Brigaden. Als ehemaliger Weltkriegsoffizier hatte er sich nach dem gescheiterten KPD-Putsch in Deutschland 1923 in die Sowjetunion abgesetzt, wo er eine Militärkarriere durchlief. Unter dem Pseudonym General Gomez wurde er im Spanischen Bürgerkrieg als Kommandant der XIII. Brigade berühmt. Zu dieser Formation gehörte das Tschapajew-Bataillon, in dem sehr viele Schweizer Freiwillige unter der Führung von Otto Brunner dienten. Zaisser entging später Stalins Säuberungen und rückte 1950 in der DDR bis zum ersten Minister für Staatssicherheit auf. 1953 fiel er bei Staatschef Walter Ulbricht in Ungnade, wurde entlassen und als Parteifeind ausgeschlossen.⁸⁵

Schweizerkreuz im Kaderservice

Wagner wurde am 16. Juli 1937 in den Kaderservice aufgenommen.⁸⁶ Ein ganzer Gebäudekomplex rund um die Plaza Altozano in Albacete wurde von der wachsenden Brigadenverwaltung belegt. Hier befand sich auch das Gebäude des ehemaligen Banco de España, wo die Büros des Generalstabs untergebracht waren. In einem Hinterzimmer bezog Wagner einen Raum für das neue Kaderbüro. Viel mehr als ein Tisch und ein Stuhl standen ihm nicht zur Verfügung. Das Problem war nun, an die Pässe der Schweizer heranzukommen, die sich im Gewahrsam der deutschen Kaderabteilung befanden. Die Deutschen wollten sie Wagner nicht aushändigen, weil sie bei ihm nicht sicher seien.

Wagner griff daher zur Selbsthilfe: Er wartete einen geeigneten Moment ab, sortierte die roten Pässe mit dem Schweizerkreuz aus und nahm sie mit. Es waren aber nur rund 20 Pässe – viel zu wenig angesichts der mehreren Hundert Schweizer, die sich in Spanien befanden. Wie ist das zu erklären? Wagner meinte, dass es einerseits eine hohe Anzahl schwarz ausgereister Personen gegeben habe, die gar nicht im Besitz eines Passes waren. Andererseits hegte er den Verdacht, dass sich zahlreiche Ausweise gar nicht mehr in Albacete befanden, sondern von der Komintern zweckentfremdet worden seien. Wagner ominös: «In der KP hat man eben alles gemacht...»⁸⁷

Dass die Komintern Brigadistenpässe fälschte, gilt als erwiesen. Die Manipulation des Passes von Albert Elsener hatte Wagner selber erlebt. Walter Krivitsky, ein NKWD-Mann und Stalins Beauftragter für die Organisation der Waffenlieferungen nach Spanien, schreibt, dass Ausweispapiere von gefallenen Spanienkämpfern zu Hunderten in diplomatischen Mappen nach Moskau geschickt worden seien, wo sie für Agentenmissionen im Ausland gebraucht wurden. Die US-Pässe seien dabei die gefragtesten gewesen.⁸⁸

Die Ermordung von Leo Trotzki durch Stalins Agenten am 20. August 1940 in Mexiko ist ein Beweis dafür: Der Attentäter, der vom

NKWD angeheuerte Spanier Ramon del Rio Mercader, trug einen gefälschten Pass des gefallenen kanadischen Interbrigadisten Tony Babich auf sich. Zweifellos hatte die Komintern langjährige Erfahrung mit der Manipulation und Fälschung von Ausweisen (siehe auch Kapitel 4).

An den Schalthebeln der Macht

Womit waren die Kaderleitungen befasst? Sie hatten einmal die Aufgabe, ihre Landsleute in den Brigaden in einer Kartei zu erfassen. Dies war nötig, weil während des hektischen Aufbaus des Hauptquartiers nicht alle Ankommenen systematisch registriert worden waren. Sodann waren Führungsberichte zu erstellen oder die Verwundeten zu erfassen und sie in Spitäler und Erholungsheime weiterzuleiten. Es griffe jedoch zu kurz, den Kaderservice lediglich als Einwohnerkontrolle der Interbrigaden zu verstehen. Da er auch Gesuche um Urlaub, Versetzung oder Heimkehr zu bewilligen und sich mit allerlei Problemfällen zu befassen hatte, war der Dienst auch ein Teil des Kontroll- und Machtapparats der Brigaden mit beträchtlichem Einfluss.

Als Kaderchef war Wagner vielen Schweizer Freiwilligen bekannt, und es ist klar, dass nicht alle Kommentare über ihn freundlich sind. Wagner sei der Mann, an den man sich zuerst wenden müsse, schrieb zum Beispiel der Zürcher Ernst Maag an seine Frau. Maag, der mit drei Brüdern in der Hoffnung auf Arbeit nach Spanien gekommen war, wollte seinen Bruder Walter aus dem Gefängnis holen, in das dieser wegen Desertion geraten war. Er schrieb: «Dieser Wagner ist allerdings ein Gauner, aber man muss ihm trotzdem höflich schreiben aber bestimmt.»⁸⁹

Das Zeugnis des Brigadisten Ernest Pierrehumbert aus Neuchâtel fällt ebenfalls eher negativ aus. «In Albacete gab es einen Deutschschweizer namens Wagner, der für die Schweizer Kader verantwortlich war. Jemand, der mit Bewilligung weggehen wollte,

an Wagner wenden, der dann Nachforschungen in der Schweiz vornahm und der die Kompetenz hatte, die Bewilligung zu verweigern. Er war sehr bekannt unter den Schweizern, denn viele hatten Ärger mit ihm gehabt.» (Übersetzung d. A.)⁹⁰

Wagner sagt, er habe keine politisch motivierten Nachforschungen in der Schweiz angestellt. Und den Ärger, den er gehabt habe, wollte er auf die Umtriebe mit den Brüdern Maag beschränkt sehen, die halt Deserteure gewesen seien. Andere Brigadisten gelangten mit ihren Anliegen direkt an Wagner, so die Brüder Hans und Max Hutter aus Winterthur. Die beiden wollten einer Partisanengruppe zugeteilt werden, wurden aber gegen ihren Willen in ihre Brigade zurückbeordert. Hans Hutter erinnert sich: «Sogleich sprach ich auf dem Kaderbüro bei unserem Kaderchef Walter Wagner, einem Schweizer, vor, aber auch der konnte nichts dagegen tun.»⁹¹

Wagner selber stellt seine Arbeit auf dem Kaderbüro als unspektakuläre Administrativtätigkeit dar. Zunächst begann er die Kartei der deutschen Abteilung nach Schweizern zu durchsuchen. Das erwies sich aber als schwierig, da auf vielen Karten ein Hinweis auf die Nationalität fehlte oder Schweizer aus Unkenntnis oft als Deutsche eingetragen waren. Mit der Zeit stellte er eine Liste von 400 Personen zusammen, deren Daten er aus Unterlagen oder Befragungen von Brigadisten gewonnen hatte, die von der Front zurückgekehrt waren: «Ich musste mich durchfragen. Jedes Mal, wenn einer von der Front zurückkam, fragte ich ihn aus, auch über andere Schweizer. Viele kannten einander nicht. Oft war es so, dass man einander auf Hochdeutsch ansprach und erst am Dialekt merkte, dass es ein Schweizer war. So kamen die Informationen zusammen. Am Schluss hatte ich eine Liste mit etwa 400 Namen. Etwa 600 Schweizer waren ja in Spanien, 200 sind gefallen.»⁹²

Akribische Verwaltungsarbeit war auf Dauer nicht nach Wagners Geschmack. Er hatte ja auch angekündigt, dass er diese Funktion nur vorübergehend ausüben wolle: «Alles in allem war das für

mich eine mehr als langweilige Arbeit, aber ich musste ausharren und durfte keine ‚Dummheiten‘ mehr begehen, das wäre dann wahrscheinlich ‚schief‘gelaufen. So wartete ich auf den Tag meiner Ablösung, wann und wer das sein sollte, darüber hatte ich keine Ahnung.»⁹³

Im Anschluss sollen drei Begegnungen mit Personen geschildert werden, die für Wagner eine besondere Bedeutung hatten. Anhand dieser Begegnungen wird die Funktionsweise des Brigadenzentrums, der Umgang mit Freiwilligen durch die politischen Vorgesetzten und nicht zuletzt auch das Mikroklima der Macht deutlich, das in diesem unter Kriegsbedingungen funktionierenden Hauptquartier herrschte.

Leopold Stern:

Der alte «Freund» aus Moskau

Wagner hatte Leopold Stern, den ungeliebten Kumpan aus St. Gallen, seit dem Treffen an der Leninschule aus den Augen verloren. Jetzt tauchte er plötzlich in Spanien auf, und wieder genauso überraschend wie seinerzeit in Moskau. Stern war im Juni 1937, nachdem er die Rekrutenschule absolviert hatte, zusammen mit Robert Bruderer von St. Gallen via Paris nach Albacete gelangt. Hier sprach er bei Wagner vor, von dem er wusste, dass er im Kaderservice tätig war.

Wagner war nicht sehr erfreut über die neuerliche Begegnung: «Er (Stern) erklärte mir, dass er Angst habe an die Front zu gehen und ob ich ihm helfen könnte, im Auto-Park als Chauffeur unterzukommen. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass Chauffeure auch an die Front müssten und ich daher nichts für ihn tun könne. Wenn er schon nicht an die Front wolle, so wäre es am besten, er würde die Heimreise wieder antreten, ohne sich erst anzumelden. Ich war schon etwas verstimmt gegen ihn, hatte er mich doch schon einmal in eine missliche Lage gebracht, als er mich unerwartet in Moskau aufsuchte und meinte, ich sollte bei den Stadtbehörden, zu denen ich absolut

keine Verbindung hatte, für ihn intervenieren. Mit meinem Ratschlag war er aber sehr unzufrieden, mehr konnte ich aber nicht für ihn tun. Ich sah ihn nicht wieder und nahm an, dass er meinen Ratschlag doch noch befolgt hatte.»⁹⁴

Entgegen Wagners Annahme machte sich Stern keineswegs auf die Heimreise. Es gelang ihm, als Chauffeur bei den Brigaden unterzukommen. Zunächst wurde er dem Autopark in Albacete zugeteilt und später als Wache nach Pozo Rubio versetzt, wo sich die Offiziersschule der Internationalen Brigaden befand. Laut Wagner hat Stern sich geweigert, als Chauffeur an die Front zu fahren, was der Grund für seine Versetzung gewesen sei. Wagner musste einen Bericht über die Angelegenheit Stern verfassen. Daraus geht hervor, dass Stern seine Repatriierung verlangte, was Wagner als Kaderchef jedoch ablehnte. «Wir haben kein Interesse daran, dass der Mann auf dem geraden Wege zur Schweiz. Polizei geht», schrieb Wagner.⁹⁵

Damit bestätigte er indirekt, dass er durchaus auch politische und nicht nur administrative Kontrollfunktionen ausübte. Allerdings hatte ihn Stern zu einem restriktiven Verhalten genötigt, da ihm dieser in einem Schreiben an den Generalstab in Albacete und ans ZK der KP Schweiz Vorwürfe gemacht hatte: Er habe in der St. Galler KP den Spitzel Blatter gedeckt und damit der Partei Schaden zugefügt.⁹⁶ Wagner sah sich gezwungen, sich gegen diese Anwürfe zu verteidigen, um seinen ohnehin fragilen Ruf zu schützen.

Wagner schlug dem Kommandanten der Basis vor, Stern in eine Arbeitskompanie nach Villa Maruja einzuweisen, was auch geschah.⁹⁷ Stern selber erzählt von Schwierigkeiten, mit denen er ständig konfrontiert gewesen sei. Man habe ihm den Diebstahl von Benzin aus Motorfahrzeugen angehängt, das von den Soldaten für Feuerzeuge verwendet wurde. Weiter sei er von den Kommunisten als Trotzlist verleumdet worden.⁹⁸ Auch Wagner qualifizierte Stern in

seinem Bericht als einen, der sich «immer mehr von der Bewegung entfernt und heute oder morgen im konterrevolutionär-trotzkistischen Sumpf landen wird».⁹⁹

Stern kam ins Umerziehungslager Lukacs und im Mai 1938 im Fortifikationsbataillon der 45.Division an die Front. Dort wurde er aus Versehen von einem wachhabenden Brigadisten angeschossen, erlitt eine Schusswunde an der Hüfte und musste sich deswegen im Militärspital in Barcelona operieren lassen.¹⁰⁰ Im Juni oder Juli 1938 desertierte er, wurde jedoch zusammen mit weiteren Flüchtigen an der Pyrenäengrenze abgefangen und an die Front zurückgeschickt. Stern teilte damit ein typisches Deserteurenschicksal. Angesichts solcher Erfahrungen kann es nicht verwundern, dass er über Wagner nicht viel Gutes zu berichten hat. Wagner sei stets gegen ihn eingestellt gewesen, und er habe in Albacete auch die Briefe an seine Mutter zurückbehalten, klagt er. Rückblickend, im Alter von über 90 Jahren, sagte er, es sei ein grosser Fehler gewesen, dass er sich mit den Kommunisten eingelassen habe.¹⁰¹

Wagner bestritt allerdings, die Briefe von Schweizern zensiert zu haben. Mit dem Postverkehr habe er nichts zu tun gehabt, da die Postzensur Aufgabe einer Spezialabteilung gewesen sei.¹⁰² Offensichtlich gab es nicht nur in Albacete, sondern auch in Barcelona solche Zensurstellen. Der Basler Rudolf Frei war mit Zensuraufgaben in der katalanischen Hauptstadt beauftragt. Frei war einer der wenigen Schweizer, der im Kontrollapparat der Brigaden tätig war. Überdies war er ein Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes Servicio de Investigación Militar (SIM), der am 9. August 1937 von Kriegsminister Indalecio Prieto gegründet wurde.

Rudolf Frei: ein Stalinist im Geheimapparat

Rudolf Frei, auch Rudi oder Ruedi genannt, war in Birsfelden aufgewachsen und absolvierte zwei Jahre vor Wagner die Leninschule

in Moskau. Von Beruf Kleinmechaniker, betätigte er sich früh in der Kommunistischen Jugend und anschliessend in der KPS. Er war ein Freund von Emil Arnold, dem Mitbegründer der KPS und Basler *Vorwärts*-Redaktor. 1936 und 1937 führte er zahlreiche Spanienkämpfer illegal über die Grenze nach Frankreich. Selber reiste er erst am 8. August 1937 nach Spanien.

In Albacete wurde er dem Kontrolldienst zugeteilt und kam nach Barcelona. Dort wurde er Mitarbeiter der Delegation der Internationalen Brigaden, die von Otto Brunner geleitet wurde. Diese Delegation war ein Organ des brigadeninternen Überwachungsapparats und nahm Abwehrfunktionen gegen Deserteure und Agenten wahr. Seine Mitarbeiter machten Jagd auf Ausgerissene und Saboteure, auf Dissidenten und Trotzlisten. Frei stand im Dienst des SIM, wie er später selber zugab.¹⁰³ Dieser militärische Geheimdienst war Teil der spanischen Administration, geriet aber bald ausser Kontrolle und wurde vom russischen NKWD für seine Repressionspolitik gegen Oppositionelle vereinnahmt. Der SIM und sein Agentenstab waren Hauptakteure im schmutzigen Krieg gegen die antistalinistische Linke und waren auch für Folterverhöre und irreguläre Hinrichtungen verantwortlich.¹⁰⁴

Ungewiss ist, wie viele rein politisch motivierte Liquidationen es gab. Für solche zeichnete gemäss der Forschung von Huber/Uhl der Zweig des SIM in den Internationalen Brigaden verantwortlich.¹⁰⁵ Als sich in Albacete eine eigentliche Spionagehysterie ausbreiten begann, hatte dies bald willkürliche Verhaftungswellen zur Folge. Die Zellen des Kasernengefängnisses füllten sich so schnell, dass zeitweise unklar war, wer dort alles einsass und weshalb. Die Kaderabteilung mahnte im Januar 1938, es dürften nicht länger Personen ohne ernsthafte Beweise als Spione verhaftet werden.¹⁰⁶ In einigen Fällen wurden oppositionelle Brigadisten statt inhaftiert gleich beseitigt. Ein krasses Beispiel ist der von Huber/Uhl angeführ-

te Deutsche Heinz Weil, der als angeblicher Trotzkiist und Provokateur erschossen wurde – dabei hatte er sich lediglich gegen die kommunistische Dominanz in seiner Einheit zur Wehr gesetzt und, zu Recht, auf jenen Erlass des spanischen Kriegsministeriums gepocht, wonach jede politische Betätigung in den Brigaden untersagt war.¹⁰⁷

Es ist unklar, wie stark Rudolf Frei in solche Machenschaften verstrickt war. Als er 1977 von einem Historiker zu seiner Rolle im Spanischen Bürgerkrieg befragt wurde, gab er zu Protokoll, er sei für die Papierkontrolle der nach Barcelona zurückkehrenden Schweizer verantwortlich gewesen. Er räumte zudem ein, mit der Verfolgung von Deserteuren befasst gewesen zu sein, dabei habe er jedoch «oft beide Augen zugedrückt».¹⁰⁸ Das heisst umgekehrt, dass er manchmal kein Auge zugedrückt hat.

In späteren Jahren soll er im Freundeskreis die Bemerkung gemacht haben, er könne nicht mehr nach Spanien reisen, er habe «ja Tote auf dem Gewissen» – wobei offenbleibt, ob diese Bemerkung ernst oder nur sarkastisch gemeint war.¹⁰⁹ Obwohl er gerne in Uniform und mit einer Pistole im Halfter herumliief – über diese Marotte spotteten selbst seine Genossen –, scheint der martialische Auftritt nicht seinem Charakter entsprochen zu haben. Freunde schildern ihn als strammen Stalinisten, der aber nicht zu effizienter Organisation fähig gewesen sei.

Vielleicht hat Freis militärische Erscheinung dazu beigetragen, dass er in der Spanienliteratur als einer der wenigen bekannten «Bösen» des SIM erhalten muss. So taucht er namentlich im *Schwarzbuch des Kommunismus* von Stéphane Courtois auf, obwohl ungeklärt ist, inwieweit Frei persönlich an SIM-Aktionen beteiligt war.¹¹⁰ Stellvertretend für die Untaten des Geheimdienstes steht er bestimmt nicht. Möglicherweise war ihm diese literarische Karriere deshalb beschieden, weil bisher kaum andere Namen von SIM-Mitarbeitenden bekannt waren, mit Ausnahme von Alfred Herz, der im Schnittpunkt der gegen deutschsprachige Oppositionelle gerichteten

geheimdienstlichen Machenschaften von SIM, NKWD und des Servicio extranjero del PSUC stand.¹¹¹

Diese Organisationen spielten alle in den Brigadenapparat hinein. Sie konnten sich auf ein informelles Netz von KP-Vertretern abstützen, die widerspenstige Brigadisten registrierten und ihre Beobachtungen weiterleiteten. Diese Vertreter glaubten sich im Kampf gegen Spionage, Sabotage und Zersetzung, waren aber faktisch auch in den Kampf gegen politische Dissidenz involviert.

Die Kaderabteilungen produzierten regelmässig Listen von angeblichen Verrätern, Trotzlisten, Oppositionellen und Zersetzungsgruppen. Ab Sommer 1937, als vermehrt disziplinarische Probleme auftauchten, wurden besondere Arbeits- und Umerziehungslager sowie Strafkompagnien eingeführt, in die jene Brigadisten eingewiesen wurden, die desertieren oder sich sonstwie nicht fügen wollten.¹¹² Leopold Stern ist ein Beispiel dafür.

Wie in jeder Armee spielte die Militärzensur auch in den Internationalen Brigaden eine wichtige Rolle. So war es zum Beispiel untersagt, in den Briefen an die Angehörigen Ortschaften zu nennen oder Angaben zu militärischen Fakten zu machen. Der Spanienfreiwillige Emil Haas aus Zürich gab gegenüber den Schweizer Militärbehörden an, dass Frei seine Briefe zensiert habe. Er habe in einem Brief an seine Frau geschrieben, es gefalle ihm in Spanien nicht: «Der Brief kam zurück, mit dem Zensurvermerk, das mache sich als Schweizer nicht gut. Unterschrieben war der Vermerk mit Rudolf Frei. Otto Brunner bemerkte zu mir, man müsse eben nicht solchen Blödsinn schreiben, wenn man wisse, dass ein Schweizer auf dem Zensurbüro sei.»¹¹³ Auch andere Schweizer beklagten sich über unzulässige Zensurmassnahmen. Der Zürcher Walter Maag warf Kaderchef Ernst Bickel vor, er habe die Briefe seiner Frau unterschlagen.¹¹⁴

Wie schätzt Wagner den mysteriösen Rudolf Frei ein? Er kannte Frei aus St. Gallen, weil dieser an einer KPSG-Veranstaltung als Referent teilgenommen hatte. Wagner war einigermassen überrascht,

als Frei im August 1937 plötzlich in Albacete auftauchte. Vor allem wunderte er sich über seinen Aufzug: «Er trug eine flotte Uniform mit Koppel und zwei Pistolen am Gürtel, aber keinerlei Rangabzeichen.»¹¹⁵ Die folgende Erinnerung an ein Gespräch zwischen Wagner und Frei verdeutlicht Freis Rolle als Mitarbeiter im politischen Überwachungsapparat. Es zeigt wiederum, dass Wagner in der orthodoxen KP-Führung nicht als linientreuer Funktionär betrachtet wurde:

«Er (Frei) sagte mir dann, dass er in Barcelona mit einer besonderen Aufgabe betraut sei. Was er hier in Albacete zu tun hatte, darüber schwieg er sich aus. Im Laufe der Unterhaltung fragte er mich dann nach meiner Betätigung und meinte dann, sie sei politisch schon etwas schwach. Ich gab ihm zur Antwort, dass ich meine Aufgabe als eine rein militärische betrachte. Meine Aufgabe wäre es, möglichst viele Schweizer in einer Kartothek zu erfassen und als Anlaufstelle zu dienen für Schweizer Kameraden, die sich vorübergehend in Albacete aufhalten. Für politische Aufgaben wäre ich nicht zuständig und wolle eine solche Zuständigkeit auch nicht. Ich wäre nicht als Politiker, sondern als Soldat nach Spanien gekommen und aus diesen Gründen wolle ich auch wieder an die Front. Etwas spöttisch fragte er mich dann: ‚Gehst du wieder zu den Anarchisten?‘ Und ehrlich antwortete ich, dass ich auch dort viele Freunde hatte, mein Ziel sei aber die XI. Internationale Brigade. Zum Schluss sagte mir dann Frei, dass meine Ablösung bald erfolgen werde. Ernst Bickel werde mein Nachfolger sein. Frei verschwand wieder aus Albacete und kurze Zeit kam mir alles etwas sonderbar vor, aber dann vergass ich die Angelegenheit.»¹¹⁶

Offensichtlich war Frei über Wagners Ablösung frühzeitig im Bild, sonst hätte er nicht solche Andeutungen machen können. Zudem wird klar, dass Wagner nur als ein Kaderleiter auf Zeit angesehen wurde. Als Frei aus Spanien zurückgekehrt war und seine viermonatige Haftstrafe wegen fremden Militärdienstes abgessen hat-

te, zog er in die Ostschweiz, wo er beim Appenzeller Spanienkämpfer Werner Nef in Herisau wohnte. Nef und Frei wurden enge Freunde, und sie wirkten massgeblich bei der Gründung der PdAS 1944 mit. 1947 wurde Frei Vorstandsmitglied der PdA-Sektion Stadt St. Gallen. Später lebte er in der Vorortgemeinde Mörschwil, von der Politischen Polizei stets überwacht. 1953 verliess er die Ostschweiz, wo er keine Stelle mehr fand, und zog ins waadtländische Morges, wo er sich der Parti ouvrier populaire (POP) anschloss. Er starb als überzeugter Kommunist im Jahr 1984.¹¹⁷

Marino Bodenmann:

Aufräumen in Albacete

Mitte August 1937 kam der Generalsekretär der KPS, Marino Bodenmann, nach Albacete. Man darf vermuten, dass er auch wegen Wagners Akkreditierungsproblemen anreiste. Offiziell gab er journalistische Zwecke an.¹¹⁸ In der Zürcher KP-Zentrale war ruchbar geworden, dass in Spanien nicht alles nach Wunsch lief. Unter den Schweizer Freiwilligen häuften sich die Desertionen, und man fürchtete, dass vorzeitige Heimkehrer negative Aussagen machten, die von den Justizorganen gegen die KP-Führung verwendet werden könnten.

Zudem häuften sich die Berichte über Unzufriedenheit und Missstimmung unter den Schweizer Brigadisten. Als Bodenmann in Albacete eintraf, war Wagner bereits als Kaderchef im Amt. Wagner wurde durch Bodenmann nachträglich legitimiert, und zwar bei Genosse E, wie Wagner in einem Bericht schrieb.¹¹⁹ Mit F. ist zweifellos Rudolf Frei gemeint. Bodenmann bestätigte Wagner, dass die Vorbehalte des ZK ihm gegenüber nun ausgeräumt seien.

Auf Ersuchen Bodenmanns wurde am 17. August 1937 im Schweizerkeller ein erstes Treffen mit einem halben Dutzend Brigadisten organisiert, von denen Klagen und Reklamationen laut geworden waren. Tags darauf fand ein weiteres Treffen mit über einem Dutzend Schweizern statt. Bodenmann wurde an diesen Aussprachen

jeweils von Wagner und Rudolf Frei sekundiert. Über diese Zusammenkünfte sind wir durch die Erklärungen orientiert, die die involvierten Freiwilligen später gegenüber der Militärjustiz in der Schweiz abgaben. Der Zürcher Lorenzo Salvetti etwa beklagte sich, dass er keine Erlaubnis zur Rückkehr in die Schweiz erhalten habe. Salvetti hatte genug vom Krieg, fühlte sich ungerecht behandelt und wollte so schnell wie möglich heim. Den KP-Oberen warf er vor, sie seien nie an der Front gewesen, verharrten im Hinterland auf den feinen Posten und behandelten die Kämpfer schlecht.¹²⁰ Ein Vorwurf, der gegenüber KP-Kaderleuten nicht selten geäussert wurde.

Der Coiffeur Hermann Maag beschwerte sich, man lasse die Kämpfer acht Monate ohne Urlaub an der Front, während man sonst üblicherweise nach dreieinhalb Monaten abgelöst werde.¹²¹ Ernst Zünd warf Bodenmann vor, verschiedene Spanienkämpfer zu Unrecht als Feiglinge und Halunken zu bezeichnen. Er habe keine Ahnung, wie es an der Front zu- und hergehe.¹²² Bodenmann suchte die aufgebrachten Freiwilligen zu besänftigen und versprach, sich um ihre Anliegen zu kümmern.

Bodenmanns Reklamationsdienst war in Tat und Wahrheit eher ein Versuch, festzustellen, wer die Leute waren, die in Albacete Schwierigkeiten verursachten, um rechtzeitig Vorkehrungen gegen ihre allfällige Desertion zu treffen. Den Funktionären der Kommunistischen Partei galten solche Brigadisten als politisch unzuverlässige Elemente, die man im Auge behalten und notfalls disziplinieren musste.

Bodenmann sollte sich in seiner Einschätzung nicht täuschen. Kurze Zeit nach dem Treffen im Schweizerkeller setzten sich Zünd und Salvetti mit einem Lastwagen aus Albacete ab. Sie flohen nach Valencia und beschafften sich dort beim Schweizer Konsularvertreter Passierscheine für Barcelona. Mit sechs weiteren Schweizern bestiegen sie einen französischen Dampfer nach Marseille und kehr-

ten so in die Schweiz zurück. Dort packten sie, wie von der KP-Führung befürchtet, gegenüber dem Untersuchungsrichter des Divisionsgerichts 5 a, Otto Gloor, in der Hoffnung auf eine milde Bestrafung aus.¹²³

Gloor war die zentrale Figur in der Justizverfolgung der Spanienfreiwilligen. Er arbeitete als Bezirksanwalt im Kreis 3 in Zürich und genoss wegen seiner antikommunistischen Einstellung den Ruf eines Linkenfressers.¹²⁴ Durch seine umfangreichen Ermittlungen gegen die KPS-Führung, der er die Bildung einer illegalen Werbezentrale für Spanien nachweisen wollte, entfachte er Polemiken. Er wollte die wichtigsten KP-Exponenten mithilfe der Spanienbeschlüsse hinter Gitter bringen. Gloor hat das Belastungsmaterial, das ihm desertierte Freiwillige auf dem Silbertablett servierten, wohl freudig entgegengenommen. Im «Werbezentralen-Prozess» im März 1938, in dem Ernst Maag, Ernst Zünd und Lorenzo Salvetti als Hauptbelastungszeugen auftraten, konnte der gewünschte Nachweis aber nicht erbracht werden.¹²⁵ Neben denjenigen, die desertierten, gab es auch Personen, deren Verschwinden bis heute Fragen aufwirft. Der Zürcher Kommunist Ernst Bickel, mit dem auch Wagner bekannt war, ist ein solches Beispiel. Bickel war der Sohn des bekannten Zürcher KP-Kantonsrats und Buchhändlers Hans Bickel. Im März 1938 verschwand er in Aragón spurlos, seine Leiche wurde nie gefunden. Hartnäckig hielt sich das Gerücht, er sei nicht im Feld gefallen, sondern von Stalinisten umgebracht worden. Diese Vermutung äusserte insbesondere Max Wullschleger, der darauf hinwies, dass Bickel schon in Zürich als Trotzlist gegolten habe.¹²⁶

Bickel war im November 1936 zusammen mit seiner Frau Bertha nach Albacete gekommen. Er genoss damals das Vertrauen der KP-Führung und wurde im Dezember 1937 nach Wagner zum Schweizer Kaderchef ernannt. Zwischen Bertha Bickel und André Marty kam es jedoch zu einem Streit, denn Marty duldet keine Frauen in den Internationalen Brigaden, und Bertha Bickel wehrte sich dagegen. Sie wurde schliesslich unter verleumderischen An-

schuldigungen aus Spanien ausgewiesen. Ernst Bickel setzte alle Hebel in Bewegung, um ihr die Rückkehr nach Spanien zu ermöglichen, aber vergeblich. Auch die KPS verweigerte ihr die nötige Empfehlung für eine Rückreise. Bickel war über diese Behandlung erzürnt, kehrte aber trotzdem nach Spanien zurück.¹²⁷

Zuletzt wurde Bickel im März 1938 in der XI. Brigade gesichtet. Walter Wagner, der in derselben Einheit kämpfte, und andere Spanienkämpfer wie etwa der Churer Hans Nüssler oder der Zürcher Emil Haas haben Bickel dort gesehen. Haas und Nüssler gaben an, dass Bickel am 31. März oder 1. April 1938 beim überstürzten Rückzug der Interbrigaden in Aragón bei der Stadt Gandesa gefallen sei.¹²⁸ Hingegen will ein anderer Freiwilliger mit Bickel noch 1942 in einem Franco-Straflager gesprochen haben, was bedeuten würde, dass ihn die Franco-Truppen gefangengenommen hätten. Bickel wurde schliesslich für verschollen erklärt.

Was meint Wagner zu Bickels Verschwinden? Seine Beschreibung Bickels ist von der Begegnung in Albacete geprägt. Wagner berichtet, Bickel sei plötzlich bei ihm im Kaderbüro aufgetaucht und habe ihm eröffnet, dass er sein Nachfolger sei. Als Wagner ihn auf die Schwierigkeiten im Umgang mit der deutschen Kaderabteilung aufmerksam machte, habe er angemerkt: «Mit diesen Schwaben werde ich schon fertig, der Saftladen wird aufgeräumt. Wie konntest du das aushalten?»¹²⁹ Bickel sei einer gewesen, der nicht aufs Maul gehockt sei. Er habe oft laut ausgerufen, auch gegen die in Albacete dominierenden deutschen Funktionäre.¹³⁰

Zu seinem weiteren Schicksal meint Wagner: «Er war Capitan, also Kompaniekommandant. Er kam mit mir an die Front und wurde dann beim Rückzug aus Aragón vermisst. Ich kann die Gerüchte um sein Verschwinden nicht nachvollziehen. Es kam ja oft vor, dass einer fiel und danach einfach an Ort und Stelle verscharrt wurde. Alle Internationalen waren gehalten, kein Carnet militar auf sich zu tragen.

Das wäre bei einer Gefangennahme der sichere Tod gewesen. Franco hat ja alle Gefangenen erschossen lassen.»¹³¹

Wagner steht somit der Mordthese durch stalinistische Hintermänner skeptisch gegenüber. Die von Wullschlegler geäußerte Vermutung, Bickel sei ein politisches Opfer geworden, nährt sich unter anderem aus der auffälligen Berichterstattung der *Freiheit*. Während gefallene KP-Funktionäre üblicherweise in längeren Nachrufen geehrt wurden, fehlt ein solcher zu Bickel. Dabei waren in der KP-Zeitung von ihm bereits mehrere Texte über den Spanienkrieg erschienen.¹³² Das Schicksal des jungen Zürchers bleibt also weiterhin ungeklärt.

Otto Brunners Willkürentscheid

Als Kaderchef war Walter Wagner zwar in das kommunistische Machtnetz rund um die Internationalen Brigaden eingebunden, aber nach eigenem Bekunden hatte er mit Geheimdienst-Operationen vom Schlage des SIM nichts zu tun. Auch scheint er nicht in die Verfolgungspraxis des Brigadenapparats gegen Oppositionelle involviert gewesen zu sein, was angesichts des Misstrauens, das die Brigadenleitung ihm gegenüber hegte, plausibel scheint. Im Ganzen amtierte er fünfeinhalb Monate lang als Schweizer Kaderchef in Albacete, vom 30. Juni bis 14. Dezember 1937.¹³³ Bei der Ablösung weinte er dieser Tätigkeit keine Träne nach: «Ich war froh, dass es zu Ende war.»¹³⁴ Bevor er aber an die Front kam, erwartete ihn eine weitere Enttäuschung. Mitte Dezember rückte er in ein militärisches Ausbildungscamp in Madrigueras ein, einem Dorf in der Umgebung von Albacete, wo sich die Unteroffiziers- und Instruktoorschule befand. Der Leiter des Unteroffizierskurses war Otto Brunner. Nach einer schweren Verletzung in der Schlacht von Brunete im Juli 1937, in der das Tschapajew-Bataillon fast vollständig aufgerieben worden war, hatte

man den Schweizer mit einer neuen Funktion im ruhigen Hinterland betraut.

Für den mehrwöchigen Kurs war Wagner dank seiner militärischen Vorbildung in Moskau und der Rekrutenschule in der Schweiz gut gerüstet. Als die Ausbildung am 12. Februar 1938 beendet war, wurden den Teilnehmern die neuen Ränge verliehen. Dabei kam es zu einem Affront: «Obwohl ich der beste Schüler war, gab mir Brunner am Schluss der Ausbildung nur den Cabo, alle andern 20 Schüler erhielten den Sargento. Da protestierten alle gemeinsam bei Brunner. Aber der sagte nur, der Wagner macht schon seinen Weg. Er hatte mich eben als Abweichler im Verdacht, weil ich bei den Anarchisten gewesen war.»¹³⁵

Natürlich war Wagner über diese politisch motivierte Bestrafung schwer enttäuscht. Sie kam einer Herabwürdigung und Blossstellung vor der ganzen Truppe gleich und verletzte seinen Stolz. Doch Wagner musste Brunners Willkürentscheid hinnehmen. Über diesen Affront finden sich in Wagners schriftlichen Memoiren keinerlei Angaben, erst im Interview gab er den Vorfall preis. Möglicherweise war die erlittene Schmach das entscheidende Ereignis, das ihn von der kommunistischen Überzeugung abrücken liess. Jedenfalls befand er sich, vor Kurzem noch überzeugter Kommunist und loyaler Parteifunktionär, in einem innerlichen Ablösungsprozess. Unter Spaniens Sonne blätterte seine stalinistische Haut sozusagen Schicht um Schicht ab.

Teruel: Schlacht in Schnee und Eis

Viel Zeit, um mit seinem Schicksal zu hadern, blieb ihm indessen nicht. Der Krieg ging weiter, und die frischgebackenen Militärkader wurden dringend benötigt. Wagner kam in die MG-Abteilung des 2. Bataillons «Edgar André» der XI. Brigade, die in der Nähe von Belchite in Aragón stationiert war, das noch in der Hand der republikanischen Truppen war. Anfänglich gab es nur vereinzelt Scharmüt-

zel mit dem Feind. In dieser Kompanie lernte er den Schweizer Arnold Tanner kennen, mit dem er sich anfreundete. Tanner war in Lausanne aufgewachsen, sprach aber gut Schweizerdeutsch. Er hatte an den Kämpfen um Madrid teilgenommen und war dort schwer verwundet worden. Jetzt war er wieder an die Front zurückgekehrt. Wagners Kompanie hatte den Auftrag erhalten, einen nahen Hügel mit Stellungen der Nationalen einzunehmen, von dem aus sie immer wieder unter Beschuss genommen wurden.

Bei dieser Operation fiel Tanner. Wagner erlebte den Tod seines Freundes hautnah mit: «Im Morgengrauen begann der Sturmangriff, aber das MG-Feuer der Nationalen war derart dicht, dass unser Angriff scheiterte und abgebrochen werden musste. Im Angriff waren Noldi und ich in Sichtweite und plötzlich sah ich Noldi zusammenbrechen und ungeachtet des MG-Feuers rannte ich zu ihm hin. Noldi war sehr schwer verwundet, zwei Schüsse hatten ihn erwischt, einer im Oberschenkel und der andere unterhalb der Brust. Ein Kamerad kam mir zu Hilfe, aber weder er noch ich hatten Verbandspatronen. Kurzenschlossen riss ich aus meinem Hemd ein paar Streifen, so verbanden wir ihn notdürftig und zu zweit trugen wir ihn zurück in unsere Ausgangsstellung und riefen nach einem Sanitäter. Aber es war zu spät, bereits beim Rücktransport war er der Verwundung und dem starken Blutverlust erlegen. Ich hatte einen guten Freund und Kameraden verloren.»¹³⁶

Wenig später wurde die XI. Brigade für den Einsatz in einer Entlastungsoffensive bei Teruel marschbereit gemacht. Wie schon bei Belchite im August 1937 sollte dieser gross angelegte Angriff Franco von einem weiteren Schlag gegen Madrid abhalten und ihn zur Verlegung von Truppen in den Süden zwingen. Die Lage der Republik hatte sich weiter verschlechtert. Bereits drei Viertel des spanischen Territoriums standen unter nationaler Kontrolle. Nur noch Katalonien, grosse Teile von Aragón sowie die Levante bis Valencia zählten noch zum republikanisch beherrschten Gebiet.

Die Bergstadt Teruel, auf rund 900 Meter gelegen und heute von Skipisten umgeben, war für die Nationalen ein wichtiger Ort. Teruel hatte bis jetzt dem republikanischen Zugriff widerstanden, ein Fall der Provinzstadt hätte für Franco negative symbolische Bedeutung gehabt. Das republikanische Heer musste endlich wieder einen substanziellen militärischen Sieg erringen, der die Moral der Soldaten hob und der republikanischen Armeeführung aussenpolitische Reputation verschaffte. Die Offensive fiel jedoch in eine ungünstige Zeit. Teruel ist einer der kältesten Orte Spaniens; die Temperaturen können bis minus zwanzig Grad fallen.

Im Winter 1937/38 machte das Klima keine Ausnahme. Als am 15. Dezember, dem ersten Angriffstag, an die 40'000 spanische Soldaten anmarschierten, herrschte dichtes Schneegestöber. Die Internationalen Brigaden kamen aus politischen Gründen erst später zum Einsatz. Diesmal sollten die Spanier zeigen, was sie konnten.

Die Stadt wurde eingekesselt, doch aufständische Einheiten hielten sich hartnäckig im Zentrum. Schliesslich wurde am 22. Dezember die Einnahme der Stadt gemeldet, obwohl es immer noch Widerstandsnester gab. Franco setzte am 29. Dezember zum Gegen-schlag mit massiven Artillerie- und Flugzeugangriffen an. Als Reaktion darauf wurden nun auch die Interbrigaden in den Kampf geschickt.

Teruel zählte zu den mörderischsten Schlachten des Spanischen Bürgerkriegs. Wagner schildert die äusserst schwierigen Umstände für die Soldaten: «Es herrschte ein mehrtägiger starker Schneefall. Keine Sicht, die Wege vereisten und die Motoren froren ein. Der Schnee lag meterhoch, Nachschubwege auf beiden Seiten waren durch den Schnee blockiert. Aufseiten der Republik waren Hunderte von Motorfahrzeugen im Schnee steckengeblieben. Die Einheiten hielten Teruel unter den misslichsten Bedingungen.»¹³⁷

Der Kampf wurde beidseits mit grösster Härte geführt, weil man um jeden Preis eine Niederlage vermeiden wollte. Die Entbehrungen der Truppen waren enorm. Die meisten Soldaten waren für solche Verhältnisse nicht ausgerüstet und litten unter Schnee, Kälte und Frost. Wagner erinnert sich: «Wir hatten nur unsere Bastschuhe an. Einem Toten habe ich die Schuhe abgenommen, wie es viele andere auch taten. Es war eine schlimme Zeit.»¹³⁸

Wagners Kompanie erhielt den Befehl, eine Anhöhe zu halten. Unter Bombenhagel und Artilleriebeschuss kam die Order zur Aufgabe. Die Stellung sei unter dem schweren gegnerischen Feuer nicht mehr zu verteidigen gewesen. Ein Viertel der Kompanie fiel, und viele Soldaten litten an Erfrierungen an den Händen und vor allem an den Füßen. Bis Mitte Februar verloren die republikanischen Truppen immer mehr Terrain, und schliesslich mussten sie sich ganz zurückziehen, um einer Umzingelung zu entgehen. Am Ende des Monats war Teruel wieder unter nationaler Kontrolle. Die Verluste waren riesig: Auf republikanischer Seite fanden Zehntausende den Tod; auch die Franco-Truppen beklagten viele Gefallene.

Obwohl sonst mit einem sehr guten Gedächtnis ausgestattet, fehlen Wagner präzise Erinnerungen an diese grausame Schlacht. Auch dies ist ein Zeichen, welches Trauma der unerbittliche Kampf um die spanische Kleinstadt bei denjenigen verursacht hat, die im Feuer standen. Teruel war Wagners erste grosse Kriegserfahrung. Die zweite stand kurz bevor. Hans Hutter schildert diese Schlacht, in der er schwer verwundet wurde, ausführlicher.¹³⁹

Hitchcock in Aragón

Nach dem Rückzug von Teruel zählte Wagners Kompanie gerade noch 80 Mann; mehr als die Hälfte war umgekommen. Die XI. Brigade musste reorganisiert und in der Stadt Alcaniz mit spanischen

Soldaten aufgefüllt werden. Zu diesem Zeitpunkt veränderte sich der Charakter der Internationalen Brigaden – sie wurden wegen der grossen Verluste immer weniger international und verwandelten sich in überwiegend spanische Formationen. Der Mangel an automatischen Waffen wurde prekär. Wagner selbst besass einen tschechischen Karabiner mit einer Handvoll passender Munition, drei Handgranaten und die schwere Pistole, die er von den Anarchisten als Abschiedsgeschenk erhalten hatte. Liess sich damit ein Krieg gewinnen?

Die Erholungszeit für die dezimierten republikanischen Truppen währte nicht lange. Anfang März 1938 war es mit der Ruhe schon wieder vorbei. Gerüchte von einer Grossoffensive der Nationalen in Aragón machten die Runde. Franco hatte sich von seiner Obsession, Madrid zu erobern, gelöst und suchte nun den Durchbruch zum Mittelmeer, um Katalonien vom übrigen Spanien zu isolieren. Wagner und seine Kameraden wurden mobilisiert und nachts auf Camions in eine unbekannte Richtung verfrachtet.

Nach einer dreistündigen Fahrt landeten sie südlich von Belchite, das seit seiner Eroberung Ende August 1937 dank der Verstärkung durch die XV. Brigade immer noch gehalten werden konnte. Wagner erhielt den Befehl, einen Kilometer westlich des weitgehend zerstörten Ortes auf Vorposten zu gehen. «Wir rückten sofort ab. Es war eine ungemütliche Nacht. Wir hatten keine Ahnung vom Frontverlauf, die ganze Nacht war nur Motorengeräusch und vereinzelt MG-Feuer zu hören, aber sie kamen aus grösserer Entfernung.»¹⁴⁰

Am Morgen danach blickten Wagner und seine Mitkämpfer in ein leeres Feld. Von der Kompanie war weit und breit nichts mehr zu sehen. Ein Melder wurde losgeschickt, der berichtete, er habe keine Truppen mehr vorgefunden, die Einheit sei wohl abgerückt. Jetzt war guter Rat teuer. Wagner entschied, die Front zu sondieren. Nach einer kurzen Erkundigung in der Umgebung stiess man tatsächlich

auf eine feindliche Stellung. Sie war an den Uniformen der Soldaten zu erkennen.

Folgende Episode kann als typische Szene des Spanienkriegs angesehen werden. Es ging um einen tief geflogenen Luftangriff mit MG-bestückten Jägern – solche Angriffe wurden im Spanienkrieg zum ersten Mal eine verbreitete Kriegserfahrung. Die Nachgeborenen dürfte die Szene eher an den Alptraum erinnern, den Alfred Hitchcock in seinem Werk *North by Northwest* inszenierte: Ein Mann sucht sich im offenen Gelände vor der Attacke eines Flugzeugs zu retten und rennt davon – aber weit und breit ist keine Deckung in Sicht. Für Wagner war dieser Alptraum in der baumlosen Aragón-Ebene real:

«Fast gleichzeitig tauchten zwei Flugzeuge auf, ich konnte nicht erkennen, was für welche, und kroch in eine Mulde, um zu beobachten und abzuwarten. Plötzlich sprang ein Mann in die Mulde, ich hatte die Pistole in der Hand und richtete sie sofort auf ihn. Es war ein Gegner, ein junger Bursche, ich sah, dass es offenbar ein Marokkaner oder auch Südspanier war. Er warf sofort sein Gewehr vor sich hin und legte die Hände hinter den Kopf.

Wir waren wohl beide gleich erschrocken und mussten uns zuerst davon etwas erholen. Dann sagte er auf Spanisch: ‚Nicht schießen!‘ Sein Gewehr lag in meiner Reichweite und ich nahm es etwas näher, damit er es nicht mehr ergreifen konnte. Ich beobachtete ihn und klaubte eine Zigarette hervor und bot ihm auch eine an. So rauchten wir beide, und ich dachte daran, dass ich einen wehrlosen Gegner vor mir hatte, aber es war auch ein Mensch, vielleicht sogar ein Zwangseingezogener, der diesen Krieg gar nicht wollte. Ich ergriff dann sein Gewehr, entnahm ihm alle Patronen und sagte ihm: ‚Du kannst gehen, ich mache dir nichts.‘ Ich reichte ihm das entladene Gewehr. Erst sah er mich erstaunt an, dann lächelte er und sagte: ‚Muchas gracias, camarada!‘, kroch aus dem Loch und verschwand.»¹⁴¹

Von März bis Ende Mai 1938 waren die Streitkräfte der Spanischen Republik zum kontinuierlichen Rückzug vom Aragón-Hochland an die Ebro-Mündung am Mittelmeer gezwungen. Sie vermochten dem übermächtigen Druck der Franco-Kriegsmaschinerie nicht standzuhalten. Teile der Brigaden wurden auseinandergerissen, verloren den Kontakt und irrten orientierungslos im Gelände umher. Genau dies widerfuhr auch Wagner und seiner Gruppe. Sie waren von der Kompanie abgeschnitten worden und mussten sich nun selber bis nach Azaila durchschlagen, jenes Dorf, in dem Wagner vor einem Jahr schon einmal mit den anarchistischen Kolonnen stationiert gewesen war. Auf dem Weg dahin wurden sie erneut aus Flugzeugen mit MG-Feuer belegt. Das kostete einem Soldaten das Leben: Er wurde an Ort und Stelle begraben.

In Azaila lagerten spanische Einheiten, die von einem österreichischen Kommandanten namens Braun befehligt wurden. Von ihm erfuhr Wagner, dass die XV. Brigade Belchite hatte aufgeben müssen und die XI. Brigade zwei Stunden östlich von Azaila stehe. Tags darauf wurden Wagner und seine Leute gebeten, den Abzug der spanischen Verbände aus dem Dorf für zwei Stunden zu decken. Das kam Wagner merkwürdig vor. Weshalb diese Bitte? Konnte der Kommandant seiner eigenen Truppe nicht mehr trauen? Schliesslich rückte Braun mit der Wahrheit heraus: Die republikanische Front sei völlig zusammengebrochen, sämtliche Truppen befänden sich auf der Flucht nach Süden, auch sie selbst müssten möglichst bald die Stellung räumen.

Beim Nachbardorf Escatrön stiessen Wagner und seine Mitkämpfer wieder auf Teile ihrer Brigade. Sie meldeten sich sofort beim Kommandanten. Der zeigte sich erfreut über ihr Erscheinen und klärte sie auf, was geschehen war: Man habe plötzlich den Befehl zum Rückzug erhalten und habe noch in der Nacht die Lastwagen bestiegen. Es sei eine grosse Verwirrung entstanden, und da habe man Wagners Gruppe einfach vergessen.

«Eine Arbeiterelite geht zugrunde»

Während des Belchite-Rückzugs wurde Wagner am 25. oder 26. März wegen ausserordentlich tapferen Verhaltens im Tagesbefehl der XI. Brigade ausgezeichnet und zur Beförderung vorgeschlagen.¹⁴² Er wurde daraufhin zusammen mit weiteren Schweizern zu einer Spezialeinheit abkommandiert, einer Sturmkompanie. Sie bestand aus rund 200 Kämpfern, mehrheitlich Jugoslawen und Bulgaren. Als er die ihm zugeteilte Sektion von 26 Mann übernahm, fand er darunter zwei Deutsche namens Sepp und Adolf, den Österreicher Franz sowie die beiden Briten James und Arthur. Aufgrund einer Fotografie, die Wagner von ihm aufbewahrte, konnte die Identität des österreichischen Brigadisten geklärt werden. Es handelte sich um den 1914 in Wien geborenen Metallschleifer Franz Johann Reider (auch: Reiter), der im Herbst 1936 nach Spanien gekommen war und am 31. Juli 1938 bei Gandesa oder Val de Canelles fiel.¹⁴³

Wagner sah sich die Bewaffnung der Leute an und stellte fest, dass sie nur über ein einziges wassergekühltes leichtes MG, russische Gewehre, einige Munitionsgurten sowie Handgranaten verfügten – etwas wenig für eine Sturmkompanie. Es blieb ihnen nichts anderes übrig als dennoch aufzubrechen. Bald war auf dem offenen Feld Motorenlärm zu hören, der rasch näher zu kommen schien. In der Ferne rückte auf der Strasse, scheinbar unbehelligt und sorglos, eine nationalistische Fahrzeugkolonne vor. In der Umgebung lagen verstreute Munitionskisten, Gewehre, ja sogar Handgranaten und ganze Maschinengewehre herum – Spuren einer panikartigen Flucht. Alles deutete darauf hin, dass sich die republikanischen Truppen davongemacht und die wertvollen Waffen weggeworfen hatten.

Plötzlich tauchte ein uniformierter Soldat mit einem Feldstecher auf. Langsam trat er näher, und als er zu winken begann, erkannte ihn Wagner: Es war Richard Parvus alias Willi Glatzer, sein einstiger Zimmergenosse aus Moskau, der ihm zuletzt in Albacete bei der Ak-

kreditierung aus der Patsche geholfen hatte. «Ich wollte von ihm wissen, wie es um die Front stehe und was er denn so allein hier suche. Richard sagte, er habe den Auftrag, versprengte Trupps, wie wir einer seien, zu sammeln und sie zurück zu führen. [...] Dann stand er auf, nahm mich etwas beiseite und meinte, in diesem Land gehe eine Elite der internationalen Arbeiterschaft sinnlos zugrunde. ‚Die Hilfe aus dem Osten (er erwähnte die Sowjetunion nicht wörtlich) hat diesem Land auch einiges Unangenehmes und Schlechtes gebracht – pass auf dich auf, Paul.‘ [...] Von Richard habe ich nie mehr etwas gehört. Seine Äusserung gegenüber mir hatte mich etwas erstaunt und erst lange Zeit später konnte ich den tieferen Sinn seiner Worte erkennen.»¹⁴⁴

Glatzers düstere Ahnung vom Untergang einer Arbeiterelite im Spanienkrieg sollte sich als geradezu prophetisch erweisen – fatalerweise auch in Bezug auf ihn selbst: Er wurde wenig später schwer verwundet und erlag seinen Verletzungen.¹⁴⁵ Etliche andere deutsche Kämpfer, die den Bürgerkrieg mitgemacht hatten und aus dem russischen Exil nach Spanien gekommen waren, kehrten im Herbst 1938 nach Moskau zurück und fielen dort den stalinistischen Säuberungen zum Opfer. Diese überzeugten Antifaschisten hatten den Krieg gegen Franco überlebt, Stalins Terror dagegen konnten sie nicht entgehen.

Gegen Abend erreichte Wagners Trupp Caspe, die nächste noch von den Republikanern gehaltene Stadt. Da im allgemeinen Durcheinander keine bekannte Einheit zu finden war, hängten sich Wagner und seine Kameraden an die nächste vorbeiziehende Gruppe an. Es war eine Kompanie, die zur franko-belgischen XIV. Brigade gehörte. Bereits im nächsten Morgengrauen begann der nationalistische Angriff auf die Stadt. Artillerie und Flugzeuge tauchten auf – laut Wagner «eine gewaltige Übermacht, der nicht standzuhalten war». Franco griff mit 100'000 Mann und 150 Geschützen an, die republikanische Seite zählte nur 34'000 Mann und 74 Geschütze¹⁴⁶ – das konnte nicht gut gehen.

Die republikanischen Verteidiger von Caspe erlitten schwere Verluste. In Wagners Gruppe fielen fünf spanische Kämpfer – zwei waren tot, drei schwer verwundet. Meter um Meter musste das Volkshier vor dem Ansturm der Nationalisten zurückweichen, und nach drei Tagen war die Niederlage auch hier eine Tatsache. Wagner wurde mit seinen Leuten über das Dorf Batea nach Gandesa abgedrängt. Weiter oben im Norden musste die monatelange Belagerung der Städte Huesca, Fraga und Lérida aufgegeben werden. Franco rückte auf breiter Front vor. «Es gab keine Front mehr, der schnelle Vormarsch der Nationalen war der Überlegenheit der Waffen und besonders der Luftüberlegenheit zu verdanken und wohl auch der besseren Führung.»¹⁴⁷

Endlich konnte Wagner in Erfahrung bringen, in welchem Truppenverband er sich befand: im 3. Bataillon «Pierre Brachet», benannt nach einem sozialdemokratischen Journalisten des Brüsseler *Peuple*, der bei der Verteidigung Madrids gefallen war. Das Bataillon bestand vorwiegend aus belgischen Landsleuten, wovon einige gut Deutsch sprachen.

Im Städtchen Gandesa, einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt, traf Wagner in dem Chaos an- und abrückender Truppen nachts in einem leerstehenden Haus auf einen Schweizer Bekannten. In der Dunkelheit hörte er einen Soldaten auf Schweizerdeutsch fluchen und dachte sich: «Diese Stimme kenn ich doch.» Es war Mario Fritz, der italienischstämmige Freund und Genosse aus St. Gallen. Er erzählte, er sei Soldat in einer Flak-Batterie, doch bei den letzten Kämpfen hätten sie die Geschütze verloren. Wagner berichtete seinerseits, dass Marios Bruder Toni ebenfalls in Spanien kämpfe, und zwar in der XII. Brigade. Die beiden unterhielten sich bis zum Morgenrauen. Es sollte ihr letztes Gespräch sein: Mario Fritz fiel, 27-jährig, bei der Verteidigung von Gandesa.¹⁴⁸

Von den Kämpfen in der Umgebung der Stadt Gandesa existiert eine Fotografie, auf der Wagner mit seinem österreichischen Kame-

raden Franz zu sehen ist. Beide verschanzen sich mit dem Gewehr hinter einem defekten Panzer. Das Foto sei von einem französischen Journalisten geschossen worden, der ihm später in Barcelona eine Kopie überlassen habe. Das Pressefoto ist insofern bemerkenswert, als es später für einen Buchtitel verwendet wurde: *Militärische Lehren des Bürgerkriegs in Spanien* von Helmut Klotz. Der Autor zählte zu den bekannten nazikritischen Militärpublizisten. Er hatte schon in früheren Werken auf Hitlers geheime Aufrüstung hingewiesen. Das erwähnte Werk über Spanien erschien in der französischen Erstausgabe im Selbstverlag des Verfassers in Paris.

Für dieses Cover wurde die Fotografie manipuliert, wie ein Vergleich mit der Foto von Wagner enthüllt: Rechts am Geschützturm wurde auf dem Panzer ein Hakenkreuz aufgemalt, das auf Wagners Foto nicht vorhanden ist (siehe Bildteil). Bei genauem Hinsehen erkennt man die plumpe Manipulation rasch. Das getürkte Hakenkreuz sollte wohl die Teilnahme Deutschlands am Spanienkrieg visualisieren. Im Buch wird die Aufnahme auch nicht den Kämpfen bei Gandesa zugeordnet, sondern der Belagerung Madrids. Klotz war übrigens für den Bundesrat zu kritisch: Er verbot 1936 Klotz' Buch *Der neue deutsche Krieg*, eine kritische Abhandlung über die Militärstrategie der Nationalsozialisten.¹⁴⁹

Skepsis und Zweifel am Ebro

Am 15. April 1938 lagerte das spanische Volksheer erschöpft am Ebrolauf, während die Franquisten bereits Vinaroz am Mittelmeer und somit ihr Ziel erreicht hatten. Das militärische Ergebnis war die Zweiteilung der Republik. Katalonien war jetzt vom übrigen republikanischen Gebiet, das noch etwa ein Viertel des spanischen Territoriums umfasste, abgetrennt. Hätte Franco die Truppen direkt nach Barcelona marschieren lassen, wie seine Generäle wollten, wäre der

fast zweijährige Krieg beendet gewesen. Doch der Caudillo drang südwestwärts nach Valencia vor, um die ehemalige Regierungsstadt zu erobern.

Diese ungewöhnliche Entscheidung wird in der franquistischen Literatur mit aussenpolitischen Gründen gerechtfertigt: Franco hätte bei einem Direktangriff auf Barcelona eine französische Intervention riskiert. Eine solche sei aufgrund der wachsenden Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland in der Sudetenkrise zu befürchten gewesen.¹⁵⁰ Es war aber wohl nicht nur die Angst vor einem militärischen Eingreifen des Nachbarn, sondern der zähe und anhaltende Widerstand der Republikaner, der Franco zu diesem Schritt bewog. Er kam an der Levante nicht so schnell vorwärts, wie er gehofft hatte. Das Volksheer hatte in Aragón zwar zurückweichen müssen, aber geschlagen war es noch nicht.

Während im Nichtinterventionskomitee und im Völkerbund Pläne zum freiwilligen Abzug der ausländischen Truppen aus Spanien verhandelt wurden, waren die Weichen für eine Verlängerung des Bürgerkriegs bereits gestellt. Das republikanische Lager stellte ein neues Heer zusammen und bereitete einen grossen Aufmarsch vor, der die Rückeroberung von Francos Korridor am Mittelmeer zum Ziel hatte. Was daraus folgte, war die Schlacht am Ebro, die 100 Tage dauerte, vom 25. Juli bis zum 13. November 1938. Wegen ihres Entscheidungscharakters wird sie von einigen Militärhistorikern mit den grossen Schlachten von Verdun (1916) im Ersten und von Stalingrad (1942) im Zweiten Weltkrieg verglichen.¹⁵¹

Die Grossoffensive wurde durch weitere sowjetische Waffenlieferungen ermöglicht. Die neu formierte Ebro-Armee unter dem Kommando des Kommunisten Juan Modesto umfasste gegen 100'000 Mann. Der Angriffsplan von General Vicente Rojo sah vor, den Vormarsch Francos auf Valencia durch einen Vorstoss auf breiter Front am Ebrolauf zu stoppen. Vorgesehen war die gleichzeitige Überschreitung des Flusses an mehreren Punkten auf einer Länge

von 100 Kilometern. Die Offensive sollte am 25. Juli 1938 um Mitternacht beginnen.

Walter Wagners Einheit lag zu diesem Zeitpunkt bei Amposta, einem Städtchen am Ebrodelta. Physisch war Wagner etwas lädiert, ein Granatsplitter hatte sein Knie gestreift. Seine Kompanie – es war die 4. Kompanie des 12. Bataillons der XIV. Brigade – war stark dezimiert. Der Kommandant war bei Gandesa gefallen, und Offiziere gab es auch keine mehr. Auf Befehl übernahm Wagner eher widerwillig die Leitung der Kompanie. Er zweifelte jedoch je länger je mehr daran, ob der Krieg überhaupt noch einen Sinn habe und die Republik gerettet werden könne. Auch die ständigen Hegemoniekämpfe im linken Lager stimmten ihn nachdenklich.

Noch grössere Skepsis befiel ihn, wenn er an seine persönlichen Erfahrungen mit den stalinistischen Willkürmethoden dachte: «Hier am Ebro begann ich über das Schicksal der Spanischen Republik nachzudenken. Bisher hatte ich immer noch die Hoffnung auf einen Durchbruch der Republikaner gehabt, aber der Rückzug an den Ebro und die Teilung des Gebiets der Republik vermittelten mir mehr und mehr den Eindruck, dass die Nationalen siegen und ganz Spanien unter ihre Herrschaft bringen würden.

Dazu kam die politische Lage, um die ich mich verständlicherweise in den vergangenen Kämpfen wenig gekümmert hatte. Die kommunistische Partei war stark, ja übermächtig geworden, sie beherrschte die Regierung und damit die Republik. Was sollte daraus nach einem Sieg der Republik werden? Ein Land, das Anarchisten, die POUM und auch die Sozialisten unterdrücken würde, ein Land ohne Demokratie und persönliche Freiheit, ein Land nach Stalins Auffassung vom Sozialismus. Für das hatte ich eigentlich nicht gekämpft. Mein Einsatz galt einem sozialen und demokratischen Spanien, für das ich auch als Kommunist gekämpft habe. Das waren so

meine Gedanken. Aber nun war ich Kompaniekommandant und es war meine verdammte Pflicht weiter zu kämpfen, und ich hatte Verantwortung für etwas über 140 Kameraden.»¹⁵²

Wagners Zweifel und seine gedrückte Stimmung blieben auch den Politikommissaren der Brigade nicht verborgen. In einem Bericht von André Marty, an dem auch Jules Humbert-Droz mitgewirkt haben soll, findet sich ein negatives Urteil über Wagner: «Der Kamerad W. Wagner, Mitglied des ZK, ist vollkommen zersetzt (décomposé) und es besteht die Möglichkeit, dass er versucht, ins Ausland zu fliehen.»¹⁵³

Gegen diese negative Einschätzung protestierte Wagners Freund Hans Thoma, der in Barcelona bei der Brigadenverwaltung arbeitete und den Bericht in die Hände bekam. Thoma befürchtete, dass dies Wagners politisches Todesurteil sein könnte und setzte sich für ihn ein: «Ich habe persönlich mit vielen Kameraden gesprochen, die von der Front gekommen sind und übereinstimmend ausgesagt haben, dass Walti Wagner ein militärisch ausgezeichnete Soldat ist, politisch und moralisch tadellos ist, und einer der ersten im Vorgehen, einer der letzten im Zurückgehen ist. Einmal habe er als letzter, nachdem alle anderen Kameraden evakuiert waren, die Stellung mit dem Maschinengewehr auf dem Rücken verlassen.»¹⁵⁴

Thoma erwähnte zudem Wagners Differenzen mit Otto Brunner und Rudolf Frei und forderte die Organe auf, die Anschuldigungen gegen Wagner zu untersuchen und seine Reputation wiederherzustellen. Mit dieser Forderung kam er offensichtlich nicht durch, denn im November 1938 musste er seinen Freund in einem weiteren Bericht in Schutz nehmen. Dies zeigt, dass die Vorbehalte gegen Wagner in der kommunistischen Führung nicht mehr aus der Welt zu schaffen waren.¹⁵⁵

Am Vorabend der Ebro-Schlacht zog Wagner eine negative Bilanz über den republikanischen Kampf. Hatte er sich damit nun endgültig von seiner stalinistischen Vergangenheit gelöst? War er von

einem überzeugten Kommunisten zu einem Gegner der KP geworden? Oder sieht Walter Wagner diese Zeit erst rückblickend derart skeptisch? Sicher ist, dass viele Brigadisten ähnlich dachten wie Wagner und die Hoffnung auf einen Kriegserfolg gegen Franco weitgehend aufgegeben hatten.

Die militärischen Tatsachen sprachen für sich: Seit einem halben Jahr hatte die Republik keinen wichtigen Sieg mehr errungen. Im Gegenteil, nach der Preisgabe von Teruel und Belchite reihte sich Niederlage an Niederlage, auch wenn Madrid und Barcelona immer noch republikanisch waren. Tausende von Spanienkämpfern waren auf der Flucht aus Aragón getötet worden oder in Gefangenschaft geraten. Trotzdem gab die Regierung Negrin, die sich selbst als «Regierung des Sieges» bezeichnete, den Kampf nicht auf. Sie setzte auf neue Waffenlieferungen aus der Sowjetunion und liess das dezimierte Volkshער durch Einberufungen junger spanischer Soldaten verstärken. Dies bewirkte tatsächlich eine temporäre Parität an den militärischen Fronten. So geriet die Schlacht am Ebro zu einer grossen Material- und Abnützungsschlacht – sie war das letzte Aufbäumen vor dem endgültigen Zusammenbruch der Republik.

Debakel um Mitternacht

Die meisten Kämpfer des Bataillons «Pierre Brachet» waren Flamen oder Wallonen; der Politikommissar wurde mit Willem angeredet. Man verbrachte die Zeit während der Ruhestellung mit Befestigungsarbeiten am Ufergelände. Um die niedergedrückte Stimmung zu verbessern, liess Wagner Turnübungen und Fussballspiele durchführen. Dafür erhielt er den Spitznamen «Loco Suizo» (verrückter Schweizer).

Schliesslich gab Bataillonskommandant Bursier den grossen Ebro-Angriffsplan den versammelten Offizieren bekannt. Die Operation sollte am 25. Juli um Mitternacht beginnen. Das Schicksal dieses

Angriffs erscheint symbolisch für den weiteren Kriegsverlauf. Die ersten Kämpfer erhielten den Auftrag, mit Booten über den Fluss zu setzen, am anderen Ufer eine fünf Kilometer entfernte Anhöhe zu nehmen und diese bis zum Nachrücken der Reserven zu halten. Wagner und seine Milizionäre hatten lediglich Gewehre, je drei Handgranaten und ein leichtes Maschinengewehr dabei. Um Mitternacht wurden die Boote ins Wasser gelassen, lautlos glitten sie der anderen Seite des Flusses entgegen. Im seichten Wasser sprangen die Milizionäre aus den Booten, erklommen die Böschung und begannen den Vormarsch. Doch schon fielen, noch in völliger Dunkelheit, die ersten Schüsse. Franquistische Vorposten – es waren marokkanische Rif-Kabylen aus Francos 105. Division – hatten den Angriff frühzeitig bemerkt, der Überraschungseffekt war dahin.¹⁵⁶ Heftiges Gegenfeuer setzte ein. Bei Tagesanbruch verunmöglichte der Einsatz von Flugzeugen, aus denen ein Regen von Handbomben fiel, die weitere Erstürmung des Geländes. Wagner hoffte auf Verstärkung, doch die liess auf sich warten. Schliesslich wurden Meldeläufer ausgeschildet, um die Lage der hinteren Linien zu erkunden. Als sie zurückkehrten, berichteten sie, es sei keine Brigade mehr da, sie müsse den Rückzug über den Ebro angetreten haben. «Das darf doch nicht wahr sein!», schoss es Wagner durch den Kopf.

In dieser prekären Situation gab es nur eins: in Deckung ausharren und im Schutz der einbrechenden Nacht den Rückzug antreten. Da keine Boote mehr vorhanden waren, musste jeder selber versuchen, schwimmend das rettende Ufer zu erreichen. Die feindlichen MG feuerten unaufhörlich. Dutzende wurden von Kugeln getroffen und tauchten nicht mehr aus dem Wasser auf. Die Bilanz des Unternehmens war katastrophal: Von den 140 Kämpfern blieben gerade noch 27 zerschundene Gestalten übrig, weit über 100 waren gefallen. Die ganze Brigade hatte über 600 Mann verloren.

Worin waren die Ursachen dieses fatalen Fehlschlags zu suchen? «Mein Verdacht lag wohl nahe bei der Wahrheit, dass die Brigadeführung eigenwillig und ohne Absprache mit höheren Instanzen den Angriff unternommen hatte. Man wollte dabei sein und Lorbeeren holen, das hatte über 600 Kameraden das Leben gekostet. Die ganze Wahrheit erfuhr ich nie.»¹⁵⁷

Dieser Verdacht ist jedoch nicht erhärtet. Der Angriff war gemäss dem Brigadisten und Historiker Andreu Castells durchaus koordiniert und nach Plan erfolgt.¹⁵⁸ Wagners Kompanie war vermutlich dem Bataillon «Andre Marty» zugeteilt, das zusammen mit den beiden Bataillonen «Vaillant-Couturier» und «Commune de Paris» als Stosstruppen über den Fluss setzte. Aber das heftige feindliche Kreuzfeuer verhinderte den Nachzug weiterer Soldaten. Darauf gab der Kommandant, Oberst François Ruiz vom Generalstab der XIV. Brigade, den Befehl zum Rückzug. Dazu hatte er schwimmend den Ebro durchquert. Offenbar erreichte dieser Befehl Wagners Leute nicht mehr, weil sie schon zu weit vorgerückt waren.

Der ganze Angriff an der Flussmündung bei Amposta kostete sehr vielen Soldaten das Leben. Laut Castells kehrten von 1'000 Mann nur 100 lebend ans Ufer zurück, und davon waren die meisten verwundet. 700 Brigadisten mussten bei Amposta begraben werden. Aber auch auf nationaler Seite war der Blutzoll hoch.¹⁵⁹ Neuere Untersuchungen sprechen von einem «menschlichen Desaster» mit 1'200 Toten in 24 Stunden auf drei Quadratkilometer.¹⁶⁰

Weiter nördlich jedoch, wo das 5. Regiment unter dem kommunistischen Führer Enrique Lister operierte, verlief die Offensive erfolgreich. Das Ebro-Heer konnte dort einen grossen Brückenkopf errichten und sichern. Franco war gezwungen zu reagieren: Er musste den Vormarsch auf Valencia stoppen und sich dem Kampf im Ebro-Kessel stellen. Dank seiner personellen und materiellen Übermacht blieb er aber der Sieger der Ebro-Schlacht. Die Schlacht am

Ebro verlief nach dem gleichen Muster wie jene in Brunete, Belchite und Teruel: Die Offensive war in der ersten Phase erfolgreich, doch dann geriet sie ins Stocken. Als die Gegenoffensive einsetzte, war man bald zur Aufgabe der eroberten Positionen und schliesslich zum Rückzug gezwungen.

Am Ebro blieb Wagner mit Glück vor dem Tod bewahrt. Wenige Wochen nach dem Beginn der Offensive erkrankte er an Malaria und kurz darauf auch noch an Typhus. Er musste ins Lazarett und wurde kampfunfähig. So blieben ihm weitere riskante Einsätze im Ebro-Kessel erspart. Er wurde mit hohen Dosen von Chinin behandelt, da keine anderen Medikamente zur Verfügung standen. Schliesslich wurde er für frontuntauglich erklärt und ins Spital von Mataro eingeliefert, wo er bis zur Genesung blieb. Damit war für ihn der Spanienkrieg vorbei.

Zurück in Barcelona

Nach einer dreiwöchigen Kur trat Wagner einen Erholungsurlaub an und besuchte Barcelona. Mit einem Salvoconducto in der Hand, der ihm am 28. August 1938 vom Generalstab der XIV. Brigade ausgestellt worden war, suchte er zunächst die Wohnung seines spanischen Freundes Emanuel auf, der ihn einst zu den anarchistischen Milizen an die Aragón-Front geleitet hatte. Kaum hatte er an der Tür geklingelt, erschien eine schwarz gekleidete Frau. Da wusste er, was mit seinem Freund geschehen war.

Ihm blieb ein weiterer Bekannter, von dem er aus Briefen wusste, dass er in Barcelona lebte: Hans Thoma, sein bester Freund aus St. Galler KP-Zeiten. Thoma war schon seit August 1936 in Spanien und hatte den frühen Milizenkrieg in Aragón vor Zaragoza mitgemacht. Als Chauffeur und Melder diente er in der kommunistischen PSUC-Kolonie «Carlos Marx» und nahm an der Eroberung des bekannten Klosters Santa Quiteria bei Tardienta teil. Als KP-Vertrauensmann kam er Ende 1937 nach Albacete, wo er in der Nach-

folge von Walter Wagner und Ernst Bickel das Schweizer Kaderbüro übernehmen sollte. Diese Funktion übte er jedoch nur für kurze Zeit aus, da dieser Dienst bald aufgelöst wurde.¹⁶¹ Später arbeitete er als Dolmetscher im Kriegsministerium und als Sekretär im Auffangzentrum von Figueras.

Thoma hatte Wagner einen Brief geschrieben und ihn zu einem Besuch in seiner Wohnung eingeladen. Nun stand der Frontkämpfer vor der Tür, aber Thoma erkannte ihn nicht mehr. Erst als Wagner ihm zurief «Ich bin doch der Walti!», wurde ihm klar, wer da an die Tür geklopft hatte. Ein halbes Jahr Kriegseinsatz und zwei Krankheiten hatten Wagners Äusseres entstellt. Umso grösser war die Freude über das Wiedersehen. Die beiden führten ein langes Gespräch, und dabei erfuhr Wagner auch, dass Thoma wenige Wochen zuvor Anni Brunner geheiratet hatte. Sie war eine engagierte Kommunistin, die Thoma in Basel kennengelernt hatte, nachdem er St. Gallen im Frühling 1935 endgültig verlassen hatte.¹⁶²

Exkurs: Anni Brunners Psychiatisierung

Anni Brunner erlitt ein trauriges Schicksal. Sie kam am 21. November 1914 als Tochter von österreichischen Eltern, die aus dem vorarlbergischen Höchst eingewandert waren, in Altstätten SG zur Welt.¹⁶³ Sie wuchs in Basel auf, wo sie Coiffeuse lernte und in der Freizeit im Kommunistischen Jugendverband aktiv war. Hans Thoma, der sich in Basel als Zeitungsverkäufer durchschlug, war oft bei ihr zum Essen, und als er im August 1936 nach Spanien zog, folgte sie ihm. Anni Brunner diente zunächst im Sanitätsdienst der Kolonne «Carlos Marx» der PSUC bei Tardienta und war anschliessend als Pflegerin in einem PSUC-Spital bei Ullastrell tätig. Ihr Wunsch, wieder an die Front zu kommen, blieb ihr wegen der Militarisierung der Interbrigaden ab Frühling 1937 verwehrt. Später arbeitete sie im

Autopark von Albacete als Mechanikerin¹⁶⁴ und kehrte 1938 in die Schweiz zurück. Anschliessend lebte sie für kurze Zeit zusammen mit Hans Thoma in Zürich, bis die Ehe 1942 geschieden wurde.

Nach der Trennung machten sich bei Anni Brunner erste Anzeichen von schizophrenen Schüben bemerkbar. Sie geriet immer mehr aus dem Tritt und wurde im Herbst 1942 in Genf von der Polizei aufgegriffen und in eine Klinik gebracht. Anni Brunner hatte sich schon immer gegen die traditionelle Frauenrolle gewehrt. Die beginnende psychische Krankheit und ihre oppositionelle Einstellung als Kommunistin vermischten sich nun auf eine für sie fatale Weise. Wie aus Polizeirapporten hervorgeht, wurde sie als «verrückte Kommunistin» betrachtet und, wegen ihres Ostschweizer Heimatorts, in die Psychiatrische Klinik St. Pirminsberg im sanktgallischen Pfäfers eingewiesen.¹⁶⁵ Hier verschwand sie für immer hinter den Anstaltsmauern.

Wie sich später herausstellte, wurde sie zum Opfer einer repressiven Psychiatrie, in der Elektroschockbehandlungen, Schlaf- und Medikamentenkuren eingesetzt wurden und in der sie zudem einer Gehirnoperation unterzogen wurde. Ihr tragisches Schicksal bewegte 1985 die Schweizer Öffentlichkeit, als Basler Freunde aus dem Umfeld der Partei der Arbeit nach ihrem Verbleiben forschten und sie als zerstörte Person in der sanktgallischen Klinik wiederfanden. Im PdA-Organ *Vorwärts* wurde der Vorwurf erhoben, sie sei einer politischen Psychiatrie zum Opfer gefallen.¹⁶⁶ Dies führte zu behördlichen Untersuchungen und zu einer landesweiten Diskussion über die Vergangenheit und die fragwürdigen Methoden der Psychiatrie. Anni Brunner starb im Jahr 2001.

Warum sie den Krieg verloren haben

Für den gesundheitlich angeschlagenen Wagner war das Spanienabenteuer zu Ende. Hans Thoma informierte ihn über den geplanten Rückzug aller ausländischen Freiwilligen, den Ministerpräsident Ne-

grin am 21. September 1938 im Völkerbund in Genf angekündigt hatte. Mit diesem Angebot sollte der gleichzeitige Abzug der italienischen und deutschen Truppen auf der Gegenseite und damit eine Verhandlungslösung erwirkt werden. In der Tat wurden rund 10'000 republikanische Freiwillige unter Aufsicht einer Völkerbundskommission zurückgezogen. Militärisch hatte dies jedoch keine grosse Bedeutung mehr, da die Kriegslasten nun zur Hauptsache vom spanischen Volksheer getragen wurden.

Franco entliess nur einen Teil der italienischen und deutschen Soldaten und widersetzte sich jeglicher Verhandlungslösung. Er wollte den totalen Sieg und gab damit zu erkennen, dass seiner Proklamation von «Paz, Piedad, Perdon» (Friede, Achtung, Verzeihen) keine entsprechenden Taten folgen würden. Am 28. Oktober 1938 fand in Barcelona eine grosse Abschiedsparade zu Ehren der Internationalen Brigaden statt, an der sich die Kämpfer auf der Diagonal mit erhobener Faust und unter den Lobesworten der kommunistischen Tribulin Dolores Ibarruri, genannt «La Pasionaria», von Spanien verabschiedeten.

Wagner nahm an diesem feierlichen Zeremoniell nicht mehr teil. Er befand sich zu jenem Zeitpunkt bereits in Paris, wo er mit einem Zug voller verwundeter und rekonvaleszenter Brigadisten angekommen war, nachdem er vorher einige Tage in einem Erholungsheim der Interbrigaden in Cardadeu zugebracht hatte. Er wohnte wieder im Spanienkämpfer-Hotel International, wo er schon bei der Hinreise vor fünfzehn Monaten logiert hatte. Nach einer weiteren ärztlichen Behandlung trat er im November 1938 die Heimreise in die Schweiz an. Da er immer noch ohne Pass war, benutzte er denselben Weg, auf dem er gekommen war: Er überquerte bei Basel heimlich die Grenze.

Im Rückblick stellte sich Walter Wagner wie viele andere Antifaschisten die Frage, ob die Niederlage der Republik nicht schon vor der Ebro-Schlacht besiegelt gewesen war. Unverkennbar war jedenfalls, dass sich die politische Grosswetterlage nach der Sudetenkrise,

als sich Hitler Teile der Tschechoslowakei einverleiben wollte, und dem Münchner Abkommen vom August 1938 markant geändert hatte. Die Westmächte gaben dem nationalsozialistischen Imperialismus nach, dies in der Hoffnung, dadurch einen europäischen Krieg zu verhindern. Stalin hatte seit dem Münchner Abkommen das Interesse an Spanien verloren und konzentrierte sich auf den deutschen Diktator, mit dem er zur Überraschung vieler bald einen Pakt schließen sollte.

Aus Moskau konnte die Regierung Negrin also keine substantielle Unterstützung mehr erhoffen. Sie setzte nur noch auf den baldigen Ausbruch eines europäischen Krieges, der die Kräfte der Achsenmächte gebunden hätte. Wie Stalin liess auch Hitler ein nachlassendes Interesse am scheinbar endlosen Spanienkrieg erkennen. Er wollte die Staffeln der Legion Condor wieder heimholen, da sie in Spanien «nichts mehr Neues lernen» konnten.¹⁶⁷

Sozusagen im Windschatten der Weltpolitik erreichte der Caudillo nach der siegreichen Schlacht am Ebro sein Ziel, nämlich die Herrschaft über ganz Spanien. Im Januar und Februar 1939 rang er Katalonien nieder und besetzte Barcelona. Rund 450'000 Menschen flüchteten über die französische Grenze und fristeten in den berüchtigten Internierungslagern von St-Cyprien, Argelès-sur-Mer und Gurs ein erbärmliches Dasein. Dort warteten auch etliche Schweizer Spanienkämpfer auf ihre Repatriierung.

Am 28. März 1939 marschierten die nationalen Truppen in Madrid ein, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stossen. Ein Putsch des republikanischen Obersten Segismundo Casado gegen Negrin war zuvor gescheitert. Das Ende der Zweiten Republik war gekommen und mit ihm der Beginn einer fast vierzigjährigen Diktatur.

Insgesamt hat der Spanienkrieg mehrere Hunderttausend Todesopfer gefordert.¹⁶⁸ In eine Gesamtbilanz müssen auch die Opfer der

franquistischen Nachkriegsrepression eingerechnet werden, deren Ausmass erst allmählich erkennbar wird. In den 190 spanischen Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern des Franco-Gulags kamen Tausende durch Hunger und Erschöpfung zu Tode.¹⁶⁹ Ein Grossteil der im Krieg zerstörten Infrastruktur des Landes wurde durch republikanische Arbeitssklaven wiederaufgebaut – von Schienen und Strassen über Kanäle und Kirchen bis zum Neubau von ganzen Ortschaften wie Belchite.

Viele Brigadisten sannern noch lange über die Ursachen der Niederlage nach, so auch Walter Wagner. Er nennt fünf Gründe, die nach seinem Dafürhalten für das spanische Desaster am Vorabend des Zweiten Weltkriegs verantwortlich sind:

- «1. Bei Ausbruch des Aufstands der Generäle hatte die republikanische Regierung nur zögernd den Kampf gegen die Putschisten aufgenommen. Nur zögernd und viel zu spät hatte die mehrheitlich bürgerliche Regierung die Gefahr erkannt und das Volk bewaffnet, damit es den Kampf gegen die Putschisten aufnehmen konnte. Dadurch war es den Generälen gelungen, bereits grössere Gebiete zu besetzen, und damit hatten sie einen wesentlichen Vorteil herausgeholt.
2. Die westlichen Demokratien liessen die Spanische Republik im Stich, während Hitler und Mussolini die Putschisten aktiv unterstützten, Italien mit ca. 60'000 Mann, Flugzeugen und Tanks, Deutschland mit der Legion Condor mit über 14'000 Mann mit Flugzeugen, Artillerie und Tanks. Man wusste damals schon, dass Deutschland zum Krieg gewaltig aufrüstete, während die westlichen Demokratien tatenlos zuschauten. 1936 war Deutschland noch nicht vollends auferüstet und benutzte die zweieinhalb Jahre des Spanischen Bürgerkriegs zur Vollendung derselben. Wenige Monate nach dem Untergang der Spanischen Republik im Jahr 1939 eröffnete Hitler den Zweiten Weltkrieg, den die westlichen Demokratien mit einem energischen Eingreifen im Jahr 1936 sehr wahrscheinlich hätten verhindern können.

Stattdessen propagierte der damalige Völkerbund die Nichteinmischungspolitik, die zur Farce wurde zum Nachteil der Spanischen Republik.

2. Mit dem Abseitsstehen der westlichen Demokratien sah sich die Republik gezwungen, die sowjetischen Waffenlieferungen anzunehmen. Dadurch hatte die Sowjetunion einen beträchtlichen Einfluss auf die Regierung gewonnen. Die kommunistische Partei erstarkte zusehends und hatte gewaltigen Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung und der republikanischen Armee.
3. Die ideologischen Gegensätze unter den Parteien der Volksfront waren ein weiterer Faktor für die Niederlage der Republik. Die Anarchisten kämpften für eine soziale Revolution, die Kommunisten vorerst für eine bürgerliche Republik, zuerst der Sieg und dann – ja dann wäre wahrscheinlich ein Spanien sowjetischer Prägung nach Stalins Façon entstanden und das hätte unweigerlich zu einem weiteren Bürgerkrieg geführt.
4. Die republikanische Armeeführung hat zeitweise Schwächen aufgewiesen und grobe Fehler in der Kriegführung gemacht, die sich in der Folge negativ auswirkten.»¹⁷⁰

Wagners Analyse der politischen und militärischen Faktoren, die Francos Sieg ermöglichten, erscheint angenehm nüchtern und differenziert und ist frei von antifaschistischem Pathos. Er führt den Untergang der Republik nicht nur auf die Übermacht der faschistischen Allianz zurück, sondern berücksichtigt wichtige aussen- und innenpolitische Aspekte. Umgekehrt werden der linke Fraktionismus und die ideologischen Gegensätze zwischen Anarchismus und Kommunismus nicht als Hauptursache des Scheiterns überbewertet. Zu Recht spricht er die Verantwortung der westlichen Demokratien an, deren illusionäre Politik der Nichteinmischung den Untergang der Spanischen Republik besiegelte.

Gegen die Mythisierung des antifaschistischen Kampfes hält Wagner an den Schwächen und Fehlern der republikanischen Armeeführung fest. Er hatte sie ja am eigenen Leib erfahren und wäre ihnen selbst beinahe zum Opfer gefallen. Und er bewahrte auch ein kritisches Bewusstsein bei der Frage, was im Falle eines Sieges der Republik mit Sowjethilfe geschehen wäre: Wäre Spanien zur ersten Volksdemokratie nach dem später in Osteuropa etablierten Modell geworden? Wäre ein Satellitenstaat unter sowjetischer Kontrolle auf der Iberischen Halbinsel entstanden? Oder wäre es gar zum Ausbruch eines zweiten Bürgerkriegs zwischen Anhängern des Stalinismus und libertären Kräften gekommen?

Diese Fragen beschäftigen Spanien und die Linke in aller Welt auch heute noch. Dies zeigen die anhaltenden Debatten um revisionistische Ansätze in der Geschichtsaufarbeitung in Spanien selbst. Zudem kann die Bedeutung der Internationalen Brigaden nicht geklärt werden, solange in Moskau und andernorts gewisse Archive geschlossen sind. Dort liegen Akten, die noch für einige Enthüllungen sorgen könnten.¹⁷¹ Der Spanische Bürgerkrieg – eine Geschichte, die noch lange nicht abgeschlossen ist.

7 Die Aburteilung

Vor der Militärjustiz

Am Samstag, 29. Oktober 1938 kehrte Wagner nach St. Gallen zurück. Inzwischen war die Familie Wagner vom Linsebühl-Quartier an die Langgasse 63 umgezogen. Vater Niklaus Wagner zeigte sich erfreut, seinen ältesten Sohn nach fast anderthalb Jahren wohlbehalten wiederzusehen. Und er riet ihm gleich, sich freiwillig dem Divisionsgericht zu stellen. So bestehe die Chance, dass er eine mildere Stufe erhalte. Gegen sämtliche Spanienfreiwilligen, die den Behörden bekannt waren, lagen Haftbefehle der Bundesanwaltschaft vor. Auch Wagner war seit dem 12. Oktober 1937 im *Schweizerischen Polizeianzeiger* unter der Ziffer 22'700 zur Festnahme ausgeschrieben.

Für einen Haftbefehl brauchte es einen konkreten Tatverdacht, in diesem Fall einen Nachweis des fremden Wehrdienstes in Spanien. Bei Wagner stützte sich dieser auf eine Karte, die er nach seiner Ankunft in Albacete an seinen Vater geschickt hatte. Unvorsichtigerweise, denn sie war durch die Postsperre dem Polizeikommando in die Hände gefallen.¹ Polizeichef Grüninger informierte die Bundesanwaltschaft, die daraufhin Wagners polizeiliche Ausschreibung veranlasste. Auf die Karte hatte Wagner geschrieben, er sei bei den republikanischen Truppen in Spanien und führe dort den Decknamen R. Kessler.

In der überschaubaren Kleinstadt St. Gallen wäre es nur eine Frage der Zeit gewesen, bis die Polizei Wagners Rückkehr bemerkt

und ihn verhaftet hätte. Im St. Galler Volkshaus machte es schon wenige Stunden nach seiner Ankunft die Runde, dass ein ehemaliger Stammgast aus Spanien zurückgekehrt sei. Da schien die Flucht nach vorn zweifellos die beste Option. Bereits am darauffolgenden Montag sprach Wagner bei Staatsanwalt Josef Lenzlinger vor. Der Beamte, ein katholisch-konservativer Jurist und Militärrechtsspezialist, war gleichzeitig Grossrichter des Divisionsgerichts 7.²

Lenzlinger reagierte erstaunt auf den unerwarteten Besuch, zeigte sich aber durchaus interessiert an Wagners Ausführungen, stand hier doch ein Mann mit aktuellen Kriegserfahrungen vor ihm. Eine halbe Stunde lang unterhielten sie sich über die Ereignisse in Spanien. Am Ende stellte Lenzlinger Wagner eine Bestätigung aus, dass er sich freiwillig dem Gericht gestellt habe und daher nicht zu arretieren sei.

Das Papier war Wagner sogleich von Nutzen. Kaum auf die Strasse getreten, erkannte ihn Polizeidetektiv Weder vor dem Warenhaus EPA am Marktplatz. Den folgenden Disput erzählt Wagner mit besonderer Genugtuung. Weder habe gestutzt und ihn gefragt: «Sind Sie nicht Wagner?» Nachdem er bejaht habe, habe ihn der Beamte auf der Stelle für verhaftet erklärt. Da habe er ihm das Schreiben von Lenzlinger unter die Nase gehalten und entgegnet: «Wenn Sie so gut lesen können wie herumspitzeln, dann lesen Sie mal dieses Papier!»³

Am 1. Dezember 1938 wurde Wagner vom militärischen Untersuchungsrichter, Hauptmann Hug, einvernommen. Aus dem Protokoll ist ersichtlich, wie Wagner durch taktische Aussagen sein KPS-Engagement zu bagatellisieren suchte. Er ging davon aus, dass ein kommunistischer Funktionär strenger bestraft werde als ein einfaches Parteimitglied oder ein blosser Mitläufer. Er musste seinen sozialen, beruflichen und politischen Werdegang darlegen, und auch seine allgemein bekannten Parteiaktivitäten kamen zur Sprache.

Wagner bestätigte seinen Russlandaufenthalt, verschwieg aber den eigentlichen Zweck der Reise, die Ausbildung an der Leninschule. Stattdessen gab er an, er habe in Moskau längere Zeit in einer Automobilfabrik gearbeitet.⁴ Weiter unterschlug er bei der Spanienmission den Auftrag der Partei, ein Kaderbüro für die Schweizer Freiwilligen einzurichten. Er sei lediglich Instruktor in der Offizierschule Madrigueras gewesen.

Hug war jedoch durch den Austausch von Akten mit dem Zürcher Untersuchungsrichter Otto Gloor gut informiert. Er hielt Wagner Aussagen von Spanienrückkehrern vor, nach denen er Platzchef in Albacete gewesen sei. Wagner dementierte: «Ich bin selten in Albacete gewesen. Hin und wieder wurde ich zugezogen, um mit Schweizern zu reden. Oder man frug mich, ob ich den einen oder anderen kenne. Ich hatte keine besonderen Funktionen. Ich war nur Instruktor.»⁵

Es zeigte sich, dass der Untersuchungsrichter auch von der Aussprache mit Marino Bodenmann im Schweizerkeller in Albacete wusste. Diese Informationen kamen vom desertierten Spanienkämpfer Ernst Maag und von Alfred Brunner, dem Bruder des Spanienmajors Otto Brunner, vor den Militärgerichten. Alfred Brunner hatte sich mit der Partei überworfen und gegen seine Genossen ausgesagt.⁶ Wagner gab zu, dieses Treffen organisiert zu haben, es sei aber völlig inoffiziell gewesen. Weiter gab er an, seit anderthalb Jahren nicht mehr Mitglied der KP zu sein. In Spanien sei er in die Sozialistische Jugend eingetreten.⁷ Ob er tatsächlich Mitglied der Jugendorganisation war oder ob auch diese Aussage taktisch bedingt war, um eine gewisse Distanz zur KP zu markieren, muss offenbleiben. Wohlüberlegt war jedenfalls seine Antwort auf die Frage nach dem Motiv seines Spanienengagements: «Meine Sympathie lag schon lange bei den Republikanern. Nicht weil ich Kommunist war, sondern weil ich die Nazis hasste und mir sagte, diese dürften nicht siegen. Ein weiterer Grund war, dass ich hier keine Arbeit hatte.»⁸

Helden für einen Abend

In Parteikreisen hatte Wagner natürlich einiges zu erzählen. Er berichtete mehrmals an Versammlungen über seine Erlebnisse in Spanien. Am 14. Dezember referierte er an der Hauptversammlung des Arbeiterschwimm- und Sportvereins St. Gallen. Am Schluss des Vortrags überreichte man ihm einen roten Nelkenstraus und verlieh ihm die Ehrenmitgliedschaft des Vereins.⁹ Inzwischen war eine Reihe von Mitkämpfern ebenfalls aus Spanien heimgekehrt: Hans Thoma und seine Frau Anni, Walter «Moritz» Graf, Erwin Bommer, Hans Huber und Alois Mettler. Ein weiterer Rückkehrer war Albert Wiener, Sohn eines jüdischen Kaufmanns in St. Gallen. Wiener war zwar nicht Parteimitglied gewesen, aber er hatte im Volkshaus gewohnt und verkehrte im Kreis der St. Galler Linken.¹⁰

Besondere Beachtung fand Alois Mettler, als er in Begleitung einer Spanierin in die Ostschweiz zurückkam. Er hatte im September 1938 im katalonischen Ort Falset die Einheimische Pascuala Moliner geheiratet. Sie war bereits schwanger, als sie in die Schweiz übersiedelte.¹¹ Übrigens war es gar nicht so selten, dass Schweizer in Spanien ihre künftigen Lebensgefährtinnen fanden. Der Churer Hans Nüssler zum Beispiel heiratete Dolores Royo und nahm sie mit in die Schweiz. Werner Nef lernte seine zukünftige Frau, Toya Herbain, in Barcelona kennen und gründete mit ihr in Herisau eine Familie. Ebenso haben Paul Ebner aus Sitten und Fernand Jossevel aus Yverdon in Spanien geheiratet. Der brutale Spanienkrieg zerstörte nicht nur viele Leben, sondern schuf auch neue Verbindungen.

Ihre wohl schönsten Momente erlebten die St. Galler Spanienkämpfer an zwei Veranstaltungen, die ihnen zu Ehren abgehalten wurden. Die Sozialistische Jugend organisierte am 8. Januar 1939 im Volkshaus einen feierlichen Empfang. Im Saal war die republikanische Fahne aufgehängt, und der Arbeitermännerchor Vorwärts sang die Internationale. Mit erhobener Faust und dem legendären Kampf-

ruf «No pasarán!» schilderten Hans Thoma und Walter Wagner ihre Erlebnisse im antifaschistischen Freiheitskampf. Zum Schluss bekräftigte die Versammlung, dass den Spanienfreiwilligen Amnestie gewährt werden müsse. Nach den Worten des Berichterstatters der *Volksstimme* war der Abend «eindrücklich». ¹² Mitglieder der SP und der KP sassen einträchtig zusammen, und für ein paar Stunden war die oft proklamierte Einheitsfront Tatsache geworden.

Die zweite, von der Centrale Sanitaire Suisse (CSS) organisierte Versammlung fand am 2. Februar 1939 im grossen Saal des Schützengartens statt. 800 bis 1'000 Interessierte strömten laut Presseberichten herbei. Die beiden St. Galler Brigadisten Hans Huber und Albert Wiener berichteten über ihre Kriegserlebnisse bei den Partisanen und bei der Sanität. Wiener prangerte die «Abschlachtung» von Zivilisten sowie die Verwendung der völkerrechtlich geächteten Dum-dum-Munition durch die Franco-Truppen an. Der Psychiater Oscar Forel, Sohn des bekannten Forschers, Abstinenzlers und Rassenhygienikers Auguste Forel, rief zur tätigen Hilfe an Spanien auf. In einer Resolution wurde das St. Galler Volk zu Spenden aufgerufen. Am Ausgang wurden über 370 Franken für die Spanienhilfe gesammelt. ¹³

Unnötig zu sagen, dass auch Spitzel des Vaterländischen Verbands an den Ehrenfeiern teilnahmen. Ihre Beobachtungen waren wenige Tage später in einem anonymen Artikel mit dem Titel «Sozialistisch-kommunistische Verbrüderung im Volkshaus» zu lesen, in dem sämtliche Redner des Abends aufgezählt wurden. ¹⁴ Der gemeinsame Anlass galt der *Ostschweiz* als Beweis dafür, dass KP und SP eben doch dieselben politischen Ziele verfolgten.

Bei ihren öffentlichen Auftritten durften sich die Spanienkämpfer als Helden der Freiheit und Vorbilder sozialistischer Selbstaufopferung fühlen. Die Aufmerksamkeit und Anerkennung aller Engagierter war ihnen gewiss. Dieses Gefühl der Wertschätzung sollte aber nur wenige Wochen andauern. Dann sahen sie sich plötzlich von

antifaschistischen Helden und Kämpfern für die Demokratie in Rechtsbrecher und Kriminelle verwandelt. Denn nun mussten sie sich vor dem Militärgericht verantworten, das ihnen verbotenen Eintritt in fremden Kriegsdienst und Schwächung der Wehrkraft vorwarf.

Kollektivprozess im Klosterhof

Die Militärgerichtsprozesse gegen die Spanienkämpfer aus St. Gallen waren auf den 23. Februar 1939 angesetzt. Man kann von einer Art Kollektivprozess sprechen, denn gleich sieben Spanienfreiwillige wurden der Reihe nach vom zuständigen Divisionsgericht 7 abgeurteilt: Walter Wagner, Hans Thoma, Erwin Bommer, Walter «Moritz» Graf, Hans Huber, Franz Ritter und Leopold Stern.

Ein Foto (siehe Bildteil) zeigt fünf von ihnen auf dem Weg ins Gericht, alle in Militäruniform. Nur der hilfsdienstpflichtige Hans Huber durfte in Zivilkleidung erscheinen. Wagner hatte gegen die Militärkleidung wohl nicht viel einzuwenden, denn sonst besass er nur gerade eine Hose, die so dünn wie Papier war. Er teilte damit das Schicksal der meisten Spanienrückkehrer, die mittel- und arbeitslos waren. Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) musste ihnen finanziell unter die Arme greifen. Es richtete ihnen bis zur Gerichtsverhandlung eine Notunterstützung von drei Franken pro Tag aus. Zudem wurden viele im Coop-Geschäft im Zürcher St. Annahof neu eingekleidet.¹⁵ Weiter übernahm das SAH den Rechtsbeistand.

Mit Ausnahme von Leopold Stern, der nichts mehr mit Linken zu tun haben wollte und lieber einen amtlichen Pflichtverteidiger akzeptierte, wurden alle St. Galler Spanienkämpfer von Rechtsanwalt und SP-Nationalrat Johannes Huber verteidigt. Huber hatte sich schon 1919 als Anwalt im Prozess gegen die Anführer des Landesstreiks engagiert.

Über den Ausgang der Verhandlung machte sich keiner der Angeklagten Illusionen, zuallerletzt Wagner. «Eine milde Strafe hatten wir sicher nicht zu erwarten. Die Richter, alles Chargierte in Uniform, glotzten uns an, und an ihrem Ausdruck konnte man erkennen, dass sie absolut kein Verständnis aufbrachten für unsere Haltung. Das Urteil stand zum Vornherein fest [...]»¹⁶

Der formelle Anklagepunkt lautete Eintritt in fremden Militärdienst ohne Erlaubnis des Bundesrates. Bei Wagner kam noch Dienstversäumnis dazu, da er den Wiederholungskurs im August 1938 versäumt hatte, als er sich in der Ebro-Schlacht befand.

Als Wagner um 15.35 Uhr den Gerichtssaal betrat, sass ihm ein Gericht unter dem Präsidium von Grossrichter Josef Lenzlinger gegenüber. Die übrigen Militärrichter waren Major J. Fenkart (St. Gallen), Hauptmann R. Steiger (Rorschach), Wachtmeister O. Hengartner (St. Gallen), Gefreiter J. Koch (Sommeri), Mitrailleur W. Studer (Kirchberg) sowie Oberstleutnant Leo Eberle. Eberle war just jener Mann, der als Präsident des St. Galler Vaterländischen Verbands die Angeklagten jahrelang hatte bespitzeln lassen. Eberles Tätigkeit als Kommunistenjäger war allgemein bekannt.

Verteidiger Johannes Huber hätte gegen ihn ein Ausstandsbegehren wegen Befangenheit stellen können, doch er unterliess es wohl aus prozesspsychologischen Gründen. In St. Gallen war es also möglich, dass selbst ernannte Strafverfolger auch noch als Richter amtierten. Die politisch einseitige Zusammensetzung des Tribunals veranlasste die KP-Zeitung, von einem «reaktionären Klassengericht» zu sprechen.¹⁷

Der Vorwurf der Klassenjustiz war in den Spanienprozessen vonseiten der Linken immer wieder zu hören. Auch Johannes Huber stellte bereits früher, nämlich bei der Verteidigung von Marino Bodenmann vor dem Zürcher Divisionsgericht 5a fest: «Der in der Arbeiterpresse erhobene Vorwurf, dass das Militärgericht ein Klassengericht sei, ist nicht unberechtigt: seit Jahren ist kein einziger Sozialdemokrat in ein Militärgericht gewählt worden.»¹⁸

Wider das Volksempfinden

Als Ankläger im Prozess amtegte Hauptmann Paul Schaufelberger aus Schlieren. Schaufelberger war als Auditor im Divisionsgericht 5 a tätig, das für seine hohen Strafen bekannt war. Er vertrat zahlreiche Anklagen gegen Spanienkämpfer. Laut der *Freiheit* soll Schaufelberger im St. Galler Prozess gegen den sonst amtierenden Auditor Karl Eberle ausgetauscht worden sein, worin das Blatt ein politisches Manöver erkannte, das es als «Glanzstück der Reaktion» bezeichnete.¹⁹ Schaufelberger beantragte für Wagner fünf Monate Gefängnis und ein Jahr Einstellung in den bürgerlichen Rechten. Verteidiger Johannes Huber dagegen forderte eine milde Strafe sowie Freispruch vom Vorwurf des Dienstversäumnisses.

Hubers Verteidigungsstrategie war darauf angelegt, die Militärgerichte durch gute Führungszeugnisse zu beeindrucken und dadurch eine Strafminderung zu erwirken. Huber versäumte es auch hier nicht, die Legitimität der militärischen Strafbestimmungen im Fall von Spanienfreiwilligen anzuzweifeln. Er führte an, dass früher selbst Bundesräte an ausländischen Freiheitskriegen teilgenommen hätten, so etwa Bundesrat Emil Frey im amerikanischen Sezessionskrieg. Der Gesetzgeber habe mit Artikel 94 des Militärstrafgesetzes das bezahlte Söldnertum eindämmen wollen und nicht politisch motivierte Freiwillige. Eine Bestrafung stehe im schroffen Gegensatz zum Volksempfinden, das auf der Seite des spanischen Volkes stehe. Selbst bürgerliche Nationalräte hätten erklärt, dass die Militärgerichte zu harte Strafen ausgefällt hätten. Schliesslich wehrte sich Huber dagegen, dass die Spanienfreiwilligen mit der schweizerischen Neutralitätspolitik in Zusammenhang gebracht werden, denn diese gelte für den Staat, aber nicht für Individuen.²⁰

Für Wagners guten militärischen Leumund legte Huber mehrere Zeugnisse vor, etwa jenen des Kommandanten der Füsilierkompanie 111/75, unter dem Wagner 1935 den Wiederholungskurs absolviert

hatte. Wagners soldatisches Verhalten sei einwandfrei, er sei pflichtbewusst gewesen und habe zu keinerlei Klagen Anlass gegeben.²¹ Weiter liess er Hans Thoma bezeugen, dass Wagner im Spanienkrieg ein tapferer Soldat gewesen sei, was vom Gericht als «Wahrung der schweizerischen Waffenehre» und dadurch als strafmildernd gewertet würde.²²

Thoma bestätigte Wagners Ausbildung in der republikanischen Infanterieschule in Madrigueras und den Tagesbefehl der XIV. Brigade vom 26. März 1938, in dem Wagner für seine Tapferkeit vor dem Feind ausgezeichnet worden sei. Dieses Dokument war in den Kriegswirren allerdings verloren gegangen, wie auch die Brigadezeitung mit der entsprechenden Notiz über die Beförderung.²³

Immerhin konnte Wagner eine Bescheinigung des spanischen Verteidigungsministeriums beibringen, wonach er am 1. Juli 1938 Urlaub beantragt habe, um in der Schweiz den Wiederholungskurs absolvieren zu können. Dieser sei ihm nicht rechtzeitig gewährt worden, deshalb treffe ihn keine Schuld. Das Divisionsgericht lehnte aber einen Freispruch vom Vorwurf des Dienstversäumnisses ab mit der Begründung, dass wer sich zu einem fremden Dienst verpflichte das Versäumnis von allfälligen Dienstpflichten in Kauf nehme.

Tatsächlich waren die Meinungen im Divisionsgericht weitgehend gemacht. Es ging nur noch um Nuancen bei der Strafzumessung. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis, ein Jahr Einstellung in den bürgerlichen Rechten sowie Übernahme der Prozesskosten von 20 Franken. Damit blieb das Divisionsgericht einen Monat unter dem Strafantrag des Auditors. Zur Strafminderung trugen Wagners guter Leumund und seine Anstrengungen, Urlaub zu erhalten, bei. Auch hielt man ihm seinen Glauben zugute, dass der Spanienkrieg bald zu Ende sein werde, so dass er rechtzeitig zum Militärdienst in die Schweiz zurückkehren könne.²⁴

Gerichtspräsident Lenzlinger erklärte in der mündlichen Begründung zum Urteil gegen Hans Thoma stellvertretend für alle Spanienkämpfer-Fälle, dass die Abkehr von hohen Strafen an sich begründet sei, da die Generalprävention – das heisst die Abhaltung anderer von solchen Straftaten – heute dahinfalle. Auch sei eine Gefährdung der Neutralität nicht mehr aktuell. Die Schwächung der Wehrkraft durch 400 bis 600 Freiwillige, die nach Spanien gingen, sei jedoch effektiv gross.²⁵ Lenzlinger hielt damit an der Ostschweizer Strafpraxis fest, die zur härteren im Land zählte. Die *Volksstimme* attestierte Lenzlinger zwar eine korrekte und menschliche Verhandlungsführung, kritisierte die Urteile aber als zu hart.²⁶

Das Gericht verweigerte Wagner den militärischen Strafvollzug aufgrund seines Dienstversümnisses. Das bedeutete, dass er die Strafe nicht im militärischen Rahmen, sondern zusammen mit gewöhnlichen Kriminellen in einer Strafanstalt absitzen musste. Dagegen wurde seinem Freund Hans Thoma der militärische Vollzug gewährt. Die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit für ein Jahr bedeutete, dass Wagner während dieser Zeit keine demokratischen Rechte hatte, also weder abstimmen noch wählen konnte. Er wurde zu einer Art Staatsbürger zweiter Klasse, zu einem staatlich amputierten Demokraten.

Während Walter Wagner die Gefängnisstrafe noch nachvollziehen konnte – schliesslich hatte er gegen das geltende Militärstrafgesetz verstossen –, fehlte ihm für die politische Entmündigung jedes Verständnis. Sie verletzte ihn tief in seinem demokratischen Stolz: «Ich habe nichts Unrechtes getan, ich habe für die Demokratie gekämpft.»²⁷ So wie Wagner empfanden viele freiwillige Spanienkämpfer. Sie konnten es nicht verstehen, dass sie als Kämpfer gegen den Faschismus ihr Leben riskiert hatten und dass ihnen dafür ausgerechnet die Militärjustiz eines demokratischen Landes ihre bürgerlichen Rechte aberkannte.

Spanienkämpfer und Fremdenlegionäre

Die übrigen Angeklagten erhielten ähnliche Strafen wie Wagner. Hans Thoma und Walter «Moritz» Graf, die zu den wenigen Intellektuellen unter den Spanienkämpfern zählten, wurden zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, Leopold Stern zu vier Monaten, Erwin Bommer zu drei und der Hilfsdienstler Hans Huber zu anderthalb Monaten. Allen wurde die bürgerliche Ehrenfähigkeit für ein Jahr abgesprochen. Mit Franz Ritter stand ein Freiwilliger vor Gericht, der eine spezielle Geschichte hinter sich hatte. Von Beruf Molke-reifachmann, war er in der Hoffnung auf Arbeit schon vor dem Bürgerkrieg in Barcelona gelandet und dann in die Revolutionswirren geraten.

Ritter ging durch einen Zwischenfall mit Otto Brunner in die Annalen der Schweizer Spanienkämpfer ein. Er hatte sich der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT angeschlossen und war deshalb von der kommunistischen Brigadenführung als Trotzlist verfolgt worden. Die Affäre gipfelte in einer durch Otto Brunner ausgelösten Schiesserei in der Scandinavia-Bar in Barcelona, bei der der deutsche Brigadist Karl Romoser aus Zürich unabsichtlich getötet wurde. Die KP schob jedoch Ritter die Schuld an Romosers Tod in die Schuhe und verleumdete ihn. Ritter wurde nach einigen Monaten im Gefängnis von einem spanischen Sondergericht freigesprochen.²⁸ Für seinen Kriegsdienst in Spanien verurteilte ihn das Ostschweizer Militärgericht zu drei Monaten Gefängnis.

Wie sind die St. Galler Urteile im Rahmen der gesamten Gerichtspraxis bei Spanienfreiwilligen zu werten? Das Divisionsgericht 7 führte von Januar 1937 bis Dezember 1941 27 Verfahren gegen mutmassliche Spanienfreiwillige durch, wobei in der Anfangsphase jeweils in contumaciam, das heisst in Abwesenheit der Angeklagten verhandelt wurde. Da jeder in Abwesenheit Verurteilte das Recht auf eine Neuverhandlung hat, kam es zu etlichen Zweitaufgaben der Prozesse. Der Schnitt der in St. Gallen gefällten Urteile liegt bei rund

vier Monaten. Mit diesem Strafmass gehörte das Ostschweizer Gericht zu den strengen Gerichten im Land. Nur das Zürcher Militärgericht unter dem Strafrechtler Professor Hans Felix Pfenninger sprach höhere Strafen von mehr als einem Jahr Gefängnis aus, insbesondere gegen Kadermitglieder der KP. Die anderen Divisionsgerichte urteilten deutlich milder und belassen es bei Strafen von zwei bis drei Monaten Gefängnis.²⁹

Das hohe Strafmass bei Spanienkämpfern fällt auf, wenn man es mit dem bei französischen Fremdenlegionären vergleicht. Diese Schweizer kamen durchwegs besser weg, wohl weil sie nicht politische, sondern persönliche oder familiäre Motive hatten. Üblich waren Urteile von ungefähr zwei Monaten. Zum Beispiel verurteilte das DivG 7 zur selben Zeit, als die St. Galler Freiwilligen vor Schranken standen, einen jungen Mann zu sechs Wochen Gefängnis bedingt, der fast ein halbes Jahr lang in der Fremdenlegion gedient hatte.³⁰ Ein statistischer Vergleich der Strafmasse zwischen den beiden Gruppen existiert nicht, aber er ist auch nicht nötig, denn die härtere Bestrafung der Spanienkämpfer war durchaus gewollt. Dies legte der Zürcher Grossrichter Pfenninger in seinen ersten mündlichen Urteilsbegründungen dar,³¹ indem er den Zuschlag mit der Gefährdung der Neutralität begründete. Für die Linke war stets klar, dass es sich um Gesinnungsurteile handelte. So bezeichnete der Sozialdemokrat und spätere Bundesrichter Kurt Düby die Spanienurteile als politische Werturteile, mit denen statt der Taten die politische Gesinnung der Angeklagten bestraft werde.³²

Rund 30 Schweizer kämpften auf der Seite Francos für das katholische Spanien. Darunter gab es solche mit klar faschistischer Einstellung.³³ Ob diese Personen generell milder bestraft wurden, ist nicht erhärtet, da eine Übersicht über diese Urteile fehlt. Doch es besteht Grund zu dieser Annahme. So wurde ein junger Coiffeur aus

Dietikon vom Divisionsgericht 4 zu lediglich zwei Monaten Gefängnis verurteilt, und ein St. Galler, der in einer Falange-Einheit gekämpft hatte, wurde ebenfalls mit nur zwei Monaten Gefängnis bestraft.³⁴

Ein «störendes Element»

Wagner trat seine Strafe zusammen mit Hans Huber am 17. März 1939 in der Strafanstalt St. Jakob an. Sie befand sich nur wenige Hundert Meter von Wagners Wohnung entfernt und lag genau gegenüber der Wohnung von Hans Hubers Eltern. Die beiden Häftlinge mussten in einer Sägerei arbeiten, und wenn der Aufseher nicht gerade nebenan stand, konnten sie sich im Flüsterton unterhalten. Nach zwei Wochen wurde Wagner in die Strafanstalt Saxerriet ins Werdenberg verlegt, Huber musste in St. Gallen bleiben. Es folgten nun die drei langen Haftmonate, in denen sich Wagner isoliert und einsam fühlte. Tagsüber hatte er im Freien landwirtschaftliche Drainage-Arbeiten auszuführen. Er musste Gräben ausheben, Rohre verlegen und dann die Gräben wieder zuschaufeln.

Nicht diese Arbeit machte ihm zu schaffen, sondern ein Gefängnisaufseher, mit dem er in einen scharfen Konflikt geriet. Dieser Zwischenfall treibt Wagner noch nach siebzig Jahren das Blut in den Kopf: Der Aufseher K., offenbar ein frommer Katholik, habe ihn angerempelt und ausgerufen, alle Spanienfahrer seien «Nonnenmörder», er habe das in der Zeitung gelesen.³⁵ Er dürfte es in der *Ostschweiz* oder in einer katholischen Landzeitung gelesen haben, denn derartige Beschimpfungen zählten zum Standardrepertoire der reaktionären Presse. Diese druckte gerne Gräuelerichte über die Plünderung von Kirchen und die Ermordung von Geistlichen durch anarchistische Milizen in der Frühphase des Bürgerkriegs ab.³⁶ Diese Berichte hatten einen realen Hintergrund, wurden doch während des ganzen Kriegs knapp 7'000 Geistliche umgebracht.

Wagner drohte dem Gefängniswärter, der ihn beschimpft hatte, mit Prügel, sollte er diese Beleidigung wiederholen. Der Streit landete vor dem Gefängnisdirektor, wo Wagner entschlossen an seiner Drohung festhielt. Dafür kassierte er einen Tag Zellenarrest bei halber Kost. Anschliessend wurde er in eine andere Abteilung verlegt.

Am 7. Mai 1939 stellte Wagner ein Begnadigungsgesuch und bat um den Erlass der Reststrafe von einem Monat. Er machte dafür familiäre Gründe geltend: Er sei der älteste Sohn und müsse die Familie unterstützen, der Vater sei arbeitslos und sein Bruder müsse die Rekrutenschule absolvieren, weshalb dieses Einkommen weg falle. Da er nach der Entlassung noch den versäumten Wiederholungskurs nachholen müsse, würden ihm in diesem Jahr lediglich noch zwei Monate verbleiben, um etwas Geld für die Familie zu verdienen.

Das Gesuch stiess bei Oberauditor Friedrich Trüssel auf taube Ohren. Dem obersten Ankläger der Armee schien es zweifelhaft, dass Wagner die Familie unterstützen müsse, «da der Petent noch andere Geschwister hat».³⁷ Er leitete das Gesuch in ablehnendem Sinne an den Bundesrat weiter, der wie üblich der Empfehlung des Auditors folgte. Schon zuvor hatte Wagner ein Gesuch um Umwandlung der Gefängnisstrafe in militärische Festungshaft gestellt. Er wollte dadurch der sozialen Stigmatisierung entgehen, die eine solche Gefängnisstrafe mit sich brachte. Da ihm noch immer der Ruf eines Kommunistenführers anhaftete, waren seine Chancen, sich wieder in die Gesellschaft eingliedern zu können, ohnehin sehr gering. Doch auch dieses Gesuch lehnte der Oberauditor ab. Gegenüber Kommunisten nahm die Militärjustiz eine unnachgiebige Haltung ein. Trüssel begründete seine Ablehnung damit, dass Wagner als Mitglied der KP in Russland gewesen sei und dadurch den Dienst versäumt habe: «Die Interessen der KP gingen ihm damals über seine Dienstpflicht. Ich halte auch dafür, dass ein solches Element im

militärischen Strafvollzug störend wirken würde.»³⁸ Aber auch gegenüber Spanienfreiwilligen, die keine Kommunisten waren, blieb die Militärjustiz oft stur und legte eine bedenkliche soziale Blindheit an den Tag. Dies zeigt der Fall von Alois Mettler, der eine Spanierin geheiratet und mit in die Schweiz genommen hatte. Er war kein KP-Anhänger, sondern eher ein ideeller Antifaschist. Während seiner Haftzeit stellte er drei Begnadigungsgesuche, da seine Ehefrau, die kaum Deutsch verstand und weitgehend mittellos war, durch das eben geborene Kind in Not war. Darauf wurde ihm ein Teil der Strafe bedingt erlassen. In seiner Verzweiflung fälschte Mettler einen Eintrag im Dienstbüchlein, durch den er 100 Franken Notunterstützung erhalten hätte. Doch die Sache flog auf, und die bedingte Begnadigung wurde widerrufen. Der Armee-Auditor, Oberleutnant Schmid, schrieb in seinem Antrag an General Guisan, Mettler müsse «die Härte der Strafe und die fatalen Auswirkungen auf seine Familie zum ewigen Gedächtnis eingepägt bekommen».³⁹

Vier Tage vor der Entlassung im Juli 1939 erlitt Wagner einen Malaria-Rückfall und musste sich in ärztliche Behandlung begeben. Wie vor einem Jahr am Ebro schluckte er Chinin-Tabletten. Schliesslich war das Haftende gekommen und er konnte die Strafanstalt verlassen. Über die neu gewonnene Freiheit konnte er sich jedoch nicht lange freuen, denn wenige Wochen später brach der Zweite Weltkrieg aus, und Wagner musste wie alle Dienstpflichtigen im Rahmen der Generalmobilmachung in die Armee einrücken.

Karriere als Nahkampf-Spezialist

Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, musste auch Wagner die Militärsachen behändigen. Obwohl zu der Zeit kein vollwertiger Staatsbürger, hatte er den Staat zu verteidigen, der ihn eben erst wegen Schwächung der Wehrkraft ins Gefängnis gesteckt hatte.

Der Faschismus, gegen den er in Spanien gekämpft hatte, bedrohte nun plötzlich die Heimat, wie es in der KP-Propaganda vorausgesagt worden war. Wagner beschreibt seine damaligen Gefühle: «Ich hatte eine richtige Wut auf Deutschland und die Deutschen. Wieder, wie 1914, waren sie mehrheitlich zu ‚Hurratrioten‘ geworden und bereit, andere Völker zu unterjochen und gar ganz Europa zu beherrschen.»⁴⁰

In seine antifaschistische Überzeugung mischten sich auch anti-deutsche Ressentiments, die in der schweizerischen Bevölkerung weitverbreitet waren. Wagner packte den Tornister und rückte in Flawil in die Füsilierkompanie II/80 ein. Das Armeekommando war bereits gewarnt, dass nun auch Kommunisten und andere Systemkritiker zum Wehrdienst eingezogen würden. Der Regimentskommandant erliess daher eine Verfügung, derzufolge der Spanienfahrer Wagner jegliche politische Agitation «unter allen Umständen» zu unterlassen habe. Dieselbe Warnung ging auch an Erwin Bommer, der im Füsilierbataillon 82 eingeteilt war.⁴¹ Die Armeeführung erblickte in den Spanienkämpfern immer noch gefährliche kommunistische Agitatoren, die man unter Kontrolle halten musste.

Wagners Kompaniekommandant war der bekannte Hauptmann Matthias Brunner. Der Offizier wurde unter der Bezeichnung «Nahkampf-Brunner» eine schweizerische Militärlegende. 1941 verfasste er die Schrift *Der Nahkampf*, die zu einem Klassiker der helvetischen Militärliteratur wurde.⁴² Brunner leitete die Schiessschule in Walenstadt, wo er als Instruktionsoffizier eine neuartige, bisher nicht existierende Nahkampfausbildung für Infanteristen entwickelte. Im 175-seitigen Lehrbuch werden der Kampf Mann gegen Mann sowie verschiedenste Angriffstechniken vom Handgranatenwurf bis zum Gewehrfechten dargelegt, was mit zahlreichen Fotos illustriert ist.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet ein Kommunist und Spanienkämpfer für diese neuen Techniken Modell stand.

Denn niemand anderes als Wagner war es gewesen, der Brunner zur Ausarbeitung dieser Kampfmethoden inspiriert hatte. Wagner hatte sie in Moskau erlernt und in Spanien angewendet. Aber für die Fotos des Lehrbuchs konnte Wagner unmöglich posieren. Brunner hätte sich um seine Karriere gebracht, wenn ruchbar geworden wäre, dass ausgerechnet ein Kommunist die Hauptrolle in einem Schweizer Armeelehrbuch spielte. So behalf sich Brunner mit anderen Soldaten. Wagner bat er um Verständnis, dass er auf ihn als Darsteller habe verzichten müssen.

Brunner hatte sich von Anfang an sehr für Wagners Kriegserlebnisse interessiert. Wagner berichtete ihm in längeren Gesprächen von den Schlachtfeldern in Aragón und am Ebro und erzählte von den Angriffs- und Verteidigungsoperationen, die vom republikanischen Generalstab angewendet worden waren. Brunners Interesse kam für Wagner unerwartet, denn bis jetzt war er von Militärs immer feindselig behandelt worden. Nun erfuhr er zum ersten Mal, dass es auch Offiziere gab, die in einem Kommunisten nicht gleich den «böFei» (böser Feind) erkannten, sondern ihn nach seinen persönlichen Fähigkeiten beurteilten. Brunner erkannte den Wert von aktuellen Kriegserfahrungen für die militärische Ausbildung. Als er von Wagners Verurteilung und seiner Einstellung in den bürgerlichen Rechten erfuhr, schlug er sofort vor, den General um die vorzeitige Wiedereinsetzung zu ersuchen. Wagner staunte nicht schlecht: «Der Mann wurde mir immer sympathischer.»⁴³

Bald stieg er in seiner Truppe zu einer Art Modellsoldat auf. Brunner liess ihn vor versammelten Reihen demonstrieren, wie im Spanienkrieg Schützengräben angelegt worden waren – wegen der Luftangriffe nicht schnurgerade, sondern immer in Zickzacklinie – und wie mit Gewehr und Bajonett oder mit dem Leichtmaschinengewehr ein wirksamer Sturmangriff lanciert wurde. Wagner konnte mit allen Guerilla- und Nahkampftricks aufwarten, die er im Ausbildungslager der Roten Armee bei Moskau kennengelernt und eingeübt hatte.

Während einer Gefechtsübung im Flawilerfeld vollführte er einen überraschenden Hechtsprung in die Beine eines Angreifers. Brunner zeigte sich hell begeistert: «Das ist ja unheimlich, wie Sie reagiert haben, Füsilier Wagner.»⁴⁴

Zwischen dem Berufsmilitär und dem ehemaligen Kommunisten entwickelte sich eine Freundschaft, die bis ins hohe Alter bestehen sollte. Wagner erhielt von Brunner ein Exemplar seines Nahkampf-Handbuchs mit einer persönlichen Widmung: «Meinem treuen Gefr. Wagner II/80, als Beweis unserer Zusammengehörigkeit gewidmet. Ihr Kp Kdt Hptm. Brunner M. 22.1.41».

Wagner machte übrigens auch als Modellsoldat mit kantigen Gesichtszügen und entschlossener Miene in der Presse Karriere. Die *Schweizer Illustrierte* druckte ein Foto ohne Namen ab, auf dem er als pflichtbewusster Wehrmann und Symbol der Schweizer Wehrbereitschaft zu sehen ist.⁴⁵ Die Zeitschrift wusste wohl nichts davon, dass sie ausgerechnet einem in Moskau ausgebildeten Revolutionär die Ehre gegeben hatte.

Die falsche Beförderung

Brunners Liberalität war im Schweizer Armeekader wohl eher eine Ausnahme. Gegenüber Linken kannte man ansonsten wenig Nachsicht. Dies zeigte sich, als Brunner Wagner an Weihnachten 1939 in Anerkennung seiner militärischen Fähigkeiten zum Gefreiten beförderte. Erst nachträglich registrierte die Armeeleitung, dass da ein Staatsfeind in den Genuss eines höheren Dienstgrads gekommen war. Der Regimentskommandant erliess einen Ukas, in dem es hiess: «Es ist in unserer Div. unvorsichtigerweise vorgekommen, dass ein in Moskau ausgebildeter Kommunist, nachheriger Spanienfahrer und somit zweimal vom Div. Gericht verurteilt, zum Gefr. befördert wurde. Das ist eine Sache, die nicht hätte vorkommen sollen. Bei solchen Beförderungen ist vermehrte Vorsicht am Platze. Der Herr Reg.KJdt.

befiehlt deshalb, dass solche Leute nicht befördert werden und dass man sich vor jeder Beförderung genau über den Mann zu informieren hat.»⁴⁶

Woher aber hatte der Regimentschef die Informationen über Wagners politische Vergangenheit? Hier spielte wohl auch der Zufall eine Rolle. Als Wagner befördert wurde, lief nämlich ein militärisches Untersuchungsverfahren, das sich um den Pass des in Spanien gefallenen Schweizers Karl Lattmann drehte. Lattmann hatte bei den Partisanen gekämpft und war im November 1937 bei einer Sprengoperation gegen eine Eisenbahnlinie in der Nähe von Guadalajara von Franco-Soldaten entdeckt und erschossen worden.⁴⁷ Ein anderer Spanienfreiwilliger, Konrad Hausammann, hatte behauptet, dass ein gewisser Wagner, ehemaliger Kaderchef von Albacete, im Besitz des Passes von Lattmann sei. Aus diesem Grund sprach im Februar 1940 plötzlich ein Beamter der Heerespolizei bei Wagner vor und befragte ihn zur Sache. Wagner erklärte, er habe nie einen solchen Pass erhalten, und ein Mann mit Namen Lattmann sei ihm auch nicht bekannt.⁴⁸ Die Angelegenheit wurde vorerst ad acta gelegt.

Über ein Jahr später fragte der Sicherheitsdienst des Armeekommandos bei der Bundesanwaltschaft nach, ob ihr ein gewisser Wagner «als notorischer Kommunist» bekannt sei.⁴⁹ In ihrer Antwort listete die Bundesanwaltschaft Wagners ganze KP-Vergangenheit sowie seinen Spanienaufenthalt auf. Fälschlicherweise führte sie dabei aus, Wagner habe in Spanien das Amt eines «Polit-Kommissärs» versehen. Die Schlussfolgerung des Berichts lautete: «Wagner kann mit vollem Recht als notorischer Kommunist angesprochen werden.»⁵⁰ Wagner war am 19. Februar 1940 vom St. Galler Polizeikommando auf die Liste der gefährlichen Extremisten gesetzt worden, die im Ernstfall sofort verhaftet worden wären.

Während sich Wagner also an der militärischen Front als pflichtbewusster Soldat bewährte und mit Nahkampfdemonstrationen den Ausbildungsstand der Landesverteidigung verbesserte, blieb die

Staatsschutzbürokratie ihren alten Einschätzungen treu. Selbst ein hervorragendes militärisches Zeugnis – «Qualifikation: intelligent, vielseitiges militärisches Wissen und Können, Führerbegabung, soldatische Haltung sehr gut. Der Mann sollte unbedingt avancieren können»⁵¹ – änderte nichts daran, dass Wagner jeglicher weitere Aufstieg verwehrt war.

Hauptmann Brunner setzte sich mehrmals gegen die Armeeleitung für seinen Schützling ein und nahm damit auch persönliche Risiken in Kauf. So widersetzte er sich der vom Kommando verlangten Rücknahme der Beförderung, indem er auf seine Kompetenzen pochte. Als es im Mai 1940 zu einem politischen Zwischenfall kam, hielt er seine schützende Hand über Wagner. Anlässlich einer internationalen Wehrdemonstration in Walenstadt konnte Brunner einem Fachpublikum seine neu entwickelte Kampftechnik vorführen. Dazu waren auch Repräsentanten der Achsenmächte eingeladen. Abends beobachtete Wagner in einem Restaurant, wie Schweizer Offiziere ihren deutschen Kollegen in Wehrmachtsuniform zuprosteten und sich dabei den «Heil Hitler!»-Rufen ihrer Gäste ohne Weiteres anschlossen. Laut Wagner soll sich dabei ein Leutnant und Enkel von General Ulrich Wille besonders hervorgetan haben. Er reagierte auf diese abstoßende Szenerie mit dem Ausruf «Verdammtes Sau-pack!». Darauf sei er von einem erbosten Offizier zur Rede gestellt worden. Wagner verweigerte die Angabe seines Namens und lief einfach davon. Die Untersuchung liess Hauptmann Brunner im Sand verlaufen, was Wagner vor unangenehmen Folgen bewahrte. Wie Wagner später ausführte, sei für ihn die Verbrüderung von schweizerischen Militärs mit Nazis keine Überraschung gewesen. Die gesamte Leitung der Schiessschule Walenstadt sei sehr deutschfreundlich eingestellt gewesen.⁵²

Hauptmann Brunner zollte Wagner nicht nur menschlichen und fachlichen Respekt und bewahrte ihn vor Unbill, sondern er machte ihm auch den Weg ins künftige Zivilleben frei. Als Wagner eines

Tages um Urlaub bat, damit er sich um eine offene Arbeitsstelle in der Brauerei Schützengarten in St. Gallen bewerben könne, reagierte Brunner mit der Ankündigung, er werde gleich selber dafür sorgen, dass er diese Stelle erhalte. Er sei nämlich mit dem Direktor der Brauerei entfernt verwandt. Nach einem kurzen Telefongespräch war die Sache perfekt – Wagners trockener Kommentar dazu: «So schnell geht das also, wenn man Beziehungen hat.»⁵³

Dank der neuen Stelle als Brauereiarbeiter schaffte er nach langen Jahren der Arbeitslosigkeit die berufliche Integration. Nun bezog er ein schmales, aber geregeltes Einkommen, und damit konnte er eine Familie gründen. Am 7. August 1941 heiratete er in St. Gallen die Damenschneiderin Emma Kiener, die er an einem Tanzabend kennengelernt hatte. Damit begann für ihn ein neuer Lebensabschnitt.

Das Trauma des Kriegs

Der Spanienkrieg war am 1. April 1939 mit dem kampflosen Einmarsch Francos in Madrid zu Ende gegangen. Doch in Wagners Kopf ging der Krieg Nacht für Nacht weiter: «Ich schlief sehr schlecht, träumte immer und immer wieder von den Tagen am Ebro, wachte dann auf und konnte nicht mehr einschlafen.»⁵⁴

Er äusserte sich nie ausführlicher über sein psychisches Befinden zu jener Zeit. Doch seine Familie berichtet, dass er noch fast zwanzig Jahre lang unter dem Trauma der Kriegserlebnisse gelitten habe. In der Nacht sei er oft aus dem Schlaf geschreckt und habe «Runter, runter! Sie kommen!» gerufen. Bei plötzlichen Geräuschen sei er oft zusammengezuckt.⁵⁵ Alpträume, Schlafstörungen, Schreckhaftigkeit und das immer wiederkehrende Nacherleben der traumatisierenden Ereignisse gelten als typische Symptome von unverarbeiteten Kriegserlebnissen – heute würde man von einem posttraumatischen Stresssyndrom sprechen.

Wagner war nicht der einzige Spanienkämpfer, der mit traumatischen Störungen fertig werden musste. Der St. Galler K. zum Beispiel erlitt in Spanien tiefgreifende Persönlichkeitsveränderungen und ist nach Aussagen seiner Familienangehörigen als «ganz anderer Mensch» zurückgekehrt – zuvor fröhlich und unbeschwert, nachher ernst und nachdenklich. Andere Spanienkämpfer kamen als Kriegsversehrt in die Schweiz zurück und laborierten noch lange an ihren Verletzungen. Leopold Stern musste im St. Galler Kantonsspital chirurgisch nachbehandelt werden, da er durch ein Dum Dum-Geschoss am Bein und an der Hüfte verwundet worden war. Stern erinnert sich: «Sie haben mir noch ein paar Splitter herausoperiert.»⁵⁶

Viele ehemalige Kombattanten befanden sich in einer schwierigen persönlichen und sozialen Lage. Zunächst einmal mussten sie das politische Trauma der Niederlage gegen einen übermächtigen faschistischen Gegner verarbeiten. Zudem mussten sie mitansehen, wie Europa unweigerlich in den Krieg trieb. Dann kam im August 1939 noch der überraschende Hitler-Stalin-Pakt hinzu. Das unerwartete Bündnis zweier Todfeinde war hoch erklärungsbedürftig und versetzte viele Kommunisten in Verwirrung. Die meisten Spanienkämpfer waren militärisch vorbestraft und sozial diskriminiert. Das erschwerte ihren Wiedereinstieg in die Gesellschaft massiv. Sie fanden keine Stelle oder mussten sich selbst eine neue Existenz aufbauen. In dieser problematischen Situation zogen viele einen Schlussstrich unter die Vergangenheit – sie wollten schweigen und vergessen. Selbst nahen Angehörigen erzählten sie nichts oder nur wenig über ihre Erlebnisse in Spanien.

Mit dieser Tabuisierung erleichterten sie sich das Überleben in einem feindlich gesinnten sozialen Umfeld. Nicht allen gelang es, den psychischen Belastungen und Widrigkeiten der Nachkriegszeit standzuhalten. Dass der eine oder andere in den Alkoholismus abglitt, erscheint unter diesen Umständen nachvollziehbar.

Auffällig ist, dass sowohl in der Literatur über den Spanienkrieg als auch in den Selbstzeugnissen der Betroffenen die psychischen und physischen Folgen kaum ein Thema sind. Dieses Schweigen dürfte auch mit dem propagandistischen Bild der Freiheitskämpfer in der Öffentlichkeit Zusammenhängen. Der oft zelebrierte heroische Antifaschismus vertrug sich nicht mit dem Eingeständnis psychischer Probleme als Folgen des Kriegs. So gesehen sind die Spanienkämpfer nicht nur Opfer einer engen bürgerlichen Ordnung geworden, sondern sie wurden auch zu Geschädigten der eigenen ideologischen Überhöhung: Diese erlaubte ihnen nur das Heldentum und nicht das Dasein von gewöhnlichen Menschen.

Walter Wagner hat seit seiner Rückkehr aus Barcelona nie mehr spanischen Boden betreten. Solange Francos Diktatur andauerte, wollte und konnte er das Land nicht besuchen. Aber auch nach Francos Tod 1975, als eine Einreise selbst für ehemalige Brigadisten risikolos war, sah er davon ab. Er wollte die Gefühle aus der damaligen Zeit nicht mehr aufrühren. Andere Freiwillige wie etwa Hans Hutter aus Winterthur reagierten gegenteilig und fanden in Spanien das Land ihres Herzens oder verbrachten dort, wie etwa Werner Nef, ihren Lebensabend.

Dennoch hat Wagner den Spanienkrieg keineswegs verdrängt, sondern er hat sich den Erinnerungen gestellt. Als in den 70er-Jahren ein neues historisches Interesse am Spanischen Bürgerkrieg aufkam, belebte er als Zeitzeuge das politische Andenken an dieses geschichtliche Ereignis durch öffentliche Auftritte.

8 Vom Kommunisten zum Sozialdemokraten

Der Weg in die Sozialdemokratie

Nach seiner Rückkehr aus Spanien hatte sich Walter Wagner innerlich schon weitgehend vom Kommunismus abgewandt. In jungen Jahren noch erfüllt vom Glauben an die Möglichkeit einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft und fasziniert von der dynamisch-sozialistischen Sowjetunion, erfuhr er die Kehrseite dieses Systems, den stalinistischen Totalitarismus. An der Leninschule stiegen in ihm erste Zweifel an der durch politischen Meinungsdruck und Mangel an individueller Freiheit geprägten Ordnung auf. Im Spanischen Bürgerkrieg erlebte er dann die Machtpolitik der KP und den Fraktionismus der Linken. Als er Ende 1938 in die Ostschweiz zurückkehrte, war sein Glaube an jene Partei, in deren oberster Leitung er noch vor Kurzem gesessen hatte, stark erschüttert. Er stand nun in deutlicher Distanz zur KPS, und ab 1940, dem Jahr ihres Verbots, war er auch nicht mehr Mitglied.

Als im September 1943 in St. Gallen der sogenannte Kommunistenprozess stattfand, in dem neun ehemalige KP-Anhänger wegen verbotener kommunistischer Tätigkeit verurteilt wurden, war Wagner – vor zehn Jahren noch selber wegen solcher Umtriebe bestraft – nur noch Zaungast. In Parteikreisen galt er als einer, der die Seite gewechselt hatte. Die *Freiheit*, die im September 1942 illegal im Untergrund erschien, warnte in einem Artikel vor ihm: Er sei ein «politisch dubioses Element», das sich fälschlicherweise als KP-Mitglied ausbe.¹

1942 trat Wagner der Sozialdemokratischen Partei bei. Er wollte weiterhin politisch aktiv bleiben, nahm an Parteiversammlungen und Diskussionen teil und engagierte sich auch in einem parteinahen Bildungszirkel. Der Beitritt zur Sozialdemokratie fiel ihm umso leichter, als es zu jener Zeit einen starken Flügel gab, bestehend aus Linksozialisten und ehemaligen KP-Anhängern. Dieser suchte die reformistische SP-Politik auf einen radikaleren antikapitalistischen und antifaschistischen Kurs zu bringen. Aufwind erhielt dieses Lager durch die bekannte Rede von Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz vom 25. Juni 1940, in der er einer Anpassung an die faschistischen Achsenmächte das Wort redete und die in der Linken grosse Empörung auslöste. Im Nachgang zu dieser Rede kam es am 1. August 1940 zur Bildung einer Sozialdemokratischen Partei-Opposition (SPO), die ein sozialistisches Manifest («Manifest von Brunnen») mit kommunistisch-revolutionären Anklängen verfasste. In der SP tobten fortan heftige Flügelkämpfe. Am Winterthurer Parteitag 1943 setzte eine politische Flurbereinigung ein, als die kollektive Aufnahme ehemaliger KP-Leute in die Partei abgelehnt wurde.

Der Streit über den künftigen Kurs wurde in der Ostschweiz besonders heftig ausgetragen, denn hier war der umtriebige Appenzeller Arbeitersekretär und Spanienkämpfer Werner Nef einer der Wortführer der SPO. Wagner hatte Nef schon früher kennengelernt, jedoch keine nähere Beziehung zu ihm unterhalten. Nef trat 1940 mit der ganzen Appenzeller SP-Kantonalpartei aus der SPS aus, ein wohl einmaliges Ereignis, das landesweit Aufsehen erregte. Der Arbeiterpolitiker aus Herisau, ein politischer Rebell, hatte eine abenteuerliche Karriere hinter sich. In einem Waisenhaus in Urnäsch aufgewachsen, diente er in den 20er-Jahren in der französischen Fremdenlegion und nahm dort am Ryf-Krieg in Marokko teil, bevor er Sozialist und Gewerkschafter wurde.

Im Spanischen Bürgerkrieg wandelte er sich zu einem überzeugten Parteigänger der KP. Eng mit Otto Brunner und Rudolf Frei

befreundet, blieb er nach seiner Rückkehr 1938 auch in der illegalen Periode der KP ein Kommunist, dies bei gleichzeitiger SP-Mitgliedschaft. 1944 wurde er formell aus der SP ausgeschlossen, worauf er die Arbeiter- und Bauernpartei des Kantons Appenzell-Ausserrhoden gründete. Diese schloss sich wiederum der neuen PdAS an, zu deren Gründungsmitgliedern Nef selber zählte.²

«Einmal Kommunist, immer Kommunist»

Walter Wagners Engagement im neuen Umfeld der Sozialdemokratie wurde sowohl von der Politischen Polizei als auch vom Vaterländischen Verband weiterhin beobachtet. Trotz Parteiwechsel ging die Fichiererei seiner Tätigkeit unvermindert weiter. So war die erwähnte Warnung der KP vor Wagner als einem abtrünnigen Mitglied in der Parteizeitung *Freiheit* zuerst von der Politischen Abteilung der Zürcher Polizei registriert worden. Diese leitete ihre Beobachtung nach St. Gallen weiter, was im September 1942 zu einem entsprechenden Eintrag in Wagners Fiche führte. Wenig später bemerkte die St. Galler Politische Polizei, dass sich Wagner an einer SP-Parteiversammlung an der Diskussion beteiligt hatte. Auch diese Beobachtung wurde umgehend fichiert.³

Weder der Staatsschutz noch der Vaterländische Verband trauten Wagner einen echten Sinneswandel vom revolutionären Kommunisten zum reformerischen Sozialdemokraten zu. Sie hielten den Parteiübertritt für ein blosses Tarnmanöver mit dem Ziel, die SP zu unterwandern – gemäss dem Motto «Einmal Kommunist, immer Kommunist». Mit der Optik der permanenten Subversion liess sich die anhaltende Überwachungstätigkeit leicht rechtfertigen. Dieser Mechanismus der Selbstlegitimation ist aus zahlreichen Karteivermerken ersichtlich, zum Beispiel in einem Bericht mit dem Titel «KP-Zellenbildung innerhalb der SP St. Gallen»: «W. hat zusammen

mit dem SP-Mitglied Lichtenstein Kurt [...] einen Bildungszirkel gegründet, der von SP-Leuten besucht wird. Verdacht der getarnten Zellenbildung. Sei wahrscheinlich, dass W. ein Doppelspiel treibe u. im Geheimen in der illegalen KP aktiv arbeite.»⁴ Die indirekte Rede in diesem Eintrag verweist wiederum auf Informationen, die durch den Vaterländischen Verband geliefert wurden.

An dieser einfachen Optik hielt die Politische Polizei noch längere Zeit fest. In einem Bericht wird die Bildungsgemeinschaft der jungen sozialdemokratischen Parteimitglieder als «gut getarntes kommunist. Gebilde» bezeichnet. Wagner sei Mitglied und darüber hinaus «einer der gefährlichsten St. Galler-Kommunisten».⁵ Noch 1945, als in St. Gallen eine Sektion der neuen PdA und die ihr nahestehende Jugendorganisation Freie Jugend gegründet wurden, ist in einem Fichenvermerk an die Bundespolizei zu lesen, man solle Wagner «weitmöglichst» überwachen.⁶ Selbstredend wurden auch Wagners öffentliche Auftritte registriert. Am 5. Juni 1945 fand in St. Gallen eine grosse Volkskundgebung für die Ausweisung von Nazis und für die Säuberung des Offizierskorps von Frontisten und Nazi-anhängern statt. Laut Presseberichten wurde der Anlass von 2'000 Personen besucht, er zog also sehr grosses Interesse auf sich.⁷ In einer Rede prangerte Wagner die Rückweisung von Flüchtlingen an der Grenze an und beschuldigte die Politische Polizei, mit den Nazis zusammenzuarbeiten. Auch drohte er mit Streiks in allen Betrieben, in denen noch Nationalsozialisten geduldet würden, bis die unerwünschten Elemente entfernt seien.⁸ In der Fiche stand dazu Folgendes: «W. war Diskussionsredner anl. der Volkskundgebung für die Ausweisung der Nazi v. 5.6.45 in St. Gallen. – Erhebt scharfe Anschuldigungen gegenüber dem Bundesrat, der BUPO und den Nationalrat und verlangt deren Neubestellung.»⁹

Zwei Spanienkämpfer im Stadtparlament

Wagner unterhielt zu einigen Vertretern der neuen Partei der Arbeit durchaus freundschaftliche Kontakte. Während einer gewissen Zeit, so erinnerte er sich, sei er sogar Mitglied sowohl der SP als auch der PdA gewesen. Offensichtlich waren Doppelmitgliedschaften in dieser Zeit parteipolitisch fließender Grenzen noch gang und gäbe, wie auch die Doppelmitgliedschaft von Werner Nef zeigt. Im Herbst 1946 sagte sich Wagner jedoch endgültig von der neuen Linkspartei los. Ihm missfiel der moskautreue Kurs, den die PdA unter dem Einfluss der Zürcher und Basler Altkommunisten fuhr.

Am 18. März 1945 wurden in der Stadt St. Gallen die Erneuerungswahlen in den Gemeinderat, das Stadtparlament, abgehalten. «Ich hatte nicht beabsichtigt, mich in diese Wahlen einzumischen. Aber einige Genossen und Freunde wollten mich unbedingt auf der Wahlliste der PdA haben. Nach langem Drängen sagte ich dann zu.»¹⁰

Es war aber nicht nur eine Liste der PdA, sondern sie trug den Titel «Liste der Partei der Arbeit und der Sozialistischen Linken». Die Wahl war ein Überraschungserfolg: Die Liste errang auf Anhieb einen Wähleranteil von 7,8 Prozent und eroberte damit vier Mandate. Bisher hatte die äusserste Linke noch nie einen Parlamentssitz erringen können. Wagner wurde mit 359 Stimmen, Werner Nef mit 364 Stimmen ins Stadtparlament im Waaghaus gewählt.¹¹ So kam es, dass gleich zwei ehemalige Spanienkämpfer in der damals 52-köpfigen Legislative Einsitz nahmen. Mit Wagner und Nef wurden auch der Vertreter Christof Gründler (270 Stimmen) und der Chauffeur Albert Bleisch (211 Stimmen) gewählt.

Das politische Spektrum erweiterte sich nun um ein Quartett von Linksaussen. Der Erfolg der Linken war zu einem guten Teil auf die antideutsche Stimmung in der Bevölkerung zurückzuführen. Breite Kreise befürworteten die konsequente Ausweisung aller Nazi-

anhänger und Fröntler. Diese Forderung hatte die Linke im Wahlkampf in den Vordergrund gerückt und stiess damit auf viel Resonanz. Auch in den Grossratswahlen vom 4. März 1945 schafften vier PdA-Vertreter den Einzug ins Kantonsparlament. Sie setzten damit einen Markstein in der politischen Geschichte des Kantons St. Gallen: Weder vorher noch nachher war die radikale Linke in der kantonalen Legislative so stark vertreten wie in der Nachkriegszeit.

Wagner politisierte indessen lediglich eine Amtsdauer lang im Gemeinderat, von 1945 bis 1948. Im Herbst 1946 gab er seinen Austritt aus der PdA bekannt. Gegenüber den Genossen sagte er zu seinem Austritt: «Ich glaube, dass es kaum notwendig ist, dafür Gründe anzuführen. Man kann höchstens alles wiederholen, was immer und immer wieder gesagt wurde. Vonseiten von verseh. Genossen wurde mir nahegelegt, dass ich mich vom aktiven politischen Leben zurückziehen soll. Ich kann leider diesem Rat nicht Folge leisten. Denn als Sozialist bin ich mir bewusst, dass ich meinen Platz in der Gesamtarbeiterbewegung ausfüllen kann und muss.»¹²

Im Gemeinderat behielt er sein Mandat und schloss sich der sozialdemokratischen Fraktion an. In der Legislatur setzte er sich unter anderem für den Bau von Notwohnungen und für die Entrichtung eines Ehrengeschenks an alle Wehrmänner ein, die Aktivdienst geleistet hatten. Andere Schweizer Städte hatten eine solche Dankesgeste bereits beschlossen. Wagners Vorstoss wurde zwar abgelehnt, doch beschloss der Gemeinderat, 35'000 Franken für Familien einzusetzen, die wegen Militärabsenzen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren.¹³

Am meisten Aufsehen erregte er mit einem Vorstoss im Juli 1945, der auf die Pension des ehemaligen städtischen Polizeinspektors Carl Kappeler abzielte. Kappeler war wegen seiner Nazisympathien im Jahr 1938 mit einer Frühpension faktisch abgesetzt worden (siehe Kapitel 3). Nun geriet der einstige Polizeichef im Zug

der öffentlichen Diskussion über die Ausweisung von Nazis wieder in die Schlagzeilen. War die staatliche Pension dieses Mannes gerechtfertigt? Wagner kritisierte in seiner Motion, Kappeler sei als Nationalsozialist untragbar gewesen, aber statt ihn aus dem Dienst zu entlassen, habe man ihn pensioniert und ihm auch noch eine Invalidenrente gewährt. Wagner mutmasste, dass der verantwortlichen Pensionskassenkommission möglicherweise Akten vorenthalten worden seien. Daher müsse die Zusprechung der Rente nochmals überprüft werden.

Werner Nef sekundierte Wagner in der Debatte, indem er darauf hinwies, dass die Pensionskassenkommission eine 20-prozentige Kürzung der Rente beantragt hatte. Der Stadtrat aber habe sich zu einer vollen Rente entschieden und habe Kappeler über Gebühr in Schutz genommen. Der Stadtrat betonte jedoch, alles sei mit rechten Dingen zugegangen.¹⁴ Eine Kommission des Parlaments wurde mit der Abklärung der Angelegenheit beauftragt. Sie kam zum Schluss, dass der Pensionskassenkommission keine Akten vorenthalten worden seien und dass für einen Widerruf der Pensionierung eine gesetzliche Grundlage fehle. Wagner widersetzte sich nicht, als das Geschäft auf diese Weise ohne grösseres Aufsehen erledigt wurde.¹⁵

Karriere als Gewerkschafter

Bei den Erneuerungswahlen von 1948 trat Wagner nicht mehr als Kandidat für die SP an, denn nun stand sein Umzug nach Luzern bevor. Beruflich hatte er dank der von Hauptmann Brunner vermittelten Stelle in der Brauerei Schützengarten Fuss fassen können. Er arbeitete dort im Lagerkeller, wo sich die grossen Eichenfässer befanden. Wagner musste nach deren Entleerung bei Temperaturen von drei bis vier Grad in die Fässer hineinkriechen und die Wände sauber schrubben. Sein Arbeitskollege war Hans Huber, der ebenfalls

in Spanien gekämpft und mit dem er die ersten Wochen seiner Militärstrafe in der Strafanstalt St. Jakob abgesessen hatte.

Da die Brauereiarbeiter, darunter viele deutsche Kollegen, traditionellerweise in der Gewerkschaft VHTL organisiert waren, trat auch Wagner dem Verband bei. Das war der Beginn seiner Gewerkschaftskarriere. 1946 wurde er zum Präsidenten der Brauereiarbeiter der VHTL-Sektion St. Gallen gewählt, und 1948 bot ihm Zentralpräsident Hermann Leuenberger, der später ein einflussreicher SP-Nationalrat wurde, eine Stelle als Gewerkschaftssekretär an. Nach einer Bedenkfrist sagte Wagner zu.

Inzwischen war er Vater von zwei Kindern geworden. Mit seinem bescheidenen Lohn brachte er die Familie eher schlecht als recht durch. Er kündigte die Stelle in der Brauerei und absolvierte zunächst einen Kurs der Arbeiterschule in Muttenz, wo er das Einmal-eins der professionellen Gewerkschaftsarbeit erlernte. Im Januar 1949 konnte er eine Adjunktstelle im VHTL-Zentralsekretariat in Zürich antreten. Während dieser Zeit wohnte er bei seinem Freund und Spaniengenossen Hans Thoma und kehrte am Wochenende zur Familie nach St. Gallen zurück. Thoma war nach seiner Verurteilung und der Verbüßung einer fünfmonatigen Gefängnisstrafe nach Zürich gezogen und hatte dort eine Stelle als Mitarbeiter bei der städtischen Sozialbehörde gefunden.

Im April 1949 wurde Wagner als neuer Sekretär des VHTL Luzern gewählt, und dies führte zu seinem endgültigen Wegzug aus der Ostschweiz. In Luzern zog er an die Waldstätterstrasse 29. Das Mobiliar bestand aus einem Schreibpult, einem Aktenschrank und einer klapprigen Schreibmaschine. Die Gewerkschaft VHTL Luzern organisierte damals die drei Berufsgruppen Brauer, Chauffeure und Konsumangestellte und zählte rund 550 Mitglieder. Dazu kamen noch kleinere Sektionen in Altdorf, Brunnen, Erstfeld und Hochdorf, die Wagner ebenfalls zu betreuen hatte.

Ein halbes Jahr später folgte ihm die Familie nach Luzern. Wagner wurde bald zu einer wichtigen Figur der lokalen Arbeiterbe-

wegung. 1952 wurde er auch noch zum Sekretär des kantonalen Gewerkschaftskartells Luzern gewählt. Drei Jahre später zog er auf der Liste der SP in den Luzerner Grossen Rat (Kantonparlament) ein. Mit 3547 Stimmen erzielte er ein gutes Resultat. Wagner blieb für eine Amtsdauer im Grossen Rat. Bei den Erneuerungswahlen von 1959 stand er wieder auf der SP-Liste, doch er verfehlte die Wiederwahl mit 3'009 Stimmen knapp. Die SP-Fraktion in der Stadt Luzern büsste einen Sitz ein und war fortan nur noch mit neun statt zehn Mandaten vertreten.¹⁶ Als Grossrat trat Wagner nicht besonders in Erscheinung; er schien sich in diesem von den Konservativen dominierten Parlament nicht wohl zu fühlen.

Immerhin sorgte er im November 1955 für parlamentarischen Gesprächsstoff, als er mit zwei Fraktionskollegen mit einer Interpellation die traditionelle Machtpolitik der konservativchristlichsozialen Partei kritisierte: Unter den 1'300 kantonalen Beamten und Angestellten befinde sich kein einziger Sozialdemokrat, beanstandete Wagner. Eine solche Ausschliesslichkeitspolitik sei undemokratisch.¹⁷ Der Vorstoss vermochte an den realen Machtverhältnissen in der Innerschweiz nichts zu ändern.

Weiter setzte er sich für einen Steuerrabatt für die unteren und mittleren Einkommenschichten ein. Beim Erlass eines neuen Gesetzes über die Arbeitsgerichte war er in der vorberatenden Kommission aktiv. Schliesslich reichte er eine Interpellation gegen zu grosszügige Bewilligungen von ausländischen Arbeitskräften ein, da dadurch die Gefahr der Lohndrückerei bestehe. Der Vorstoss brachte die typischen gewerkschaftlichen Ängste und Vorbehalte gegenüber der beginnenden italienischen Arbeitsimmigration der späten 50er-Jahre zum Ausdruck. «Wir mussten feststellen, dass einheimische Arbeiter entlassen werden, andererseits aber im gleichen Moment ausländische Arbeitskräfte die Arbeit aufnehmen», schrieb er in der Begründung.¹⁸

Interessant ist, dass sich Wagner im November 1956 nicht an einer Debatte über die Niederschlagung des Ungarn-Aufstands durch

sowjetische Truppen beteiligte. Dies obwohl konservative Ratskollegen die Intervention der Sowjetunion mit groben antikommunistischen Ausfällen bedachten. Es war von einem «modernem Barbarentum», einem «massenmordenden Massaker» und einer «unauslöschlichen Schande des 20. Jahrhunderts» die Rede. Im Verlauf der Debatte wurde auch der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion gefordert.¹⁹

Im Schatten des Kalten Kriegs

Wagner blieb auch als Sozialdemokrat und Gewerkschafter im Visier der Politischen Polizei. Auch als St. Galler Gemeinderat wurde er in seiner Karteikarte als «scharfer Linksextremist» bezeichnet.²⁰ Den Umzug nach Luzern 1949 meldete das St. Galler Polizeikommando der Bundesanwaltschaft mit folgenden Worten: «Teilen mit, dass W. nun Arbeitersekretär (Kartell) in Luzern ist. Er zog sich aus taktischen Gründen, es mögen auch noch andere Momente eine Rolle gespielt haben – von der PdA zurück und wechselte zum linken Flügel der SP über. Hat bestimmt seine Gesinnung nicht geändert und er darf als einer der fähigsten Köpfe der linksextremen Richtung bezeichnet werden.»²¹

Die Kommunistenverfolgungen der 30er-Jahre gingen nahtlos in den Antikommunismus des Kalten Kriegs über, die behördlichen Deutungsmuster und Wahrnehmungsschemata gegenüber der sozialistischen Linken blieben unverändert. Selbst die Feindbilder aus der franquistischen Propaganda, die in der bürgerlichen und vor allem in der katholisch-konservativen Presse repetiert worden waren, lebten weiter. Ein schönes Beispiel dafür ist ein Brief des Departements des Innern des Kantons St. Gallen. Darin erkundigte sich Regierungsrat Paul Müller, ein Christlichsozialer, nach dem in den Kämpfen um Belchite gefallenen St. Galler Robert Bruderer, für den die Behörde eine Todesurkunde ausstellen musste: «[...] sollten wir noch wissen,

ob Bruderer in der sogenannten ‚Roten Armee‘ der Spanischen Republik oder in der ‚Nationalen Armee‘ des Generalissimus Franco gekämpft hat.»

In seinem Antwortschreiben lieferte Wagner die gewünschten Angaben, nämlich dass Bruderer in der XI. Internationalen Brigade eingeteilt und am 1. September 1937 bei Belchite gefallen war. Dazu schrieb er: «In Ihrer Anfrage schreiben Sie von der sogenannten Roten Armee der Spanischen Republik. Ich gestatte mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass es in Spanien keine Rote Armee gegeben hat, sondern nur ein republikanisches Volksheer. Die Internationalen Brigaden waren ein Bestandteil des letzteren und setzten sich zusammen aus Freiwilligen aus aller Welt. Mit dem Schlagwort der Roten Armee hausierten seinerzeit eben die spanischen Faschisten vom Schlege Francos und leider auch ein grosser Teil der Schweizer Presse. Eine schweizerische Regierungsstelle sollte aber immerhin den Tatsachen Rechnung tragen und nicht einfach Schlagwörter der Gegner der Spanischen Republik übernehmen.»²²

1952 erstellte die St. Galler Politische Polizei eine Aktennotiz, in der Wagner als «geschulter, aktiver Kommunist» bezeichnet wird, der zur SP übergetreten sei, «vermutlich aber keinen Gesinnungswandel vollzog».²³ Immerhin liess die Überwachung von Wagner in den folgenden Jahren merklich nach – wohl, weil es einfach nichts mehr zu melden gab. Noch im Jahr 1966 aber wurde ein Vermerk – es war der Letzte – in seine Fiche eingetragen. Es ging dabei um eine Nachforschung der Bundesanwaltschaft. Diese hatte einen Vertreter der Sowjetbotschaft dabei beobachtet, wie er beim Spanienkämpfer Hans Huber vorsprach und sich nach weiteren Spanienkämpfern erkundigte. Dabei war auch der Name Wagner gefallen.²⁴ Der Eintrag illustriert, wie genau die Bewegungen der sowjetischen Botschafts Vertreter von der Bundesanwaltschaft während des Kalten Kriegs überwacht wurden.

Wagner hatte sich zwar vom Kommunismus abgewandt, war vom Militärgericht kriminalisiert und als Demokrat abgewertet wor-

den. Das alles vermochte aber sein politisches Selbstverständnis als Antifaschist und demokratischer Sozialist nicht zu schmälern. Er blieb zeit seines Lebens ein Linker. Nach seiner Demission als Kantonsrat im Jahr 1959 und auch nach seinem Übertritt in die Privatwirtschaft 1961, wo er in verschiedenen Speditionsfirmen tätig war, gehörte er weiterhin der SP an. Selbst als über 80-jähriger Pensionär, nun in der kleinen Ortschaft Bätterkinden wohnhaft, nahm er regelmässig an den Parteiversammlungen seiner SP-Sektion teil. An lokalpolitischen Belangen fand er indessen weniger Interesse als am grossen Weltgeschehen. Nicht selten führte er bewegte Klage darüber, wie provinziell doch die Sozialdemokratie sei. Er hätte es lieber gesehen, wenn an den Parteiversammlungen weltpolitische Fragen anstelle von Kanalisationsreglementen, Strassenverbreiterungen oder Schulhaussanierungen zur Sprache gekommen wären.

Der Fall der Mauer 1989 – Wagner war damals 76 Jahre alt – hatte für alle jene, die einmal an die Richtigkeit des Kommunismus geglaubt hatten, eine besondere Bedeutung. Zu diesem Anlass bekräftigte Wagner seine sozialistische Überzeugung mit folgenden Worten:

«Der real existierende Sozialismus in der Sowjetunion und in anderen osteuropäischen Staaten ist zusammengebrochen. Das kann mich nicht davon abhalten, weiterhin Sozialist zu bleiben und vermag auch meine Hoffnung auf einen wirklichen, menschlichen und demokratischen Sozialismus nicht zu erschüttern. Ebenso wenig wie mich die real existierende Demokratie davon abhalten kann, weiterhin Demokrat zu sein und für eine bessere und sozialere Demokratie zu kämpfen.»²⁵

Spanien im kollektiven Gedächtnis

Im Januar 1939 war anlässlich einer Konferenz der heimgekehrten Spanienkämpfer eine Interessengemeinschaft gegründet worden.

Otto Brunner war ihr Präsident, der Sozialdemokrat Albert Hunziker Vizepräsident.²⁶ Ziel der Vereinigung war die Amnestie der Spanienfreiwilligen, die jedoch im Februar 1939 im Parlament scheiterte (siehe Kapitel 9). Später nannte sich die Gruppierung «Interessengemeinschaft ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer». Personell war sie eng mit der PdA verbunden, wo viele Mitglied waren. Aus diesem Grund mochte sich Wagner ihr nicht anschliessen, wie übrigens etliche andere ehemalige Spanienkämpfer auch nicht. Die IG betrieb jahrelang Aufklärung über die Diktatur in Spanien und organisierte nach dem Tod Francos 1975 Gedenkreisen und Veranstaltungen.

In den 80er-Jahren begann in der Schweiz das Interesse an den vergessenen Spanienkämpfern sowie am Spanischen Bürgerkrieg als einem zentralen Ereignis in der Geschichte des 20. Jahrhunderts wieder zu wachsen. Erste Anlässe zur Erinnerung an die Geschehnisse fanden statt. Wagner nahm die Gelegenheit wahr, als Zeitzeuge über seine Erlebnisse zu berichten. Am 19. August 1986 lud ihn die St. Galler SP zu einer Veranstaltung zum 50. Jahrestag des Bürgerkriegs ein. Wagner hielt ein Referat über seinen Einsatz in den Internationalen Brigaden. Er wurde gefragt, wie er sein Engagement aus heutiger Sicht beurteile, und bekannte unumwunden: «Ich muss offen sagen, in der gleichen Situation und im gleichen Alter würde ich es wieder machen.»²⁷

Aber er verhehlte auch nicht seine Skepsis. Vier Jahrzehnte Kalter Krieg hatten seine Wahrnehmung der damaligen Ereignisse beeinflusst. Die Frage, was aus Spanien nach einem republikanischen Sieg geworden wäre, beantwortete er folgendermassen: «Ich habe früher viel darüber nachgedacht, was geschehen wäre, wenn die Republik gesiegt hätte. Ich bin nicht sicher, dass es gut gegangen wäre, es hat grosse Parteikämpfe gegeben. Die Russen haben grosse Macht gehabt, haben missliebige Leute aus dem Weg geräumt. Wenn jemand gefragt hat, bekam er zur Antwort: ‚Ein Bürgerkrieg ist kein Spaziergang.‘»²⁸

1994 trat Wagner noch einmal vor grösserem Publikum auf. Anlässlich der Auflösung der Interessengemeinschaft ehemaliger Schweizerischer Spanienkämpfer fand im Stadthaus Zürich eine Ausstellung und ein Rahmenprogramm unter dem Titel «Hommage an die Schweizer Spanienkämpfer» statt. Veranstaltet wurde der Anlass von der IG in Zusammenarbeit mit der Präsidialabteilung der Stadt Zürich und der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Neben anderen ehemaligen Brigadisten erzählte auch Wagner von seinen Erfahrungen in den Brigaden und an der Front.

In diesem Referat berichtete er nicht über seine politische Sozialisation in der Kommunistischen Partei. Er erwähnte sie nur auf eine Frage aus dem Publikum. Wagner hatte die letzten Reste seiner stalinistischen Identität getilgt. In der Einschätzung des Bürgerkriegs betonte er erneut die grosse Abhängigkeit der Republik von den sowjetischen Waffenlieferungen. Ihre Munitionierung sei nur so lange erfolgt, als sie im aussenpolitischen Interesse Stalins gelegen habe. Ein Sieg der Volksfront hätte, so Wagner in diesem Vortrag, ein stalinistisches Spanien zur Folge gehabt. Dieses wäre kaum demokratisch gewesen, wie man schon am Terrorsystem des russischen Geheimdienstes in Barcelona habe erkennen können. Das sei die dunkle Seite des Bürgerkriegs, die man nicht verschweigen dürfe. Er beendete seine Ausführungen mit einem Aufruf zur politischen Toleranz: «Es darf keinen Faschismus und keinen Rechtsradikalismus mehr geben. Wir müssen lernen, tolerant gegenüber anderen Meinungen zu sein.»^{2,9}

Abschied

Walter Wagner lebte ab 1986 allein in einer kleinen Wohnung in Bätterkinden, umsorgt von seinen Angehörigen. Im Korridor hatte er drei Aquarelle des spanischen Revolutionsmalers José Luis Rey Vila aufgehängt, der unter dem Pseudonym Sim bekannt war.

Sie waren als Drucke von der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT und der anarchistischen Partei FAI unter dem Titel «Estampas de la Revolucion Espanola, 19 Julio de 1936» als Album herausgegeben worden. Er hatte sie in Barcelona erstanden, und sie erinnerten ihn stets an seine Zeit in Spanien.

In der kleinen Küche bereitete er seine Mahlzeiten zu und hörte die Nachrichten, eine Zigarette war immer dabei. Er rauche seit nunmehr siebzig Jahren und sehe keinen Anlass, jetzt noch aufzuhören, pflegte er auf gut gemeinte Ratschläge zu sagen. In einem Fotoalbum bewahrte er, säuberlich eingeklebt, Fotografien auf, die seine Kameraden, Spanienkämpfer wie er, zeigten. Ausserdem hatte er einige Dokumente aufbewahrt, so die Kaderchef-Bescheinigung oder einen Passierschein für Barcelona. Auch das Urteil des Divisionsgerichts aus dem Jahr 1939 sowie Kopien seiner Karteikarte beim Staatsschutz lagerten in einer Schachtel. Anderes, etwa Fotos vom Kriegsgeschehen, waren irgendwann entsorgt worden, wohl aus Rücksicht auf die Familie.

Anfang Juni 2006, im Alter von über 93 Jahren, musste Walter Wagner in Spitalpflege verbracht werden. Sein Körper war stark geschwächt, Wasser war in seine Lunge eingedrungen. Sein Langzeitgedächtnis funktionierte aber noch gut. Ereignisse, die sich vor siebzig Jahren abgespielt hatten, waren ihm bis ins Detail präsent. Die letzten Tage vor seinem Tod ass er nichts mehr. Walter Wagner hatte mit dem Leben – einem aussergewöhnlichen, engagierten Leben – abgeschlossen. Am 19. Juni 2006 starb er im Spital Burgdorf, und wenige Tage später wurde er auf dem Friedhof in Bätterkinden beigesetzt. Die Trauergemeinde vernahm ein letztes Mal die wichtigen Stationen seines politischen Lebens: St. Gallen – Moskau – Aragón.

9 Verweigerter Rehabilitierung

Die Amnestiebewegung von 1938

Bis heute sind die Schweizer Spanienkämpfer nicht voll rehabilitiert – trotz einer mittlerweile 70 Jahre dauernden Auseinandersetzung um die Anerkennung der antifaschistischen Spaniensolidarität.¹ Beim Abzug der Interbrigaden aus Spanien im Herbst 1938 starteten Linkskreise eine Amnestiekampagne zugunsten der Spanienkämpfer. Sie hätten aus ideellen Motiven für Demokratie und gegen Faschismus gekämpft, und daher seien Gefängnisstrafen, trotz der Übertretung von Artikel 94 des Militärstrafgesetzes, nicht angebracht. Die Amnestiefrage entwickelte sich im Winter 1938 zu einem breit diskutierten innenpolitischen Thema.

Die Amnestie war aktuell geworden, als der spanische Ministerpräsident Juan Negrin im September 1938 vor dem Völkerbund in Genf den unilateralen Rückzug aller ausländischen Kriegsfreiwilligen auf der republikanischen Seite ankündigte und für den Abzug sämtlicher fremder Kriegsteilnehmer von der Iberischen Halbinsel plädierte. Es zeichnete sich ab, dass bald mehrere Hundert Schweizer Freiwillige heimkehren würden. Der Linkssozialist Léon Nicole aus Genf reichte Ende September 1938 im Nationalrat eine Interpellation ein, in der er einen Straferlass für die Rückkehrer sowie eine Amnestie für alle Verurteilten forderte. Bereits ein Jahr zuvor hatte KP-Nationalrat Marino Bodenmann eine Motion für eine Amnestie eingereicht, die aber noch nicht behandelt worden war.²

Die Amnestiekampagne wurde vom Komitee zur Amnestierung der Heimkehrer aus Spanien getragen, das Ende Oktober 1938 in Ba-

sel vom Kommunisten Otto Wyss und vom Sozialisten Karl Senn gegründet worden war. In diesem Komitee versammelte sich linke Prominenz aus Politik und Kultur (u.a. Hans Oprecht, Leonhard Ragaz, Robert Grimm, Carl Albert Loosli). Aus St. Gallen waren die Rechtsanwälte und SP-Politiker Adolf Güntensberger und Adolf Sennhauser dabei. In einem Aufruf des Komitees hiess es: «Wir wissen nicht, wann unser Volk die Heimat gegen feindliche Kräfte von aussen mit der Waffe in der Hand zu verteidigen haben wird. Aber eines ist sicher, dass diese Freiwilligen, die Mut und Opfersinn bewiesen haben, für uns wertvoll und notwendig sind. Und sie sollen hinter Gefängnismauern gesteckt werden?»³

Das Komitee lancierte eine Petition, die am 2. Februar 1939 mit rund 80'000 Unterschriften eingereicht wurde. Diese Zahl zeigt den grossen Rückhalt des Amnestiebegehrens in der Bevölkerung. Breite Kreise konnten sich mit dem Schicksal der Menschen identifizieren, die für helvetische Werte wie Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit gekämpft hatten. Die Kampagne zeigte Wirkung: Das bisher von Justiz, Strafverfolgern und Polizeibehörden dominierte repressive Klima in der Spanienfrage entspannte sich. Der Bundesrat sistierte den Strafvollzug für neu verurteilte Spanienfreiwillige bis zum Entscheid über eine Amnestie, und er betrachtete es auch als gerechtfertigt, dass den Spanienkämpfern fortan der militärische Strafvollzug statt Gefängnis gewährt werde.⁴

In bürgerlich-liberalen Kreisen zeichneten sich Sympathien für eine Amnestie ab. Das *St. Galler Tagblatt* meinte, die Spanienkämpfer hätten persönlichen Mut in schweren Schlachten bewiesen und verdienten Respekt.⁵ Die Rechtspresse dagegen wollte nichts von einer Amnestie für «Moskaus Helfer» wissen und forderte nach wie vor eine harte Linie. Diese Position vertrat auch die Francofreundliche Meinungsführerin im bürgerlichen Lager, die *Neue Zürcher Zeitung*.

Am 13. Dezember 1938 reichte der St. Galler SP-Politiker Johannes Huber, Verteidiger zahlreicher Spanienkämpfer, ein Postulat ein, das die Prüfung einer Amnestie verlangte. Es wurde von 69 Nationalräten unterzeichnet, 25 davon aus bürgerlichen Parteien. Huber war wohl der prominenteste Kritiker der Spanienbeschlüsse, die er für verfassungswidrig hielt. In der Begründung des Postulats verwies er auf die Volksmeinung, die sich nicht mit den Verboten decke. Es sei unverständlich, mit welcher Härte einzelne Militärgerichte die Strafbestimmungen angewendet hätten.⁶

Huber spielte damit auf das Zürcher Divisionsgericht unter Grossrichter Professor Hans Felix Pfenninger an. Pfenninger, von 1919 bis 1932 Staatsanwalt und bis 1951 Professor für Strafrecht an der Universität Zürich, verhängte gegen die «Spanienfahrrerei», wie er die antifaschistische Solidarität nannte, hohe Strafen. Im Einklang mit der bundesrätlichen Politik begründete er sie mit der Wahrung der schweizerischen Neutralität. 1946 rechtfertigte er seine Gerichtspraxis in einem juristischen Fachaufsatz, worin er seinen politischen Standpunkt klarmachte. Zum Beispiel lastete er den Freiwilligen pauschal an, sie wollten in Spanien einen zweiten kommunistischen Staat errichten.⁷

Inzwischen waren die parlamentarischen Vorstösse von Bodenmann und Nicole zugunsten des Postulats von Huber zurückgezogen worden. Der Nationalrat überwies es Ende Dezember 1938 diskussionslos und brachte damit einige Sympathie für das Anliegen der Amnestie zum Ausdruck. Bundespräsident Johannes Baumann hielt dabei fest, dass eine Amnestie eher im Interesse des Staates als zugunsten des einzelnen Betroffenen gewährt werde.⁸ Damit war die Priorität der Staatsraison bereits angedeutet. Angesichts der doch positiven Stimmung schien für die Linke ein politischer Erfolg in Sichtweite. Dem stand allerdings die bisherige Amnestiepraxis der Schweiz entgegen. Bundesrat und Parlament hatten die wenigen Am-

nestiebegehren, die in den vorangegangenen Jahrzehnten zu beurteilen waren, meistens abgelehnt oder waren gar nicht erst darauf eingetreten, so etwa im Zusammenhang mit dem Generalstreik in Genf 1902 oder dem Landesstreik 1919.⁹

Die liberale Stimmung im bürgerlichen Lager kippte dann wegen einer Kampagne, in der Rechtskreise, die Bundesanwaltschaft, die Zürcher Militärjustiz sowie die *Neue Zürcher Zeitung* zusammenspannten. Am 3. Januar 1939 publizierte das Blatt einen Artikel über die bereits erwähnte Schiesserei in der Scandinavia-Bar in Barcelona, in die Otto Brunner verwickelt war und bei der der Brigadist Karl Romoser versehentlich ums Leben kam. Der angetrunkene Brunner hatte versucht, den St. Galler Franz Ritter zu verhaften, der bei den Anarchisten gekämpft und sich gegen die kommunistische Dominanz gewehrt hatte. Ritter wurde deswegen als Trotskist angesehen und sollte aus dem Verkehr gezogen werden. Der Zwischenfall wirft ein Licht auf die stalinistischen Säuberungsaktionen im Untergrund von Barcelona. In dem nicht gezeichneten Artikel wurden die Spanienfreiwilligen als Abenteurer und Kriminelle in ein schiefes Licht gerückt.¹⁰ Woher die *Neue Zürcher Zeitung* die Informationen über den Vorfall hatte, ist nicht bekannt; vermutlich kamen sie von den Untersuchungsorganen, also von der Militärjustiz und der Bundesanwaltschaft oder vom Vaterländischen Verband.

Die KPS sah in der Veröffentlichung ein Manöver, mit dem der populäre Otto Brunner, der eben erst in die Schweiz zurückgekehrt war, diskreditiert werden sollte. Da sich der Zwischenfall in Barcelona vor mehr als acht Monaten ereignet hatte, war dieser Vorwurf nicht abwegig. Der Sprachgebrauch des NZZ-Artikels verweist auf Quellen von rechts. So ist etwa vom «Arm Moskaus» die Rede, eine in der antikommunistischen Polemik gebräuchliche Metapher. Die Zürcher Bezirksanwaltschaft liess Brunner in der Folge am 12. Januar 1939 in Untersuchungshaft setzen – und zwar ohne Begrün-

dung. Für die Linke war nun klar, dass der Spanienmajor und Volkstribun aus dem Verkehr gezogen werden sollte, damit er nicht an Feiern zugunsten der Spanienkämpfer teilnehmen konnte.

Kein Grund für eine Amnestie

Ende Januar 1939 legte der Bundesrat seinen Bericht zu Hubers Postulat vor. Er lehnte eine Amnestie ab.¹¹ Der Straferlass sei eine «ganz aussergewöhnliche Massnahme» und nur durch ausserordentliche Gründe zu rechtfertigen, die hier nicht vorlägen.¹² Der Text lässt erkennen, dass die Landesbehörde die Straffreiheit nie ernsthaft in Betracht gezogen hatte. Anstatt die Vor- und Nachteile abzuwägen, standen die Argumente gegen eine Amnestie im Vordergrund. Es war daher nicht viel mehr als eine Floskel, als Bundesrat Baumann später im Parlament versicherte, man habe die Frage «unvor-
eingenommen» geprüft.¹³ Besonders verstimmt zeigte sich der Bundesrat über die mit viel Pathos zelebrierten Spanienfeiern. Er erblickte darin bloss Propagandaanlässe: «Derartige allzu durchsichtige Veranstaltungen sind nicht geeignet, einem Staatsakt von der Tragweite einer Amnestie den Weg zu bereiten.»¹⁴

Für den Bundesrat kam höchstens ein individueller Straferlass auf dem Gnadenweg in Frage, der aber nur den «würdigen» Betroffenen zugutekommen sollte. Gemeint waren damit wohl die nicht-kommunistischen. Die Interessengemeinschaft der ehemaligen Schweizerischen Spanienkämpfer wollte davon aber nichts wissen, wie sie in einem offenen Brief betonte. Eine solche Lösung sei unwürdig.¹⁵

In der Abstimmung vom 2. Februar 1939 im Nationalrat wurde die Amnestie mit 93 zu 71 Stimmen verworfen. Der Ständerat folgte diesem Verdikt einen Tag später mit 28 zu 3 Stimmen. Linke und Teile der liberalen Mitte hatten für einen Straferlass, die Rechte dagegen gestimmt, darunter der geschlossene «schwarze Block» der

Katholisch-Konservativen. Die Abstimmung unter Namensaufruf offenbarte, dass etliche Volksvertreter, die Hubers Postulat unterzeichnet und damit gegenüber dem Anliegen Sympathien bekundet hatten, ihre Meinung geändert hatten – ein Indiz für den starken Druck im Vorfeld der Debatte. Die *Freiheit* prangerte jene elf Bürgerlichen an, die die Seite gewechselt hatten, und die *Neue Zürcher Zeitung* nannte jene Freisinnigen namentlich, die für die Amnestie gestimmt hatten.¹⁶

In der Debatte liess Bundesrat Baumann erkennen, dass sein Nein zur Amnestie vor allem aussenpolitisch motiviert war. Durch einen Straferlass bestehe die Gefahr von aussenpolitischen Verwicklungen. Wie diese konkret aussehen könnten, sagte er allerdings nicht. Es war klar, dass der Bundesrat die in Spanien kriegführenden Achsenmächte nicht erzürnen wollte. Baumann befürchtete zudem, dass eine Amnestie den Eindruck erwecken könnte, die Neutralität werde von der Schweiz nicht ernsthaft gehandhabt.¹⁷

Nach der Amnestiedebatte war das politische Schicksal der Spanienfreiwilligen besiegelt: Die Schweizer Militärgerichte fällten 500 Urteile, 420 Personen wurden verurteilt. Die Spannweite der Strafen reicht von 15 Tagen bis zu vier Jahren, der Schnitt liegt bei 3,8 Monaten.¹⁸ Ab März 1939 wandten die Gerichte, angeführt vom Basler Divisionsgericht, eine liberalere Praxis an. Sie verhängten mildere Strafen mit dem Argument, dass das Abschreckungsmoment jetzt keine Rolle mehr spiele. Immerhin wurden noch weit über hundert Urteile gefällt

Im Juni 1939 unternahm Léon Nicole im Parlament einen letzten Versuch, das Blatt nochmals zu wenden. Er forderte den Bundesrat mit Blick auf den bevorstehenden Bundesfeiertag auf, eine Amnestie zu erlassen, dies im Sinne einer «Befriedung der ideologischen Gegensätze». Der Bundesrat lehnte unter Hinweis auf die Zuständigkeit der Bundesversammlung ab und erklärte die Angelegenheit für endgültig erledigt.¹⁹

Schweiz als justizieller Sonderfall

Mit der verweigten Amnestie und den teils hohen Gefängnisstrafen bildete die Schweiz unter den demokratischen Ländern eine Ausnahme. Nirgendwo sonst gab es eine systematische Verfolgung von Spanienfreiwilligen, mit Ausnahme der Diktaturen, die die Spanienkämpfer in die Gefängnisse und Konzentrationslager warfen. Jahrzehnte später gelangte eine nationalrätliche Kommission in einem Bericht ans Parlament zu der Einsicht: «Die Verurteilungen der Schweizer Spanienkämpfer stellen [...] einen Sonderfall in Europa dar.»²⁰

Keine andere Demokratie hatte Spanienverbote so früh erlassen, verurteilte Spanienkämpfer so konsequent und sperrte sich danach so hartnäckig gegen ihre Rehabilitation.²¹ Dies macht ein kursorischer Vergleich mit anderen Staaten deutlich. Übrigens waren auch in diesen Ländern Spanienverbote erlassen worden:

- Frankreich erliess am 31. Dezember 1938 eine Amnestie für Spanienfreiwillige, nachdem zuvor in Einzelfällen Gefängnisstrafen verhängt worden waren, darunter auch gegen einige Schweizer. 1996 wurde den Spanienkämpfern durch Entscheid des Staatspräsidenten der Status als Ancien Combattant zugesprochen, der mit bestimmten Renten- und Entschädigungsansprüchen verbunden ist.²²
- Belgien verurteilte lediglich 11 Prozent aller Freiwilligen wegen «administrativer Desertion» zu minimalen Strafen von zwei bis fünfzehn Tagen Militärgefängnis.²³
- In Schweden trat ein Spanienverbot mit Strafen bis zu sechs Monaten am 5. März 1937 in Kraft. Im September 1938 suspendierte die Regierung das Gesetz und befreite alle Rückkehrer, die sich bis Ende Oktober in einer Liste eingetragen hatten, von der Strafverfolgung.²⁴
- Das Spanienverbot von Luxemburg sah als Sanktion Gefängnisstrafen sowie die Aberkennung der Staatsbürgerschaft vor. Für die Rückkehrer im Herbst 1938 wurde es aus Gründen der

Opportunität nicht mehr angewendet. Bei den Verurteilungen lag das Strafmass bei bis zu 14 Tagen Gefängnis. Im Jahr 2003 wurde das Verbotsgesetz von 1937 durch einen Parlamentsbeschluss aufgehoben.²⁵

In den Niederlanden stand auf Dienst in einer fremden Armee die Aberkennung der Staatsbürgerschaft. Rückkehrer aus Spanien wurden entsprechend bestraft. Bis 1969 wurde jedoch den meisten staatenlosen Alt-Spanienkämpfern die Staatsbürgerschaft wieder zuerkannt.²⁶

- Dänemark erliess Ende Oktober 1938 eine Amnestie für die heimkehrenden Spanienfreiwilligen, nachdem zuvor vereinzelt Personen zu geringfügigen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren.²⁷
- Im angelsächsischen Raum (Grossbritannien, Irland, USA und Kanada) wurden die Spanienfreiwilligen von der Justiz praktisch nicht belangt. Es fanden im Gegenteil grosse Kundgebungen bei ihrer Rückkehr statt. In New York veranstalteten die Mitglieder des Abraham Lincoln Battalion unter Polizeiaufsicht eine Parade zum Madison Square.²⁸ In Grossbritannien wurde trotz der Drohung der konservativen Regierung, das Verbot von fremdem Militärdienst aus dem Jahr 1870 anzuwenden, kein Freiwilliger verfolgt. Die Ankommenden wurden am 7. Dezember 1938 auf der Londoner Victoria Station von Tausenden gefeiert und von Abgeordneten der Labour Party und der Gewerkschaften begrüsst.²⁹

Wo liegen die Gründe für den justiziellen Sonderfall Schweiz? Sie sind zunächst einmal sicherlich in der Aussenpolitik zu suchen. Die Schweiz trat dem Nichtinterventionsabkommen aus neutralitätspolitischen Gründen nicht bei. Sie war daher auch nicht an seine Verpflichtungen gebunden. Als die europäischen Staaten ab Februar 1937 Spanienverbote verhängten, war ein solches in der Schweiz

schon seit einem halben Jahr in Kraft.³⁰ Die Teilnahmeverbote wurden je nach politischen Machtverhältnissen unterschiedlich durchgesetzt. Das volksfrontregierte Frankreich handhabte das Verbot aus Verbundenheit mit der Spanischen Republik nur large, während es im katholischen Belgien strenger angewendet wurde. Bei der Rückkehr der Freiwilligen befolgten die meisten Länder eine Empfehlung des Nichtinterventionskomitees sowie des Völkerbunds und sahen von Sanktionen ab, um den Rückfluss der Freiwilligen nicht zu beeinträchtigen.

Die Schweiz musste keiner solchen Empfehlung folgen und tat das Gegenteil. Die Militärjustiz verurteilte jeden Spanienkämpfer, dessen sie habhaft werden konnte. So entstand in der Schweiz eine für eine Demokratie einzigartige Praxis der Strafverfolgung von Spanienkämpfern. Dann dürfte wohl auch der traditionelle schweizerische Militarismus eine Rolle gespielt haben, der die «Schwächung der Wehrkraft» durch fremden Militärdienst als schweres Vergehen betrachtete. Schliesslich kam eine in den Behörden verbreitete anti-kommunistische Haltung zum Zug, die in den Spanienkämpfern ausschliesslich Kommunisten erblickte. In der Tat war es aber in praktisch allen Ländern so, dass die Spanienkämpfer polizeilichen und administrativen Schikanen ausgesetzt waren, da man sie als Gegner der bürgerlichen Ordnung betrachtete.

Der Bundesrat hob die Spanienbeschlüsse erst im Juni 1939 auf, als fast alle der 420 Militärurteile gefällt waren und sich viele ehemalige Kombattanten im zivilen oder militärischen Strafvollzug befanden. Während die offizielle Schweiz die Spanienkämpfer ins Gefängnis schickte, zeigte sie sich gegenüber dem Sieger Franco entgegenkommend. Die Eidgenossenschaft war der erste demokratische Staat nach Irland, der den Generalissimus als Staatshof anerkannte. Am 14. Februar 1939, als der Bürgerkrieg noch im Gang und die Hauptstadt Madrid noch nicht gefallen war, gab der Bundesrat ei-

ne entsprechende Erklärung ab. Für die Linke war dies ein weiterer Beweis für die Servilität des Bundesrates gegenüber den faschistischen Machthabern in Deutschland und Italien. Die KPS sprach von einer Aussenpolitik «à la Motta-Musy» und prangerte damit den notorischen Antikommunismus der Landesführung an.

Verweigerte Anerkennung

Während der fast 40-jährigen Franco-Diktatur gerieten die Spanienfreiwilligen in Vergessenheit – sie waren die Verlierer der Geschichte. 1967 stellte Edgar Bonjour die Spanienpolitik in seiner mehrbändigen Geschichte der schweizerischen Neutralität dar. In der Geschichtsschreibung wurden die Spanienkämpfer also von Antifaschisten zum Problemfall der Neutralität. Bonjour brachte den Spanienfreiwilligen als eigenständigen Akteuren wenig Verständnis entgegen. Der politische Kern ihres Engagements blieb ihm fremd. Indem er die Spanienkämpfer auf der Traditionslinie des helvetischen Söldnertums und der Reisläuferei einordnete, blieb er einer konservativen Optik verhaftet. Mit Sätzen wie «Das alte Söldnerblut regte sich in den Adern manches Eidgenossen» betrieb er eher Geschichtsmythologie als aufklärende Historiografie.³¹

In den 70er-Jahren wurde durch Francos Tod am 20. November 1975 und durch das Aufkommen einer kritischen Geschichtsschreibung eine neue Sicht auf den Spanischen Bürgerkrieg frei. Bereits 1973 erschien Richard Dindos Film *Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg*, der auf einer Forschungsarbeit von Kurt Gasser beruhte, und 1976 publizierte Helmut Zschokke sein Buch *Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg*.³² Beide richteten das Augenmerk auf die vergessenen Spanienkämpfer und ihre ungerechte Behandlung durch Staat und Gesellschaft.

Darauf folgten auch neue Vorstösse auf parlamentarischer Ebene: Der sozialdemokratische Nationalrat Didier Wyler reichte 1978

ein Postulat ein, der Tessiner SP-Nationalrat Dario Robbiani doppelte 1982 mit einer Einfachen Anfrage nach. Beide verlangten eine Rehabilitation der Spanienkämpfer. Bundesrat und Parlament lehnten die Vorstösse jedoch ab, weil eine Rehabilitation aus formalgesetzlichen Gründen nicht möglich sei. Inhaltlich mochte niemand Stellung nehmen.³³

Im Juni 1986 setzte Bundesrat Otto Stich und damit erstmals ein Vertreter der Landesbehörde ein positives Signal. In einem Grusswort anlässlich einer Gedenkfeier für die Schweizer Spanienkämpfer in Zürich hielt der sozialdemokratische Magistrat fest: «Die Geschichte hat Euch recht gegeben, und wir sind stolz darauf, dass Ihr zu uns, zur Arbeiterbewegung gehört.»³⁴

Stichs mutige Stellungnahme bedeutete einen Bruch in der bisherigen Politik des Bundesrats. Sie war ein erster Schritt hin zur moralischen Anerkennung, auch wenn sie nicht im Namen des Bundesrates, sondern nur im Namen Stichs erfolgte. Damit wurden lange Jahre des Schweigens und der Blockierung überwunden. Eine volle Würdigung, geschweige denn eine Rehabilitation, stand aber weiterhin aus. 1989 reichte Nationalrat Paul Günter (LdU) eine Motion ein, die 1991 ohne Folgen abgeschrieben wurde. Der Bundesrat verharrte in seiner Stellungnahme auf einem formalistischen Standpunkt: Fremder Militärdienst stehe auch heute noch unter Strafe, und eine Amnestie könne die präventive Wirkung dieses Verbots beeinträchtigen.³⁵

Dieser Einwand ist vor der zunehmenden Armeekritik jener Zeit zu sehen. Ihren Höhepunkt fand diese heftige Auseinandersetzung in der Abstimmung über die Armeeabschaffungsinitiative im Jahr 1989. Immerhin anerkannte der Bundesrat, dass «die überwiegende Mehrheit der Spanienkämpfer aus achtenswerten Beweggründen gehandelt» habe. Obwohl der Bundesrat nicht allen Spanienkämpfern solche Gründe zubilligen wollte, äusserte er sich damit zum ersten Mal positiv zum Engagement der Spanienfreiwilligen.

Zum Jubiläum «700 Jahre Eidgenossenschaft» reichte der Tessiner FDP-Nationalrat Massimo Pini ein Postulat ein, mit dem er den Spanienfreiwilligen im Sinne eines Jubiläumsgeschenks «offiziell die moralische und bürgerliche Würde zurückgeben» wollte.³⁶ Der Bundesrat blockte weiter ab: Es lägen keine neuen Fakten vor, die eine Änderung der bisherigen Haltung rechtfertigen würden. Das Parlament zeigte sich grosszügiger und überwies Pinis Postulat. Damit wäre der Weg für einen weiteren Rehabilitierungsschritt frei gewesen, doch fiel das Geschäft aus Termingründen aus der Agenda.

Bundesrätin Ruth Dreifuss und der Revisionsprozess Paul Grüninger brachten schliesslich Bewegung in die Angelegenheit. Die SP-Bundesrätin setzte am 23. April 1994 in einer Rede an der Ausstellung «Hommage an die Schweizer Spanienkämpfer» im Zürcher Stadthaus einen symbolischen Markstein. Sie sprach von einer verweigerten Amnestie, bedauerte diese Tatsache und fügte bei: «Für mich besteht [...] kein Zweifel, dass Sie und Ihr historisch notwendiges Engagement heute politisch und moralisch vollständig rehabilitiert sind.»³⁷

Dies waren ungewohnte Töne aus dem Mund eines Bundesratsmitglieds und sollten es bis heute bleiben. Bundesrätin Dreifuss doppelte wenig später in einem Geleitwort für Hans Hutters Erinnerungsbuch *Spanien im Herzen* nach. Darin hielt sie fest: «Die Opfer der freiwilligen Kämpfer galten den höchsten Werten unseres Landes: der Freiheit und der Demokratie. Sie haben ihr Leben riskiert. Wir dürfen den mutigen Einsatz für die Demokratie der Spanischen Republik und gegen die faschistische Diktatur nicht vergessen. Der Einsatz bleibt beispielhaft. Lernen wir aus der Geschichte. Lernen wir aus diesem Buch über jene Zeit für das Heute und die Zukunft.»³⁸

1996 hob das St. Galler Bezirksgericht dank dem Einsatz des Vereins Gerechtigkeit für Paul Grüninger und den Recherchen des Autors Stefan Keller das Urteil von 1942 gegen den Polizeihaupt-

mann und Judenretter auf. Dieses Urteil machte die immer wieder vorgebrachten formaljuristischen Einwände gegen eine Rehabilitation gegenstandslos. Es zeigte auf, dass frühere Strafurteile, die zwar rechtsstaatlich korrekt zustande gekommen waren, aber in der Gegenwart als falsch und ungerecht bewertet werden, durchaus korrigiert werden können – sofern dazu der politische Wille besteht.

Ebenfalls 1996 verlieh die spanische Regierung allen ausländischen Brigadisten die Ehrenbürgerschaft Spaniens. Der international beachtete Akt wurde von allen Parteien im spanischen Parlament unterstützt, selbst von der Rechten. Auch Schweizer Ehemalige fuhrten nach Madrid.³⁹ Dies gab dem Genfer Nationalrat Christian Grobet den Anstoss, mit einer einfachen Anfrage den Bundesrat zu einer offiziellen Anerkennungserklärung aufzufordern. Der Bundesrat bestätigte in seiner Antwort vom 22. Mai 1996 die ehrenwerten Beweggründe der Spanienkämpfer und sprach ihnen den offiziellen Dank der Regierung aus. Doch eine formell-rechtliche Amnestie lehnte er weiterhin ab.⁴⁰ Und er blieb auch dabei, als 1999 eine vom Genfer SP-Nationalrat Jean-Nils de Dardel initiierte Motion der Rechtskommission zustande kam.

Dabei überraschte der Bundesrat mit dem Argument, dass eine juristische Rehabilitation bereits stattgefunden habe, da die Spanienfreiwilligen heute in allen Ehren und Rechten stünden und ihre Strafen im Strafregister längst gelöscht worden seien.⁴¹ Das Parlament folgte diesem verkürzten Rehabilitierungsbegriff und lehnte die Motion der Rechtskommission im März 2000 ab. Bei der Behandlung des Geschäfts gab keiner der Gegner ein Votum ab. Das war schon 1979 bei der Behandlung des Postulats Wyler so gewesen. Die Strategie des Schweigens verunmöglichte eine Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit. Im Jahr 2000 nahmen die Räte schliesslich eine Petition zur Kenntnis, die von der Genfer Association de soutien aux

combattants suisses des Brigades internationales en Espagne mit 405 Unterschriften eingereicht worden war. Sie verlangte analog zum Fall Grüninger eine Aufhebung der Strafurteile. Der Petition wurde unter Hinweis auf die abgelehnte Motion der Rechtskommission keine Folge geleistet.⁴² Den bislang letzten abgeschlossenen Versuch zur Aufhebung der Strafurteile unternahm der St. Galler SP-Nationalrat Paul Rechsteiner im Dezember 1999 mit einer parlamentarischen Initiative. Er forderte die Aufhebung sämtlicher Urteile gegen Fluchthelfer, Spanienfreiwillige und Kämpfer in der französischen Résistance.⁴³ Dieser Vorstoss wurde aufgrund der Erkenntnisse der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg eingereicht und führte dazu, dass im Dezember 2003 die zivilen Fluchthelfer rehabilitiert wurden, nicht aber die Spanienkämpfer und Résistanceteilnehmer. Die diskriminierende Ausklammerung des antifaschistischen Widerstands in Spanien und Frankreich wurde damit begründet, dass Artikel 94 des Militärstrafgesetzes immer noch gültig sei und daher eine «besondere Rechtslage» bestehe.⁴⁴ Das Bundesgesetz über die Aufhebung von Strafurteilen gegen Flüchtlingshelfer zur Zeit des Nationalsozialismus ist seit 2004 in Kraft. Zahlreiche Urteile wurden auf Antrag hin bereits aufgehoben.

Antikommunistische Kontinuitäten

Dass sich das Parlament nicht zu einer positiven Haltung durchringen konnte, war umso erstaunlicher, als die nationalrätliche Kommission für Rechtsfragen Fachhistoriker anhörte, unter anderen Nic Ulmi, Mitverfasser der grundlegenden Nationalfonds-Studie über das Spanienvolontariat.⁴⁵ Diese Untersuchung lieferte jene neuen Fakten, die der Bundesrat bisher für eine Neuurteilung vermisst hatte. Statt sich von alten Feindbildern und überholten Einstellungen zu lösen, blockierten antikommunistische Kontinuitäten den geschichtspolitischen Fortschritt.

Die nationalrätliche Debatte vom 14. Dezember 2000 zeigt die Zählebigkeit gewisser Klischees, an denen die Rechte seit Jahrzehnten festhält. So meinte ein Nationalrat, dass «das Schwergewicht der Schweizer in den Internationalen Brigaden von der damals sehr starken Ideologie des Kommunismus geprägt» gewesen sei. Bei der Forderung nach Rehabilitation handle es sich um eine «alte klassenkämpferische Zielsetzung».⁴⁶ In einem anderen Votum war von «Rotfront-Kämpfern» und «roten Brigaden» sowie von einem Krieg die Rede, in dem Nonnen vergewaltigt worden seien.⁴⁷ Diese Terminologie stammt ursprünglich von der Gestapo und der nationalsozialistischen Justiz. Diese sprach von «Rotspaniern» und «Rotspanienkämpfern», urteilte sie wegen Vorbereitung zum Hochverrat ab und steckte sie in Konzentrationslager.⁴⁸ Der Gebrauch solcher Termini macht deutlich, wie lebendig das Erbe des Antikommunismus in der aktuellen politischen Kultur ist und wie seine Begriffe und Bilder unreflektiert weiterverwendet werden.

Seit über 70 Jahren wird eine Amnestie respektive die volle Rehabilitation der Spanienfreiwilligen gefordert, aber sie wurde nur teilweise realisiert beziehungsweise mit wechselnden Argumenten abgeblockt. Dies ist die derzeitige Bilanz zum Thema. Gibt es ein Anliegen, das länger auf seine geschichtliche Anerkennung wartet als die Rehabilitation der Spanienfreiwilligen? Auch die unbelastete Nachfolgeneration erreichte bisher keinen Durchbruch. Im Parlament gab es bisher elf Wiedergutmachungsbemühungen: Motion Bodenmann 1937, Interpellation Nicole 1938, Postulat Huber 1938, Kleine Anfrage Nicole 1939, Postulat Wyler 1978, Einfache Anfrage Robbiani 1982, Motion Günter 1989, Postulat Pini 1991, Einfache Anfrage Grobet 1996, Motion de Dardel/Rechtskommission 1999, Parlamentarische Initiative Rechsteiner 1999.

Zu erwähnen sind weiter die Petition der Association de soutien aux combattants des Brigades internationales en Espagne im Jahr

2000 sowie die persönlichen Anerkennungserklärungen von Bundesrat Otto Stich 1986 und Bundesrätin Ruth Dreifuss 1994. Ein jüngster Vorstoss, die von Paul Rechsteiner im Dezember 2006 eingereichte parlamentarische Initiative zur Aufhebung der Strafurteile gegen die Spanienfreiwilligen, ist noch hängig und könnte möglicherweise einen Sinneswandel einleiten.

Es fällt auf, dass die Anstösse zur Rehabilitierung hauptsächlich von der lateinischen Schweiz ausgingen. Dort scheint die antifaschistische Erinnerungskultur lebendiger und unverkrampfter zu sein als in der Deutschschweiz. Im Tessin und in der Westschweiz haben offizielle Würdigungsakte stattgefunden. So weihte die Stadt Genf im Juni 2000 im Plainpalais-Quartier eine Skulptur des spanischen Künstlers Manuel Torres als Andenken an die schweizerischen Brigadisten ein. Man brachte damit die Enttäuschung über die fehlgeschlagene Rehabilitierung auf Bundesebene zum Ausdruck. Und in La Chaux-de-Fonds wurde im Juni 2003 die Place de Stand in Place des Brigades internationales umgetauft, um dem Vergessen entgegenzuwirken.⁴⁹

Der Bundesrat spielt in dieser Geschichte eine Rolle als Täter im historischen Sinne. Mit seinen Spanienbeschlüssen gab er 1936 den Anstoss zur Verfolgung der Spanienkämpfer durch Bundesanwaltschaft und Militärjustiz. Bis heute ist es ihm nicht gelungen, aus dieser Rolle herauszutreten und ein freies und kritisches Verhältnis zu seinem damaligen Handeln zu entwickeln. Rückblickend wirkt es so, als ob er nur unter Druck und nicht aus eigener Überzeugung zu den Anerkennungserklärungen fand. Offenbar hat noch kein durchgreifender Wandel im Geschichtsverständnis der Landesbehörde stattgefunden. Immer noch harrt die antifaschistische Bewegung einer offiziellen Würdigung, die diesen Namen verdient.

Parallelen zu anderen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre drängen sich auf: Bei der Revision des mythenbefrachteten Geschichtsbilds des Zweiten Weltkriegs spielte der

Bundesrat keine überzeugende Rolle. Auch hier reagierte er eher unter öffentlichem Druck als aus innerer Entschlossenheit. Das Wort von der «verweigerter Erinnerung», das in der Debatte um die nachrichtenlosen Vermögen geprägt wurde, charakterisiert eine solche gedächtnispolitische Haltung.⁵⁰ Sie zeigt sich auch in der jüngsten Debatte um das Verhältnis Schweiz-Südafrika, wo sich die bundesrätliche Politik eher durch Sperren und Schweigen als durch den Willen zu Transparenz und Aufklärung auszeichnet.⁵¹

Die verweigerter Rehabilitation der Spanienkämpfer reiht sich in ähnliche Fälle von Paul Grüninger bis Joseph Spring ein.⁵² Auch hier stiessen die Versuche auf hartnäckigen Widerstand seitens der offiziellen Politik, die sich gegen eine Neudeutung der Vergangenheit stemmte. In diesen Fällen fürchtete man auch materielle Forderungen zur Wiedergutmachung. Bei den Spanienkämpfern geht es hingegen nicht um materielle Ansprüche, sondern um eine symbolisch-politische Anerkennung. Keiner der Freiwilligen hat je materielle Forderungen gestellt. Sie wollen ganz einfach als Kämpfer gegen den Faschismus offiziell anerkannt werden.

Es geht somit um die Anerkennung der antifaschistischen Bewegung der 30er-Jahre, zu der die Spanienfreiwilligen gehören. Dass es einen helvetischen Antifaschismus gab, dass sich seine Kritik am Faschismus als historisch richtig erwiesen hat, dass diese Kritik nur unter Inkaufnahme von Gesetzesbruch und Strafverfolgung artikuliert und umgesetzt werden konnte – das ist die historische Korrektur, die die Schweizer Politik in ihrer Erinnerungskultur noch vorzunehmen hat.

Das Beispiel Luxemburg

Luxemburg ist das Beispiel eines Staates, der seine Spanienfreiwilligen erst spät rehabilitiert hat. Am 16. Juli 2003 hob das Parla-

ment des Grossherzogtums ein Gesetz vom 10. April 1937 auf, das die strafrechtliche Verfolgung der 102 Spanienkämpfer ermöglichte.⁵³ Das luxemburgische Teilnahmeverbot lässt sich mit den Schweizer Neutralitätsbeschlüssen vergleichen. Es berief sich ebenfalls auf die Wahrung der Neutralität und sah ähnliche Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten vor. Die Akten der aufgrund dieses Gesetzes verfolgten Spanienkämpfer waren später den deutschen Besatzern in die Hände geraten und hatten dazu geführt, dass nicht wenige Betroffene in Konzentrationslager gebracht wurden.

Das Aufhebungsgesetz von 2003 wurde im Parlament einstimmig angenommen. Eine Konferenz interessierter Historiker hatte 1996 den Anstoss zu einer öffentlichen Debatte und zur historischen Erforschung der Spanienbewegung gegeben. Damit wurde der Weg für eine Rehabilitierung frei. Die Abschaffung des Verbots sollte die immer noch als Delinquenten dastehenden Spanienfreiwilligen freisprechen und sie als Widerstandskämpfer der ersten Stunde anerkennen.

In der Debatte wurde betont, dass die Freiwilligen «durch ihren Kampf für die Freiheit Mut und Weitsicht an den Tag gelegt und die Gefahren des Faschismus schon vor dem Zweiten Weltkrieg erkannt» hätten.⁵⁴ Die Aufhebung des Gesetzes bedeutete eine symbolische und moralische Rehabilitierung. Das Parlament ging allerdings nicht so weit, die Spanienkämpfer mit den luxemburgischen Widerstandskämpfern des Zweiten Weltkriegs gleichzusetzen und ihnen damit auch volle materielle Rehabilitierung zukommen zu lassen.

Am 18. Oktober 2003 gab Ministerpräsident Jean-Claude Juncker vor dem Denkmal «No pasarán!» in Dudelange eine Ehrenklärung ab: «Man muss, auch wenn das wertvoll war, Widerstand nicht nur als das begreifen, was auf dem eigenen Territorium geschah. Man muss auch als Widerstand begreifen, im richtigen Mo-

ment Nein sagen zu können. Freie Menschen sind Menschen, die Nein sagen können. Und die Spanienkämpfer haben Nein gesagt, in einem Moment, wo andere noch geträumt oder nicht aufgepasst haben.»⁵⁵

Abschied vom Sonderfall der Ungerechtigkeit

Eine Aufhebung der Militärgerichtsurteile würde von den wenigen noch lebenden Spanienkämpfern in der Schweiz als Geste der Achtung und Würdigung ihres politischen Einsatzes empfunden. Der Spanienkämpfer Hans Hutter schrieb 2000 in einem Brief: «Von den etwa 700 Freiwilligen leben heute noch gegen 20, alles hochbetagte Veteranen mit Wunden verschiedenster Herkunft an Körper und Seele. Kein einziger stellt Ansprüche, aber für jeden von uns wäre es noch das Allerschönste auf der Welt, die wir in Bälde verlassen werden, wenn der Bund schlicht und einfach erklärt, dass man sich damals getäuscht hat. Wir wissen, dass die heutigen Regierungseliten überhaupt nichts damit zu tun haben. Eine Entschuldigung oder ein schlichtes Danke, nicht mehr und nicht weniger wäre uns Rehabilitation genug und würde uns den Grossmut zeigen, zu dem jede Demokratie fähig sein muss.»⁵⁶

Die wenigen noch lebenden Spanienkämpfer sind weit über 90 Jahre alt. Am 9. Dezember 2006 ist auch Hans Hutter gestorben. Er war 93 Jahre alt. Den Hochbetagten fehlt die Kraft, aber auch der Wille, die volle Anerkennung ihrer politischen Leistung durchzusetzen. Bald wird keiner von ihnen mehr am Leben sein, und die Zeugen jener Zeit sind verschwunden. Der 2002 verstorbene Präsident der Interessengemeinschaft ehemaliger Schweizerischer Spanienkämpfer, Paul Tross, hatte 1994 noch trotzig zu Protokoll gegeben: «Wenn diese Herren es bis jetzt nicht geschafft haben, können sie es auch sein lassen.»⁵⁷

Wie Tross war auch Walter Wagner pessimistisch. Es hätte ihn zwar gefreut, die Aufhebung seines Militärurteils und damit eine offizielle Geste der Entschuldigung entgegennehmen zu können.

Doch er war persönlich nicht mehr darauf angewiesen: «Die Geschichte hat uns recht gegeben. Wenn jemand anderer Ansicht ist, dann ist das nicht meine Sache.»⁵⁸

Subjektive Empfindungen können freilich nicht der Massstab für die Geschichtspolitik eines Landes sein. Wenn es um historische Wahrheit, Verantwortung für die Vergangenheit und nicht zuletzt um Wiedergutmachung und Versöhnung geht, sind überindividuelle, kollektive Gesichtspunkte massgebend. Aus heutiger Sicht erscheint es unverständlich, dass nach einem Dreivierteljahrhundert der zivile Widerstand von Fluchthelfern in den Grenzgebieten zwar anerkannt ist, antifaschistische Gruppen aber weiterhin ausgegrenzt bleiben. Dies obwohl die Geschichtsforschung Klarheit über die Beweggründe jener Menschen gebracht hat, die gegen Nationalsozialismus, Faschismus und Diktatur kämpften – egal ob parteigebunden oder dem eigenen Gewissen folgend.

Die Militärurteile gegen die Spanienkämpfer sind aus heutiger Optik eine genauso «schwerwiegende Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens» wie die Urteile gegen die zivilen Fluchthelfer. Ein Modell der Wiedergutmachung durch ein Gesetz, das eine Urteilsaufhebung bei individueller Fallprüfung regelt, steht zur Verfügung und ist in der Praxis erprobt. Es ist an der Zeit, dass die Schweiz Gerechtigkeit schafft, wo vorher bloss Recht war. Es ist an der Zeit, dass sie die antifaschistische Bewegung von der Kriminalisierung befreit, sie rehabilitiert und ins kollektive Gedächtnis aufnimmt. Es heisst Abschied zu nehmen von einem europäischen Sonderfall der Ungerechtigkeit, der die historische Reputation der Schweizer Demokratie bis heute belastet.

Anmerkungen

1 Eine proletarische Jugend

- 1 *Erinnerungen an meine Jugendzeit Moskau-Spanien*, unpubliziertes Manuskript in zwei Teilen, erstellt ca. 1990/91. Im Folgenden: *Erinnerungen 1*, S. 2.
- 2 *Ostschweizer Arbeiterzeitung*, 21. November 1906.
- 3 Ebd.
- 4 *Der Volksfreund*, 16. November 1916.
- 5 *Erinnerungen i*, S. 2.
- 6 Gruner et al., *Arbeiterschaft und Wirtschaft 1880-1918*, Zürich 1988, Bd. 2/1, S. 473.
- 7 *Erinnerungen 1*, S. 2.
- 8 Ebd., S. 3.
- 9 Ebd., S. 4.
- 10 Kälin, *Leben heisst kämpfen. Bilder zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterjugend Zürich 1928-1940*, Zürich 2001.
- 11 *Erinnerungen 1*, S. 4.

2 Wagner wird Kommunist

- 1 *Sankt-Galler Geschichte 2004*, Bd. 7, *Die Zeit des Kantons 1914-1945*, St. Gallen 2003, S. 31.
- 2 Amtsberichte des St. Galler Regierungsrates 1932, S. 162, und 1934, S. 72f.
- 3 Ritzmann-Blickenstorfer (Hg.), *Historische Statistik der Schweiz*, Zürich 1996, S. 424 f.
- 4 *Erinnerungen 1*, S. 4.
- 5 Ebd., S. 4.
- 6 Ebd., S. 5.
- 7 *Der Kämpfer*, n.Juni 1932.
- 8 *Erinnerungen 1*, S. 6.
- 9 Dossier Silberroth BAR E 43 20 (B) 1975/40 Bd. 75, C. 8.790.
- 10 *Schweizerisches Historisches Lexikon*, www.dhs.ch, Eintrag Gaudenz Canova von Jürg Simonett.

- 11 *Erinnerungen i*, S. 6.
- 12 Ebd., S. 5.
- 13 Glaeser/Weiskopf/Kurella, *Der Staat ohne Arbeitslose*, Moskau 1931.
- 14 StadtASG, Dossier Kommunisten 6/3/423 XII.
- 15 Heinz Egger, *Die Entstehung der Kommunistischen Partei der Schweiz*, Zürich 1952.
- 16 SP des Kantons St. Gallen (Hg.), *100 Jahre SP Kanton St. Gallen*, St. Gallen 2005, S. 17.
- 17 Huber, ‚*Bolschewismus oder Sozialismus*‘, Verlag Volksstimme, St. Gallen o. J.
- 18 Ebd., S. 8.
- 19 Stettler, *Die Kommunistische Partei der Schweiz 1921-1931*, Bern 1980, S. 521.
- 20 Gemeinde-Protokoll 11918-1921, StASG 5/7 1. Hiestand war der erste Kommunist, der in den St. Galler Grossen Rat gewählt wurde, und nicht Hans Thoma, wie Brigitte Studer schreibt. Vgl. Studer, *Un parti sous influence. Le Parti communiste suisse, une section du Komintern 1931-1939*, Lausanne 1994, S. 511.
- 21 *Der Kämpfer*, 7. April 1921.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd., S. 83.
- 24 Brief von Walter Frei an die KPS vom 17. Januar 1929, BAR E 4 3 20 (B) 1975/40 Bd. 8.
- 25 Rundschreiben von Ende August 1929, ebd.
- 26 Undatierte Resolution, ca.1931, SGBA Ar. 102 Bd. 5/53.
- 27 Ebd.
- 28 SGBA Ar. 102 Bd. 5/83.
- 29 SGBA Ar. 102 Bd. 5/54.
- 30 SGBA Ar. 102 Bd. 5/82.
- 31 SGBA Ar. 102 Bd. 5/54.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 SGBA Ar. 102 Bd. 5/93.
- 35 Studer (Hg.), *Sous Vœil de Moscou. Le parti communiste suisse et l'Internationale 1931-1943*, Zürich 1996, S. 83.
- 36 Ebd., S. 116.
- 37 StadtASG, Dossier Kommunisten 6/3/423 XII.
- 38 Walter Frei wird in der einwohneramtlichen Schreibweise als Walter Frey geführt (vgl. Einwohneramt der Stadt St. Gallen), ansonsten in amtlichen Dokumenten und Protokollen jedoch als Walter Frei. Es wird daher diese Schreibweise beibehalten.
- 39 Interview mit Walter Wagner vom 4. Juni 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.

- 40 *Die Ostschweiz*, 23. März 1933.
- 41 *Erinnerungen* 1, S. 5.
- 42 Interview mit Walter Wagner vom 14. Dezember 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 43 StadtASG, Protokoll Stadtrat Nr. 2443, 9. November 1936.
- 44 Vgl. StASG A116/100; Urteil Bezirksgericht St. Gallen vom 16. September 1943; Studer, *Un parti sous influence*, S. 645; Einwohneramt der Stadt St. Gallen.
- 45 Dossier Hans Thoma, BAR E5330 I 1933/181. Zu Thomas Biografie vgl. auch »Freiwillig in den Krieg«, *St. Galler Tagblatt*, 20. Juli 2006.
- 46 Privatnachlass Willy Thoma.
- 47 Unpubliziertes Manuskript, Privatnachlass Familie Thoma.
- 48 Aussage in der militärgerichtlichen Einvernahme vom 23. Juni 1933, BAR E5330 I 1933/181; vgl. auch die biografische Skizze in der Broschüre *Schweizer Freiwillige in Spanien*, redigiert von Max Wullschleger, Basel o. J. (1939).
- 49 Tagebuch Willy Thoma, Eintrag vom 15. Mai 1995, im Besitz der Familie.
- 50 *Die Ostschweiz*, 24. März 1933.
- 51 *Die Ostschweiz*, 25. März 1933.
- 52 Aussage von Thoma in der militärgerichtlichen Einvernahme vom 23. Juni 1933, BAR E5330 I 1933/181.
- 53 *Der Kämpfer*, 19. Mai 1932. Die Berichte aus der *Ostschweiz* waren jeweils mit »Arbeiter-Korr.« anonymisiert, später auch mit Kürzeln wie »-g-«. Es darf als sicher angenommen werden, dass Walter Wagner, Hans Thoma und Walter Frei zu den regelmäßigen Verfassern dieser Berichte zählten, wobei das Kürzel »-g-« Wagner zuzuordnen ist.
- 54 *Erinnerungen* 1, S. 5.
- 55 Ebd.
- 56 StadtASG, Protokolle Stadtrat Nr. 3143, 12. Februar 1932, und Nr. 3195, 24. Februar 1932.
- 57 StadtASG, Protokoll Stadtrat Nr. 3195, 24. Februar 1932.
- 58 Kaderakte Wagner, Fragebogen No. 13/25, RGASPI 545-6-1502.
- 59 Zu diesen Arbeitskämpfen vgl. auch: Wandeler, *Die KPS und die Wirtschaftskämpfe 1930-1933*, Zürich 1978.
- 60 »Die St. Galler SP-Stadträte stimmen für Streikpostenverbot«, *Der Kämpfer*, 16. Juli 1932.
- 61 *Volksstimme*, 30. Juli 1932, *Der Kämpfer*, 1. August 1932.
- 62 StadtASG, Protokolle Stadtrat Nr. 4068, 29. Juli 1932, und Nr. 4077, 2. August 1932.
- 63 StadtASG, Dossier Kommunisten 6/3/423 XII.
- 64 RGASPI 545-6-1502.
- 65 *Der Kämpfer*, 8. August 1932.
- 66 *Der Kämpfer*, 8. Oktober 1932.

- 67 StadtASG, Dossier Kommunisten 6/3/423 XII.
- 68 Dossier Hans Thoma, BAR E5330 1 181/1933.
- 69 Ebd.
- 70 Interview mit Niklaus Wagner jr. vom 11. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 71 Urteil Bezirksgericht St. Gallen vom 5./9. Dezember 1933, Dossier Hans Thoma, BAR E5330 1 1933/181.
- 72 Dossier Hans Thoma, BAR E5330 1 1933/181.
- 73 Ebd.
- 74 Interview mit Walter Wagner vom 14. Dezember 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 75 Interview mit Walter Wagner vom 4. Juni 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 76 Zeugenaussage von Armin Egli vom 1. September 1933, Dossier Hans Thoma, BAR E5330 1 1933/181.
- 77 Rapport über die Vertrauensmännerversammlung der KP vom 27. April 1933 in Rorschach sowie Schreiben des Militärdepartements des Kantons St. Gallen vom n.Mai 1933 an das EMD, Dossier Hans Thoma, BAR E5330 1 1933/181. Zeugenaussage Egli vom 1.September 1933, ebd.
- 78 Ebd.
- 79 Schreiben des St. Galler Militärdepartements vom 11. Mai 1933, ebd.
- 80 Ebd.
- 81 «Der Fall Thoma », *Neue Zürcher Zeitung*, 18. Oktober 1934.
- 82 Motion Graf betr. Abänderung von Art. 21 des Grossratsreglements (Ordnungsruf), Protokoll der Novembersession 1933 des Grossen Rates, S. 13.
- 83 Motion Wechsler betr. Nichtanerkennung der Kommunistischen Partei und deren Vertreter (17 Mitunterzeichner), Protokoll der Maisession 1933 des Grossen Rates, S. 17.
- 84 Protokoll der Novembersession 1936 des Grossen Rates, S. 3.
- 85 Z.B. Grossratsprotokoll der Novembersession 1933, S. 14, wo Thoma lediglich als Antragsteller ohne jegliche Begründung erscheint, oder Protokoll der ausserordentlichen Julisession 1934, S. 7, wo zwar festgehalten wird, dass verschiedene Votanten den Ausführungen des kommunistischen Ratsmitglieds entgegengetreten sind, aber weder Thoma noch sein Votum erwähnt werden.

3 In Stalins Moskau

- 1 *Erinnerungen I*, S. 6.
- 2 Interview mit Walter Wagner vom 14. Dezember 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 3 *Erinnerungen I*, S. 6.
- 4 Dossier Walter Frei, BAR E 43 20 (B) 1975/40 Bd. 8.

- 5 Köstenberger, *Die Internationale Leninschule*, Referat gehalten an der Internationalen wissenschaftlichen Konferenz (28.–30. April 2004) »Die Kommunistische Internationale – Personen, Apparate und Strukturen«, Universität Hannover, Tagungsband in Vorbereitung.
- 6 Interview mit Walter Wagner vom 4. Juni 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 7 Ebd.
- 8 Vgl. Studer, *Un parti sous influence*, S. 635. Studer schreibt, dass Diacon wahrscheinlich 1934 zum Studium an der Leninschule abgereist sei. Nach Wagners Darstellung kann dieser Zeitpunkt auf Oktober/November 1933 festgesetzt werden.
- 9 *Erinnerungen 1*, S. 6.
- 10 Huber, *Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern*, Zürich 1994, S. 28 f. und S. 267 f.
- 11 Diese Hinweise verdanke ich Julia Köstenberger, Wien, die an einer Dissertation *Die Geschichte der Internationalen Leninschule 1926–1938. Unter besonderer Berücksichtigung des österreichischen und deutschen Sektors* arbeitet. Zu den Passfälschungen vgl. auch Grundmann, »Richard Großkopf und die kommunistische Passfälscherorganisation«, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz der Arbeiterbewegung*, 40. Jg., Dezember 2004, Heft 4, S. 431. Zur Betreuung von Leninschülern bei der Ankunft in Moskau vgl. Mayenburg, *Hotel Lux*, München 1978, S. 38.
- 12 Zum aktuellen Forschungsstand vgl. Michael Buckmiller, Klaus Meschkat (Hg.), *Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale*, Akademie Verlag Berlin, im Erscheinen.
- 13 Für die Absolventen der Leninschule waren sowohl die Bezeichnung Schülerinnen/Schüler als auch Studentinnen/Studenten gebräuchlich.
- 14 Vgl. die Liste der Schweizer Schülerinnen und Schüler von ILS und KUNMZ in: Pennetier et al., *Komintern: L'histoire et les hommes. Dictionnaire biographique de l'Internationale communiste*, Paris 2001, S. 597.
- 15 Gemäß Informationen von Julia Köstenberger, Wien, aufgrund von internen Verzeichnissen der ILS. Eine Abgleichung dieser Namen, die wegen der kyrillischen Transliteration teils unklar sind, mit dem biografischen Verzeichnis von Führungsmitgliedern der KPS in: Pennetier et al., *Komintern: L'histoire et les hommes*, S. 597 f., ergibt folgende Personen (in Klammern Aufenthalt an der ILS): Robert-Albert Longchamps (7. Oktober 1931 bis 27. September 1932), Walter Hauser (September 1930 bis 30. Juni 1931) und Hans Mathys (21. August 1931 bis 2. Juli 1932).
- 16 RGASPI 495-274-239 Bl. 6 und 7.
- 17 *Erinnerungen 1*, S. 7.
- 18 An der Westuniversität studierten ebenfalls Schweizerinnen und Schweizer. Es waren dies Franz Dübi, Bernhard Ensner, Hermann Erb, Emilie Hafner-Schäfer, Emil Hediger, Ernst Illi, Jakob Jäggin, Robert Krebs, Paul Rüegg, Fritz Steinmann, Paul Thalmann, Albert/Alfred Widmer und Max Wullschleger. Ich danke Julia Köstenberger für die Zurverfügungstellung dieser Namen.

- 19 Köstenberger, *Die Internationale Leninschule*, an der Internationalen wissenschaftlichen Tagung «Die Kommunistische Internationale – Personen, Apparate und Strukturen» vom 28.-30. April 2004 in Hannover. Ich danke für das Manuskript.
- 20 Es ist nicht ganz klar, ob Werner oder Paul als Vorname galt, wahrscheinlich eher Paul. Vgl. RGASPI495-274-239 Bl. 4, 5 und 6.
- 21 Gespräch mit Walter Wagner vom 24. September 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 22 Wullschlegler, *Vom Revoluzzer zum Regierungsrat. Zeuge einer belegten Zeit*, Basel 1989, S. 29.
- 23 *Erinnerungen I*, S. 7.
- 24 McLoughlin, «Stalinistische Rituale von Kritik und Selbstkritik in der Internationalen Leninschule», Moskau 1926-1937, S. 3, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung*, Berlin 2003.
- 25 Müller, *Herbert Wehner Moskau 1937*, Hamburg 2004, S. 181.
- 26 Köstenberger, *Die Internationale Leninschule*, vgl. Anm. 5.
- 27 Interview mit Walter Wagner vom 4. Juni 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 28 Vgl. Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004, S. 153, sowie Müller, *Herbert Wehner Moskau 1937*, S. 225. Die beiden Quellen differieren in Dettners Geburtsjahr, das im *Biographischen Handbuch* mit 1898 und bei Müller mit 1905 angegeben ist.
- 29 RGASPI 531-1-150 Bl. 28.
- 30 Diesen Hinweis verdanke ich Julia Köstenberger.
- 31 RGASPI 531-1-150 Bl. 28; Parvus wird hier nicht mit dem Vornamen Richard, sondern mit Willy bezeichnet. Auch wird sein richtiger Nachname nicht mit Glatzer, sondern mit Glaza aufgeführt. Kaderakte Glatzer in RGASPI 49 5-20 5-6619. Ich danke Julia Köstenberger und Peter Huber, Genf, für die Hinweise.
- 32 Ebd., S. 14.
- 33 *Erinnerungen I*, S. 6.
- 34 Ebd.
- 35 Interview mit Walter Wagner vom 2. 2. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 36 Studer/Unfried, *Der stalinistische Parteikader. Identitätsstiftende Praktiken und Diskurse in der Sowjetunion der dreissiger Jahre*, Köln 2001, S. 10.
- 37 Ebd.
- 38 RGASPI 531-1-149 Bl. 22.
- 39 RGASPI 495-274-239.
- 40 *Erinnerungen I*, S. 10.
- 41 Fitzpatrick, *Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s*, New York 1999, S. 21.

- 42 Maeder/Lohm (Hg.), *Utopie und Terror. Josef Stalin und seine Zeit*, Zürich 2003, S. 104.
- 43 *Erinnerungen* 1, S. 10.
- 44 *Erinnerungen* 1, S. 10.
- 45 Fitzpatrick, *Everyday Stalinism*, S. 138.
- 46 *Erinnerungen* 1, S. 10.
- 47 Goehrke, *Russischer Alltag. Sowjetische Moderne im Umbruch*, Zürich 2005, S. 265 f.
- 48 Ebd.
- 49 Ebd., S. 269.
- 50 St. Galler Einwohneramt, Karte Maria Platten, geb. Strässle.
- 51 *Der Kämpfer*, 16. April 1921.
- 52 *Erinnerungen* 1, S. 10.
- 53 Ebd.
- 54 Huber, *Stalins Schatten*, S. 275 f.
- 55 Wullschleger, *Vom Revoluzzer zum Regierungsrat*, S. 54.
- 56 *Erinnerungen* 1, S. 8.
- 57 Vgl. Knight, *Who killed Kirov? The Kremlin's Greatest Mystery*, New York 1999; Zukov, »Der Mord an Kirov. Aus den Ermittlungsakten«, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, Nr. 2/1999; Overy, *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Russland*, München 2005, S. 88 f.
- 58 *Erinnerungen* 1, S. 8.
- 59 *Erinnerungen* 1, S. 16.
- 60 Huber, *Stalins Schatten*, S. 97.
- 61 Jedenfalls wird sie in Untersuchungen zur DZZ nicht weiter erwähnt. Vgl. Dehl/Barck/Mussienko/Plener (Hg.), *Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in den 30er Jahren*, Berlin 2000.
- 62 *Erinnerungen* 1, S. 15
- 63 Zu Fritz Krützners und Dora Kerns Schicksal siehe ausführlich Huber, *Stalins Schatten*, S. 95; Studer, *Un parti sous influence*, S. 276.
- 64 Interview mit Walter Wagner vom 24. September 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 65 Interview mit Leopold Stern vom 12. Januar 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 66 Leumundsbericht der Kantonspolizei Zürich vom 3. Mai 1949, Akte Stern, BAR E 5330 1975/95 98 1938/846.
- 67 Ebd.
- 68 Ebd.
- 69 *Erinnerungen* 1, S. 15.
- 70 Weber/Mählert (Hg.), *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953*, Paderborn 1998, S. 8.
- 71 Ebd., S. 1.

- 72 Vgl. Müller, *Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung*, Hamburg 2001, S. 39 und S. 49; Studer/Unfried, op.cit.; Studer/Haumann (Hg.), *Stalinistische Subjekte. Individuum und System in der Sowjetunion und der Komintern 1929-1953*, Zürich 2006.
- 73 Goffman, *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt a.M. 1972.
- 74 *Erinnerungen I*, S. 10.
- 75 *Erinnerungen I*, S. 11.
- 76 Interview mit Walter Wagner vom 21. November 2003, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 77 Ebd.
- 78 *Erinnerungen i*, S. 9.
- 79 Ebd., S. 16.
- 80 Ebd., S. 18.
- 81 Ebd., S. 19.
- 82 Interview mit Walter Wagner vom 14. Juni 2006, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 83 RGASPI 495-274-239
- 84 Ebd.
- 85 In seinen *Erinnerungen* schreibt Wagner, dass er die Notizhefte zurückgelassen habe und beim Gedanken, dass diese nun gelesen würden, habe schmunzeln müssen, da er oft bissige Kritik angebracht habe. Im Interview erklärte er jedoch, dass er die Hefte stets versteckt gehalten und vor seiner Abreise in den Ofen geworfen habe. Interview mit Wagner vom 22. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 86 Vortrag von Walter Wagner am 6. Juni 1994 in Zürich, Tonbandfassung beim Autor.

4 Der antikommunistische Komplex

- 1 In den biografischen Notizen zu Walter Wagner in Studer, *Un parti sous influence*, S. 719, ist Wagners Rückkehrdatum aus Moskau mit August 1936 angegeben, was nicht zutrifft. Falsch ist ebenfalls der Zeitpunkt von Wagners Eintritt in den Spanischen Bürgerkrieg: nicht wie angegeben «Beginn 1937», sondern 30. Juni 1937.
- 2 *Erinnerungen i*, S. 19.
- 3 Vgl. Biografie Leopold Stern vom 14. September 1937, Dossier Wagner, RGASPI 545-6-1500.
- 4 *Erinnerungen i*, S. 19.
- 5 Interview mit Niklaus Wagner vom 11. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 6 *Sankt-Galler Geschichte*, Bd. 7, S 208.
- 7 Interview mit Niklaus Wagner jr. vom 11. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.

- 8 Stadt ASG, Prokoll Stadtrat Nr. 379 vom 22. September 1933.
- 9 Wichers, *Im Kampf gegen Hitler. Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933-1940*, Zürich 1994, S. 69.
- 10 Studer, *Sous l'œil de Moscou. Le Parti communiste suisse et l'Internationale 1931-1943*, Bd. V, Zürich 1996, S. 187.
- 11 StadtASG, Dossier Kommunisten 6/3/423 XII.
- 12 *Der Kämpfer*, 26. Juni 1933.
- 13 Vgl. Stichwort Antikommunismus im *Historischen Lexikon der Schweiz*, www.hls.ch.
- 14 Beschluss des St. Galler Stadtrates vom 18. Oktober 1938, vgl. StASG An 6/1 und 3.
- 15 «Anfrage an Herr Polizeiinspektor Kappeler», *Volksstimme*, 12. September 1938.
- 16 StASG Protokoll Stadtrat Nr. 3287, 8./10. Oktober 1938.
- 17 Ebd.
- 18 StadtASG Protokolle Stadtrat Nr. 3287, 8./10. Oktober 1938, und Nr. 3612, 30. Dezember 1938.
- 19 Interview mit Walter Wagner vom März 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 20 Vgl. die «St. Galler Akten» bei der Bundesanwaltschaft, BAR E 4320 (B) 1993/214 Bd. 1.
- 21 StASG, Dossier Kommunisten 6/3/423 XII.
- 22 Ebd.
- 23 StASG, Ai 16/62.
- 24 StadtASG, *Der Kämpfer*, 22. August 1932, Dossier Kommunisten 6/3/423 XII.
- 25 «St. Galler Akten», BAR E43 20 (B) 1974/47 Bd. 99.
- 26 StadtASG Dossier Kommunisten 6/3/423 XII.
- 27 StadtASG, Protokoll des Stadtrats Nr. 3638, 10. Mai 1932.
- 28 Interview mit Walter Wagner vom 4. Juni 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 29 Ebd.
- 30 Amtsbericht des St. Galler Regierungsrats 1938, S. 203.
- 31 Memoiren von Martin Spirig, unpubliziertes und undatiertes Manuskript, S. 308.
- 32 Angaben zur Anzahl der Mitarbeiter der Polizeiabteilung der Bundesanwaltschaft bei Spirig, ebd., S. 360.
- 33 Ebd.
- 34 Amtsbericht 1939 des St. Galler Regierungsrats, S. 159; *Sankt-Galler Geschichte*, Bd. 7, S. 80 und S. 214. Ein kleinerer Teil der Dossiers befindet sich im Staatsarchiv St. Gallen (Signatur Ai 16), der weit grössere Teil wird im Bundesarchiv verwahrt (Signatur E 43 20 (B) 1993/214 Bd. 1 ff). Ein Streit über die Zugehörigkeit der Akten hatte Anfang der 90er-Jahre zu dieser Aufteilung geführt.

- 35 Beschluss des St. Galler Regierungsrats vom 14. Oktober 1938, StASG An 6/1 und 3.
- 36 Ebd., S. 325 und S. 365.
- 37 Ebd., S. 448.
- 38 Ebd., S. 457, S. 458 und S. 472.
- 39 Zur Gründung des SVV vgl. Thürer, *Der Schweizerische Vaterländische Verband und die in ihm zusammengeschlossenen Bürgerwehren 1919-1923*, Lizenziatsarbeit, Basel 1976.
- 40 Holenstein, *100 Jahre konservative Volkspartei*, St. Gallen 1934, S. 319.
- 41 SVV-Broschüre, *Der Schweizerische Vaterländische Verband. Was wir wollen. Ein mahndes Wort in schwerer Zeit*, o.J., StASG Ai 16/42.819.
- 42 Jost, *Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900*, Zürich 1992.
- 43 Engeler, *Grosser Bruder Schweiz*, Zürich 1990, S. 88.
- 44 Telegramm in BAR J 2.11 Bd. 10.
- 45 «Bürgerwehr St. Gallen 1919-1929», Referat von Philipp Heitz an der Jahresversammlung vom 2. März 1929, o.J. (1929).
- 46 *Gedenkschrift Oberst Philipp Heitz (1876-1934)*, o. O., o.J., S. 14.
- 47 *Allgemeine Schweizerische Militärzeitung*, August 1934, S. 508 ff.
- 48 Gedenkschrift Heitz, S. 9 und S. 18.
- 49 Vgl. *100 Jahre SP Kanton St. Gallen*, S. 38; Keller, *Grüningers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe*, Zürich 1993, S. 153.
- 50 «Der Vaterländische Verband», *Volksstimme*, 13. März 1939.
- 51 Ebd.
- 52 Vgl. Prozessbericht im *St. Galler Tagblatt*, 14. Juli 1943, und Urteilspublikation in der Presse am 15. Juli 1943.
- 53 Vgl. *Die Ostschweiz*, 29. Januar 1937; *Neue Zürcher Zeitung*, 3. Dezember 1936.
- 54 Rezension des Hefts, das von *Ostschweiz*-Redaktor Carl Doka herausgegeben wurde, in den *Ostschweiz*-Ausgaben, 20. und 26. Februar 1937.
- 55 Interview mit Walter Wagner vom 24. September 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 56 Ebd.; die Veranstaltung fand am 6. Dezember 1932 im Restaurant Bahnhof in St. Fiden statt, vgl. BAR J 2.11 Bd. 79.
- 57 Interview mit Walter Wagner vom 30. April 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 58 *Volksstimme*, 13. März 1936
- 59 «Protestversammlung gegen Scala-Revue», *Die Ostschweiz*, 29. November 1935; vgl. auch die Polemik in der *Volksstimme*, 13. Mai 1933.
- 60 Brief der Bundesanwaltschaft vom 28. Mai 1940 an das Armeekommando, Dossier Egli E 4 3 20 (B) 1971/7 8 Bd. 15 C.2.204 6; Einvernahmeprotokoll vom 29. Februar 1944 der Bundesanwaltschaft, StASG A116/741.

- 61 Bericht von Inspektor Benz von der Bundesanwaltschaft über den Fund vom 8. August 1945 aus dem Abfallpapier der deutschen Gesandtschaft in Bern, Dossier Egli BAR E 4320 (B) 1971/78 Bd. 15. Zu Riedweg vgl. »S.S.-Hauptsturmführer Dr. Franz Riedweg«, *Neue Zürcher Zeitung*, 14. September 1938; »Hitlers williger Helfer«, *Weltwoche* Nr. 25/2004; »Der Obersturmbannführer«, *NZZ am Sonntag*, 1. Mai 2005; Oertle, »Sollte ich aus Russland nicht zurückkehren...«. *Schweizer Freiwillige an deutscher Seite 1939–1945. Eine Quellensuche*, Zürich 1997.
- 62 Brief vom 12. Oktober 1937 von Falkenhausen an die Gauleitung Berlin, Dossier Egli, BAR E 4320 (B) 1971/78 Bd. 15 C.2.2046.
- 63 Dossier KPÖ/Egli, StASG A116/741.
- 64 StASG, Dossier Kommunisten 6/3/423 XII.
- 65 Für alle weiteren Rapporte: ebd.
- 66 Ein Teil der Fiche von Walter Wagner trägt die Signatur C.8.865; Nachlass Wagner.
- 67 Engeler, *Großer Bruder Schweiz*, S. 102.
- 68 Schreiben des SVV von Anfang Oktober 1935 an das Polizeikommando St. Gallen, StASG A116/2560.
- 69 Ebd.
- 70 Ebd.
- 71 Interview mit Walter Wagner vom 24. September 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 72 Beispiele dazu in: StASG A116/37.12, BAR E4320 (B) 1974/47 Bd. 99 oder BAR E 4320 (B) 1993/214 Bd.1.
- 73 Schreiben der Bundesanwaltschaft an das Polizeikommando St. Gallen vom 17. November 1935, StASG A 116/100.
- 74 Spirig am 26. November 1936 an das Polizeikommando St. Gallen, StASG A116/100.
- 75 Vgl. Wichers, *Im Kampf gegen Hitler*, S. 43, oder Engeler, *Großer Bruder Schweiz*, S. 87 ff.
- 76 BAR E 4320 (B) 1993/214 Bd.1.
- 77 Ungezeichneter Bericht vom 10. Juni 1937, BAR E 4320 A116 (»St. Galler Akten«).
- 78 Fiche Walter Wagner, Eintrag vom 29. Juni 1937.
- 79 Brief Grüninger vom 28. März 1938 an den Bundesanwalt, BAR E4320 (B) 1974/47 Bd. 99.
- 80 Vgl. Keller, *Grüningers Fall*, op. cit.
- 81 Bericht vom 26. November 1936 an das Polizeikommando St. Gallen, StASG A116/100.
- 82 Bericht über die Versammlung des Volksbildungszirkels St. Gallen vom 26. April 1938 im Restaurant Piz Sol, BAR E4320 (B) 1974/47 Bd. 99.
- 83 Interview mit Walter Wagner vom 4. Juni 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.

- 84 Schreiben der Bundesanwaltschaft vom 9. Oktober 1936 an das Polizeikommando St. Gallen, StASG An 6/100.
- 85 Interview mit Walter Wagner vom 22. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 86 Interview mit Niklaus Wagner vom 16. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor; Interview mit Walter Wagner vom 22. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 87 Einvernahme vom 1. April 1937, BAR E 4320 (B) 1993/214 Bd. 1; Fiche Hans Blatter, StaSG A/116.
- 88 Vgl. Biografie von Lepold Stern vom 14. September 1937, Dossier Wagner, RGASPI 545-6-1500, Bl. 82, 83 und 84; Dossier Blatter, RGASPI 545-6-1480, Bl. 13.
- 89 Wagners Bruder Niklaus erwähnt, dass Albert Scheurer geäußert habe, er misstrauete Blatter, da er ihn für einen Spitzel halte. Interview mit Niklaus Wagner vom 11. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 90 Laut Wagner soll Nationalrat Jean-Marie Musy, einer der führenden Antikommunisten, im Nationalrat aus den Verhandlungen der erwähnten Ostschweizer Konferenz zitiert haben. Vgl. Bericht Wagner über Stern, RGASPI 545-6.1500.
- 91 Ebd.
- 92 Fiche Blatter, StaSG A/i 16.

5 Das heimliche Netz

- 1 Vgl. Knauer/Frischknecht, *Die unterbrochene Spur. Antifaschistische Emigration in der Schweiz von 1933 bis 1943*, Zürich 1983; Wichers, *Im Kampf gegen Hitler. Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933-1940*, Zürich 1994; Müller, «Wir wollten die Welt verändern». *Stationen im Leben eines Altsozialisten*, Frankfurt a.M. 1987; Battel, «Wo es hell ist, dort ist die Schweiz». *Flüchtlinge und Fluchthilfe an der Schaffhauser Grenze zur Zeit des Nationalsozialismus*, Zürich 2000; Teubner, *Exilland Schweiz. Dokumentarischer Bericht über den Kampf emigrierter deutscher Kommunisten 1933-1943*, Frankfurt a.M. 1975; Keller, *Grüningers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe*, Zürich 1993; Hersche (Hg.), *Geschichtsbilder, Widerstand, Vergangenheitspolitik. Eine Dokumentation mit Texten von Nils de Dardel, Otmar Hersche, Peter Huber, Stefan Keller, Regula Ludi, Paul Rechsteiner, Antonia Schmidlin und anderen*, Zürich 2002; Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.), *Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1943*, Bregenz 1985; Weber, «Jeder Betrieb eine rote Festung». *Die KPÖ in Vorarlberg 1920-1936*, Feldkirch 1994, Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft 32.
- 2 *Erinnerungen i*, S. 19.
- 3 SGBA Ar. 102 Bd. 8/189.
- 4 Bericht über die Lage und Tätigkeit der RH Schweiz vom 5.8.1936, SGBA Ar. 102 Bd. 8/264.

- 5 Lupp, *Von der Klassensolidarität zur humanitären Hilfe. Die Flüchtlingspolitik der politischen Linken 1930–1950*, Zürich 2006, S. 353.
- 6 Interview mit Walter Wagner vom März 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 7 *Erinnerungen* 1, S. 20.
- 8 Interview mit Niklaus Wagner vom 11. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 9 Aufzeichnung Max Thoma, Privatnachlass Willy Thoma.
- 10 Müller, »*Wir wollten die Welt verändern*«, S. 126 ff.
- 11 Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.), *Von Herren und Menschen*, S. 39.
- 12 Vgl. Karteikarte von Scheurer bei der Politischen Polizei St. Gallen, StaSG A116/100.
- 13 Vgl. *100 Jahre FC SG 1879–1979*, S. 63; Mitteilungsblatt des Fußball-Club St. Gallen von Juli und November 1931.
- 14 Vgl. Protokoll der Einvernahme von Scheurer am 11. September 1937 im Gefangenenhaus Feldkirch, Privatnachlass Albert Scheurer.
- 15 Interview mit Niklaus Wagner vom 11. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor. Vgl. auch Wagners Schilderungen in: Mathias Knauer, Jürg Frischknecht, *Die unterbrochene Spur*, S. 143 f.
- 16 Ebd.
- 17 Rapport vom 13. März 1935, Dossier Gorbach, BAR E 4330 (B) 1975/40 Bd. 71.
- 18 Vgl. Vortrag von Max Gorbach vom 14. Oktober 1977 über seine Widerstandstätigkeit; Tonbandaufzeichnung hinterlegt bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, München.
- 19 Ebd.
- 20 Kantorowicz, *Tschapaiew. Das Bataillon der 21 Nationen. Dargestellt in Aufzeichnungen seiner Mitkämpfer*, Madrid 1938, S. 52.
- 21 Gesuch vom 3. Oktober 1938, ebd.
- 22 Eintrag vom 9. Oktober 1935.
- 23 Interview mit Niklaus Wagner vom 11. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 24 BAR J 2.11 Bd. 79
- 25 *Die Ostschweiz*, 4. November 1936
- 26 *Die Ostschweiz*, 11. Oktober 1935
- 27 *Jubiläumsschrift 100 Jahre »Die Ostschweiz« 1874–1974*, St. Gallen 1974, S. 38.
- 28 Ebd., S. 30.
- 29 »Grundsätzliches zur Beurteilung der Freimaurerei«, *Die Ostschweiz*, 4. Juli 1933.
- 30 Carl Doka, *Begegnungen. (C. D. blickt zurück)*, Zug 1972, S. 119 und S. 121.
- 31 Ebd.

- 32 Als Beispiele aus den Jahren 1936-1939 seien folgende Artikel erwähnt: «Zur kommunistisch-sozialist. Verbrüderung im ‚Volkshaus‘» (14. Januar 1939); «In rotem Sold» (6. Januar 1937); «Willst du dein Dienstbüchlein zerreißen ...?» (5. Januar 1937); «Wie viele Schweizer kämpfen bei Franco?» (6. Februar 1937).
- 33 Vgl. die ausführliche Besprechung in der *Ostschweiz*, 20. Februar 1937.
- 34 Ebd.
- 35 Dossier Walter Wagner BAR E 5330 1975/95 38/850.
- 36 BAR E 4320 (B) 1993/214 Bd. 1.
- 37 BAR E 4320 (B) 1974/47 Bd. 99.
- 38 StaSGA116/37.12.
- 39 Vgl. Rapport des Vaterländischen Verbands vom 1. September 1936, BAR J 2.11 Bd. 79.
- 40 Studer, *Sous l'œil de Moscou*, Bd. V, S. 299.
- 41 Ebd., S. 310.

6 Im Spanischen Bürgerkrieg

- 1 Zum Spanischen Bürgerkrieg gibt es sehr viel Literatur. Vgl. die klassischen Darstellungen von Thomas, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Frankfurt a.M., Berlin 1961; Broué/Témime, *Revolution und Krieg in Spanien*, Frankfurt a.M. 1968; Jackson, *The Spanish Republic and the Civil War 1931-1939*, Princeton 1965; Bolloten, *The Spanish Civil War. Revolution and Counterrevolution*, New York 1991; ferner Bernecker, *Krieg in Spanien 1936-1939*, 2. Aufl., Darmstadt 2005; Tunon de Lara et al., *Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandesaufnahme*, Frankfurt a.M. 1987; Vilar, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Berlin 1987; Esenwein/Shubert, *Spain at War. The Spanish Civil War in Context 1931-1939*, London 1995. Die jüngste Gesamtdarstellung stammt von Beevor, *Der Spanische Bürgerkrieg*, München 2006. Weitere Darstellungen siehe Auswahlbibliografie.
- 2 In einer Rede, abgedruckt in: *Solidaridad Obrero*, 22. Dezember 1936, zitiert in: Bolloten, *The Grand Camouflage. The Spanish Civil War and Revolution*, 2. Aufl., London 1968, S. 26.
- 3 Balfour, *Deadly Embrace. Morocco and the Road to the Spanish Civil War*, Oxford, New York 2002.
- 4 Vgl. Payne, *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Belegung*, München/Berlin 2001, S. 324; Preston, *Franco. A Biography*, London 1995, S. 249.
- 5 Franco am 30. Juli 1936 in einem Interview im englischen *News Chronicle*, zitiert in: *St. Galler Tagblatt*, 30. Juli 1936.
- 6 Mattioli, *Experimentierfeld der Gewalt. Der Abessinienkrieg und seine internationale Bedeutung 1933-1941*, Zürich 2005.
- 7 *Volksstimme*, 21. Juli 1936.
- 8 «An die Arbeiter aller Länder», *Volksstimme*, 4. August 1936.

- 9 Kaderakte Thoma, RGASPI 545-6-1501; zu Thomas Spanieneinsatz vgl. auch »Freiwillig in den Krieg«, *St. Galler Tagblatt*, 20. Juli 2006.
- 10 *Erinnerungen* 1, S. 19.
- 11 Interview mit Walter Wagner vom 25. Mai 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 12 Vgl. Rapport der Zürcher Stadtpolizei vom 15. August 1936, Dossier Woog und Consorten, BAR E5330 I 1937/816.
- 13 AS 52 1936 637. Die Beschlüsse wurden in der Presse veröffentlicht. Vgl. *Volksstimme*, 15. August 1936.
- 14 Ebenfalls publiziert in der Presse. Vgl. *Volksstimme*, 26. August 1936.
- 15 *Volksstimme*, 4. September 1936.
- 16 *Travail*, 21. August 1936.
- 17 Am 10. Juni 1936 anlässlich der Debatte über die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion, vgl. stenografisches Bulletin der Bundesversammlung, S. 1049 und S. 1050.
- 18 Ansprache von Motta am Bankett der Messe in Lugano; *Neue Zürcher Zeitung*, 3. Oktober 1938.
- 19 Motta am 6. Oktober 1936 im Ständerat auf die Interpellationen Schöpfer und Züst, stenografisches Bulletin der Bundesversammlung, S. 450.
- 20 Ebd., S. 801 f.
- 21 Ebd., S. 813.
- 22 Cerutti, »La politique de la Suisse officielle face à la guerre civile espagnole«, in: Cerutti/Guex/Huber (Hg.), *La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936-1946)*, Lausanne 2001, S. 34.
- 23 Vgl. »Empörung über den Neutralitätsschwindel«, *Volksstimme*, 26. August 1936.
- 24 *Volksstimme*, 15. August 1936.
- 25 Humbert-Droz, *Werbezentrale für Spanien?*, Basel o. J. (1937).
- 26 Ebd.
- 27 Protokoll der Aussprache, von Hans Oprecht unterzeichnet, SSA Ar.1.260.65, S. 2.
- 28 Ebd.
- 29 Die *Neue Zürcher Zeitung* stellte Mutmaßungen über die politische Möglichkeit einer schweizerischen Volksfront an. Vgl. »Schweizerische Volksfront?«, *Neue Zürcher Zeitung*, 13. August 1936.
- 30 Publiziert in der Presse. Vgl. *Volksstimme*, 4. November 1936.
- 31 BBl, 9. Dezember 1936, S. 393 f.
- 32 Publiziert in der Presse. Vgl. *Volksstimme*, 10. Dezember 1936.
- 33 *Volksstimme*, 26. August 1936.
- 34 StaSG AT16/62.
- 35 Zschokke, *Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg*, Zürich 1976, S. 36 f.
- 36 Schreiben Grüningers vom 1. Juni 1937 an die Bundesanwaltschaft, BAR E 4320 (B) 1993/214 Bd. I

- 37 Interview mit Niklaus Wagner vom 11. Dezember 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 38 Bericht der Bezirkshauptmannschaft Bregenz vom 21. Januar 1938 über Menschenschmuggel von Vorarlberg nach der Schweiz, Anwerbung von Spanien-Freiwilligen, DöW 197d6.
- 39 Zum Beispiel die *Ostschweiz* in der Ausgabe vom 2. November 1937 unter dem Titel «Die kommunistischen Freiwilligentransporte nach Spanien».
- 40 Nationalfondsprojekt «La guerre d'Espagne et la Suisse 1936-1939», unter der Leitung von Jean Batou und Ami-Jacques Rapin von der Universität Lausanne und von Mauro Cerutti und Jean-Claude Favez von der Universität Genf. Ergebnisse publiziert in den beiden Bänden Ulmi/Huber, *Les combattants suisses en Espagne républicaine (1936-1939)*, Lausanne 2001, und Cerutti/Guex/Huber (Hg.), *La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936-1946)*, Lausanne 2001.
- 41 Vgl. die beiden Listen von Schweizer Spanienfreiwilligen von Gino Baumann und Daniel Haener (unpubliziert, o. J., Exemplar deponiert im Schweizerischen Sozialarchiv Zürich, Vorlass Hans Braendli Tescaro) und von Albert Utiger (unpubliziert, 1993, Liste in StaSG An 6/37.12).
- 42 Zschokke, *Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg*, S. 48.
- 43 Ulmi/Huber, *Les combattants suisses en Espagne républicaine (1936-1939)*, Lausanne 2001, S. 269 ff.
- 44 Vgl. als Beispiel de la Cierva, *Las Brigadas Internacionales 1936-1996. La verdadera historia. Mentira historica y error de Estado*, Toledo 1997, S. 95, der von «100'000 Söhnen der Krise» spricht und später gar vom «Abschaum der Weltkrise», S. 99.
- 45 Vgl. dazu Bredel, *Spanienkrieg. Zur Geschichte der Internationalen Brigaden*, Berlin/Weimar 1986, oder Militärakademie Friedrich Engels (Hg.), *Pasaremos. Deutsche Antifaschisten im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes*, Berlin 1966.
- 46 Die nachfolgenden Angaben beruhen auf den entsprechenden Militärdossiers im Bundesarchiv in Bern sowie auf weiteren Recherchen des Autors und werden hier nicht im Einzelnen ausgewiesen.
- 47 *Erinnerungen I*, S. 20.
- 48 Interview mit Walter Wagner am 24. September 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor. Abweichende Angaben zum Zeitpunkt von Wagners Abreise, etwa bei Ulmi/Huber, *Les combattants suisses en Espagne républicaine (1936-1939)*, Lausanne 2001, S. 198 f. sind unzutreffend. Dort wird auch Wagners Rückkehr aus Moskau auf 1936 datiert, richtig ist 1935.
- 49 Brief vom 13. April 1937, Sammeldossier «St. Galler Akten», BAR E 4320 (B) 1993/214 Bd. 1.
- 50 BAR E43 20 (B) 1974/47 Bd. 99.
- 51 Ebd.
- 52 Vgl. Mitteilung der PTT vom 17. Mai 1937; Schreiben der SPS vom 4. Mai 1937 an den Bundesrat und Antwort des Bundesrates vom 28. Mai 1937, abgedruckt in *Volksstimme*, 18. Juni 1937.

- 53 Schreiben Grüninger an die Bundesanwaltschaft vom 29. Mai 1937, BAR E 4320 (B) 1993/214 Bd. 1.
- 54 BAR E 4320 (B) 1993/214 Bd. 1.
- 55 Dossier Hanslin, BAR E 4320 (B) 1974/67 Bd. 1 A.13.300, sowie Bericht der Politischen Polizei vom 5. August 1937 an das St. Galler Polizeikommando, StaSG A116/37.12.
- 56 BAR E 4320 (B) 1993/214 Bd. 1.
- 57 Die Kennwörter erfuhr die Polizei von angehaltenen Spanienfreiwilligen. Vgl. dazu die Notiz von Untersuchungsrichter Otto Gloor vom 7. Dezember 1937 in BAR E 5330 I 1937/816 oder auch die Notiz der Bundesanwaltschaft vom 31. März 1937, in: ebd.
- 58 Interview mit Walter Wagner vom 14. Dezember 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 59 Skoutelsky, *L'Espoir guidait leur pas. Les volontaires français dans les Brigades internationales 1936–1939*, Paris 1998, S. 112.
- 60 Interview mit Walter Wagner vom 24. September 2004, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 61 Zur Reaktion von Largo Caballero auf die Absicht, internationale Brigaden aufzustellen, vgl. Longo, *Die Internationalen Brigaden in Spanien*, Berlin o. J., S. 48, und – abweichend davon – Skoutelsky, *Novedad en el frente. Las Brigadas Internacionales en la Guerra Civil*, Madrid 2006, S. 75 f.
- 62 Hommel, *Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939*, Regensburg 1990, S. 101.
- 63 Zur Funktion und Rolle der Politkommissare vgl. Angela Berg, *Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939*, Essen 2005, S. 161 ff.
- 64 Bolloten, *The Grand Camouflage. The Spanish Civil War and Revolution 1936–1939*, London 1968.
- 65 Koechlin, *Die Tragödie der Freiheit. Spanien 1936–1937. Die Spanische Revolution. Ideen und Ereignisse*, Berlin 1984.
- 66 Vgl. den am 5. November 1992 in Spanien vom katalanischen Sender TV3 ausgestrahlten Dokumentarfilm *Operación Nikolai o el asesinato de Andreu Nin* von Dolors Maria Genovés und Llibert Ferri, der auf den Dossiers Orlow im KGB-Archiv beruht. Vgl. dazu auch die Informationen auf der Website www.fundanin.org. Orlow bestritt zu Lebzeiten, für den Mord verantwortlich zu sein. Siehe dazu seine Antworten auf Fragen von Stanley G. Payne, »The NKVD in Spain. Questions by Stanley Payne, answers by Alexander Orlov«, in: *Forum für osteuropäische Zeitgeschichte*, 4. Jahrgang 2000, Heft 2, S. 229 ff. Die Diskussion um Orlows Verantwortung für den Mord an Nin ist noch nicht abgeschlossen. Siehe dazu: Zavala, *En Busca de Andreu Nin. Vida y muerte de un mito silenciado de la Guerra Civil*, Barcelona 2005; Schauff, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Göttingen 2006, S. 128; Tosstorff, *Die POUM in der spanischen Revolution*, Köln 2006, S. 142 ff.
- 67 Thalmann, *Revolution für die Freiheit. Stationen eines politischen Kampfes, Moskau/Madrid/Paris*, Hamburg 1977, S. 206 ff.
- 68 *Erinnerungen* 1, S. 20.

- 69 Orwell, *Mein Katalonien. Bericht über den Spanischen Bürgerkrieg*, Zürich 1975, S. 49.
- 70 Castells, *Las Brigadas Internacionales de la guerra de Espana*, Barcelona 1974, S. 25; Martinez de Banos Carrillo (Coordinador), *Guerra Civil Aragón*, Zaragoza 2004, S. 269 f.
- 71 *Erinnerungen I*, S. 21.
- 72 Ebd.
- 73 Hutter, *Spanien im Herzen*, S. 81.
- 74 Ebd., S. 22.
- 75 Hemingway, *Wem die Stunde schlägt*, Frankfurt a.M., 1961, S. 482-486; Regler, *Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte*, Köln 1958, S. 390.
- 76 Skoutelsky, *L'Espoir guidait leur pas*, S. 251 f. Siehe dazu auch die kritische Bewertung von Schauff, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Göttingen 2006, S. 166. Laut de la Cierva, op.cit., S. 100, stammt die Zahl der 500 Erschiessungen, die Marty angeblich eingestanden haben soll, aus einem unbekanntem Werk mit dem Titel *Las Brigadas Internacionales segun testimonio de sus artífices*, Barcelona o. J., allem Anschein nach eine franquistische Propagandaschrift. In der jüngsten Gesamtdarstellung des Spanischen Bürgerkriegs von Beevor, *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 208, wird Martys angebliches Eingeständnis erneut ohne Quellenabstützung wiederholt.
- 77 Interview mit Walter Wagner vom 14. Dezember 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 78 Ebd.
- 79 Akte Wagner, RGASPI 545-6-1502.
- 80 RGASPI 545-6-1502.
- 81 Ebd.
- 82 *Erinnerungen I*, S. 22.
- 83 Huber/Uhl, «Politische Überwachung und Repression in den Internationalen Brigaden (1936-1938)», in: *Forum für osteuropäische Zeitgeschichte*, 2001, Heft 2, S. 136.
- 84 Ebd.
- 85 Vgl. Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 891.
- 86 Base de las brigadas internacionales, Servicio de Cuadros, Schreiben «au commandant de la garde nationale», 16. Juli 1937; Nachlass Wagner.
- 87 Interviews mit Walter Wagner vom 12. Dezember 2005 und 22. Dezember 2004, Gesprächsprotokolle beim Autor.
- 88 Walter G. Krivitsky, *Ich war Stalins Agent!*, Grafenau 1990, S. 112 f.
- 89 Schreiben von Ernst Maag vom 27. Oktober 1937, Dossier Woog und Consorten, BAR E 5330 I 1937/816.
- 90 Einvernahme von Ernest Pierrehumbert vom 5. März 1939, E 5330 1975/95 98 1939/163.
- 91 Hutter, *Spanien im Herzen*, S. 247.
- 92 Interview mit Walter Wagner am 14. Dezember 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.

- 93 *Erinnerungen i*, S. 24.
- 94 Ebd.
- 95 Dossier Wagner, RGASPI 545-6-1500, Bl. 81
- 96 Ebd., Bl. 84.
- 97 Ebd., Bl. 78.
- 98 Interview mit Leopold Stern am 12. Januar 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 99 Dossier Wagner, RGASPI 545-6-1500, Bl. 81.
- 100 Diese Darstellung gemäss Interview mit Stern vom 12. Januar 2005 steht im Gegensatz zu Huber, *Stalins Schatten*, S. 452, wo Sterns Verwundung auf einen Fliegerangriff zurückgeführt wird, was laut Stern falsch ist.
- 101 Ebd.
- 102 Interview mit Walter Wagner vom 14. Juni 2006, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 103 Onori, *Schweizer Mitbeteiligte*, Interview mit Frei vom 14. November 1977, SSA335-71-13.
- 104 von zur Mühlen, *Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939*, Berlin/Bonn 1985, S.165 f.
- 105 Ebd., S. 148 f.
- 106 Ebd., S. 156.
- 107 Ebd., S. 134.
- 108 Vgl. Anm. 103.
- 109 Interview vom 4. November 2005 mit Peter Iseli-Scheer, Basel, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 110 Stéphane Courtois, Nicolas Werth et al. (Hg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München 1998, S. 379.
- 111 Vgl. Von zur Mühlen, *Spanien war ihre Hoffnung*, S. 168ff.
- 112 Vgl. Huber/Uhl, *Politische Überwachung und Repression*, S. 142f.
- 113 Dossier Emil Haas, E5330 1975/95 98 1938/324.
- 114 Walter Maag in einer Einvernahme vom 31. August 1938, BAR 5330 1975/95 98 38/858.
- 115 *Erinnerungen I*, S. 24.
- 116 Ebd.
- 117 Dossier Rudolf Frei, BAR E 4320 (B) 1975/40 Bd. 58 C.8.521 und E 5330 1975/95 98 1939/900 sowie StaSG Ai 16/83 5; Privatnachlass Frei.
- 118 Zschokke, *Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg*, S. 40.
- 119 Vgl. Biografie Leopold Stern vom 14. September 1937, Dossier Wagner, RGA-SPI 545-6-1500, Bl. 83.
- 120 Dossier Salvetti, BAR E43 20 (B) 1974/40 Bd. 110 C.8.1891.
- 121 Dossier Woog und Consorten, Einvernahme Hermann Maag vom 1. Dezember 1937, BAR E 5330 1 1937/816.
- 122 Ebd., Einvernahme Zünd vom 22. Oktober 1937.

- 123 Vgl. die Dossiers von Zünd, BAR E5330 1 1937/701, Salvetti, BAR E4320 (B) 1974/40 Bd. no. und Walter Maag, BAR E5330 1975/95 98 38/858, sowie die Aussagen von Hermann und Ernst Maag in BAR E 5330 1 1937/816.
- 124 Aussage des Zürcher Spanienkämpfers Hans Kamber in einem Interview mit dem Autor vom 6. Juni 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 125 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 21. und 22. März 1938.
- 126 Vgl. Interview mit Max Wullschleger, in: Onori, *Schweizer Mitbeteiligte am Spanischen Bürgerkrieg im Spiegel ihrer Prozesse*, Lizenziatsarbeit, Basel 1977, Anhang Interviews, SSA 335-71-13; Studer, *Un parti sous influence*, S. 512.
- 127 Zum Fall Bickel samt Quellen siehe Huber, *Stalins Schatten*, S. 326 f., und S. 413 f., S. 602 f. und S. 5 80, sowie Studer, *Un parti sous influence*, S. 522 f.
- 128 Vgl. Dossier Emil Haas, BAR E5330 1975/95 98 1938/324. Haas' Angaben stammen lediglich aus zweiter Hand und sind mit Vorsicht zu geniessen. Haas hatte auch fälschlicherweise den Tod von Walter Wagner in Aragón gemeldet.
- 129 *Erinnerungen I*, S. 24.
- 130 Interview mit Walter Wagner vom 25. Mai 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 131 Interview mit Walter Wagner vom 14. Dezember 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor. Wagner billigt Bickel nur den Rang eines Kompaniekommandanten zu, während Huber und Studer von Politikommissar sprechen. Vgl. Huber, *Stalins Schatten*, S. 326, resp. Studer, *Un parti sous influence*, S. 512.
- 132 Vgl. als Beispiel «Eine Ehrung der internationalen Freiheitskämpfer», *Freiheit*, 6. Oktober 1937; «Ein Vorschlag unserer Kämpfer in Spanien», *Freiheit*, 8. Oktober 1937.
- 133 Gemäss seinen Angaben in der Selbstbiografie und im Fragebogen anlässlich seiner Überführung in die Kommunistische Partei Spaniens, die von allen Brigadisten ab 1938 verlangt wurde; Dossier Wagner, RGASPI 545-6-1502 Bl. 10 und 12.
- 134 *Erinnerungen I*, S. 24.
- 135 Interview mit Walter Wagner vom 14. Dezember 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 136 *Erinnerungen I*, S. 25.
- 137 Ebd.
- 138 Ebd.
- 139 Hutter, *Spanien im Herzen*, S. 283 ff.
- 140 *Erinnerungen I*, S. 25.
- 141 Ebd., S. 26.
- 142 Bericht von Hans Thoma, RGASPI 545-6-1502, Bl. 19.
- 143 Die Identifikation anhand der Fotografie verdanke ich Hans Landauer, Wien. Vgl. auch Landauer in Zusammenarbeit mit Hackl, *Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936-1939*, Wien 2003, S. 190.

- 144 Ebd., S. 28.
- 145 Kaderakte Glatzer, RGASPI 495-205-6619. Demnach fiel Glatzer am 13. März 1938 bei Híjar.
- 146 Tuñón de Lara et al., *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 370 f.
- 147 *Erinnerungen* 1, S. 28.
- 148 Ebd.
- 149 Vgl. »Das verbotene Buch«, *Neue Zürcher Zeitung*, 15. November 1936.
- 150 De la Cierva, *Las Brigadas Internacionales*, S. 380.
- 151 Baquer, *El Ebro. La batalla decisiva de los cien días*, Madrid 2003, S. 18.
- 152 *Erinnerungen* 1, S. 29 f.
- 153 Schreiben von Hans Thoma vom 28. August 1938, RGASPI 545-6-1502.
- 154 Ebd.
- 155 Bericht Thoma, datiert vom November 1938, ebd.
- 156 Beevor, *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 442.
- 157 *Erinnerungen* 1, S. 32.
- 158 Castells, *Las brigadas internacionales*, S. 350 ff.
- 159 Ebd., S. 352.
- 160 Reverte, *La Batalla del Ebro*, Barcelona 2003, S. 53.
- 161 Danach war Thoma bis April 1938 als Maschinenschreiber, wie er selbst angab, im Effektivbüro des Kadernservice tätig; vgl. RGASPI 595-6-1501, Bl. 56. Diese Tätigkeit wird übrigens vom St. Galler Spanienkämpfer Walter »Moritz« Graf in der militärgerichtlichen Einvernahme vom 14. Januar 1939 bestätigt; vgl. Dossier Thoma BAR E5330 1975/95 98 1939/15.
- 162 Dossier Thoma, BAR E5330 1975/95 98 1939/15 und E4320 (B) 1975/40 Bd. 79; Privatnachlässe Thoma und Anni Brunner.
163. Man findet in den Akten sowohl die Schreibweise »Anni« wie auch »Anny«.
- 164 Vgl. undatierten Brief von Anni Brunner an Jakob Lechleiter, Dossier Hans Thoma, BAR E5330 1975/95 98 38/27; siehe auch: Arbeitsgemeinschaft Schweizer Spanienfreiwilliger, *Schweizer kämpfen in Spanien. Erlebnisse der Schweizer Freiwilligen in Spanien*, redigiert von Max Wullschleger, Zürich 1939, S. 173 f.
- 165 Bericht der Basler Politischen Polizei vom 31. März 1943, Dossier Hans Thoma, BAR E4320 (B) 1975/40 Bd. 79.
- 166 Vgl. »Wir decken auf: Politische Psychiatrie in der Schweiz«, *Vorwärts*, 19. Dezember 1985.
- 167 Thomas, *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 409.
- 168 Eine Übersicht über die verschiedenen Schätzungen der Opferzahlen bei Bernecker, *Krieg in Spanien 1939–1939*, Darmstadt 2005, S. 211 f.
- 169 Vgl. Rodrigo, *Cautivos. Campos de concentración en la España franquista, 1936–1947*, Barcelona 2005; Beevor, *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 501 ff.; Preston, »The Crimes of Franco« (The Len Crome Memorial lecture, delivered at the Imperial War Museum on 12 March 2005); Lafuente, *Esclavos*

por la patria. La explotacion de los presos bajo el franquismo, Madrid 2002.

170 *Erinnerungen 1*, S. 33 f.

171 Vgl. dazu die Debatte um die Arbeiten von Pio Moa, insbesondere um sein Buch *Los mitos de la Guerra Civil*, Madrid 2003. Dazu: Espinosa Maestre, *El fenomeno revisionista o los fantasmas de la derecha espanola*, Badajoz 2005, sowie Reig Tapia, «Ideologia e historia. Quosque tandem, Pio Moa?», in: *Sistema*, 177/2003. Zur spanischen Erinnerungskultur vgl. Bernecker/Brinkmann, *Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2006*, Nettersheim 2006.

7 Die Aburteilung

1 Schreiben von Paul Grüninger vom 11. Oktober 1937 an die Bundesanwaltschaft, Dossier Wagner, BAR E5330 1975/95 38/850.

2 Vgl. *Die schweizerische Militärgerichtsbarkeit*. Systematisch dargestellt von Dr. iur. Josef Lenzlinger, Aarau 1928.

3 *Erinnerungen 2*, S. 37.

4 Dossier Wagner, militärgerichtliche Einvernahme vom 1. Dezember 1938, BA-RE5330 1975/95 38/850.

5 Ebd.

6 Die Anklage im sogenannten «Werbezentrale-Prozess» gegen die Führung der KPS, der vom 15. bis 22. März 1938 vor dem Divisionsgericht 6 in Zürich stattfand, beruhte zur Hauptsache auf Informationen von Alfred Brunner.

7 Dossier Wagner, ebd.

8 Ebd.

9 *Freiheit*, 19. Dezember 1938

10 Vgl. Dossier Albert Wiener, BAR E5330 1975/95 98 1939/63.

11 Vgl. Dossier Alois Mettler, BAR E5330 1975/95 98 1938 1/82.

12 *Volksstimme*, 11. Januar 1939.

13 *Volksstimme*, 3. Februar 1939; *Freiheit*, 5. Februar 1939.

14 *Die Ostschweiz*, 14. Januar 1939.

15 Jahresbericht SAH 1939, S. 5.

16 *Erinnerungen 2*, S. 36.

17 «Aufrechte Schweizer Männer aus unsern Reihen», *Freiheit*, 1. März 1939.

18 Zitiert in: Zschokke, *Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg*, S. 64.

19 *Freiheit*, 1. März 1939

20 Vgl. «Harte Urteile gegen Spanienfahrer», *Volksstimme*, 25. Februar 1939.

21 Führungszeugnis vom 22. Februar 1939, Dossier Wagner, BAR E5330 1975/95 38/850.

22 Brief von Johannes Huber vom 1. November 1938 an Hans Thoma, Dossier Hans Thoma, BAR E5330 1975/95 98 1939/15.

- 23 Schreiben von Hans Thoma vom 14. November 1938 an Johannes Huber, Dossier Hans Thoma, BAR E5330 1975/95 98 1939/15.
- 24 Urteil des Divisionsgerichts 7 vom 14. März 1939, S. 5; BAR E5330 1975/95 38/850.
- 25 Vgl. *Volksstimme*, 25. Februar 1939, sowie Urteil gegen Hans Thoma, Dossier Thoma, BAR E5330 1975/95 98 1939/15.
- 26 Ebd.
- 27 Interview mit Walter Wagner vom 21. November 2003, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 28 Vgl. die Dossiers Franz Ritter, BAR E5330 1975/95 98 1938/808 und E2200 (-) 1973/81 Bd. 3; und Hans-Peter Onori, *Schweizer Mitbeteiligte*, Interview mit Franz R.
- 29 Vgl. Statistik der Militärurteile in Ulmi/Huber, *Les combattants suisses en Espagne républicaine*, S. 292 f.
- 30 *St. Galler Tagblatt*, 4. Februar 1939.
- 31 Großrichter Pfenninger in der mündlichen Urteilsbegründung des Divisionsgerichts 5a im Fall Oscar Läubli, vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 2. März 1937.
- 32 Düby, »Militärjustiz und Spanienfahrer«, in: *Rote Revue*, Heft 11, Juli 1937; zur Rechtfertigung der Strafpraxis vgl. Pfenninger, »Die Bekämpfung der »Spanienfahrerei«. Ein Neutralitätskonflikt zwischen den beiden Weltkriegen«, in: *Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht*, 61. Jahrgang 1946, S. 55.
- 33 Dazu existiert kaum Literatur. Vgl. den Aufsatz von Rauber »Abenteurer, Frontisten, Sozialdesperados«, in: *Tages-Anzeiger Magazin* Nr. 40, 1987; Angaben zur Zahl der Franco-Freiwilligen aus: Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zur parlamentarischen Initiative »Rehabilitierung der Flüchtlingshelfer und der Kämpfer gegen Nationalsozialismus und Faschismus«, BBl 2002 7781.
- 34 Hermann Maurer, BAR E5330 1 1937/2271; Fritz Brunner, BAR E5330 1975/95 98 1939/755.
- 35 *Erinnerungen* 2, S. 37, und Interview vom 23. November 2003, Gesprächsprotokoll beim Autor.
- 36 Zum Beispiel die beiden Berichte »Vertiert« und »Volksfront-Greuel« in der *Ostschweiz*, 7. und 22. August 1936.
- 37 Dossier Wagner, BAR E5330 1975/95 38/850.
- 38 Schreiben Trüssel vom 28. März 1939, ebd.
- 39 Schreiben Schmid vom 16. Dezember 1941, Dossier Alois Mettler, BAR E5330 1975/95 98 1938 1/82.
- 40 *Erinnerungen* 2, S. 38.
- 41 Abgedruckt in: Spiess (Hg.), »... dass Friede und Glück Europas vom Sieg der Spanischen Republik abhängt«. *Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg*, Zürich 1986, S. 213.
- 42 Brunner, *Der Nahkampf*, Zürich 1941.
- 43 *Erinnerungen* 2, S. 39.
- 44 Ebd., S. 40.

- 45 Vgl. *Schweizer Illustrierte* Nr. 13/1941.
- 46 In: Spiess (Hg.), op. cit., S. 214, Abschrift ohne Datum.
- 47 Vgl. «Unser Partisan Karl Lattmann», *Freiheit*, 29. November 1938.
- 48 Eintrag in Wagners Fiche vom 21. März 1940.
- 49 Schreiben von Major Rufenacht an die Polizeisektion der Bundesanwaltschaft vom 15. Mai 1941, Dossier Wagner E4320 (B) 1975/40 Bd. 78 C.8.865.
- 50 Schreiben der Bundesanwaltschaft vom 27. Mai 1941, ebd.
- 51 Schreiben von Lt. Leutenegger vom 6. Februar 1943 an Oblt. Sturm, Kommandant der Füsilier-Kompanie II/80; Nachlass Wagner.
- 52 Ebd.
- 53 *Erinnerungen 2*, S. 42.
- 54 Ebd., S. 37.
- 55 Aussagen der Nachkommen gegenüber dem Autor.
- 56 Interview mit Leopold Stern vom 12. Januar 2005, Gesprächsprotokoll beim Autor.

8 Vom Kommunisten zum Sozialdemokraten

- 1 *Freiheit*, September 1942, und Fiche Wagner, Eintrag vom 30. September 1942
- 2 Vgl. die Erinnerungsschrift *Werner Nef*, die von der Familie 1985 herausgegeben wurde; Privatnachlass Nef.
- 3 Fiche Wager, Eintrag vom 29. Dezember 1942.
- 4 Ebd., Eintrag vom 15. April 1944.
- 5 Ebd., Eintrag vom 11. August 1944.
- 6 Ebd., Eintrag vom 27. Februar 1945.
- 7 «St. Gallen fordert Säuberung», *Volksstimme*, 6. Juni 1945.
- 8 Vgl. auch: Bericht der Politischen Polizei St. Gallen vom 20. September 1945 über die Protestversammlung im Schützengarten, BAR E43 20 (B) 1974/47 Bd. 99.
- 9 Fiche Wagner, Eintrag vom n.Juni 1945.
- 10 *Erinnerungen 2*, S. 55.
- 11 Gemeinde-Protokoll Bd. IV 1942-1948, StadtASG 5/7 6.
- 12 Schreiben vom 22. Oktober 1946 an den städtischen Vorstand der Partei der Arbeit; Nachlass Wagner.
- 13 Protokoll des Gemeinderates St. Gallen vom 25. September 1945, S. 38 ff.
- 14 Ebd., S. 47.
- 15 Protokoll des Gemeinderates St. Gallen vom 16. April 1946, S. 202 f.
- 16 *Luzerner Kantonsblatt*, 16. Mai 1959, S. 469.
- 17 Verhandlungen des Grossen Rates des Kantons Luzern, November 1955, S. 186f., StALU J.a 2.

- 18 Verhandlungen des Großen Rates des Kantons Luzern, Mai 1957, S. 179, StALU J.a 2.
- 19 Verhandlungen des Großen Rates des Kantons Luzern, November 1956, S. 308, StALU J.a 2.
- 20 Fiche Wagner, Eintrag vom 30. April 1946.
- 21 Ebd., Eintrag vom 17. Oktober 1949.
- 22 Schreiben vom 14. Januar 1946, Nachlass Wagner.
- 23 Fiche Wagner, Eintrag vom 8. Juni 1953.
- 24 Ebd., Eintrag vom 27. Juli 1966.
- 25 Bekenntnis auf dem Deckblatt der *Erinnerungen*.
- 26 Vgl. *Freiheit*, 16. Januar 1939.
- 27 Vgl. *Ostschweizer AZ*, 21. Juni 1986; Notizen des Vortrags im Besitz des Autors.
- 28 Ebd.
- 29 Tonbandfassung des Vortrags vom 6. Juni 1994 beim Autor.

9 Verweigerte Rehabilitation

- 1 Vgl. auch Cerutti, »Pas d'amnistie pour les brigadistes. La Suisse et le débat sur l'amnistie en faveur des volontaires de la guerre d'Espagne: 1929–2002 ...«, in: *Traverse*, 2003/1.
- 2 AB Wintersession 1938, S. 20f.
- 3 Text des Aufrufs samt Unterzeichnerliste abgedruckt in *Volksstimme*, 29. Oktober 1938.
- 4 Zur neuen Strafpraxis von Großrichter Hermann Henrici vom Divisionsgericht 4 vgl. *National-Zeitung*, 12. September 1938.
- 5 *St. Galler Tagblatt*, 14. Januar 1939.
- 6 Vgl. Ratsbericht in der *Neuen Zürcher Zeitung*, 22. Dezember 1938.
- 7 Pfenninger, »Die Bekämpfung der ›Spanienfahrerei‹«, S. 55. Laut Zschokke, op. cit., S. 9, soll Pfenninger an der Universität doziert haben, es bestehe in der Armee ein Gewohnheitsrecht, dass man Juden nicht über den Grad eines Oberleutnants aufsteigen lasse.
- 8 Vgl. Ratsbericht in der *Neuen Zürcher Zeitung*, 22. Dezember 1938.
- 9 Vgl. Gautschi, *Der Landesstreik 1918*, Zürich 1988, S. 358.
- 10 *Neue Zürcher Zeitung*, 8. Januar 1939.
- 11 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Amnestiegesuche zugunsten der Teilnehmer am Spanischen Bürgerkrieg vom 20. Januar 1939, BBl 1939, S. 116.
- 12 Ebd., S. 122.
- 13 Vgl. »Die Amnestiefrage vor dem Nationalrat«, *St. Galler Tagblatt*, 3. Februar 1939.
- 14 Bericht des Bundesrates, S. 122.
- 15 Vgl. Zschokke, *Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg*, S. 80f.

- 16 *Freiheit* und *Neue Zürcher Zeitung*, 3. Februar 1939.
- 17 «Die Amnestiefrage vor dem Nationalrat», *St. Galler Tagblatt*, 3. Februar 1939.
- 18 Vgl. Ulmi/Huber, *Les combattants suisses en Espagne républicaine (1936-1939)*, S. 290 ff.
- 19 AB Herbstsession 1939.
- 20 Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zur parlamentarischen Initiative «Rehabilitierung der Flüchtlingshelfer und der Kämpfer gegen Nationalsozialismus und Faschismus», BB1 2002 7781.
- 21 Vgl. Ulmi/Huber, *Les combattants suisses en Espagne républicaine (1936-1939)*, S. 231 f.; vgl. auch die Beiträge des Kolloquiums «Les Brigades internationales. Entre solidarité révolutionnaire et politique du Komintern», Lausanne 18.-20. Dezember 1997.
- 22 Vgl. Delperrie de Bayac, *Les brigades internationales*, Paris 1968, S. 375; Skoutelsky, *L'Espoir guidait leur pas*, S. 270 f.; Pfenninger, «Die Bekämpfung der ‚Spanienfahrerei‘», S. 62.
- 23 van Doorslaer, «De vervolging van de Spanjevrijwilligers», in: *Cahiers d'Histoire du Temps Présent*, Nr. 15, Brüssel 2005; Zschokke, *Die Schweiz und der spanische Bürgerkrieg*, S. 81, hat unrecht, wenn er von einer Amnestie in Belgien schreibt. Eine solche wurde vom Parlament abgelehnt.
- 24 Nilsson, *Svenskar i spanska inbördeskriget*, Stockholm 1972; www.spartacus.schoolnet.co.uk/SPsweden.htm.
- 25 Wehenkel, *D'Spueniekämpfer. Volontaires de la guerre d'Espagne partis du Luxembourg*, Dudelange 1997, S. 84.
- 26 Dankaart/Flinterman/Groot/Vuurmans, *De oorlog begon in Spanje. Nederlanders in de Spaanse Burgeroorlog 1936-1939*, Amsterdam 1986, S. 49, S. 133 und S. 163.
- 27 Lundgreen-Nielsen, *Tro eller blaendvaerk? Danmark og den Spanske Borgerkrig 1936-1939*, Odense 2001, S. 335 und S. 365.
- 28 Vgl. Geiser, *Prisoners of the Good Fight. Americans Against Franco Fascism*, Connecticut 1986, S. 201 und S. 207; Eby, *Between the Bullet and the Lie. American Volunteers in the Spanish Civil War*, New York/Chicago/San Francisco 1969, S. 308 f.
- 29 Alexander, *British Volunteers for Liberty: Spain 1936-1939*, London 1982, S. 45 und S. 241.
- 30 Belgien am 1. Januar 1937, Frankreich am 21. Januar 1937, England am 9. Januar 1937, Deutschland am 20. Februar 1937, Luxemburg am 10. April 1937, Norwegen am 19. März 1937, Dänemark am 26. Februar 1937 oder Schweden am 5. März 1937.
- 31 Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bd. III, Basel/Stuttgart 1967, S. 202.
- 32 Gasser, *Schweizer Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg*, Lizenziatsarbeit, Zürich 1971.
- 33 Vgl. AB 1979 I, S. 531 ff., sowie AB 1982 II, S. 1483.
- 34 *Volksrecht*, 30. Juni 1986.

- 35 Vgl. www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/1989/d_gesch_19890462_002.htm.
- 36 AB N 1992 2718.
- 37 *DAZ/Volksrecht*, 25. April 1994.
- 38 Hutter, *Spanien im Herzen*, S. 7.
- 39 Vgl. »Spanien im Herzen: Blick zurück nicht ohne Zorn«, *Neue Zürcher Zeitung*, 15./16. Februar 1997.
- 40 Vgl. www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/1996/d_gesch_19961030.htm.
- 41 Vgl. www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/1999/d_gesch_19993065.htm.
- 42 Vgl. www.parlament.ch/afs/data/d/bericht/2000/d_bericht_s_k25_0_20002006_01.htm.
- 43 Vgl. www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/1999/d_gesch_19990464.htm.
- 44 Vgl. www.parlament.ch/ab/data/d/n/4616/74219/d_n_4616_74219_74329.htm.
- 45 Ulmi/Huber, op. cit. (bisher nur auf Französisch erschienen).
- 46 Der Thurgauer Nationalrat Alexander J. Baumann (SVP) in der nationalrätlichen Debatte vom 14. Dezember 2000.
- 47 Der Berner Nationalrat Bernhard Hess (Schweizer Demokraten) in der nationalrätlichen Debatte vom 13. Dezember 2002.
- 48 Vgl. das gemeinsame Forschungsprojekt der Philipps-Universität Marburg und des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes in Wien »Hochverrat, Landesverrat, Wehrkraftersetzung. Politische NS-Strafjustiz in Österreich und Deutschland« unter der Leitung von Wolfgang Form und Albrecht Kirschner, www.doew.at.
- 49 »La Tchaux«, place des Brigades internationales«, *Le Temps*, 13. Juni 2003.
- 50 Maissen, *Verweigerte Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und die Schweizer Weltkriegsdebatte 1989–2002*, Zürich 2005.
- 51 »Weiterhin keine Akteneinsicht«, *Der Bund*, 28. Februar 2006.
- 52 Keller, *Die Rückkehr. Joseph Springs Geschichte*, Zürich 2003.
- 53 Wehenkel, *D'Spueniekämpfer. Volontaires de la guerre d'Espagne partis du Luxembourg*, Dudelange 1997.
- 54 Der Abgeordnete Mars di Bartolomeo in der Parlamentsdebatte am 16. Juli 2003. Debatte im Internet: www.chd.lu/servlet/GetCR?doc=29&fn=CR021_5070.pdf#search=%22Spueniekämpfer%22.
- 55 Auszug aus der Rede Junckers: www.goesch.lu/themes/default.asp?Edition-Num=103#17.
- 56 Brief zitiert in: »Neuer Anlauf zur Rehabilitierung der Spanienkämpfer«, *WOZ Die Wochenzeitung*, 21. Dezember 2000.
- 57 *WOZ Die Wochenzeitung*, 22. April 1994.
- 58 »Die Geschichte hat uns Recht gegeben«, in: *Sonntag*, April 2004, Nr. 25.

Quellenverzeichnis

Archive

Bundesarchiv (BA)

- Eidgenössisches Militärdepartement, Militärjustiz E 5330
- Bundesanwaltschaft E 4320 (B)
- Eidgenössisches Politisches Departement E 2201
- Schweizerischer Vaterländischer Verband J 2.11

Stadtarchiv St. Gallen (StadtASG)

- Dossier Kommunistische Partei-Organisation / Fascikel No. 423 XII
- Protokolle Stadtrat
- Gemeinde-Protokoll
- Protokoll des Gemeinderates St. Gallen

Einwohneramt der Stadt St. Gallen

Staatsarchiv St. Gallen (StASG)

- Politische Polizei A116
- Amtsberichte des St. Galler Regierungsrates
- Protokoll des Grossen Rates

Staatsarchiv Luzern (StALU)

- Verhandlungen des Grossen Rates des Kantons Luzern
- Luzerner Kantonsblatt

Schweizerisches Sozialarchiv (SSA)

- Kleindokumente Spanischer Bürgerkrieg, 335-70 bis 335-76
- Onori Hanspeter, Protokolle von Gesprächen über Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg, 335-71-13

**Zentralbibliothek Zürich, Bestand Studienbibliothek zur
Geschichte der Arbeiterbewegung (SGBA)**

- SGBA Ar. 102
- Nachlass Interessengemeinschaft ehemaliger schweizerischer Spanienkämpfer (ungeordnet)

Archiv für Zeitgeschichte ETH Zürich (AfZ ETH)

- Nachlass Heberlein

**Russisches Staatsarchiv für politische und soziale Geschichte
(RGASPI)**

- Interbrigaden 495-1 bis 545-6
- Leninschule 531-1

**Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
(DöW), Wien**

- Spanien-Dokumentation

Zeitungen und Zeitschriften

- Ostschweizer Arbeiterzeitung
- Volksstimme
- Die Ostschweiz
- St. Galler Tagblatt
- Der Volksfreund
- Kämpfer
- Der Kämpfer
- Freiheit
- Travail
- Basler AZ
- Volksrecht/DAZ
- Neue Zürcher Zeitung NZZ
- Le Temps
- WOZ Die Wochenzeitung
- Allgemeine Schweizerische Militärzeitung
- Sonntag
- Schweizer Illustrierte
- Traverse
- Rote Revue

Auswahlbibliografie

- 100 Jahre «Die Ostschweiz» 1874-1974, St. Gallen 1974
- Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Hg.), *Die Völker an der Seite der Spanischen Republik 1936-1939*, Moskau 1975
- Alexander, Bill, *British Volunteers for Liberty: Spain 1936-1939*, London 1982
- Alonso Baquer, Miguel, *El Ebro. La batalla decisiva de los eien dias*, Madrid 2003
- Alternatt, Urs (Hg.), *Die Schweizer Bundesräte*, 2. Aufl., Zürich/München 1992
- Arbeitsgemeinschaft Schweizer Spanienfreiwilliger (Hg.), *Schweizer kämpfen in Spanien. Erlebnisse der Schweizer Freiwilligen in Spanien*, redigiert von Max Wullschleger, Zürich 1939
- Baberowski, Jörg, *Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*, München 2003
- Balfour, Sebastian, *Deadly Embrace. Morocco and the Road to the Spanish Civil War*, Oxford/New York 2002
- Battel, Franco, «Wo es hell ist, dort ist die Schweiz». *Flüchtlinge und Fluchthilfe an der Schaffhauser Grenze zur Zeit des Nationalsozialismus*, Zürich 2000
- Baumann, Gerold Gino (in Zusammenarbeit mit Haener, Daniel), *Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg*, unpubl. Manuskript, Aarau o. J.
- Beevor, Antony, *Der Spanische Bürgerkrieg*, München 2006
- Béguin, Jean-Marc/Bavaud, Pierre, *Les oubliés. Trois Suisses de la guerre d'Espagne*, Yens-sur-Morges 1998
- Berg, Angela, *Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939*, Essen 2005
- Bernecker, Walther L. (Hg.), *Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939*, München 1980
- Bernecker, Walther L., *Spanische Geschichte. Von der Reconquista bis heute*, Darmstadt 2002
- Bernecker, Walther L., *Krieg in Spanien 1936-1939*, 2. Aufl., Darmstadt 2005
- Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören, *Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2006*, Nettersheim 2006
- Bolloten, Burnett, *The Grand Camouflage. The Spanish Civil War and Revolution 1936-1939*, London 1968
- Bolloten, Burnett, *The Spanish Civil War. Revolution and Counterrevolution*, New York 1991

- Bonjour, Edgar, *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bd. III, Basel/Stuttgart 1967
- Borkenau, Franz, *Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Augenzeugenbericht*, Stuttgart 1986
- Bredel, Willi, *Spanienkrieg. Zur Geschichte der Internationalen Brigaden*, Berlin/ Weimar 1986
- Broué, Pierre/Témime, Emile, *Revolution und Krieg in Spanien*, Frankfurt a.M. 1968
- Broué, Pierre, *Staline et la révolution. Le cas espagnol (1936-1939)*, Paris 1993
- Broué, Pierre, *Histoire de L'Internationale communiste 1919-1943*, Paris 1997
- Brunner, Matthias, *Der Nahkampf*, Zürich 1941
- Castells, Andreu, *Las Brigadas Internacionales de la guerra de Espana*, Barcelona 1974
- Cerutti, Mauro, «Pas d'amnistic pour les brigadistes. La Suisse et le débat sur l'amnistic en faveur des volontaires de la guerre d'Espagne: 1929-2002...», in: *Traverse*, 2003/1
- Cerutti, Mauro/Guex, Sébastien/Huber, Peter (Hg.): *La Suisse et l'Espagne de la République à Franco (1936-1946)*, Lausanne 2001
- Cerutti, Mauro, zus. mit Favez, Jean-Claude/Fleury-Seemüller, Michèle, *Documents Diplomatiques Suisses*, Bd. 11 (1934-1936), Bern 1989
- Cierva, Ricardo de la, *Las Brigadas Internacionales 1936-1996. La verdadera historia. Mentira historica y error de Estado*, Toledo 1997
- Collado Seidel, Carlos, *Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts*, München 2006
- Courtois, Stéphane/Werth, Nicolas et al. (Hg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München 1998
- Dankaart, Hans/Flinterman, Jaap-Jan/Groot, Frans/Vuurmans, Rik, *De oorlog begon in Spanje. Nederlanders in de Spaanse Burgeroorlog 1936-1939*, Amsterdam 1986
- Dehl, Oleg/Barck, Simone/Mussienko, Natalia/Plener, Ulla (Hg.), *Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in den 30er Jahren*, Berlin 2000
- Delperrie de Bayac, Jacques, *Les brigades internationales*, Paris 1968
- Dimitroff, Georgi, *Tagebücher 1933-1943*, Berlin 2000
- Doka, Carl, *Begegnungen. (C.D. blickt zurück)*, Zug 1972
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), *Für Spaniens Freiheit. Österreicher an der Seite der Spanischen Republik 1936-1939. Eine Dokumentation*, Wien 1986
- Doorslaer, Rudi van, «De vervolging van de Spanjevrijwilligers», in: *Cahiers d'Histoire du Temps Présent*, Nr. 15, 2005
- Drews, Isabel, «Schweizer erwache!» *Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967-1978)*, Frauenfeld 2005
- Düby, Kurt, «Militärjustiz und Spanienfahrer», in: *Rote Revue*, Heft 11, Juli 1937
- Eby, Cecil, *Between the Bullet and the Lie. American Volunteers in the Spanish Civil War*, New York/Chicago/San Francisco 1969

- Egger, Gernot, «Vorarlberg und die Republik in Spanien 1936-1939» in: Pichler, Manfred (Hg.), *Nachträge zur neueren vorarlbergischen Landesgeschichte*, Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 1, Bregenz 1983
- Egger, Heinz, *Die Entstehung der Kommunistischen Partei der Schweiz*, Zürich 1952.
- Ehrenzeller, Ernst, *Geschichte der Stadt St. Gallen*, St. Gallen 1988
- Engeler, Urs Paul, *Grosser Bruder Schweiz*, Zürich 1990
- Eisenberger, Hans Magnus, *Der kurze Sommer der Anarchie*, Frankfurt a.M. 1972
- Eisenwein, George/Shubert, Adrian, *Spain at War. The Spanish Civil War in Context 1931-1939*, London 1995
- Espinosa Maestre, Francisco, *El fenómeno revisionista o los fantasmas de la derecha española*, Badajoz 2005
- Fitzpatrick, Sheila, *Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930*, New York 1999
- Gasser, Kurt, *Schweizer Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg*, Lizenziatsarbeit, Zürich 1971
- Gautschi, Willi, *Der Landesstreik 1918*, Zürich 1988
- Gedenkschrift Oberst Philipp Heitz (1876-1934)*, o. O., o.J.
- Geiser, Carl, *Prisoners of the Good Fight. Americans Against Franco Fascism*, Connecticut 1986
- Glaeser, Ernst/Weiskopf Franz Carl/Kurella, Alfred, *Der Staat ohne Arbeitslose*, Berlin 1931
- Glaus, Beat, *Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930-1940*, Zürich/Einsiedeln/Köln 1969
- Goehrke, Carsten, *Russischer Alltag. Sowjetische Moderne im Umbruch*, Zürich 2005
- Goffman, Erving, *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt a.M. 1972
- Gorkin, Julian, *Stalins langer Arm. Die Vernichtung der freiheitlichen Linken im Spanischen Bürgerkrieg*, Köln 1980
- Gruner, Erich et al., *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880-1914*, Zürich 1988
- Hemingway, Ernest, *Wem die Stunde schlägt*, Frankfurt a.M. 1961
- Hersche, Otmar (Hg.), *Geschichtsbilder, Widerstand, Vergangenheitspolitik. Eine Dokumentation mit Texten von Nils de Dardel, Otmar Hersche, Peter Huber, Stefan Keller, Regula Ludi, Paul Rechsteiner, Antonia Schmidlin und anderen*, Zürich 2002
- Hofmaier, Karl, *Erinnerungen eines Schweizer Kommunisten 1917-1947*, Zürich 1978
- Holenstein, Dr. Thomas, *100 Jahre konservative Volkspartei*, St. Gallen 1934
- Hommel, Klaus, *Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939*, Regensburg 1990

- Huber, Johannes, *Bolschewismus oder Sozialismus?*, Verlag Volksstimme, St. Gallen o.J.
- Huber, Peter, *Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern*, Zürich 1994
- Huber, Peter, «Schweizer Spanienkämpfer in den Fängen des NKWD», in: *Schweizer Zeitschrift für Geschichte*, Nr. 41, 1991
- Huber, Peter/Uhr, Michael, «Politische Überwachung und Repression in den Internationalen Brigaden (1936-1938)», in: *Forum für osteuropäische Zeitgeschichte*, 2001, Heft 2
- Humbert-Droz, Jules, *Werbezentrale für Spanien?*, Basel o.J. (1937)
- Humbert-Droz, Jules, *Dix ans de lutte antifasciste 1931-1941*, Neuchâtel 1972
- Hutter, Hans, *Spanien im Herzen. Ein Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg*, Zürich 1996
- Jackson, Gabriel, *The Spanish Republic and the Civil War 1931-1939*, Princeton 1965
- Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.), *Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1943*, Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5, Bregenz 1985
- Jost, Hans-Ulrich, *Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900*, Zürich 1992
- Kälin, Urs, *Leben heisst kämpfen. Bilder zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterjugend Zürich 1928-1940*, Zürich 2001
- Kaegi-Fuchsmann, Regina, *Das gute Herz genügt nicht. Mein Leben und meine Arbeit*, Zürich 1968
- Kaestli, Tobias, *Selbstbezogenheit und Offenheit. Die Schweiz in der Welt des 20. Jahrhunderts*, Zürich 2005
- Kamber, Peter, *Geschichte zweier Leben. Wladimir Rosenbaum & Aline Valangin*, Zürich 1990
- Kantorowicz, Alfred, *Tschapaiew. Das Bataillon der 21 Nationen. Dargestellt in Aufzeichnungen seiner Mitkämpfer*, Madrid 1938
- Kantorowicz, Alfred, *Spanisches Kriegstagebuch*, Köln 1966
- Keller, Stefan, *Grünigers Fall. Geschichten von Flucht und Hilfe*, Zürich 1993
- Keller, Stefan, *Die Rückkehr. Joseph Springs Geschichte*, Zürich 2003
- Kirsch, Hans Christian, *Der Spanische Bürgerkrieg in Augenzeugenberichten*, Düsseldorf/Fribourg 1967
- Knauer, Mathias/Frischknecht, Jürg, *Die unterbrochene Spur. Antifaschistische Emigration in der Schweiz von 1933 bis 1943*, Zürich 1983
- Knight, Amy, *Who killed Kirov? The Kremlin's Greatest Mystery*, New York 1999
- Koehlin, Heiner, *Die Tragödie der Freiheit. Spanien 1936-1937. Die Spanische Revolution. Ideen und Ereignisse*, Berlin 1984
- Köstenberger, Julia, *Die Internationale Leninschule*, unpubl. Referat, April 2004
- Koestler, Arthur, *Als Zeuge der Zeit. Das Abenteuer meines Lebens*, Frankfurt a.M. 2005

- Kopelew, Lew, *Und schuf mir einen Götzen. Lehrjahre eines Kommunisten*, Hamburg 1979
- Krivitsky, Walter G., *Ich war Stalins Agent!*, Grafenau 1990
- Krummenacher, Jörg, *Flüchtiges Glück. Die Flüchtlinge im Grenzkanton St. Gallen zur Zeit des Nationalsozialismus*, Zürich 2005
- Lafuente, Isaias, *Esclavos por la patria. La explotación de los presos bajo el franquismo*, Madrid 2002
- Landauer, Hans in Zusammenarbeit mit Hackl, Erich, *Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936-1939*, Wien 2003
- Las Brigadas Internacionales*, ayer (Revista de Historia Contemporáneo) 56/2004(4), Madrid 2004
- Lenzinger, Dr. iur. Josef, *Die schweizerische Militärgerichtsbarkeit. Systematisch dargestellt*, Aarau 1928
- Longo, Luigi, *Die Internationalen Brigaden in Spanien*, Berlin o. J.
- Lorenzo, César M., *Le mouvement anarchiste en Espagne. Pouvoir et révolution sociale*, Toulouse 2004
- Lundgreen-Nielsen, Kay, *Tro eller blaendvaerk? Danmark og den Spanske Borgerkrig 1936-1939*, Odense 2001
- Lupp, Björn-Erik, *Von der Klassensolidarität zur humanitären Hilfe. Die Flüchtlingspolitik der politischen Linken 1930-1930*, Zürich 2006
- Lustiger, Arno, *Schalom Libertad! Juden im spanischen Bürgerkrieg*, Berlin 1989
- McLoughlin, Barry, «Stalinistische Rituale von Kritik und Selbstkritik in der Internationalen Leninschule», Moskau, 1926-1937, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung*, Berlin 2003
- Maeder, Eva/Lohm, Christina (Hg.), *Utopie und Terror. Josef Stalin und seine Zeit*, Zürich 2003
- Maissen, Thomas, *Verweigerte Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und die Schweizer Weltkriegsdebatte 1989-2002*, Zürich 2005
- Martinez de Banos Carrillo, Fernando (Coordinador), *Guerra Civil Aragón*, Zaragoza 2004
- Mattioli, Aram, *Experimentierfeld der Gewalt. Der Abessinienkrieg und seine internationale Bedeutung 1933-1941*, Zürich 2005
- Mayenburg, Ruth von, *Hotel Lux*, München 1978
- Meier, Oliver, *Amnestie für Schweizer Spanienkämpfer? Dramaturgie einer vergessenen Debatte (1937-1939)*, Lizentiatsarbeit, Universität Freiburg, Februar 2007.
- Militärakademie Friedrich Engels (Hg.), *Pasaremos. Deutsche Antifaschisten im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes*, Berlin 1966
- Minnig, Albert, *Diario di un volontario svizzero nella guerra di Spagna*, Lugano 1986
- Moa, Pio, *Los mitos de la Guerra Civil*, Madrid 2003
- Mühlen, Patrick von zur, *Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939*, Berlin/Bonn 1985
- Mühlestein, Hans, *Spanien und Wir. Die Schweiz und Europa*, Basel 1937

- Müller, Paul, «*Wir wollten die Welt verändern*». *Stationen im Leben eines Altsozialisten*, Frankfurt a.M. 1987
- Müller, Reinhard, *Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung*, Hamburg 2001
- Müller, Reinhard, *Herbert Wehner Moskau 1937*, Hamburg 2004
- Nilsson, Göte, *Svenskar i spanska inbördeskriget*, Stockholm 1972
- Oertle, Vincenz, «*Sollte ich aus Russland nicht zurückkehren...*». *Schweizer Freiwillige an deutscher Seite 1939-1945. Eine Quellensuche*, Zürich 1997.
- Österreicher im Spanischen Bürgerkrieg. *Interbrigadisten berichten über ihre Erlebnisse 1936 bis 1945*, Wien 1986
- Onori, Hans-Peter, *Schweizer Mitbeteiligte am Spanischen Bürgerkrieg im Spiegel ihrer Prozesse*, Lizenziatsarbeit, Basel 1977
- Orwell, George, *Mein Katalonien. Bericht über den Spanischen Bürgerkrieg*, Zürich 1975
- Overy, Richard, *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Russland*, München 2005
- Payne, Stanley G., «The NKVD in Spain. Questions by Stanley Payne, answers bei Alexander Orlov», in: *Forum für osteuropäische Zeitgeschichte*, 4. Jahrgang 2000, Heft 2
- Payne, Stanley, *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*, München/Berlin 2001
- Paz, Abel, *Durruti. Leben und Tode des spanischen Anarchisten*, Hamburg 1993
- Peirats, José, *La CNT en la revolucion espanola*, Bd. I-III, Madrid 1971
- Pennetier, Claude et al., *Komintern: L'histoire et les hommes. Dictionnaire biographique de l'Internationale communiste*, Paris 2001
- Pfenninger, Prof. Dr. Hans Felix, «Die Bekämpfung der ‚Spanienfahrerei‘. Ein Neutralitätskonflikt zwischen den beiden Weltkriegen», in: *Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht*, 61. Jahrgang 1946
- Preston, Paul, *Franco. A Biography*, London 1995
- Preston, Paul, *The Crimes of Franco* (The Len Crome Memorial lecture, delivered at the Imperial War Museum on 12 March 2005), Ms.
- Räuber, Urs, «Abenteurer, Frontisten, Sozialdesperados», in: *Tages-Anzeiger Magazin* Nr. 40, Zürich 1987
- Regler, Gustav, *Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte*, Köln 1958
- Reig Tapia, Alberto, «Ideologia e historia. Quosque tandem, Pio Moa?», in: *Sistema*, 177/2003
- Requena Gallego, Manuel (Coordinador), *La Guerra Civil y Las Brigadas Internacionales*, Cuenca 1998
- Reverte, Jorge M., *La Batalla del Ebro*, Barcelona 2003
- Richardson, R. Dan, *Comintern Army. The International Brigades and the Spanish Civil War*, Kentucky 1982
- Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner (Hg.), *Historische Statistik der Schweiz*. Unter der Leitung von Hansjörg Siegenthaler, Zürich 1996
- Rocker, Rudolf, *Die spanische Tragödie*, Berlin 1976

- Rodrigo, Javier, *Cautivos. Campos de concentraciòn en la Espana franquista, 1936-1947*, Barcelona 2005
- Romero, Eladi, *Itinerarios de la guerra civil espanola. Guia del viajero curioso*, Barcelona 2001
- Rosenberg, Odette, *Lydia Woog, eine unbequeme Frau. Schweizer Aktivistin und Kommunistin*, Zürich 1991.
- Sana, Heleno, *Die libertäre Revolution. Die Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg*, Hamburg 2000.
- Sankt-Galler Geschichte 2003, Bd. 7. Die Zeit des Kantons, 1914-1943: Krise, Klassenkampf und Krieg*, St. Gallen 2003.
- Schäfer, Max (Hg.), *Spanien 1936-1939. Erinnerungen von Interbrigadisten aus der BRD*, Frankfurt a.M. 1976
- Schafranek, Hans, *Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei*, Wien 1998
- Schauff, Frank, *Der verspielte Sieg. Sowjetunion, Kommunistische Internationale und Spanischer Bürgerkrieg 1936-1939*, 2. Aufl., Frankfurt a.M./New York 2005
- Schauff, Frank, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Göttingen 2006
- Schmigalle, Günther (Hg.), *Der Spanische Bürgerkrieg. Literatur und Geschichte*, Frankfurt a.M. 1986
- Schwarz, Urs, *Im Spanien Francos 1937-1937*, Separatdruck aus der Neuen Zürcher Zeitung, Zürich 1937
- Schweizer Freiwillige in Spanien. Otto Brunner, der Kommandant des Sturmabteiles «Tschapajew»*, o.O, o.J.
- Schweizerischer Vaterländischer Verband (Hg.), *Der Schweizerische Vaterländische Verband. Was wir wollen. Ein mahndendes Wort in schwerer Zeit*, o. O., o.J.
- Silva, Emilio/Macias, Santiago, *Las fosas de Franco*, Madrid 2003
- Skoutelsky, Rémi, *L'espoir guidait leur pas. Les volontaires français dans les Brigades internationales 1936-1939*, Paris 1998
- Skoutelsky, Rémi, *Novedad en el frente. Las Brigadas Internacionales en la Guerra Civil*, Madrid 2006
- SP des Kantons St. Gallen (Hg.), *100 Jahre SP Kanton St. Gallen*, St. Gallen 2005
 «Spanienmajor Otto Brunner. Aus dem abenteuerlichen Leben eines streitbaren und umstrittenen Schweizers», in: *Der schweizerische Beobachter*, Nr. 6, 7, 8, 9 und 10, 44. Jg., 1970
- Spiess, Heiner (Hg.), «...dass Friede und Glück Europas vom Sieg der Spanischen Republik abhängt». *Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg*, Zürich 1986
- Spirig, Martin, *Erinnerungen*. Unpubliziertes Manuskript, St. Gallen o.J.
- Stauffner, Ernst, *Spanienkämpfer. Erinnerungen eines Freiwilligen aus dem Spanischen Bürgerkrieg, 1936-1939*, Biel 1986
- Stettler, Peter, *Die Kommunistische Partei der Schweiz 1921-1931*, Bern 1980
- Studer, Brigitte, *Sous l'œil de Moscou. Le Parti communiste suisse et l'Internationale 1931-1943*, Zürich 1996

- Studer, Brigitte, *Un parti sous influence. Le Parti communiste suisse, une section du Komintern 1931-1939*, Lausanne 1994
- Studer, Brigitte/Unfried, Berthold, *Der stalinistische Parteikader. Identitätsstiftende Praktiken und Diskurse in der Sowjetunion der dreissiger Jahre*, Köln/Weimar/Wien 2001
- Studer, Brigitte/Haumann, Heiko (Hg.), *Stalinistische Subjekte. Individuum und System in der Sowjetunion und der Komintern 1929-1953*, Zürich 2006
- Teubner, Hans, *Exilland Schweiz. Dokumentarischer Bericht über den Kampf emigrierter deutscher Kommunisten 1933-1945*, Frankfurt a.M. 1975
- Thalmann, Clara und Paul, *Revolution für die Freiheit. Stationen eines politischen Kampfes, Moskau/Madrid/Paris*, Hamburg 1977
- Thomas, Hugh, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Frankfurt a.M./Berlin 1961
- Thürer, Andreas, *Der Schweizerische Vaterländische Verband und die in ihm zusammengeschlossenen Bürgerwehren 1919-1923*, Lizentiatsarbeit, Basel 1976
- Tosstorff, Reiner, *Die POUM in der spanischen Revolution*, Köln 2006
- Tunon de Lara, Manuel et al., *Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandesaufnahme*, Frankfurt a.M. 1987
- Uhl, Michael, *Mythos Spanien. Das Erbe der internationalen Brigaden in der DDR*, Bonn 2004
- Ulmi, Nic/Huber, Peter, *Les combattants suisses en Espagne républicaine (1936-1939)*, Lausanne 2001
- Unabhängige Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg, *Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg*, Zürich 2002
- Vaucher, Charles Ferdinand, *Aus meiner linken Schublade. Erzählungen eines Lebens*, Zürich 1996
- Vilar, Pierre, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Berlin 1987
- Vinas, Angel, *Franco, Hitler y el estallido de la guerra civil. Antecedentes y consecuencias*, Madrid 2001
- Wagner, Walter, *Erinnerungen an meine Jugendzeit – Moskau – Spanien*, o. O., o.J.
- Wandeier, Josef, *Die KPS und die Wirtschaftskämpfe 1930-1933*, Zürich 1978
- Weber, Hermann/Herbst, Andreas, *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004
- Weber, Hermann/Mählert, Ulrich (Hg.), *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953*, Paderborn 1998
- Weber, Jürgen Reinhard, *Jeder Betrieb eine rote Festung. Die KPÖ in Vorarlberg 1920-1956*, Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft, Nr. 32, Feldkirch 1994
- Wehenkel, Henri, *D'Spueniekämpfer. Volontaires de la guerre d'Espagne partis du Luxembourg*, Dudelange 1997
- Werner Nef, *Erinnerungsschrift an Werner Nef (1902-1980)*, Basel 1985
- Wichers, Hermann, *Im Kampf gegen Hitler. Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933-1940*, Zürich 1994

- Wolf, Walter, *Faschismus in der Schweiz. Die Geschichte der Frontenbewegung in der deutschen Schweiz 1930-1945*, Zürich 1969
- Wullschleger, Max, *Vom Revoluzzer zum Regierungsrat. Zeuge einer bewegten Zeit*, Basel 1989
- Zavala, José Maria, *En Busca de Andreu Nin. Vida y muerte de un mito silenciado de la Guerra Civil*, Barcelona 2005
- Zschokke, Helmut, *Die Schweiz und der Spanische Bürgerkrieg*, Zürich 1976
- Zukov, Juri, «Der Mord an Kirov. Aus den Ermittlungsakten», in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, Nr. 2/1999

Abkürzungsverzeichnis

AIZ	Arbeiter-Illustrierte Zeitung
Bupo	Bundespolizei
CNT	Confederacion Nacional del Trabajo (Nationale Konföderation der Arbeit)
CVP	Christlich-demokratische Volkspartei
CSS	Centrale Sanitaire Suisse
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DZZ	Deutsche Zentral-Zeitung
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FAI	Federación Anarquista Ibérica (Iberische Anarchistische Föderation)
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GPU	Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie (Staatliche politische Verwaltung, Geheimdienst-Vorläuferin des NKWD)
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
ILS	Internationale Leninschule
IRH	Internationale Rote Hilfe
KJV	Kommunistischer Jugendverband
KK	Katholisch-Konservative
Komintern	Kommunistische oder III. Internationale
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPS	Kommunistische Partei der Schweiz
KPSG	Sektion St. Gallen der Kommunistischen Partei der Schweiz
KUNMZ	Kommunističeskij universitet nacionalnych mensinstv zapada («Universität des Westens«)
KUTV	Kommunističeskij universitet trudjaščichsja vostoka («Universität des Ostens«)
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantischer Verteidigungspakt)
NKWD	Narodnyj Kommissariat po Vnutrennym (Volkskommissariat des Innern)

NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OMS	Ofdel međunarodnoj svjazi (Abteilung für internationale Verbindungen der Komintern)
PCE	Partido Comunista Española
PdA	Partei der Arbeit
POP	Parti ouvrier et populaire
POUM	Partido Obrero de Unificación Marxista (Arbeiterpartei der Marxistischen Vereinigung)
PSUC	Partit Socialista Unificat de Catalunya (Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens)
RGASPI	Russisches Staatsarchiv für politisch-soziale Geschichte
RGO	Rote Gewerkschaftsopposition
RH	Rote Hilfe
SAH	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SJS	Sozialistische Jugend der Schweiz
SIM	Servicio de Investigación Militar (Militärischer Geheimdienst)
SMUV	Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband (ab 1992: Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen)
SP	Sozialdemokratische Partei
SPO	Sozialdemokratische Partei-Opposition
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SU	Sowjetunion
SVV	Schweizerischer Vaterländischer Verband
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UGT	Unión General de Trabajadores
VHTL	Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter (ab 1982 Gewerkschaft Verkehr Handel Transport Lebensmittel)
VV	Vaterländischer Verband
WKP(b)	Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija Bolševikov (Russische bolschewistische Partei, Vorläuferin der KPdSU)
ZK	Zentralkomitee

Orts-, Personen- und Sachregister

- «Abraham Lincoln», Bataillon 185, 288
Action nationale suisse contre le communisme 113
Aenishanslin, Moritz, siehe Hanslin 182, 183, 185
Albacete 16,149, 180, 185, 189, 191, 195-199, 201, 202, 204-207, 210-215, 223, 233, 234, 241, 243, 259
Alcaniz 219
Amposta 228, 232
«André Marty», Bataillon 232
Arbeiterschutzwehr 62
Arbeiterschwimmklub Fichte 40
Argelès-sur-Mer 150, 237
Arnold, Emil (1897-1974) 207
«Ascaso», Kolonne 193
Association de soutien aux combattants suisses des Brigades internationales en Espagne 293, 295
Aubert, Théodore (1878-1963) 112, 113
Azaila 15, 192, 194, 198, 222
Azaha, Manuel (1880-1940) 160
Babich, Tony 202
Bahník, Wilhelm (1900-1938) 199
Balsiger, Dr. Werner (1889-1969) 135, 140
Batea 225
Bau- und Holzarbeiterverband 69, 178
Baumann, Johannes (1874-1953) 123, 283, 285, 286
Belchite 178, 194, 216, 217, 220, 222, 223, 230, 233, 238, 274, 275
Benninger AG 31
Besprizorni 87
Biberstein, Arnold (1865-1934) 124
Bickel, Ernst (1908-1938) 209, 210, 213-215, 234
Bircher, Eugen (1882-1956) 121
Blatter, Hans (1904-?) 140, 141, 198, 205
Bleisch, Albert 269
Blum, Léon (1872-1950) 184
Bodenmann, Marino (1893-1964) 115, 141, 157, 158, 175, 211, 212, 243, 247, 281, 283, 295
Bommer, Erwin (1912-1988) 137, 177, 244, 246, 251, 256
Bonjour, Edgar 290
Bosshard, Oskar (1909-2006) 117, 177, 178
Braun, Heinz 78
Bringolf, Walther (1985-1981) 172
Bruderer, Robert (1913-1937) 140, 177, 178, 183, 195, 204, 274, 275
Bruggmann, Edi 40
Bruggmann, Hans 182, 185
Bruggmann, Liseli 40
Brunete 177, 215, 233

- Brunner, Alfred 243
 Brunner, Anni 234, 235
 Brunner, Matthias 256-258, 260, 261, 271
 Brunner, Otto 56, 157, 165, 170, 186, 198, 200, 207, 209, 215, 216, 229, 243, 251, 266, 277, 284
 Bühler 140
 Bund nationalsozialistischer Eidgenossen 59
 Bürgerwehr St. Gallen 123, 128
 Bursier 230
 Caballero, Francisco Largo (1872-1947) 185, 188
 Canova, Gaudenz (1887-1962) 37
 «Carlos Marx», Kolonne 164, 193, 233, 234
 Casa de Campo 187
 Casado, Segismundo 237
 Caspe 15, 224, 225
 Centrale Sanitaire Suisse CSS 10, 245
 Cerbère 189
 Cincera, Ernst 132
 Confederación Nacional del Trabajo CNT 188, 191, 192, 198, 251, 179
 Corpo Truppe Volontarie CTV 160
 Courtois, Stéphane 208
 Dahlem, Franz (1892-1981) 76, 147
 Dannacher, Hans (1898-1938) 115
 Dardel, Jean-Nils de 293, 295
 Dettner, Fritz (1905-1937) 77-79, 101, 199
 Diacon, Georges (1910-1985) 69, 70, 72, 76, 157
 Dimitroff, Georgi (1882-1949) 76, 132
 Dindo, Richard 290
 Doka, Carl (1896-1980) 152-154
 Dollfuss, Engelbert (1892-1934) 127, 143, 174
 «Dombrowski», Brigade 185
 Doppler, Max 186
 Dreifuss, Ruth 292, 296
 Dübi, Lydia 72
 Düby, Kurt (1900-1951) 12, 252
 Durruti, Buenaventura (1896-1936) 187, 192, 193
 Eberle, Karl 248
 Eberle, Leo (1895-?) 124, 125, 247
 «Edgar André», Bataillon 216
 Egli, Armin (1898-?) 62, 125-128, 154
 Entente internationale contre la Ille Internationale 112
 Enzensberger, Hans Magnus 160
 Escatron 222
 Falkenhausen, Walter Freiherr von 127
 Falset 244
 Federación Anarquista Ibérica FAI 188, 279
 Feldmühle Rorschach 47
 Fenkart, J. 247
 «Fernando» (d. i. Wilhelm Bahnik) 199
 Figueras 189, 234
 Flawil 16, 25-27, 31, 256
 Forel, Oscar 245
 Foucault, Michel 82, 98
 Fraga 225
 Francia, Centuria 192
 Franco, Francisco (1892-1975) 8, 12, 15, 16, 145, 159, 162, 163, 167, 168, 178, 179, 185, 187, 188, 199, 214, 215, 217-220, 222, 224-227, 230-236, 238, 239, 245, 252, 259, 261, 263, 275, 277, 282, 289, 290
 Frei, Rudolf (1904-1984) 72, 75, 206-212, 229, 267
 Frei, Walter (1902-1981) 35, 39, 44, 47-49, 60, 67, 68, 116, 129, 130, 137, 139, 155, 156
 Frei-Rutishauser, Hulda 49

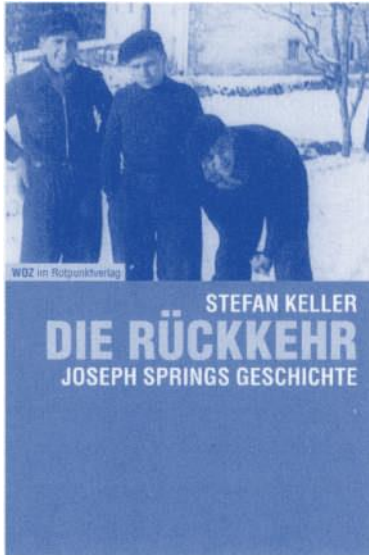
- Freie Jugend 268
 Frey, Emil (1838-1922) 248
 Fritz, Anton (Toni) (1914-?) 137, 177,
 178, 183
 Fritz, Mario (1911-1937) 178, 183, 225
 Furrer, Wilhelm 72
 G. Thoma & Co. AG 50, 146, 178
 «Gallo», siehe Longo, Luigi 185
 Gandesa 214, 223, 225, 226, 228
 Gansser, A. 124
 «Garibaldi», Brigade 185
 Gebrüder Bühler AG 30
 Genfer Blutnacht 114
 Gestapo 119, 120, 145, 150, 295
 Gladio 132
 Glatzer 21, 78, 200, 223
 Gloor, Otto 213, 243
 Goebbels, Joseph (1897-1945) 127
 Goffman, Erving 99
 Gorbach, Max (1904-?) 147, 149, 150,
 177, 178
 Göring, Hermann (1893-1946) 8 111,
 159, 168
 Gottlosen-Bewegung 129
 GPU Gosudarstvennoe politiceskoe
 upravlenie (russischer Geheimdienst)
 70
 Graf, Walter «Moritz» (1916-1978) 177,
 178, 244, 246, 251
 Grimm, Robert (1881-1958) 282
 Grobet, Christian 293, 295
 Gründler, Christof 269
 Grüninger, Paul (1892-1972) 118, 125,
 137, 138, 146, 149, 172, 181, 182,
 241, 292, 294, 297
 Grütliverein 26, 27
 Guadalajara 187, 259
 Guardia Civil 163
 Güntensberger, Adolf 282
 Günter, Paul 291, 295
 Gurs 150, 237
 Gustloff, Wilhelm (1895-1936) 168
 Haas, Emil 209, 214
 «Hans Beimier», Brigade 185
 Hanslin, Moritz (1893-?) 182
 Heartfield, John 171
 Heitz, Philipp (1876-1934) 123, 124, 128
 Hemingway, Ernest 196
 Hengartner, O. 247
 Herz, Alfred 208
 «Hess» (d. i. Kurt Schwotzer) 197, 199
 Hiestand, Hans Heinrich 42, 48
 Hilfskomitee für das republikanische
 Spanien 184
 Himmeler, Heinrich (1900-1945) 127
 Hofmaier, Karl (1897-1988) 157, 165,
 180, 198
 Hofstetter, Hans (1917-1937) 177
 Holenstein, Thomas (1858-1942) 121
 Horat, Alois 152
 Hotel Lux 89, 90, 98
 Huber, Hans (1915-1981) 177, 183, 244-
 246, 251, 253, 271, 275
 Huber, Johannes (1979-1947) 12, 41,
 246-248, 283, 285, 286, 295
 Huber, Otto Julius 61
 Huber, Peter 22, 24, 71, 175, 207
 Huesca 192, 225
 Humbert-Droz, Jules (1891-1971) 49,
 157, 169, 229
 «Hungerbühler», Maschinenfabrik 31
 Hunziker, Albert 277
 Hutter, Hans (1913-2006) 21, 24, 193,
 194, 203, 219, 263, 292, 299
 Ibarruri, Dolores («La Pasionaria»)
 (1895-1989) 76, 236
 Interessengeneinschaft ehemaliger
 Schweizerischer Spanienkämpfer 277,
 278, 299
 Internationale Arbeiterhilfe IAH 40, 46

- Internationale Rote Hilfe IRH 68, 144, 184
- Internationales Agrarinstitut 90
- Jarama 187
- Juncker, Jean-Claude 298
- Kägi-Fuchsmann, Regina (1889-1971) 172
- Kantorowicz, Alfred 150
- Kappeler, Carl (1880-1947) 110, 111, 113, 114, 270, 271
- Karrer, Mario (1907-1993) 53, 109
- Katholisch-konservative Partei 121, 126, 127, 152, 286
- Kaufmann, Gustav 72
- Keel, Valentin (1874-1945) 43, 118, 125
- Keller, Stefan 292
- Kern, Dora (1912-?) 92, 93
- Kessler, R. (d. i. Walter Wagner) 241
- Kiener, Emma 261
- Kirow, Sergej (1886-1934) 90, 91, 97
- Kirsanowa, Klaudia (1888-1947) 78
- Klotz, Helmut 226
- Knipping, Anton 126
- Koch 247
- Komintern 21, 41, 43, 44, 46, 67, 68, 70, 71, 73, 75, 76, 78, 81-83, 88-90, 95, 99, 102, 104, 105, 108, 126, 133, 134, 149, 150, 156, 163, 175, 182, 185, 186, 195, 196, 201, 202
- Komitee zur Amnestierung der Heimkehrer aus Spanien 281
- Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens KUNMZ 68, 75
- Kommunistische Universität für die Werktätigen des Ostens KUTV 75
- KPS, Kommunistische Partei der Schweiz 16, 18, 38-41, 43-49, 67-69, 92, 95, 107, 108, 135, 141, 151, 155-158, 168-170, 172, 181, 185, 195, 197, 198, 207, 211, 213, 214, 242, 265, 284, 290
- KPSG, Sektion St. Gallen der Kommunistischen Partei der Schweiz 20, 35, 38, 44-48, 50, 52-55, 57, 59, 60, 65, 67, 94, 109-112, 114-118, 129, 130, 137-141, 146-148, 178, 183, 209
- Krivitsky, Walter 201
- Krupskaja, Nadeshda (1869-1939) 101, 102, 104
- Krütznern, Fritz 92, 93
- Künnecke, Albert 44
- Kuusinen, Otto (1881-1964) 76
- «La Marseillaise», Brigade 185
- «La Pasionaria» (d. i. Dolores Ibaruri) 76, 236
- Lattmann, Karl 259
- Legion Condor 160, 237, 238
- Leninschule ILS 16, 20, 67, 69, 71-77, 80-82, 84, 86, 87, 90, 93, 95-99, 101, 104-106, 150, 154, 155, 179, 197, 204, 206, 265
- Lenzlinger, Josef 242, 247, 250
- Lérida 225
- Leuenberger, Hermann (1901-1975) 272
- Lingart, Walter (d. i. Rudolf Frei) 76
- Longo, Luigi (1900-1980) 185
- Loosli, Carl Albert (1877-1959) 282
- Lyon 173
- Maag, Ernst 202, 203, 213, 243
- Maag, Hermann 203, 212
- Maag, Walter 203, 209
- Madrigueras 215, 243, 249
- Manuilski, Dimitri (1883-1959) 76
- Marty, André (1886-1956) 185, 195-198, 213, 229
- Masson, Roger, Oblt. 113
- Mataro 233
- Mayer, Konrad 72, 83, 84, 105

- Megevand, Robert 72
 Meierhans, Paul (1895-1976) 172
 Meili-Hofstetter, Rosa (1907-?) 136
 Melilla 159
 Mettler, Alois (1914-1982) 244, 255
 Mettler, Wilfried (1918-1974) 177, 178
 Mettler-Specker, Arnold (1867-1945) 53
 Miaja, José (1878-1958) 187
 Miserez, André 72
 Modesto, Juan (1906-1969) 227
 Mola, Emilio (1887-1937) 159
 Moliner, Pascuala 244
 Montseny, Federica (1905-1994) 160
 Motta, Giuseppe (1871-1940) 153, 167-170, 290
 Müller, Paul 147, 274
 Müller, Reinhard 105
 Müller, Robert (1891-1960) 67, 102, 107
 Münchner Abkommen 237
 Musy, Jean-Marie (1876-1952) 113, 127, 129, 168, 171, 290
 Naegeli, Konrad (1881-1951) 118
 Nationale Front 53, 59, 109
 Nazow 104
 Nef, Werner (1902-1980) 211, 244, 263, 266, 267, 269, 271
 Negrin, Juan (1892-1956) 188, 230, 236, 237, 281
 Nicole, Léon (1887-1965) 167, 281, 283, 286, 295
 «Nicoletti» (d. i. Giuseppe di Vittorio) 185
 Nikolajew, Leonid 91
 Nin, Andreu (1892-1937) 189
 NKWD, Volkskommissariat des Innern der Sowjetunion 71, 78, 89, 90, 93, 97, 104, 131, 189, 201, 202, 207, 209
 Nöthiger, Willi (1899-1951) 68, 72
 Nüssler, Hans 214, 244
 Oltramare, André (1884-1947) 172
 OMS, Abteilung für internationale Verbindungen der Komintern 70, 71, 105
 Oprecht, Hans (1894-1978) 282
 Orlow, Alexander (1895-1973) 189
 Ortiz, Antonio (1907-1996) 192
 Orwell, George 192
 Paris 71, 136, 165, 173, 182-184, 204, 226, 236
 Partei der Arbeit PdA 43, 49, 132, 141, 148, 149, 211, 235, 267-270, 274, 277
 Parti ouvrier et populaire POP 211
 Partido Obrero de Unificación Marxista POUM 189, 192, 194, 228
 Partit Socialista Unificat de Catalunya PSUC 164, 192, 193, 209, 233, 234
 Parvus, Richard (d. i. Willi Glatzer) 15, 21, 78, 200, 223
 Perpignan 184
 Pfenninger, Hans Felix (1886-1965) 251, 283
 Pieck, Wilhelm (1876-1960) 76
 «Pierre Brachet», Bataillon 225, 230
 Pierrehumbert, Ernest 202
 Pilet-Golaz, Marcel (1889-1958) 266
 Pina 192
 Pini, Massimo 292, 295
 Platten, Fritz (1883-1942) 71, 88-90, 92, 104
 Plaza Altozano 201
 Pollak, Stefanie 71
 Port-Bou 189
 Pozo Rubio 205
 Prieto, Indalecio (1883-1962) 206
 Radek, Karl (1885-1939) 89, 100
 Rechsteiner, Paul 294-296
 Rey Vila, José Luis 278
 Richter, Erich (1908-?) 78

- Riedweg, Franz (1907-2005) 127
 Rif-Kabylen 231
 Rio Mercader, Ramon del 202
 Ritter, Franz 246, 251, 284
 Robbiani, Dario 291, 295
 Rojo, Vicente (1894-1966) 195, 227
 Romoser, Karl (1905-1938) 251, 284
 Rösli, s. Meili-Hofstetter, Rosa 135-137
 Rote Gewerkschaftsopposition RGO 36, 46, 58
 Rote Hilfe Schweiz RHS 144, 171, 174
 Royo, Dolores 244
 Ruiz, François 232
 Rutschi, Theo 72
 Salvetti, Lorenzo 212, 213
 San Pedro de Cardena 178
 Sanjurjo, José (1872-1936) 159
 Santa Quiteria 233
 Saxerriet, Strafanstalt 7, 253
 Scandinavia-Bar 251, 284
 Schaufelberger, Paul 248
 Schenk, Richard (d. i. Willi Glatzer) 78
 Scheurer, Albert (1910-2003) 140, 147, 148, 173
 Schmid, Oblt. 255
 Schmidli, Emil (1914-1992) 177
 Schoettle, Erwin (1899-1976) 147
 Schulz, Hans (d. i. Erich Richter) 78
 Schweizerische Aktion gegen den Kommunismus 127
 Schweizerischer Gewerkschaftsbund 70, 172
 Schweizerischer Schriftsteller-Verband 9
 Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH 12, 246
 Schwotzer, Kurt 199
 Senn, Karl 282
 Sennhauser, Adolf 282
 Silberroth, Moses (1888-1965) 37
 Sim (d. i. José Luis Rey Vila) 278
 SIM, Militärischer Geheimdienst 206-209, 215
 SMUV Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen 31
 Sotschi 96
 Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS 41, 122, 169, 172, 266
 Sozialdemokratische Partei-Opposition SPO 266
 Sozialistische Arbeiterjugend SAJ 31
 Sozialistische Jugend der Schweiz SJS 31, 243, 244
 Spalinger, Karl 72
 Spirig, Martin (1884-1978) 118-121, 135, 136, 138, 139, 172
 St-Louis 184
 Stämpfli, Franz (1881-1958) 137
 Steiger, Eduard von (1881-1962) 153
 Steiner, Sigfrit (1906-1988) 146
 Stern, Leopold (1915-2006) 94, 95, 177, 198, 204-206, 209, 246, 251, 262
 Stich, Otto 291, 296
 Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung 278
 Subotnik 86
 Sulzer 92
 Tamara 102, 103, 108, 164
 Tanner, Arnold (1913-1938) 217
 Tardienta 233, 234
 Teruel 16, 17, 186, 192, 217-219, 230, 233
 Thalmann, Clara 21, 189
 Thalmann, Paul 21, 189
 «Thälmann», Bataillon, Brigade 185, 186, 200
 Thoma, Hans (1902-1962) 47-54, 57-65, 67, 68, 84, 94, 107, 110, 111, 116, 117, 123, 129, 146, 156, 177, 179,

- 229, 233, 235, 244, 245, 249-251, 272
 Togliatti, Palmiro 76
 Torgsin 86
 Torschok 79
 Tross, Paul 299
 Trostel, Willy (1894-1942) 68, 89, 144,
 145, 172.
 Trotzki, Leo (1879-1940) 73, 74, 88,
 104, 201
 Trüssel, Friedrich (1873-1965) 254
 «Tschapajew», Bataillon 149, 177,
 178, 186, 215
 Uhl, Michael 207
 Ulbricht, Walter (1893-1973) 76, 147,
 200
 Ulmi, Nic 22, 175, 294
 «Vaillant-Couturier», Bataillon 232
 Vaterländische Front 174
 Vaterländischer Verband W 112, 121-
 126, 128, 131-141, 144, 150, 151,
 153, 154, 168, 174, 180, 245, 267,
 268, 284
 Verband proletarischer Freidenker 171
 VHTL Gewerkschaft Verkehr-Handel-
 Transport-Lebensmittel 17, 42, 272
 Vittorio, Giuseppe di 185
 Vogel, Aleksandr Morisowitsch 104
 «Vorwärts», Arbeitermännerchor 244
 Wagner, Elisabeth 27, 29
 Wagner, Marie, geb. Wälli 25
 Wagner, Niklaus 25, 27, 29, 34, 116, 241
 Wagner, Niklaus jr. (1919) 24, 28, 59,
 108, 109, 145, 147, 148, 150, 173, 182
 Weber, Hermann 98
 Weder, Andreas (1900-?) 45, 46
 Wehner, Herbert (1906-1990) 76
 Weil, Heinz 207
 Werner, Paul (d. i. Walter Wagner) 75,
 82, 83, 104
 Widmer, Heinrich (1874-1963) 116
 Wiener, Albert 244, 245
 Wiesendanger, Heinrich 116
 Wille, Ulrich (1848-1925) 260
 Woroschilow, Kliment Jefremowitsch
 (1881-1969) 96
 Wullschleger, Max (1910-2004) 22,
 76, 90, 213, 215
 Wyler, Didier 290, 293, 295
 Wyss, Otto 12, 282
 Zaisser, Wilhelm (1893-1958) 77, 200
 Zaragoza 160, 192-194, 233
 Zentrales Komitee Antifaschistischer
 Milizen 160
 Zentralstelle für Flüchtlingshilfe 144
 Zimmermann, Berta 71, 89
 Zschokke, Helmut 290
 Zünd, Ernst 212, 213



Stefan Keller,

Die Rückkehr

Joseph Springs Geschichte

240 Seiten, Broschur,

2. Auflage 2004

ISBN 978-3-85869-262-7

Fr. 34.–/Euro 19,80

Die Geschichte des Berliner Juden Joseph Spring, der – sechzehnjährig – im November 1943 den Schweizer Grenzbehörden in die Hände fiel, nach Auschwitz deportiert wurde, überlebte und fast sechzig Jahre später in die Schweiz zurückkehrte, um Gerechtigkeit zu verlangen.

«Stefan Keller löst die schwierige Aufgabe, Josef Springs Leidensweg ohne falsche Töne zu beschreiben, hervorragend, mit einer nüchternen und zugleich eindringlichen Erzählung.»

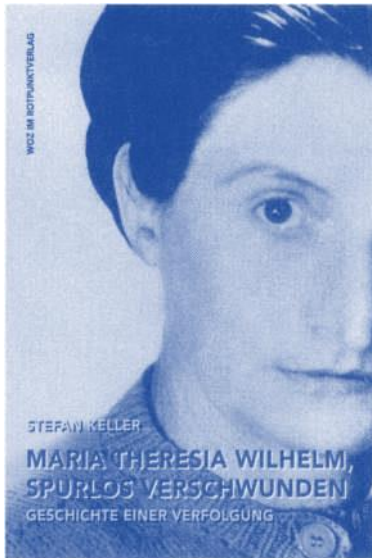
NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Rotpunktverlag.



In Wien wurde eine Schule nach ihm benannt, in St. Gallen ein Platz und ein Fussballstadion, und der Staat Israel ernannte ihn zum «Gerechten der Völker». Gedenktafeln erinnern an vielen Orten an die Verdienste des Flüchtlingsretters Paul Grüninger, der unmenschliche Gesetze brach, um Menschenleben zu retten. Er wurde deswegen als Polizeihauptmann unehrenhaft entlassen und sein Leben lang geächtet. Heute ist Paul Grüninger voll und ganz rehabilitiert. Stefan Keller hat mit *Grüningers Fall* die historische Grundlage für die Rehabilitierung geschaffen. Und er erzählt auf eindrückliche Weise «Geschichten von Flucht und Hilfe» zu der Zeit, als in Deutschland und Österreich die Nazis herrschten und in der Schweiz die Angst.

Rotpunktverlag



Stefan Keller

**Maria Theresia Wilhelm,
spurlos verschwunden**

Geschichte einer Verfolgung

128 Seiten, Borchur,

4. Auflage 2007

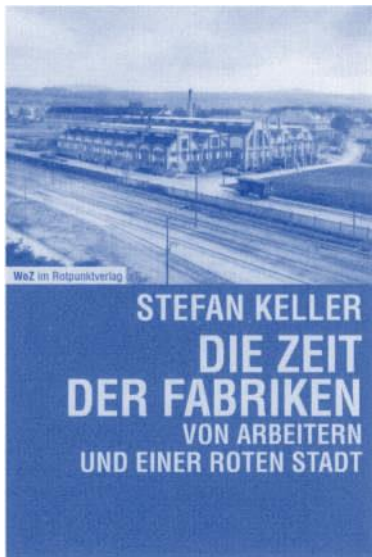
ISBN 978-3-85869-188-0

Fr. 22.-/Euro 12,-

Am 20. Juli 1960 ging die 49-jährige Maria Theresia von Grabs im sanktgallischen Rheintal nach Buchs, um ein Paar Schuhe zu kaufen. Seit diesem Tag ist sie spurlos verschwunden. Maria Theresia Wilhelm stammte aus Österreich und hatte einen Schweizer Wildhüter geheiratet, und manchen Leuten passte dies nicht. Während Jahrzehnten wurden Frau Wilhelm, ihr Mann Ulrich Gantenbein und ihre Kinder von der Obrigkeit und von Psychiatern verfolgt und drangsaliert, weil sie sich nicht in die irre Normalität eines Dorfes am Fusse der Alpen einpassen.

Ein Stück Psychatriegeschichte und eine packende Erzählung von der unbändigen Sehnsucht nach Freiheit, die mit Deckelbädern, Elektroschocks, einer Hirnoperation und Psychopharmaka besiegt werden soll.

Rotpunktverlag.



Stefan Keller

Die Zeit der Fabriken

Von Arbeitern und
einer roten Stadt

240 Seiten, Broschur, 2001

ISBN 978-3-85869-228-3

Fr. 34.-/Euro 19,-

Es beginnt mit zwei Toten in den 1930-Jahren. Der junge Dreher Emil Baumann erschiesst sich, weil ihn sein Meister schikaniert und weil er das neue Akkordsystem nicht erträgt. Sofort treten die Kollegen in Streik. Dann stirbt auch der Unternehmer und Erfinder Hippolyt Saurer, ein eleganter Konzernherr mit Filialen in Paris, Madrid und Wien. Nach einer Mandeloperation erstickt er am eigenen Blut.

Ausgehend vom Ende dieser beiden Männer erzählt Stefan Keller die Geschichte einer Kleinstadt im Osten der Schweiz, ihrer grossen Fabrik, ihrer Arbeiterschaft, ihrer Konflikte, Triumphe und Niederlagen.

«Hautnahe Geschichte, die viel zum Verständnis dieser Zeit und zur Vergangenheit der Schweiz der letzten hundert Jahre beiträgt.»

TAGES-ANZEIGER

Rotpunktverlag.



Hans Fässler
Reise in Schwarz-Weiss
Schweizer Ortstermine
in Sachen Sklaverei

340 Seiten, Broschur,
2. Auflage 2006
ISBN 978-3-85869-303-7
Fr. 36.-/Euro 22,-

Was hat ein Fast-Viertausender auf der Kantonsgrenze zwischen Bern und Wallis mit der Sklaverei zu tun? Was das stattliche Haus am berühmten Landsgemeindeplatz im appenzellischen Trogen? Oder die Avenue Auguste Forel im waadtländischen Morges?

Schweizer Spuren in Sachen Sklaverei führten den St. Galler Kabarettisten und Historiker Hans Fässler bis auf die Insel Gorée, den grossen Umschlagplatz für Sklaven in Westafrika, und nach Port-au-Prince (Haiti), einen der Orte, an denen die «Ware» Mensch verbraucht worden war. Mit erschütternden Einsichten kehrte er in die Schweiz zurück.

«Fässlers ‚Reise in Schwarz-Weiss‘ ist ein brillantes Pamphlet, das der Aufarbeitung der Vergangenheit und der Wiedergutmachung den Weg ebnen soll.»

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Rotpunktverlag.